

Nachhaltiges Wohnen und Arbeiten in einem Wohnprojekt.

Eine komparative praxistheoretische Analyse.

Michaela Leitner

Theresia Markut

Sylvia Mandl

Beate Littig

Oktober 2015

Nachhaltiges Wohnen und Arbeiten in einem Wohnprojekt

Projektleitung: Dr. Beate Littig (ÖIN/IHS)

Projektbearbeitung: Mag. Michaela Leitner, Sylvia Mandl, MSc, Dr. Anja Christanell (ÖIN)

Projektpraktikum: Franziska Lessky, MSc, Christoph Steiner, MSc, Maria Riegler, BA (ÖIN)

Transkriptionen: Benjamin Kölldorfer, MA, MMag. Andrea Smioski, Melanie Drucker, Martin Drucker

Wissenschaftliche Kooperationspartner: Mag. Theresia Markut, Dr. Thomas Lindental (Forschungsinstitut für Biolandbau FiBL)

Impressum:

ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung

Lindengasse 2/12, 1070 Wien

ZVR: 745043791

www.oin.at

Oktober 2015

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG UND SCHILDERUNG DES FORSCHUNGSVORHABENS.....	1
1.1.	Theorien sozialer Praktiken	3
1.2.	Soziale und ökologische Nachhaltigkeit	7
1.3.	Konzept der Mischarbeit	9
2.	DAS WOHNPROJEKT WIEN	11
3.	METHODISCHE HERANGEHENSWEISE UND FORSCHUNGSDESIGN	14
3.1.	Methodik der quantitativen und qualitativen Erhebung und Analyse	16
3.2.	Methodik der CO ₂ -Analyse	17
4.	DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DER ERGEBNISSE.....	19
4.1.	Rücklaufquote und Samplebeschreibung	19
4.1.1.	Beschreibung des qualitativen Samples und Motive des Einzugs	24
4.2.	Überblick über die Zeitverwendung in Bezug auf die Praktiken	27
4.3.	Überblick über die CO ₂ -Bilanzen.....	30
4.4.	Kochen und Ernährung	32
4.4.1.	CO ₂ -Bilanzen im Bereich Ernährung	42
4.5.	Nahrungsbeschaffung	45
4.6.	Nachbarschaftliche/r Austausch und Unterstützung	52
4.7.	Wohnprojekt-Arbeit	62
4.8.	Kinderbetreuung	73
4.9.	Mobilität	80
4.9.1.	CO ₂ -Bilanzen im Bereich Mobilität	89
4.10.	Mülltrennung	92
4.11.	Wäschewaschen	97
4.12.	Energiekonsum.....	102
4.12.1.	CO ₂ -Bilanzen im Bereich Energiebedarf für Wohnen.....	109
4.13.	Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung	112
4.13.1.	Wahrnehmung geschlechtlicher Arbeitsteilung im Kontext des Wohnprojekts	120
4.13.2.	Hindernisse bezüglich der geschlechtsspezifischen Umverteilung von Arbeit	121
4.14.	Die Umsetzung von und das Bewusstsein über ökologische Nachhaltigkeit	123
4.15.	Bewertung und alltägliches Arrangement kollektiver und individueller bzw. bezahlter und unbezahlter Arbeit	126
4.15.1.	Strategien des Arrangements kollektiver und individueller Praktiken.....	127
5.	SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEN ERGEBNISSEN	130
6.	LITERATUR	148
7.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	154
8.	TABELLENVERZEICHNIS	156

Kurzfassung der Ergebnisse

Diese Studie untersucht **nachhaltigkeitsbezogene alltägliche Praktiken** der (zukünftigen) BewohnerInnen eines **gemeinschaftlichen Wohnprojekts** in Wien. Ein Wohnprojekt besteht aus privaten Wohnungen und einer Vielfalt an Gemeinschaftseinrichtungen wie gemeinschaftliche Küchen, Kinderspielräume, Freiräume und Freizeiteinrichtungen. Die intentionale Gemeinschaft plant, verwaltet und besitzt das Haus und führt Praktiken wie Kochen, Essen, Kinderbetreuung, Gartenarbeit usw. gemeinschaftlich durch.

Teil der Vision des im Rahmen eines mehrjährigen partizipativen Planungsprozesses errichteten Wohnprojekts ist die „Förderung und Umsetzung von nachhaltigem Leben, Wohnen und Arbeiten in einer interkulturellen und generationenübergreifenden Gemeinschaft“. Um herauszufinden ob und wie sich diese Vision verwirklichen konnte, wurden nachhaltigkeitsrelevante Praktiken **ein Jahr vor und ein Jahr nach dem Einzug anhand quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden** (persönliche Interviews, Online-Fragebogen, Tagebücher, Autophotographie, teilnehmende Beobachtung) untersucht.

Betrachtet wurden Praktiken in den Bereichen des Kochens, der Nahrungsbeschaffung, der Ernährung, der Kinderbetreuung, der Mülltrennung, des Wäschewaschens, des Energiekonsums, der Mobilität sowie der nachbarschaftlichen und wohnprojektbezogenen Aktivitäten. Im Rahmen der Studie wird die **ökologische Nachhaltigkeit** der Praktiken anhand der durch sie erzeugten CO₂-Emissionen berechnet. Auch Aspekte der **sozialen Nachhaltigkeit** werden betrachtet: der Wert und das Ausmaß unbezahlter Arbeit, ihre geschlechtsspezifische Verteilung und ihre Vereinbarkeit mit der Erwerbsarbeit.

Die **Theorie sozialer Praktiken** leitet sowohl die Datenerhebung als auch die Datenanalyse der Studie. Am Beispiel eines Wohnprojekts soll eine mögliche Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Praktiken (nachhaltig) verändert werden können – und zwar im Rahmen eines bewusst gestalteten und voraussetzungsreichen Settings.

Hinsichtlich der **zeitlichen Dauer** der erhobenen Praktiken zeigten sich im Vorher-Nachher-Vergleich nur hinsichtlich des nachbarschaftlichen Kontakts, dessen durchschnittliche Dauer sich nach dem Einzug versiebenfacht hat, signifikante Veränderungen. Leichte, jedoch nicht signifikante Reduktionen der aufgewandten Zeit gab es bezüglich der Kinderbetreuung, der mit gemeinschaftlicher Arbeit zugebrachten Zeit, der Häufigkeit und Dauer der Essenszubereitung (letzteres jedoch nur bei den Personen, die gemeinschaftliche Essen im Wohnprojekt regelmäßig besuchen) und der Häufigkeit der Nahrungsbeschaffung (allerdings nur bei Personen, die regelmäßig gemeinschaftliche Essen besuchen). Die These, dass eine Kollektivierung von Praktiken zu einer *deutlichen* Zeitersparnis bezüglich der Ausübung bestimmter Praktiken führe, kann also anhand der Daten nicht bestätigt werden. Auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hinsichtlich der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit hat sich nicht signifikant verändert.

Die befragten Personen im Wohnprojekt reduzierten im Vorher-Nachher-Vergleich ihre **CO₂-Bilanz** durchschnittlich um 1,24 kg pro Person pro Tag, das sind 17% an Emissionen. U.a. aufgrund der großen Streuung bei den Einzelhaushalten sind diese Unterschiede in den Emissionen jedoch nicht signifikant. Die Reduktion kam v.a. durch die um 35% (unter Einbezug der Heizgradtage um 28%) geringeren CO_{2eq}-Emissionen im Bereich **Energiebedarf für Wohnen** zustande, aufgrund des häufigeren Ökostrom-Bezugs und des energieeffizienteren Gebäudes des Wohnprojekts. Im Bereich **Mobilität** wurden die Emissionen um 17% reduziert, bedingt durch die Verringerung der

zurückgelegten Autokilometer, deren Effekte jedoch durch die Verdreifachung der Anzahl an Flügen (die allerdings im Vergleich mit österreichischen Daten unterdurchschnittlich ist) wieder abgeschwächt wurden. Im Bereich **Ernährung** kam es zu einer nicht signifikanten Zunahme an CO₂-Emissionen um 22%. Dieses Ergebnis ist jedoch im Kontext der schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt sehr emissionsarmen Ernährung zu sehen: der österreichische Durchschnitt der durch Ernährung erzeugten Emissionen ist fast doppelt so hoch wie der der WP-Mitglieder vor und nach dem Einzug.

Im Rahmen der **qualitativen Erhebung** wurden teilweise sehr starke Veränderungen im Alltag geschildert – insbesondere hinsichtlich der radikal anders erlebten Nachbarschaft, der Kinderbetreuung und der gemeinschaftlichen Arbeit. In Bezug auf ökologisch relevante Bereiche wie Nahrungsbeschaffung, Ernährung, Mobilität, Wäschewaschen und Energiekonsum wurde von verschiedenen Faktoren berichtet, die deren nachhaltigere Gestaltung im Alltag erleichtern: materielle und soziale Strukturen (Müllraum, Food-Coop, Waschküche, Niedrigenergiehaus), der Austausch von Wissen im Wohnprojekt und eine dadurch mögliche Verringerung von Wegzeiten und organisatorischem Aufwand.

Die Mitglieder des Wohnprojekts entscheiden sich bewusst für eine Beeinflussung vormals **individuell durchgeführter Praktiken durch eine neue Kollektivität**, gleichzeitig sind ihr Selbstverständnis und Leben jedoch durch Individualisierungsprozesse geprägt. Daraus ergeben sich verschiedene **Ambivalenzen**: etwa die oft schwierige Koordination individueller und kollektiver Rhythmen von Praktiken bzw. Integration kollektiver Praktiken in den Alltag, die gleichzeitige (notwendige) Homogenität und Heterogenität der BewohnerInnen hinsichtlich bestimmter (z.B. nachhaltigkeitsbezogener) Werthaltungen und Ausführungsformen von Praktiken sowie die Diskrepanz zwischen der als „sinnvoll“ und „notwendig“ erlebten gemeinschaftlichen Arbeit. Die Ergebnisse des Projekts zeigen auch auf, dass im Rahmen eines gemeinschaftlichen Wohnprojekts neue, nachhaltigkeitsfördernde Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden, dieses aber dennoch vielen, schwer beeinflussbaren Dynamiken anderer dominanter gesellschaftlicher Praktiken ausgesetzt ist, die nachhaltigkeitsbezogene kollektive Bemühungen einschränken können.

1. Einleitung und Schilderung des Forschungsvorhabens

In den Bereichen Bauen und Wohnen manifestieren sich Problemlagen der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit sowie deren Beziehungen zueinander auf besondere Weise: ökologisch relevant sind u.a. Faktoren wie Energieeffizienz, Ressourcenverbrauch, Baumaterialien, Flächenverbrauch und -versiegelung, Zersiedelung, Mobilitäts- und Konsumverhalten im Haushalt (Ernährung, Müllproduktion usw.) und die damit zusammenhängenden CO₂-Emissionen. (Grunwald/Kopfmüller 2006)

Wohnen ist ebenso bedeutsam für soziale und ökonomische Dimensionen der Nachhaltigkeit: Befriedigung von Grundbedürfnissen, Leistbarkeit, Wohnqualität, Segregation, aber auch Fragen der Partizipation in der Planung und Nutzung. Auch die Organisation von formeller und informeller Arbeit wird durch die im Rahmen des Wohnens geschaffene materielle und soziale Infrastruktur beeinflusst (HBS 2001; Empacher/Wehling 2002; Littig 2001).

An der modernen Form des heutigen Wohnens wurde sowohl von Seiten der Ökologie- als auch der ArbeiterInnen- und Frauenbewegung Kritik geübt (Häußermann/Siebel 1996). Die **Trennung von Wohnen und Arbeiten** – insbesondere in Form des weiterhin dominanten Ideals des Einfamilienhauses in der Vorstadt – führte zur Zunahme des Flächenverbrauchs, der Flächenversiegelung, des Energieverbrauchs sowie des Individualverkehrs und veränderte die Stadtstruktur grundlegend (ebd.).

Auch aus einer Genderperspektive bedeutet suburbanes Wohnen bzw. die Trennung von Arbeiten und Wohnen ein „Verschwindenlassen“ unbezahlter, oftmals von Frauen geleisteter Arbeit im „Privaten“, da die Wohnung als Ort der „Nicht-Arbeit“ definiert ist. Die Differenzierungen in „privat“ und „öffentlich“ sowie „Arbeit“ und „Leben“ stehen nach Häußermann/Siebel einem „Denken in Verbindungen“ ebenso wie einer „Idee des ganzheitlichen Tuns“ entgegen (ebd., S. 312 ff.).

Wohnen gehört zu den menschlichen **Grundbedürfnissen**, es ist daher schon allein deswegen nachhaltigkeitsrelevant. Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist jedoch auch in den Industrieländern für soziale Gruppen mit wenig finanziellen Ressourcen begrenzt, gleichzeitig ist in diesen Ländern eine Zunahme an Wohnflächenbedarf pro Person und eine Zunahme der Zahl der Haushalte mit immer weniger Personen zu beobachten (Grunwald/Kopfmüller 2006).

Gemeinschaftliche Wohnformen sind Beispiele für Experimentierfelder, in denen versucht wird die Organisation des Wohnens und des (unbezahlten) Arbeitens durch eine intentionale Gestaltung der materiellen Infrastruktur sowie der Arbeits- und Konsumformen nachhaltig zu verändern.

Sie stellen somit mögliche „Fenster zu einer wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft“ dar (Notz 2003) und können definiert werden als:

„[...] die bewusste Organisation sozialer Netze, sowohl um bestimmte Haushaltsfunktionen gemeinschaftlich zu erledigen (Kinderbetreuung, Kochen, Beschaffung ökologisch unbedenklicher Lebensmittel in Kooperativen usw.) als auch um Isolation und Anonymität zu durchbrechen. Praktische Überlegungen (Entlastung der berufstätigen Frau durch Kooperation im Wohnbereich) und das Interesse an engerer Kommunikation greifen dabei ineinander. Die neuen Nachbarschaften können so ein funktionales Äquivalent für die sich ausdünnenden sozialen Netzwerke auf Basis der Verwandtschaft bilden.“ (Häußermann/Siebel 1996, S. 321)

Für gemeinschaftliche Wohnformen werden in verschiedenen Zusammenhängen die Begriffe Wohnprojekt, Cohousing-Projekt und Baugruppe verwendet.

Ein **Wohnprojekt** besteht üblicherweise aus privaten Wohnungen in einem Wohngebäude bzw. aus privaten Häusern in einer Siedlung und einer Vielfalt an Gemeinschaftseinrichtungen wie Küchen, Kinderspielräume, Freiräume und Freizeiteinrichtungen. Die intentionale Gemeinschaft plant, verwaltet und besitzt das Haus und führt Praktiken wie Kochen, Essen, Kinderbetreuung, Gartenarbeit usw. zumindest teilweise gemeinschaftlich durch. Teil des vorwiegend aus dem deutschsprachigen Raum und aus politischen Zusammenhängen stammenden Konzepts des Wohnprojekts ist es, dass die ökonomische Schwelle für den Einzug nicht zu hoch sein soll, deshalb werden diese eher im Rahmen von Vereinen oder Genossenschaften bzw. mit Mietmodellen gegründet und weniger in Form einer Eigentümergemeinschaft.

Baugruppen und -gemeinschaften sind ebenfalls Begriffe für gemeinschaftlich geplante Wohnbauten, die aber nicht notwendigerweise die Gemeinschaftlichkeit des *Wohnens* im Fokus haben müssen.

International wird für gemeinschaftliches Wohnen auch der Begriff **Cohousing** oft verwendet, welcher in Dänemark seinen Ursprung hat und sich von dort in den beginnenden 1980er Jahren in den USA, Kanada, Australien, Schweden, Deutschland, Frankreich und auch in Österreich verbreitete. Prinzipien des Cohousing (McCamant/Durrett 1994) sind:

- Partizipationsprozess bezüglich der Planung der Gemeinschaft und der materiellen Infrastruktur
- Gemeinschaftsfördernde Architektur, Raumgestaltung und Freiraumplanung
- Großzügige Gemeinschaftseinrichtungen
- Selbstverwaltung der BewohnerInnen in Bezug auf den Betrieb und die Erhaltung der Wohnanlage, aber auch soziale Selbstorganisation (Entscheidungsfindung, Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten, Entwicklung von Regeln und Richtlinien)
- Nicht-hierarchische Struktur: Die BewohnerInnen übernehmen in der Gemeinschaft verantwortliche Positionen (z.B. im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften), generelle Entscheidungen werden jedoch von der Allgemeinheit getroffen
- Keine geteilte Gemeinschaftsökonomie im Sinne einer Einkommensgenerierung für BewohnerInnen, individuelles Einkommen wird außerhalb der Gemeinschaft erzielt

In ökologisch orientierten Wohnprojekten wird versucht ökologisch nachhaltig zu bauen sowie Qualitäten, die dem Leben in Vororten oder in Dörfern zugeschrieben werden („geschütztere“ Räume für Kinder, weniger Anonymität...) in der Stadt zu realisieren. Darüber hinaus wird angestrebt die Trennung von „privat“ und „öffentlich“ bzw. „Arbeit“ und „Leben“ teilweise aufzuheben. Weiters besteht die Möglichkeit der kollektiven Anschaffung und Nutzung von Dingen, die bei individuellem Konsum teurer (oder sogar unerschwinglich) wären oder zu viel individuelle Organisationsarbeit erfordern: so können z.B. Nahrungsmittel und Energie kollektiv bezogen und Werkzeug, Segelboote oder sogar Ferienhäuser gemeinschaftlich genutzt werden (vgl. u.a. McCamant/Durrett 1994).

Bewusst gestaltete Wohn-Settings wie Wohnprojekte können potentiell neue Erwerbsarbeitsformen (home office bzw. Wohnen und Arbeiten unter einem Dach), aber auch neue Arten der Alltagsorganisation (z.B. kollektive Organisation von bisher individuell geleisteter Hausarbeit) und zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichen bzw. fördern.

Eine solche Reorganisation von Arbeit im Rahmen des Wohnens kann auch genderspezifische Implikationen haben, da die nach wie vor oft von Frauen geleistete informelle Arbeit hier anders organisiert und verteilt werden kann. Die historischen Vorbilder dazu sind „Einküchenhäuser“, die Anfang des 20. Jahrhunderts von sozialdemokratischen Bewegungen in Europa etabliert wurden und die explizit der Entlastung von Frauen dienen sollten (vgl. Littig 2001, Terlinden/Oertzen 2006).

Voraussetzung für das Funktionieren solcher Gemeinschaften ist jedoch die Homogenität der BewohnerInnen in den „feineren Verästelungen des alltäglichen Lebens“ sowie in Bezug auf generelle Lebensauffassungen, womit Wohnprojekte auf einer „feinkörnigen sozialen Segregation“ beruhen (Häußermann/Siebel 1996, S. 321).

Grundlegende Forschungsperspektiven dieser Studie sind die **Theorien sozialer Praktiken**, wie sie u.a. von Reckwitz (2003) und Shove (2003) weiterentwickelt wurden, Konzeptionen **sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit** sowie das Konzept der **Mischarbeit** (Brandl/Hildebrandt 2002, HBS 2000). Auf diese wird in den folgenden Kapitel eingegangen.

1.1. Theorien sozialer Praktiken

Die Grundannahmen der Praxistheorie ist eine Kulturtheorie, welche den „Ort des Sozialen“ in den **sozialen Praktiken verankert sieht**. Diese können nach Reckwitz definiert werden als:

„[...] know-how abhängige und von einem praktischen ‚Verstehen‘ zusammengehaltene Verhaltensroutinen, deren Wissen einerseits in den Körpern der handelnden Subjekte ‚inkorporiert‘ ist, die andererseits regelmäßig die Form von routinisierten Beziehungen zwischen Subjekten und von ihnen verwendeten ‚Artefakten‘ annehmen.“ (Reckwitz 2003, S. 289)

Eine Praktik ist eine „koordinierte Einheit von Aktivitäten“ (Brand 2011, S. 189), d.h. sie besteht aus Handlungen, die durch kollektives, implizites Wissen als „typisiertes, routinisiertes und sozial ‚verstehbares‘ Bündel von Aktivitäten“ zusammen gehalten werden (Reckwitz 2003, S. 289, Warde 2005). Dieses Bündel an Aktivitäten wird dauerhaft und von einer großen Anzahl von Menschen ausgeführt und somit reproduziert. Durch diese Reproduktion entsteht die Praktik als das historische, kollektive Produkt ihrer konkreten Ausübungen (performances) durch die Individuen. So kann sich etwa eine bestimmte Form von „Wäschewaschen“ etablieren, die als kollektiv geschaffenes Wissen weiter gegeben wird. Praktiken „rekrutieren“ ihre AkteurInnen, welche diese dann „performen“ und reproduzieren; finden sich jedoch nicht genügend „Träger“ einer Praktik, stirbt diese aus (Røpke 2009).

Die Praxistheorie geht von einer „**Materialität** des Sozialen“ aus, da die Träger von Praktiken einerseits Körper, andererseits Artefakte sind. Praktiken sind nach Reckwitz (2003) daher nichts anderes als „Körperbewegungen“, die jedoch auch Aktivitäten wie Denken und Fühlen umfassen.

Das für die Praktiken konstitutive **Wissen** wird von den AkteurInnen inkorporiert und ist somit weitestgehend implizit bzw. muss auch nicht explizit artikuliert werden um zu wirken. Es ist keine Eigenschaft der AkteurInnen, sondern Teil der Praktiken, und geht den AkteurInnen – da in kollektiven und historischen Prozessen geschaffen – immer voraus. Nach Reckwitz (2003, S. 292) umfasst dieses Wissen: 1) interpretatives Verstehen (Zuschreibung von Bedeutungen), 2) methodisches Wissen (Prozeduren um Handlungen hervorzubringen) und 3) motivational-emotionales Wissen (Was will ich? Worum geht es mir? Was ist undenkbar?).

Konstitutive Elemente von Praktiken werden je nach AutorIn verschieden definiert (sh. Tabelle 1, vgl. teilweise Gram-Hanssen 2011).

Tabelle 1: Definitionen der konstitutiven Elemente von Praktiken

Schatzki 2002	Warde 2005/Halkier 2012	Shove/Pantzar 2005	Reckwitz 2003	Gram-Hanssen 2011
Practical understanding (know how)	Understandings	Competences	Body Mind Knowledge Agent Structure/Process Discourse/Language	Know-how/Embodied habits
Rules	Procedures (Warde); Instructions, Principles, Rules (Halkier)			Institutionalized knowledge/Explicit Rules
Teleo-affective structures	Engagement	Meanings		Engagements
General Understandings	X	x		x
x	Items of consumption	Products	Things	Technologies

Bezugnehmend auf die angeführte Literatur werden Rahmen dieser Studie folgende Elemente von Praktiken analysiert:

- **Körperlich-mentales Wissen:** bestehend aus **know-how** und **Regeln**
- **Bedeutungen** bzw. **Normen** und bewusste **Überzeugungen**
- **Material** (Dinge, Körper, Infrastruktur, Technologie)

Shove/Pantzar (2005) zufolge sind bei der Analyse von Praktiken die dynamischen Beziehungen zwischen Material, Bedeutung und Wissen sowie die Ausführung der Praktiken, die diese Elemente unterstützen, interessant. Bei der Etablierung neuer Praktiken werden Elemente alter Praktiken mit einbezogen und neu interpretiert (vgl. das Aufkommen des mobilen Telefonierens oder von Nordic Walking (Shove/Pantzar 2005)).

Die Organisation alltäglicher Praktiken wird von vorangegangenen Erfahrungen beeinflusst, deren Akkumulation wiederum zu einer **„Pfadabhängigkeit“** führt, die den Individuen bestimmte zukünftige Aktivitäten ermöglicht und sie von anderen ausschließt. Aus diesem Grund unterscheiden sich performances verschiedener AkteurInnen auch voneinander. Individuen haben außerdem auch „Karrieren“ in der Ausübung von Praktiken und sind in deren Ausübung verschieden positioniert (Warde 2005). Daher ist im Kontext eines Wohnprojekts auch relevant, welche Arten von Kompetenzen von einem Wohnprojektmitglied verlangt werden und inwiefern diese Ansprüche auch als Ausschlusskriterium für die Teilnahme an einem Wohnprojekt wirken können (Röpke 2009, Warde 2005).

Aus einer Nachhaltigkeitsperspektive besonders relevant ist die Frage nach der Möglichkeit **sozialen Wandels**. Praktiken werden nicht durch die von Max Weber postulierte Zweckrationalität, sondern durch deren **„Routinisiertheit“** (Reckwitz 2003, S. 293) angeleitet. Intentionen und Normen sind nicht „außerhalb“ der Praktiken, sondern als *Teil* von ihnen in Form „implizite[r] Motiv/Emotionskomplexe“ (ebd.) zu sehen und müssen expliziten Regeln, Normen und geäußerten Intentionen nicht immer entsprechen (ebd.; Shove 2010). Trotz ihrer Routinisiertheit können sich Praktiken verändern, jedoch weniger aufgrund eines „von außen“ an sie herangetragenen reflexiven

Veränderungswillens, sondern aufgrund der Logik der Praktiken selbst (die AutorInnen unterscheiden sich jedoch hinsichtlich des Ausmaßes des Spielraums, der AkteurInnen in Bezug auf das Improvisieren von Routinen zugestanden wird; Reckwitz 2003, Hargreaves 2011, Warde 2005). Sozialer Wandel ist somit ein „ungesteuertes Produkt der Dynamik sozialer Praktiken“ (Brand 2011, S.190). So können neue Praktiken entstehen durch Veränderungen des Kontexts (neue Personen, Objekte, Ereignisse, etc.), mögliche Verschiebungen bei der Reproduktion von Praktiken, Heterogenität und mögliche Unvereinbarkeit von aufeinander bezogenen Praktiken, aber auch durch das Subjekt selbst: Als „Kreuzungspunkt unterschiedlicher Verhaltens/Wissenskomplexe sozialer Praktiken“ (Reckwitz 2003, S. 297) ist das Subjekt aufgrund deren potentieller Widersprüchlichkeit selbst Ansatzpunkt für eine Transformation von Praktiken. Individuen haben nach Warde (2005) in einem gewissen Rahmen auch die Möglichkeit, die Rekrutierung durch Praktiken zu verweigern oder sich aus ihnen zurückzuziehen. Die Frage, ab wann aus „abweichenden“ performances eine neue Praktik wird, ist nicht klar zu beantworten (Warde 2005). Praktiken sind die Quelle von Verhaltensänderungen – bei der Transition zu einer nachhaltigeren Gesellschaft gehe es daher nicht darum, Menschen davon zu überzeugen, andere Entscheidungen zu treffen, sondern darum, Praktiken zu transformieren, indem Beziehungen zwischen Elementen gekappt bzw. neue Beziehungen etabliert werden (Hargreaves 2011, Shove/Pantzar 2005, Shove 2010). Diese Integration neuer Elemente geschieht oft zuerst in Form von Experimenten bzw. in spezifischen Nischen, ihre weitere Verbreitung ist jedoch stark vom „**selection environment**“, also der Umwelt der Praktiken (die wiederum aus anderen Praktiken besteht), die diese behindert oder fördert, abhängig (Röpke 2009, S. 2494, vgl. auch die „Multi-level perspective“ zu diesem Thema; Geels 2011). Elemente dieser Umwelt können jedoch auch von AkteurInnen bewusst verändert werden (McMeekin 2001, zit. in Röpke 2009).

Die Ausübung von Praktiken nimmt sowohl **Zeit** als auch **Raum** in Anspruch. Auf individueller Ebene müssen diese Ansprüche kombiniert und priorisiert werden – Praktiken müssen sozusagen um die „Aufmerksamkeit“ bzw. die zeitlichen und räumlichen Ressourcen ihrer potentiellen TrägerInnen „kämpfen“. Gleichzeitig strukturieren Praktiken die Zeit der Menschen (z.B. die Unterscheidung von Wochentag und Wochenende, die für die Ausübung der Praktik nötige zeitliche Abfolge usw.; Röpke 2009, Southerton 2003).

Die Wohnprojektmitglieder müssen in ihrem Alltag verschiedene Praktiken in den Bereichen der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit u.a. mit Praktiken der Erwerbsarbeit in zeitlicher und räumlicher Hinsicht arrangieren. In der folgenden Grafik (Abbildung 1) werden die in dieser Studie betrachteten Dimensionen und Konzepte anhand des Beispiels der Praktik Kochen exemplarisch dargestellt.

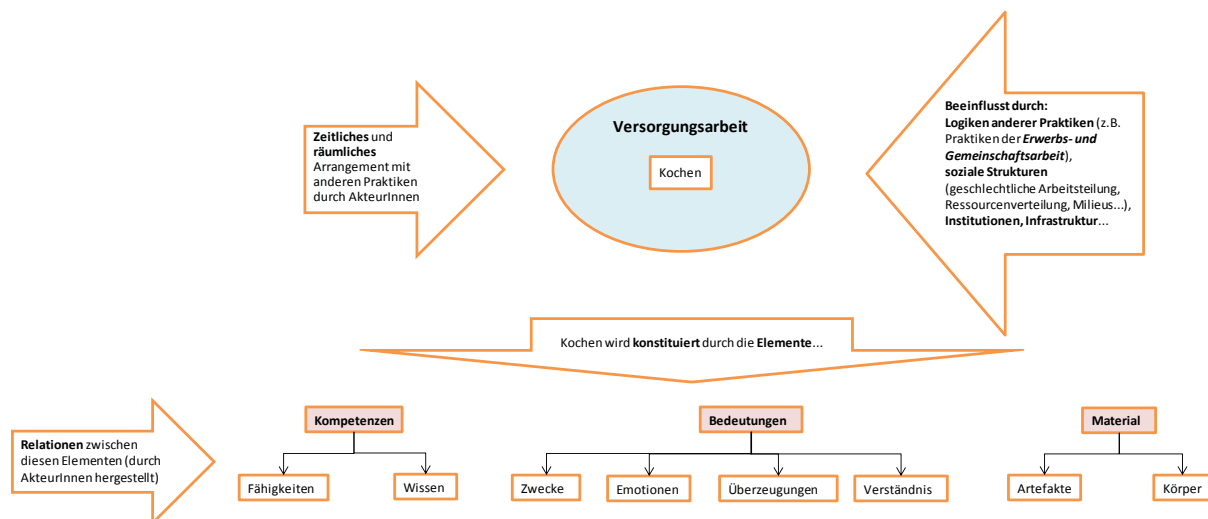


Abbildung 1: Untersuchte Dimensionen am Beispiel der Praktik Kochen

Ein praxistheoretischer Zugang bei der Untersuchung des Wohnprojekts wurde aus mehreren Gründen gewählt. Ein Wohnprojekt ist als ein bewusstes Experiment zu sehen, Praktiken im Bereich des Wohnens und Arbeitens zu verändern und so zu sozialem Wandel beitragen zu wollen. So wurde/wird durch umfangreiche Planung versucht, das Wohnen sozial und materiell anders zu organisieren als dies bei individualisiertem Wohnen üblich ist und durch den gemeinsamen Planungsprozess eine Gemeinschaftlichkeit geschaffen, die es erlaubt, miteinander mehr an Alltagspraktiken zu teilen als es im städtischen, tendenziell anonymen Leben unter NachbarInnen üblich ist. Diese Aufweichung der Grenzen des privaten Haushalts nach außen wird von den BewohnerInnen bewusst angestrebt, mit dem Wunsch, Teil einer Gemeinschaft zu sein, die ähnliche Werte und Vorstellungen in Bezug auf das Zusammenleben und Nachhaltigkeit hat wie man selbst.¹ Es werden nun performances alltäglicher Praktiken, die vormals ausschließlich in den Haushalten stattfanden, zumindest teilweise mit NachbarInnen geteilt, zugleich kommen neue, gemeinschaftsbezogene Praktiken hinzu. Praktiken sind in materielle Strukturen ebenso wie in soziale Gegebenheiten eingebettet (vgl. Schatzki 2002). Daher können eine neue soziale Organisation sowie eine veränderte materielle Infrastruktur potentiell auch neue Praktiken, genauer neue Arten von Beziehungen zwischen AkteurInnen bzw. Elementen von Praktiken, ermöglichen. Im Rahmen der Studie wird deshalb analysiert, welche Elemente der alltäglichen performances sich wodurch und wie verändert haben bzw. welche Elemente im Rahmen dieses neuen organisatorischen Rahmens überhaupt erst entstehen konnten.

Wohnprojekte stellen eine Nische dar, in der durch die Integration und Abwandlung bestimmter Elemente neue performances von bestimmten Praktiken erprobt werden. Ob sich solche performances stabilisieren bzw. diese diffundieren können, hängt letztlich von anderen, weiter

¹ Insofern handelt es sich bei den BewohnerInnen um eine "community of practice", die vor allem an Lernprozessen aufgrund gemeinsamer Erfahrungen interessiert ist (Wenger 2006).

verbreiteten und stabileren Praktiken-Netzwerken ab.² Es ist daher auch notwendig, den Kontext der von den Wohnprojektmitgliedern ausgeübten Praktiken zu beachten. Soziale Strukturen wie Arbeitsteilung, Geschlechterbeziehungen, ungleicher Zugang zu Ressourcen sowie politische, ökonomische und kulturelle Institutionen, die durch Praktiken konstituiert werden und gleichzeitig der Kontext sind, in dem diese stattfinden, werden als erklärende Faktoren in die Analyse mit einbezogen (Röpke 2009, Brand 2011). Ebenso können die Logiken anderer Praktiken, die die WP-Mitglieder ausüben (etwa der Erwerbsarbeit oder hobbybezogener Praktiken) die Aufrechterhaltung neuer Praktiken behindern oder fördern.

Da es oft nur mit großem Aufwand veränderbare sozio-materielle Bedingungen bzw. Elemente von Praktiken sind, die nicht-nachhaltige performances von Praktiken fördern und reproduzieren (Whitford 2002), stellt die kollektive Anstrengung des Wohnprojekts, diese bewusst zu verändern, ein sozialwissenschaftlich interessantes Experiment dar: Reicht diese aus, um nachhaltigere performances von Praktiken zumindest innerhalb ihrer Nische auch längerfristig umzusetzen? Welche Prozesse der Rekonfiguration der performances sind feststellbar, welche Elemente sind bei der Ausübung von Praktiken (Bedeutungen, Material, Kompetenzen) hinzugekommen oder ersetzt worden? Wurden bestimmte Handlungsrouinen aufgebrochen? Zeigen sich beim Versuch, neue mit alten Ausführungsweisen bestimmter Praktiken (auch denen der Erwerbsarbeit) zu arrangieren, Konflikte oder Schwierigkeiten? Wenn ja, wie wird mit diesen umgegangen? Untersucht werden soll also zum einen die mögliche Veränderung von Praktiken und zum zweiten, ob diese Veränderungen zu mehr sozialer (Umverteilung von Arbeit) und ökologischer (verringerte CO₂-Emissionen) Nachhaltigkeit führen.

1.2. Soziale und ökologische Nachhaltigkeit

Im Rahmen der Studie werden Aspekte sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit der untersuchten Praktiken analysiert. Grunwald (2002, S. 434ff.) und Amelung et al. (2008, S. 8ff.) identifizieren mehrere Faktoren, die für die meisten Nachhaltigkeitskonzepte zentral sind: die Umsetzung **intra- und intergenerativer Gerechtigkeit** sowie **globaler Gerechtigkeit** (etwa zwischen Ländern des Nordens und des Südens), die **integrative Betrachtung** der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen sowie eine generelle **langfristige** und **globale Perspektive**.

Ökologische Nachhaltigkeit meint im Allgemeinen die Bewahrung der Umwelt in einer Weise, die zukünftigen Generationen die eigene Bedürfnisbefriedigung erlaubt. Es gibt verschiedene Versuche ökologische Nachhaltigkeit zu messen, wie etwa die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks

² Das Konzept der Nischen und der damit verbundenen Multi-Level-Perspective wie sie etwa Geels (2011) vorschlägt ist in der praxistheoretischen Diskussion umstritten. Kritisch wird eingewendet, dass sich Praxistheorien durch eine flache Ontologie auszeichnen, Praktiken also nicht auf unterschiedlichen (Mikro-, Meso-, Makro-)Ebenen ausgeübt werden (vgl. Jonas 2016). Betrachtet man die Levels allerdings als Differenzen in der raumzeitlichen Ausbreitung von Praktiken bzw. als Netzwerke von Praktiken mit verschiedenen Stabilitäts-Levels, steht dies durchaus im Einklang mit der grundsätzlich flachen Ontologie von Praxistheorien.

(Wackernagel/Beyers 2010). Doch auch Berechnungen des CO₂-Verbrauchs sind verbreitete Methoden.

Der „Europa 2020“-Strategie zufolge sollen bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 20% reduziert und die Energieeffizienz um 20% erhöht werden (Europäische Kommission 2011). Ungefähr ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen in Österreich und den meisten Ländern der europäischen Union wird durch den Haushaltsenergieverbrauch, v.a. durch die Beheizung der Gebäude, erzeugt (Köppl/Wüger 2007, S. 3). Starke zusätzliche CO₂-Emittenten auf Haushaltsebene sind die Nahrung und der Verkehr. Diese drei Bereiche machen einen Großteil der privaten CO₂-Emissionen aus.

Für eine Senkung des Energieverbrauchs bzw. der Treibhausgasemissionen reichen jedoch technische Maßnahmen allein nicht aus: auch der soziale Kontext des Energieverbrauchs muss beachtet werden. So sind z.B. Energiekonsumgewohnheiten sowohl abhängig von lebenslagenspezifischen Ressourcen und Restriktionen (z.B. Einkommen, Wohnungsgröße und -ausstattung) als auch von Einstellungen und Werten, sozialen und kulturellen Normen, der alltäglichen Lebensführung, Technologien, der gebauten Infrastruktur des Heims und den das Zusammenspiel dieser Faktoren beeinflussenden Diskursen, Infrastrukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Trends (Brunner et al. 2011, Hinton 2010). Vorstellungen der „Normalität“ von Verhalten spielen bei Praktiken im Haushalt eine wichtige Rolle (Brunner et al. 2011, Shove 2003).

Ökonomische Nachhaltigkeit wird dem Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie“ (HBS 2000, S. 19) zufolge folgendermaßen definiert:

- Sicherung der Grundlagen materieller Bedürfnisbefriedigung
- Erhalt der Leistungsfähigkeit des gesamten Produktionsvermögens
- Freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
- Vollbeschäftigung, soziale Sicherung, fairer Lastenausgleich zwischen den Generationen
- Beitrag zur internationalen wirtschaftlichen Stabilität

Ökonomische Nachhaltigkeit wird in dieser Studie nur am Rande eine Rolle spielen.

Die Operationalisierung **sozialer Nachhaltigkeit** stellt im Vergleich zu ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit ungleich höhere Anforderungen. Es gibt diesbezüglich eine Vielzahl an in ihrer Ausrichtung sehr unterschiedlichen Versuchen (Überblick in Empacher/Wehling 2002 und Littig/Grießler 2004/2005). Meist werden in den Definitionen Ziele auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (sozialer Frieden, soziale Stabilität) sowie Ziele konkrete Lebensbedingungen betreffend (Bedürfnisbefriedigung, Chancengleichheit, Gesundheit) genannt (Empacher/Wehling 2002). Das „Soziale“ kann entweder als Rahmenbedingung für ökologische Nachhaltigkeit begriffen werden oder als eigene Qualität (ebd.; Littig/Spitzer 2011).

Basierend auf den Definitionen sozialer Nachhaltigkeit von Empacher/Wehling (2002, S. 47ff.) sowie des Projekts „Arbeit und Ökologie“ (Brandl/Hildebrandt 2002; HBS 2000, S.14) wird in dieser Studie von folgenden definierenden **Kriterien sozialer Nachhaltigkeit** ausgegangen:

- Ermöglichung der Befriedigung materieller und immaterieller **Grundbedürfnisse**
- Chance auf selbstbestimmte Lebensführung durch bezahlte Erwerbsarbeit oder Existenzsicherung durch selbständige **Arbeit**; gerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit (Haus-, Reproduktions-, Subsistenzarbeit); Ermöglichung sozialer Innovationen und Gestaltung der Arbeitsformen

- Weiterentwicklung und Stärkung von **Sozialressourcen** in Hinblick auf Offenheit, Toleranz, Integrationsfähigkeit, gewaltfreie Konfliktregulierung, Selbstorganisations- und Kooperationsfähigkeit
- Chancengleichheit beim **Zugang** zu grundlegenden gesellschaftlichen Ressourcen (Bildung, Gesundheitsversorgung, Information, Kultur, Mobilität); Voraussetzung dafür sind der Besitz gleicher Rechte und der Abbau von sozialer Exklusion und Diskriminierungen
- **Partizipation** an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, Erweiterung demokratischer Formen der Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung

Wie an dieser Auflistung erkennbar ist, nimmt **Arbeit** in dieser Konzeption von sozialer Nachhaltigkeit einen zentralen Stellenwert ein. Die Betrachtung der nachhaltigen (Re-)Organisation von Arbeit in einem Wohnprojekt ist ein wichtiger Teil dieser Studie, daher soll nun auf die Bedeutung von Arbeit im Nachhaltigkeitskontext konkreter eingegangen werden.

1.3. Konzept der Mischarbeit

Die Frage, die bei der Betrachtung der Rolle von **Arbeit** in Bezug auf Nachhaltigkeit zu stellen ist, ist nach Biesecker/v.Winterfeld folgende: „Welche Arbeit unterstützt und stärkt die Regenerationsfähigkeit der Natur – einschließlich der menschlichen – ebenso wie die Regenerationsfähigkeit der Gesellschaft bzw. sozialen Gemeinschaft?“ (ebd. 1998, S. 43, zit. in Brandl 2008)

Der Austausch zwischen Gesellschaft und Natur wird über Arbeit vermittelt (Littig/Grießler 2004/2005), daher hat Arbeit eine zentrale Bedeutung für die Umsetzung ökologischer Nachhaltigkeit. Sie ist jedoch gleichzeitig, wie oben erläutert wurde, als wichtiger Bestandteil sozialer Nachhaltigkeit zu verstehen (etwa aufgrund ihrer wichtigen Funktionen für die materielle Bedürfnisbefriedigung, die soziale Absicherung sowie intra- und intergenerationale Gerechtigkeit; vgl. auch Brandl 2008).

Neben der sozial und ökologisch bedeutsamen Erwerbsarbeit wird im Nachhaltigkeitsdiskurs immer wieder die Wichtigkeit von unbezahlter, überwiegend von Frauen geleisteter häuslicher Versorgungsarbeit betont, die einerseits für die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse, andererseits auch für ökologische Nachhaltigkeit wesentlich ist (u.a. Ernährung, Reinigung, nachhaltiger Konsum) (Döge 2008). Ebenfalls meist unbezahlt, aber für die Umsetzung von Nachhaltigkeit unabdingbar ist die Gemeinschafts- und Eigenarbeit von engagierten BürgerInnen.

Jede Arbeitsform, ob bezahlt oder unbezahlt, kann mehr oder weniger nachhaltig sein, keine ist per se als „nachhaltig(er)“ anzusehen. Nicht die Form von Arbeit ist daher für ihre Nachhaltigkeit entscheidend, sondern ihre Beziehung zur Umwelt und zur sozialen Welt.

Eine Ausblendung der unbezahlten Versorgungsarbeit bedeutet auch immer eine Ausblendung der zum Großteil durch Frauen geleisteten Arbeit – auch im Sinne sozialer Nachhaltigkeit ist daher die **geschlechtsspezifische Arbeitsteilung** zu beachten.

Tendenzen der Privatisierung, der Rückbau des Sozialstaates und fehlende Kinder- und SeniorInnenbetreuung führten dazu, dass eine „Care-Lücke“ entstand, die, trotz steigender weiblicher Erwerbstätigkeit und teilweiser Kommodifizierung von Versorgungsleistungen, nach wie vor mehrheitlich durch die Arbeit von Frauen „gefüllt“ wird (Littig/Spitzer 2011, S. 21). Laut einer österreichweiten, repräsentativen Erhebung aus dem Jahr 2009 hat sich der Anteil der Männer, der sich an Hausarbeit generell beteiligt, zwar von einem Viertel Anfang der 1980er Jahre auf ca. drei

Viertel erhöht. Dennoch übernehmen Frauen immer noch einen Großteil, nämlich zwei Drittel, der unbezahlten Arbeit, während Männer 61% der bezahlten Arbeit leisten (Statistik Austria 2009, S. 29ff.).

Um Nachhaltigkeit zu realisieren, die auch geschlechtergerecht ist, müsse der „Gesamtzusammenhang von Arbeit und Leben, Existenzsicherung und Eigentätigkeit von Individuen und Gesellschaft neu gestaltet werden“ (Notz 2003, S. 429), und zwar unter der Berücksichtigung sozialer als auch ökologischer Kriterien. Dies bedeutet auch eine neue Gestaltung der Erwerbsarbeitsphäre: durch deren „Ökologisierung“ (Littig/Grießler 2004, S. 77; Littig 2002) und durch die „Aufwertung weiblich konnotierter Tätigkeiten, Kompetenzen und Lebensmuster auf gesamtgesellschaftlicher Ebene im Sinne einer Aufwertung von direkter Vor- und Fürsorge am Lebendigen“ (Döge 2008, S. 124).

Daher ist aus einer feministischen und aus einer Nachhaltigkeitsperspektive ein erweitertes Arbeitsverständnis notwendig, das sowohl sozialökologische Probleme als auch deren genderspezifische Bedingungen und Konsequenzen untersucht (Littig 2002). Ein solcher ganzheitlicher Blick auf menschliche Tätigkeiten wird im Rahmen des **Konzepts der Mischarbeit** (HBS 2000, Brandl/Hildebrandt 2002, S. 103ff.) verwirklicht, das zwischen vier Formen von Arbeit unterscheidet, die von den Menschen auf der Ebene der Lebensführung sowie im biographischen Verlauf verschieden und immer wieder neu kombiniert werden:

- **Erwerbsarbeit:** Herstellung von Waren und Dienstleistungen zur Einkommenserzielung. Gestaltungsprinzip: ökonomische Effizienz und Einkommenserzielung.
- **Versorgungsarbeit:** Selbstversorgung von Personen und Lebensgemeinschaften mit häuslichen Arbeiten (Ernährung, Pflege, Betreuung und Organisation des Haushalts). Gestaltungsprinzip: Fürsorge.
- **Gemeinschaftsarbeit:** selbst gewählte Arbeit, in der für andere wichtige und nützliche Produkte und Leistungen (Gemeinschaftsgüter) ohne Entgelt erstellt werden (Ehrenamt, soziale Dienste, Nachbarschaftshilfe, bürgerschaftliches Engagement). Gestaltungsprinzip: Selbsthilfe und Solidarität.
- **Eigenarbeit:** über alltägliche Versorgung hinausgehende, selbstbestimmte und nutzenorientierte Arbeit für eigenen Bedarf und Zeitaufwendungen für arbeitsbezogene Aus- und Weiterbildung. Gestaltungsprinzip: Subsistenz.

Eine wichtige Frage, die sich aus dieser Forschungsperspektive stellt, ist, wie die verschiedenen Arbeitsformen auf gesellschaftliche Gruppen (z.B. Frauen und Männer) verteilt sind und wie sich diese Verteilung auf deren gesellschaftliche Teilhabe auswirkt.

Aufgrund der Zentralität der Erwerbsarbeit können unbezahlte Arbeitsformen in einem Konkurrenzverhältnis zu den bezahlten stehen: Erwerbsarbeit kann diese behindern, was u.a. durch die zunehmende „Entgrenzung“ von Erwerbsarbeit durch Flexibilisierungstendenzen, höhere Arbeitsbelastungen und die Zunahme atypischer Beschäftigung gefördert wird (Jurcyk et al. 2009, Brandl 2008, Brandl/Hildebrandt 2002).

In dieser Studie werden insbesondere **Praktiken im Rahmen der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit sowie deren Arrangements mit Anforderungen der Erwerbsarbeit** betrachtet.

Sollen **Versorgungsleistungen individuell nachhaltig gestaltet** werden, so ist dafür von den Haushalten vergleichsweise mehr Zeit sowie teilweise mehr Geld und Wissen notwendig (z.B.

Mülltrennung, Einkaufen und selbst Kochen von „Bio“-Lebensmitteln, Verzicht auf ein Auto). Untersuchungen zufolge kann eine nachhaltige Haushaltsführung zu einer Mehrarbeit für Frauen führen (Dörr 1993, zit. in Littig 1998). Solch einer Tendenz zur „Feminisierung von Verantwortung“ in Bezug auf Nachhaltigkeit müsse entgegen getreten werden, indem Versorgungsarbeit einerseits aufgewertet und andererseits gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt wird (Schultz 1993).

Im Rahmen der Studie ist daher die Frage interessant, ob die im untersuchten Wohnprojekt angestrebte bewusste Förderung nachhaltiger Praktiken zu einer **geschlechtergerechteren Aufteilung** der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit (u.a. aufgrund der Entlastung durch die kollektive Organisation dieser Arbeit) führt; oder aber im Gegenteil dazu, dass Frauen stärker durch die Organisation und Durchführung von (nun auch kollektiver) Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit belastet werden.

Weiters wird die Hypothese überprüft, **ob durch die kollektive Organisation von Teilen der Versorgungsarbeit Arbeit bzw. Zeit eingespart werden kann** (Michelson 1993, McCamant/Durrett 1994).

2. Das Wohnprojekt Wien

In Wien entstanden in den letzten zwei Jahrzehnten mehrere Cohousing-Projekte, die verschiedene Mitbestimmungskonzepte im Bereich der Planung und Nutzung der Wohnbauten erproben; vor allem in den letzten Jahren ist ein deutlich gestiegenes Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen zu beobachten (Tordy 2011).



Abbildung 2: WP Wien

Die GründerInnen des relativ jungen „Wohnprojekt Wien“ im 2. Wiener Gemeindebezirk trafen sich erstmals im Herbst 2009. Im März 2010 gewannen sie einen von der Stadt Wien ausgeschriebenen Bauträgerwettbewerb auf den ehemaligen Nordbahnhofgründen. Es wurde vom Architekturbüro einzueins Architektur und dem Bauträger Schwarzatal errichtet. Einzugstermin war schließlich im Dezember 2013. Derzeit besteht das Wohnprojekt aus 38 Haushalten, 66 Erwachsenen und 30 Kindern. Das Gebäude verfügt über 700 m² Gemeinschaftsräume: eine Gemeinschaftsküche, Veranstaltungsräume, Gästeapartments, eine Sauna, eine Bibliothek, einen Kinderspielraum und einen Meditationsraum. Diese gemeinschaftlich nutzbare Fläche ist ca. fünf Mal größer als in

üblichen Sozialbauten, wie im Jurytext des Staatspreises für Architektur und Nachhaltigkeit vermerkt wurde, den das Wohnprojekt 2014 erhielt³.



Abbildung 3: Dachgarten des WP Wien

Teil der Vision des Wohnprojekts ist die „Förderung und Umsetzung von nachhaltigem Leben, Wohnen und Arbeiten in einer interkulturellen und generationenübergreifenden Gemeinschaft“⁴.

In **ökologischer Hinsicht** ist es ein Ziel der WP-Mitglieder, den ökologischen Fußabdruck so klein wie möglich zu halten, indem sparsam mit Ressourcen umgegangen und bewusster bzw. reduzierter Konsum gefördert wird. Ökologische Überlegungen manifestieren sich sowohl beim Bau als auch bei der Art der Nutzung durch die BewohnerInnen: Das Gebäude wurde im Niedrigstenergiestandard errichtet⁵ und verfügt über eine Photovoltaikanlage, für die WC-Anlagen wird Brunnenwasser genutzt. Es gibt ein fast alle Müllarten umfassendes Mülltrennsystem direkt vor dem Haus, ein Mobilitäts-Sharing-System (gemeinschaftlich genutzte Autos und ein Lastenrad, Verzicht auf private Parkplätze), einen großen Fahrradabstellraum und eine Fahrradwerkstätte, eine Einkaufsgemeinschaft und die gemeinschaftliche Nutzung von Waschmaschinen und Gefriertruhen.

In **sozialer Hinsicht** steht der verantwortungsvolle Umgang mit anderen Menschen durch Ausgleich sozialer Kräfte und Partizipation aller Mitglieder der Gemeinschaft im Fokus (Wohnprojekt Wien 2013). Eine Vielzahl von Aktivitäten wird gemeinschaftlich durchgeführt: gemeinsames Kochen, Einkaufen, teilweise Kinderbetreuung, Nachbarschaftshilfe, Gemeinschaftswochenenden und viele inhaltliche Treffen. Weiters gibt es ein internes Solidaritätskonzept und das Bestreben auch „nach außen“ zu wirken, etwa in die Wohnumgebung und in Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Problemzusammenhänge (Veranstaltungen, Projekte mit AsylwerberInnen, Café in der untersten Etage usw.). WP-Mitglieder können nach eigener Einschätzung und Möglichkeit einen monatlichen Betrag in einen Solidaritäts-Fonds einzahlen. Die Gelder dieses Fonds werden MitbewohnerInnen in

³ Der gesamte Text ist hier zu lesen: <http://www.nextroom.at/building.php?id=36753&inc=home&sid=39172>

⁴ Zitat von der Homepage des Wohnprojekts: <http://www.wohnprojekt-wien.at>

⁵ Das Projekt wurde auf Niveau des Goldstandards der Nachhaltigkeitszertifizierung der ÖGNI/DGNB errichtet.

Notsituationen, für mietreduzierte Soli-Wohnungen für Menschen in Armutssituationen sowie langfristig auch für solidarische Projekte außerhalb des Hauses zur Verfügung gestellt.



Abbildung 4: Kinderspielraum des WP Wien

Um dies alles zu realisieren, war bzw. ist laut Beschluss der MitbewohnerInnen sowohl in der Planungs- als auch in der Nutzungsphase **unentgeltliche Gemeinschaftsarbeit** im Ausmaß von 110 Stunden pro Jahr (bzw. ca. 9 Stunden pro Monat) pro Mitglied notwendig. Diese wird im Rahmen von Arbeitsgruppen geleistet, etwa zu Öffentlichkeitsarbeit, Nachhaltigkeit, Gemeinschaft, Solidarität, Recht und Finanzen (sh. unten). Weiters stellt das System der Wohnprojekt-Stunden ein Zeitwährungssystem dar: gegenseitige Hilfestellungen unter NachbarInnen können im Rahmen einer nachbarschaftlichen Ökonomie auch mit WP-Stunden, also mit für das Wohnprojekt geleisteter Arbeit, entgolten werden.

Das Wohnprojekt ist grundsätzlich nach der Methode der **Soziokratie** organisiert (Buck/Villines 2007). Sie dient der Steuerung und Entscheidungsfindung in Gruppen von als gleichwertig angesehenen Individuen. Ein wesentliches Element der Methode ist das **Konsentprinzip**: Eine Entscheidung gilt dann, wenn kein/e TeilnehmerIn einen schwerwiegenden und argumentierten Einwand gegen einen zu fassenden Beschluss hat und dass alle Betroffenen zur Entscheidungsfindung beigetragen haben. Sie umfasst auch ein Organisationsmodell, nach dem die Strukturierung des Wohnprojekts anhand von „Kreisen“ von Menschen erfolgt, die ein gemeinsames Ziel realisieren wollen (sh. Abbildung 5). Im Rahmen des Wohnprojekts sind dies die erwähnten **Arbeitsgruppen** (AGs), die weiters in verschiedene **Untergruppen** (UGs) unterteilt sind. Zudem gibt es temporäre AG-übergreifende **Projektgruppen** (PGs; Wohnprojekt Wien 2013). Die AGs können im Rahmen der vereinbarten Ziele, der Arbeitsprogramme und des Budgets selbständig ihre Entscheidungen treffen, sind für die inhaltliche Ausarbeitung von Entscheidungen verantwortlich und senden Delegierte in den **Leitungskreis**. Dieser setzt sich neben den Delegierten auch aus den AG-Leitungen und den Obleuten des Vorstands zusammen. Der Leitungskreis kann Aufträge an AGs, UGs, PGs erteilen und Entscheidungen treffen, welche die Entscheidungskompetenz einer AG überschreiten (mit der Ausnahme von Grundsatzentscheidungen) und ist für die laufenden Geschäfte des Wohnprojekts verantwortlich.

Organisations-Blume des Wohnprojekts



Abbildung 5: Organisations-Blume des Wohnprojekts
(eigene Darstellung, Stand zum Zeitpunkt der Zweiterhebung)

Grundsatzentscheidungen werden in den ca. monatlich stattfindenden Großgruppentreffen (GGT) getroffen. Die **Großgruppe** ist das „verfassungsgebende“ Organ des Wohnprojekts und ein Forum für direkten Informationsaustausch. Sie wählt auch die Obleute des Vorstands und die LeiterInnen der AGs. Der **Vorstand** ist das „bevollmächtigte Organ der Großgruppe im vereinsrechtlichen Sinn“ und ist für die Führung der Geschäfte des Vereines verantwortlich. Darüber hinaus gibt es **Ombudspersonen** (vgl. Wohnprojekt 2013, S. 20ff.).

In regelmäßigen Abständen finden **Interviewrunden** mit Interessierten statt. Dauerhaftes Wohnen im Wohnprojekt Wien ist mit einer Mitgliedschaft im „Verein für nachhaltiges Leben“ verbunden, für den laufend Mitgliedsbeiträge zu zahlen sind. Überdies ist bei Eintritt in das Wohnprojekt ein Einstiegsbetrag zur Honorierung der Leistung der WP-Mitglieder zu leisten, die schon vor dem Einzug für das Projekt gearbeitet haben.

3. Methodische Herangehensweise und Forschungsdesign

In der Studie werden Aspekte der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit von Praktiken (unbezahlter) Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit betrachtet: einerseits durch die Erhebung der durch sie erzeugten CO₂-Emissionen, andererseits durch die Analyse des Stellenwerts und der geschlechtsspezifischen Verteilung unbezahlter Arbeit sowie der Vereinbarkeit von unbezahlter mit bezahlter Arbeit.

Die **Forschungsfragen** sind:

- Wie sehen **nachhaltigkeitsrelevante Praktiken** (zukünftiger) BewohnerInnen des „Wohnprojekt Wien“ **vor und nach dem Einzug** aus und wie **verändern** sie sich?
 - Werden sie mit dem Leben im Wohnprojekt **sozial oder ökologisch nachhaltiger**?
 - Welche **Rahmenbedingungen** und **Elemente von Praktiken** (Kompetenzen, Bedeutungen und Material) sind für die Organisation der (neuen) Praktiken notwendig oder hinderlich?

- Wie viel **Zeit** und welchen **Raum** nehmen sie im Alltag ein?
- **Von wem** werden sie in welchem Umfang ausgeübt? (geschlechtsspezifische Verteilung der Arbeit, teilweise Übernahme von Praktiken durch WP-Mitglieder)
- Welche Rolle spielen die **Logiken anderer Praktiken** (z.B. der Erwerbsarbeit) bei der Ausübung der untersuchten Praktiken?
- Welche **Wünsche und Ansprüche** haben die WP-Mitglieder bezüglich einer nachhaltigen Veränderung von Praktiken, insbesondere im Bereich der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit?

Im Rahmen der Studie wurden **Praktiken** in folgenden Bereichen⁶, die im Wohnprojektkontext nachhaltigkeitsrelevante Wirkungen haben können und großteils in die Bereiche der Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit fallen, untersucht:

- **Kochen** (Zubereitung von Essen)
- **Nahrungsbeschaffung** (*wo und wie* werden Nahrungsmittel besorgt)
- **Ernährung** (*was* wird gegessen)
- **Kinderbetreuung**
- **Mülltrennung**
- **Wäsche Waschen**
- **Arbeit für das Wohnprojekt Wien** in der Planungs- und Nutzungsphase
- **Mobilität** (v.a. in Bezug auf andere untersuchte Praktiken)
- **Energieskonsum**
- **Nachbarschaftliche Aktivitäten bzw. Unterstützung** bei alltäglichen Tätigkeiten

Um festzustellen, inwiefern diese Praktiken mit dem Leben im Wohnprojekt **ökologisch nachhaltiger** geworden sind, werden die **CO₂-Emissionen** folgender Aspekte der untersuchten Praktiken vor und nach dem Einzug berechnet und verglichen:

- Erhebung des **Haushaltsenergieverbrauchs**
- **Mobilitätspraktiken**: Ausmaß der Nutzung von Autos, Flugzeugen und Carsharing
- **Ernährungspraktiken**: Fleisch- und Gemüsekonsum, biologische/regionale Ernährung

Die Berechnung in der CO₂-Analyse und die verwendeten Variablen werden in Kapitel 3.2 genauer dargestellt. Weiters wurden zusätzlich folgende ökologisch relevante Aspekte der untersuchten Praktiken erhoben:

- **Mülltrennung und -umfang**
- **Energieeffizienz und Ausstattung** der Haushalte mit bzw. **individuelle/kollektive Nutzung von Haushaltsgeräten**

⁶ Diese Bereiche sind eher als Überkategorien für ganz verschiedene Praktiken zu verstehen. Darauf wird bei den einzelnen Kapiteln extra eingegangen.

Die Veränderungen im Bereich **sozialer Nachhaltigkeit** werden einerseits qualitativ beschrieben, andererseits anhand quantitativer Zeiterhebungen vor und nach dem Einzug verglichen hinsichtlich:

- der **geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung**
- der **Unterstützung und Aufwertung unbezahlter Arbeit**
- einer möglichen **Verringerung unbezahlter Arbeit** durch deren **kollektive Organisation**
- des **Arrangements mit anderen Praktiken** (z.B. der Erwerbsarbeit)
- der Stärkung von **solidarischen Gemeinschaftsstrukturen** (z.B. Involviertheit von Wohnprojektmitgliedern in die Ausübung der untersuchten Praktiken)

3.1. Methodik der quantitativen und qualitativen Erhebung und Analyse

Die Datenerhebungen fanden ca. **ein Jahr vor dem Einzug** in das Wohnprojekt (ab Februar 2013) sowie ca. **ein Jahr nach dem Einzug** (ab Jänner 2015) statt. Dabei wurden beides Mal folgende quantitative und qualitative Erhebungsmethoden eingesetzt:

- ein standardisierter **Online-Fragebogen** bzw. eine davor und sieben Tage lang auszufüllende **Selbstbeobachtungsliste** zu alltäglichen Haushaltspraktiken,
- **persönliche Interviews** mit 12 Haushalten bzw. 18 Personen sowie von den Befragten selbst gemachte **Fotos** als Intervieweinstieg,
- von diesen 12 Interviewten gesprochene **digitale Tagebücher**,
- teilnehmende **Beobachtung** bei Wohnprojekttreffen bzw. Analyse von ausgewählten Protokollen dieser Treffen,
- die Durchführung einer **Gruppendiskussion**
- Analyse der **Datenbank der gemeinschaftlich geleisteten Wohnprojekt-Stunden**

Der **Online-Fragebogen** wurde mit der Software „Lime-Service“ programmiert und war den Befragten per Link zugänglich. Um festzustellen, ob gemeinschaftliches Zusammenleben das Ausmaß der verbrachten Zeit mit den untersuchten Praktiken insgesamt und auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht verändert, wurde im Rahmen der quantitativen Erhebungen nach der Zeitverwendung in Bezug auf bestimmte Praktiken (Nachbarschaftskontakte, WP-Arbeit, Kinderbetreuung, Nahrungsbesorgung und Essenszubereitung) gefragt. Konkret wurden die Befragten gebeten, die für diese Praktiken innerhalb der letzten sieben Tage aufgewandte Zeit anzugeben. Um die Rekonstruktion des eigenen Verhaltens in den letzten 7 Tagen zu erleichtern, erhielten die Befragten zwei **Selbstbeobachtungslisten** (eine pro Person über 18 Jahre und eine pro Haushalt), in der sie eine Woche vor dem Ausfüllen des Online-Fragebogens die für die untersuchten Tätigkeiten aufgewandte Zeit pro Tag eintragen konnten. Wir erwarteten uns dadurch präzisere Angaben und eine höhere Motivation, die Fragen genau zu beantworten. Für die Studie relevant waren die Summenangaben für eine Woche auf der Liste, die danach in den Online-Fragebogen einzutragen waren

Das **persönliche Interview** bestand aus drei Teilen: der Aufnahme von „Tagebüchern“ und von Fotos alltäglicher Praktiken sowie dem Interview selbst. Das Tagebuch kann den Tagesablauf, die Chronologie der durchgeführten Praktiken und die Verschränkungen verschiedener Aktivitäten ineinander besser als ein Interview abbilden. Die aufgenommenen Fotos dienten als Einstieg in das

persönliche Interview. Anhand der Fotos sollten die Interviewten beschreiben, welche Gegenstände und welche Situation darauf zu sehen sind und inwiefern diese Situation typisch oder nicht typisch für die Durchführung der Praktik ist. Die Leitfäden für das persönliche Interview und das Tagebuch erhoben die in der praxistheoretischen Literatur explizierten Elemente von Praktiken (Kompetenzen, Bedeutungen bzw. Emotionen und Material, außerdem übliche Zeit/Dauer bzw. Arbeitsteilung im Haushalt bei der Durchführung) ebenso wie ihr alltägliches Arrangement. Die Interviewten wurden aufgefordert alle Elemente der Praktiken zu beschreiben und diese u.a. hinsichtlich persönlich wichtiger Aspekte und alltäglicher Hindernisse bei der Durchführung zu reflektieren.

Die **quantitativen Daten** wurden mit der Software SPSS ausgewertet. Die Daten der Erst- und Zweiterhebung wurden deskriptiv beschrieben (Häufigkeiten, Mittelwerte usw.) und teilweise nach geschlechtsspezifischen Unterschieden analysiert (T-Test, Mann-Whitney-U-Test, Chi-Quadrat-Test) sowie grafisch dargestellt. Die Daten der Zweiterhebung wurden denen der Ersterhebung zugeordnet, mit diesen verglichen (T-Test für gepaarte Stichproben, Wilcoxon Vorzeichen Rang Test, McNemar Test) und beschrieben. Wenn im Text von „signifikanten“ Ergebnissen geschrieben wird, so sind diese, je nach Art der Variablen, anhand dieser Tests ermittelt worden.

Die **qualitativen Daten** (Transkripte der Interviews und der Tagebücher) wurden mit der Software MaxQda codiert und dann in Form von Einzelfallporträts zusammengefasst. Danach wurden die Daten der Erst- und Zweiterhebung vergleichend analysiert, mit dem Ziel einer praxistheoretisch fundierten Analyse der Veränderungen der untersuchten Praktiken der BewohnerInnen. Im Text wurden die Kürzel der Interviewten bewusst nicht angeführt um eine bessere Lesbarkeit und Anonymisierung der Daten zu gewährleisten. Zudem bezog sich die Analyse auch weniger auf individuelle Ausführungsformen von Praktiken, sondern stärker auf die Schilderung der Ähnlichkeiten und Differenzen der verschiedenen Ausführungsformen aller Befragten. Direkte Zitate der Befragten wurden mit „“ gekennzeichnet, von den AutorInnen selbst in Anführungszeichen gesetzte Passagen wurden mit einfachen Zeichen (,) markiert.

3.2. Methodik der CO₂-Analyse

Die ökologisch relevanten Praktiken von ausgewählten BewohnerInnen des Wohnprojekts werden anhand von Treibhausgas-/CO₂-Bilanzen bewertet. Treibhausgasemissionen, ausgedrückt in CO₂-Äquivalenten (CO_{2eq}), sind ein wichtiger und leicht verständlicher Indikator der ökologischen Nachhaltigkeit (PCF 2009, Finkbeiner 2009). CO_{2eq}-Emissionen, die neben CO₂-Emissionen u.a. auch CH₄- und N₂O-Emissionen enthalten (sh. unten), sind eine Maßzahl für die Klimawirksamkeit verschiedener Aktivitäten, zum Beispiel kann so die Klimawirksamkeit unterschiedlicher Ernährungsweisen, Mobilitätsverhalten oder Energieversorgung miteinander verglichen werden. Andere Indikatoren der ökologischen Nachhaltigkeit, wie zum Beispiel Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden oder Ressourcenverbrauch, sind nicht Gegenstand dieser Studie.

Bei der Erstellung der CO₂-Bilanzen werden die Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O) berücksichtigt und nach den Richtlinien der IPCC (2007a, 2013) entsprechend ihrer Klimawirkung als CO_{2eq} zusammengefasst (1 CO₂ = 1 CO_{2eq}, 1 CH₄ = 25 CO_{2eq}, 1 N₂O = 298 CO_{2eq}). Folgende Bereiche der Befragung sind klimarelevant:

- Ernährung (tierische und pflanzliche Produkte)
- Energiebedarf (Heizen, Warmwasserbereitstellung, Kochen, Kühlen (z.B. Kühlschrank und Tiefkühler) u.a.)
- Mobilität (Individualverkehr mit dem Auto oder Moped, Flugreisen)

CO₂-Bilanzen wurden nach Kriterien des „Life Cycle Assessment“ nach ISO 14040 2006, ISO 14044 2006 und Goedkoop et al. (2008) berechnet. Das heißt, dass für alle Phasen der jeweiligen Konsumkette, angefangen bei der Rohstoffgewinnung über Verarbeitung bis zur Konsumation im Haushalt, Inventare erstellt werden und die Emissionen der einzelnen Posten zusammengezählt werden.

Die den Berechnungen zugrundeliegenden Daten und Treibhausgasemissionen wurden aus **folgenden Datenbanken und Quellen** entnommen:

- FiBL interne Datenbank Stand Mai 2014
- Ecoinvent v2.2
- Gemis Österreich v4.8
- Nationale und internationale Publikationen

Für die Berechnung der Emissionen wurden folgende **Primärdaten** aus der Fragebogenerhebung herangezogen: Für den Bereich der **Ernährung** wurden die in den letzten sieben Tagen verbrauchten Mengen an Fleisch (differenziert nach Fleischarten), Wurst, Fisch, Meeresfrüchten, Butter bzw. Käse, Topfen bzw. Aufstrichen, Brot, Gemüse, Kartoffeln bzw. Zwiebeln, an regionalem und importiertem Obst in kg sowie die Menge an Eiern, Gebäck bzw. der Verbrauch von Milch, Joghurt bzw. Sauerrahm und Schlagobers in Liter erhoben. Die CO_{2eq}-Emissionen im Bereich „Ernährung“ basieren auf den CO_{2eq}-Emissionen der **konventionellen** landwirtschaftlichen Produktion und der konventionellen Verarbeitung und Vermarktung (Supermarkt) in Österreich.

Um den **Energiebedarf für die Wohnung** festzustellen, wurde nach den Energieträgern für die Haupt- und Zusatzheizung bzw. für die Warmwasseraufbereitung, dem Bezug von Öko-Strom und der Höhe des Strom-, Gas-, und Fernwärmeverbrauchs der letzten Jahresabrechnung gefragt. Bei der Erhebung nach dem Einzug in das Wohnprojekt wurden die Strom- und Warmwasserdaten der Wohnungszähler verwendet, die von Mitgliedern des Wohnprojekts im Rahmen ihres Monitorings regelmäßig erhoben werden. Für die Fernwärmeberechnung wurden Daten vom einzigen Fernwärmezähler des Wohnprojekts verwendet. Diese Daten wurden durch die gesamte m²-Anzahl des Wohnprojekts dividiert und mit der m²-Anzahl der Wohnungen multipliziert, um haushaltsbezogene Daten zu erhalten. Fehlende Werte im Bereich „Energiebedarf“ wurden mit Daten von der Statistik Austria aufgefüllt (Statistik Austria 2011b).

Die CO₂-Emissionen im Bereich **Mobilität** wurden anhand der insgesamt mit einem privaten Auto, Moped bzw. Motorrad sowie mit Carsharing-Autos zurückgelegten km und anhand der Kurz- und Langstreckenflüge im letzten Jahr erhoben.

Die Ergebnisse aus den drei Bereichen Ernährung, Energiebedarf und Mobilität werden als Carbon-Footprint oder **CO₂-Fußabdruck in kg CO_{2eq} pro Person u. Woche** in den Haushalten dargestellt.

Kinder jünger als 3 Jahre sind mit „¼-Person“ und Kinder zwischen 3 und 12 Jahren mit „½ Person“ in der Bewertung berücksichtigt. Pro Woche bedeutet, dass der erhobene Jahresenergiebedarf und die

Mobilitätspraktiken eines Jahres auf eine Woche umgerechnet wurden. Die CO_{2eq}-Emissionen der Bereiche Ernährung und Energie wurden mit dem nichtparametrischen Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test auf Signifikanzen getestet (SPSS v16.0.0).

4. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse

Im Folgenden werden die quantitativen Ergebnisse bezüglich der Zeitverwendung, der CO₂-Emissionen und anderer erhobener Aspekte der untersuchten Praktiken sowie die Analyse der qualitativen Interviews, Tagebücher und Gruppendiskussionen im Überblick sowie pro Praktik dargestellt und interpretiert.

4.1. Rücklaufquote und Samplebeschreibung



Bei der Ersterhebung nahmen 45 Befragte (bzw. 29 Haushalte), bei der Zweiterhebung 36 Befragte (bzw. 23 Haushalte) teil. Die aktuelle BewohnerInnenanzahl liegt bei 66 Erwachsenen (bzw. 38 Haushalten), von denen jedoch einige zum Zeitpunkt der Ersterhebung noch gar nicht Mitglied des Wohnprojekt Wien waren (Abbildung 6).

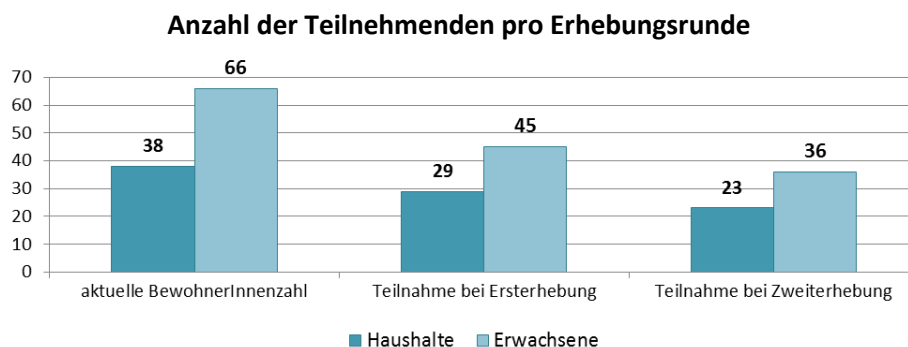


Abbildung 6: Anzahl der Teilnehmenden pro Erhebungsrunde

Abbildung 7 stellt die Rücklaufquoten dar. 61% aller Haushalte (gemessen am derzeitigen EinwohnerInnenstand) haben an beiden Erhebungen teilgenommen. 79% aller Haushalte, die an der Ersterhebung teilgenommen haben, haben auch an der Zweiterhebung teilgenommen. Die meisten Befragten, die nur bei der Ersterhebung dabei waren, nahmen aufgrund von Auszug bzw. Nicht-Einzug ins Wohnprojekt (dies betrifft 4 Haushalte und 6 Personen) und nur 2 Haushalte bzw. 3 Personen aus Zeitmangel bzw. Desinteresse nicht an der zweiten Befragung teil. Insofern ist die Rücklaufquote unter Berücksichtigung dieser Tatsache zufriedenstellend.

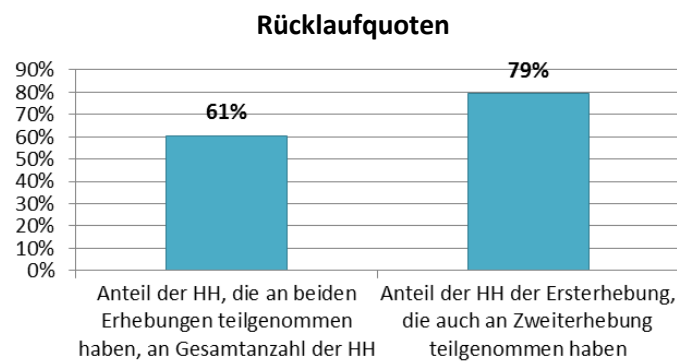


Abbildung 7: Anteile der vergleichbaren Haushalte an allen Haushalten und der Haushalte der Ersterhebung an denen der Zweiterhebung

Im Folgenden wird das Vergleichssample beschrieben, also die Befragten, die sowohl an der Erst- als auch an der Zweiterhebung teilgenommen haben und die jeweils dargestellten Fragen in beiden Erhebungen beantwortet haben. Hinsichtlich des **Geschlechts** der Befragten zeigt sich eine deutliche Mehrheit an weiblichen Befragten (63%) im Vergleich zu männlichen (Abbildung 8).

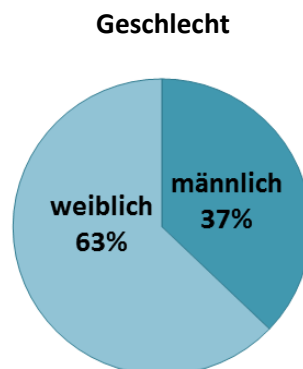


Abbildung 8: Geschlecht der Befragten (n=45)

Hinsichtlich des **Alters** der Befragten ist eine Konzentration auf die Altersgruppen der 30-49-Jährigen festzustellen (63% der Befragten fielen zum Zeitpunkt der Ersterhebung in diese Kategorie und 64% der Befragten zum Zeitpunkt der Zweiterhebung). Die 50-59-Jährigen stellen mit ca. einem Viertel der Befragten eine ebenfalls größere Gruppe dar. Jüngere oder ältere Personen sind unter den Befragten eher eine Minderheit. Zum Zeitpunkt der Zweiterhebung sind gar keine Unter-30-Jährigen mehr im Sample vorhanden (Abbildung 9).

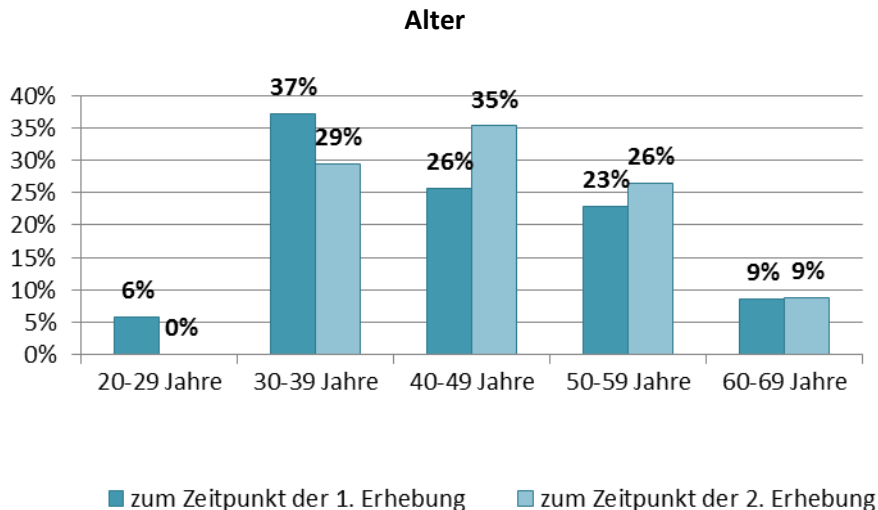


Abbildung 9: Alter der befragten Personen (n=45)

Während innerhalb der österreichischen Bevölkerung nur rund 14% der 25-64-Jährigen über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss verfügen (vgl. Statistik Austria 2012a), ist diese Gruppe innerhalb der Stichprobe mit 83% am stärksten vertreten. Nur 3% der Befragten geben „Pflichtschule mit Lehre“ als ihren höchsten **Bildungsabschluss** an (siehe Abbildung 10).

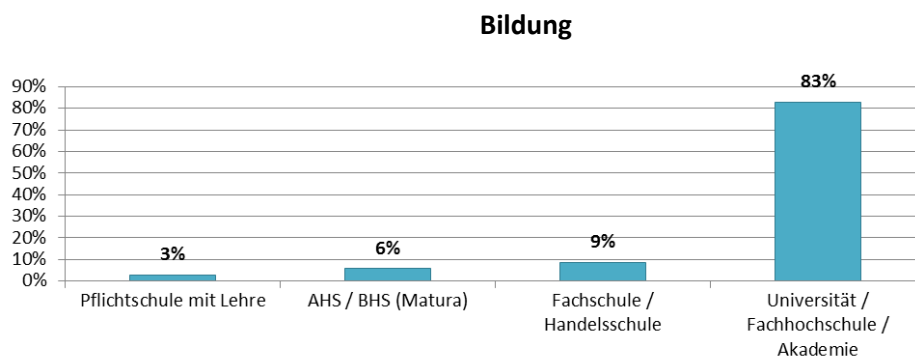


Abbildung 10: Bildungsgrad der befragten Personen (n=45)

Relevant in Bezug auf die im Wohnprojekt vorhandenen Kompetenzen ist auch eine Analyse der erlernten bzw. ausgeübten **Berufe** der Befragten, die anhand allgemeiner Kategorien in Abbildung 11 dargestellt werden. Die akademischen Disziplinen umfassen die Rechts-, Kommunikations-, Sozial- sowie Naturwissenschaften, die Architektur, die Informatik sowie die Pädagogik. Mit 48% ist fast die Hälfte der Befragten in juristischen, sozialwissenschaftlichen bzw. in Kulturberufen beschäftigt, gefolgt von 13% an BetriebswirtInnen und 7% in IKT-bezogenen bzw. Gesundheitsberufen. Auffällig sind die relativ häufig vorhandenen beratenden bzw. pädagogischen Berufe. Größere Minderheiten stellen künstlerische, gesundheitsbezogene und medien- bzw. IKT-bezogene Berufe dar.

Erlerner und ausgeübter Beruf

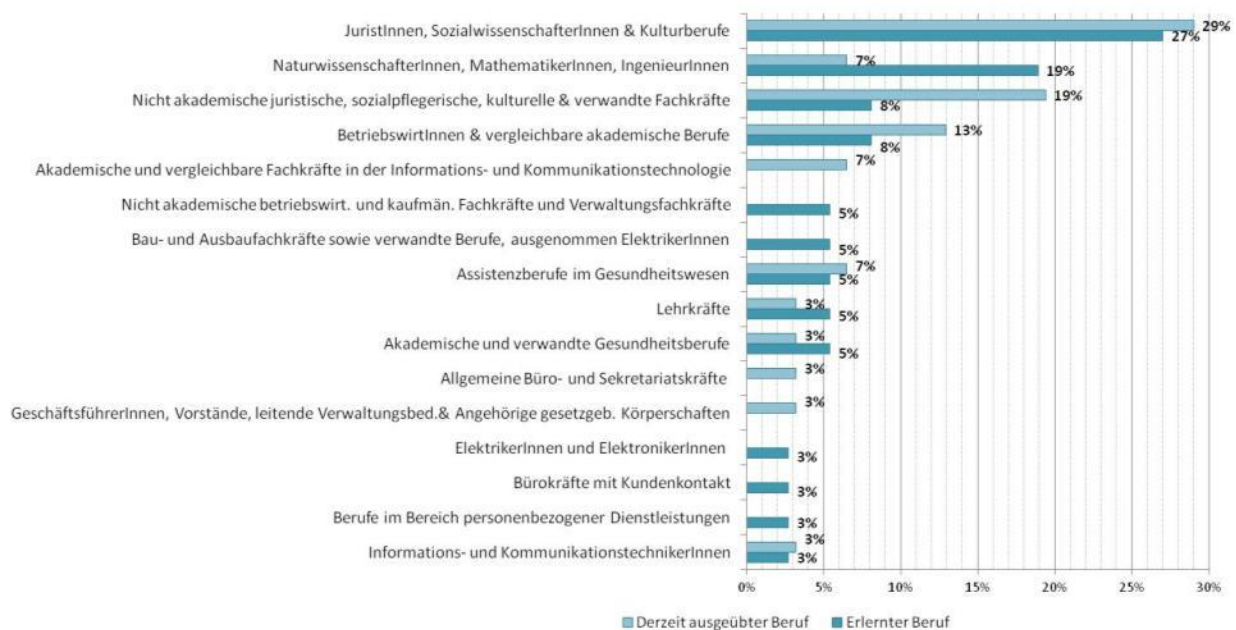


Abbildung 11: Erlerner und ausgeübter Beruf (n=37)

Zum Zeitpunkt der Ersterhebung sind 76%, zum Zeitpunkt der Zweiterhebung 85% der Befragten **erwerbstätig**. Von den nicht Erwerbstätigen (23% bzw. 12% der Befragten) sind bei der Ersterhebung 25% in Pension, die anderen Befragten in Karenz, haushaltsführend oder arbeitslos; bei der Zweiterhebung sind 50% der nicht Erwerbstätigen in Pension und die andere Hälfte in Elternkarenz oder arbeitslos (Abbildung 12).

Erwerbstätigkeit

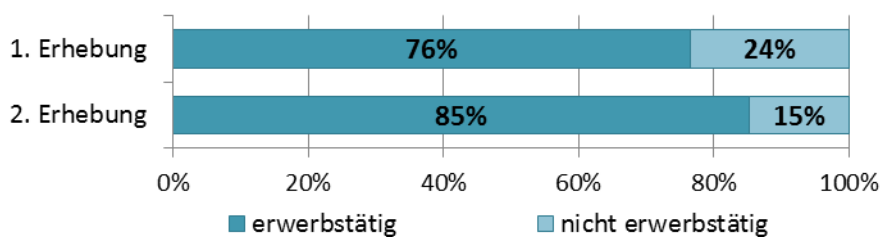


Abbildung 12: Erwerbstätigkeit (n=34)

54% (Ersterhebung) bzw. 55% (Zweiterhebung) der befragten Erwerbstätigen sind **unselbständig** beschäftigt, 38% bzw. 34% **selbständig** und ein kleiner Prozentsatz von 8% bzw. 10% arbeitet sowohl selbständig als auch unselbständig beschäftigt (Abbildung 13). Dies ist ein deutlich höher Prozentsatz als jener der Gesamtbevölkerung, der laut Statistik Austria in Österreich bei 11% der erwerbstätigen Personen über 15 Jahren liegt (Statistik Austria 2015b, S. 16, eigene Berechnung).

Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Befragten

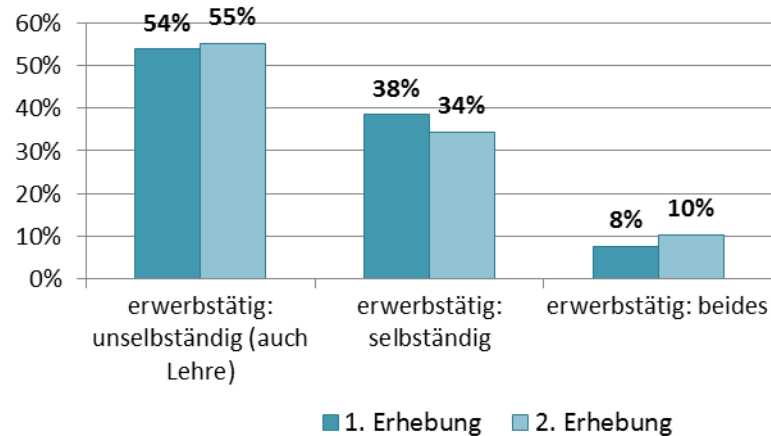


Abbildung 13: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Befragten (n=26 bzw. n=29)

Von den Erwerbstätigen arbeiten insgesamt 28% (Ersterhebung) bzw. 24% (Zweiterhebung) bis zu 30 **Stunden** in der Woche, 41% bzw. 40% zwischen 31 und 40 Stunden und 32% bzw. 36% über 40 Stunden in der Woche (Abbildung 14). Der Durchschnitt der (selbständig und unselbständig) erwerbstätigen Bevölkerung in Österreich liegt bei 36,6 Stunden Arbeitszeit pro Woche (Statistik Austria 2015b, S. 41).

Erwerbsarbeitszeit der erwerbstätigen Befragten

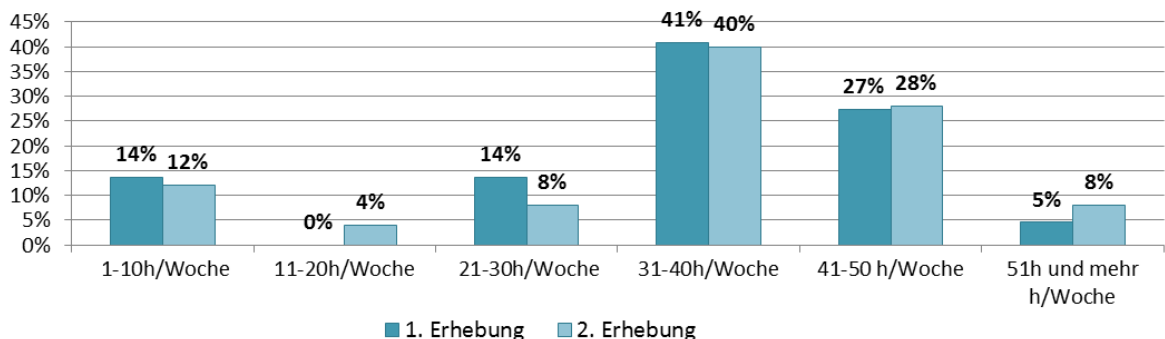


Abbildung 14: Erwerbsarbeitszeit der erwerbstätigen Befragten (n=30)

Bezüglich des **Netto-Einkommens** der Befragten ist festzustellen, dass der Großteil der Befragten (67% sowohl zum Zeitpunkt der Erst- als auch der Zweiterhebung) zwischen 1000 und 2500 Euro monatlich verdienen. Ca. ein Fünftel verdient zu beiden Zeitpunkten weniger als 1000 Euro pro Monat, 12% bzw. 13% verdienen mehr als 2500 Euro pro Monat.

Der Median des Nettomonatseinkommens unselbständig Erwerbstätiger liegt in Wien bei 1818 Euro (Statistik Austria 2015a). Auch bei den WP-Mitgliedern liegt der Median in der Kategorie von 1500 bis 2000 Euro. Insofern ähnelt die Einkommensverteilung der unselbständig Erwerbstätigen Wiens jener der Wohnprojektmitglieder (Abbildung 15).

Monatliches Netto-Einkommen

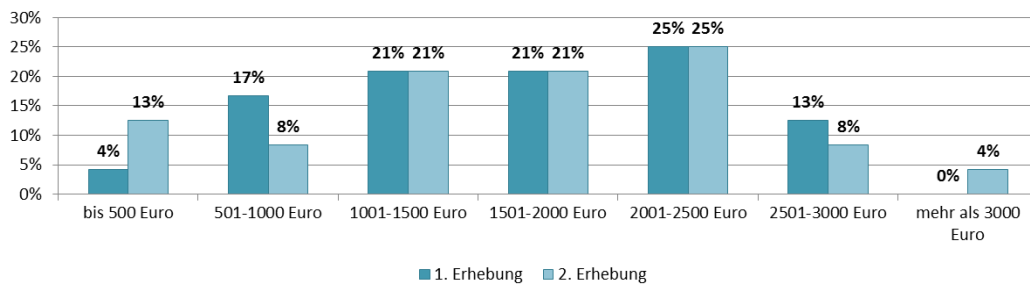


Abbildung 15: Höhe des monatlichen Einkommens in Euro (n=24)

In den befragten Haushalten leben zum Zeitpunkt der Ersterhebung durchschnittlich 2,3 Personen (inklusive Kinder und Jugendliche), zum Zeitpunkt der Zweiterhebung 2,4. Betrachtet man das Alter der **in den befragten Haushalten lebenden Personen** (Abbildung 16), so leben in diesen zum Zeitpunkt der Ersterhebung 39 und zum Zeitpunkt der Zweiterhebung 38 Personen über 18 Jahre. Die Anzahl der Kinder unter 4 Jahren ist gleich geblieben, die der Kinder zwischen 4 und 12 Jahren hat sich leicht von 4 auf 7 erhöht und die Anzahl der Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren ist von 3 auf 1 gesunken.

Altersstruktur in den befragten Haushalten

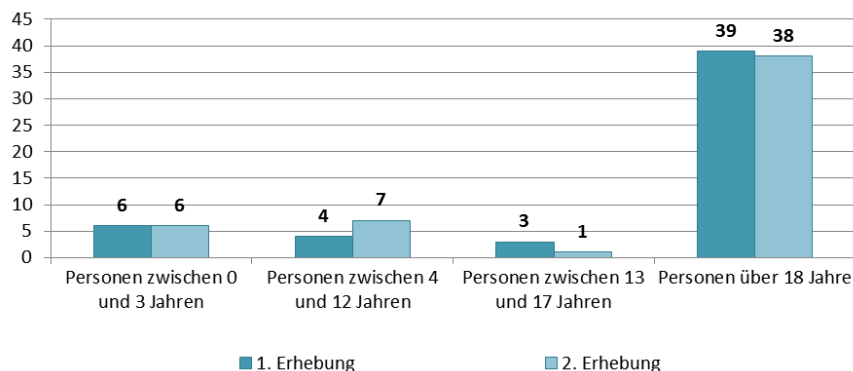


Abbildung 16: Altersstruktur in den befragten Haushalten (n=22)

4.1.1. Beschreibung des qualitativen Samples und Motive des Einzugs

Auch das qualitative Sample soll an dieser Stelle kurz beschrieben werden. Insgesamt wurden 18 Personen bzw. 12 Haushalte interviewt, deren Interviews verglichen werden können (eine Person nahm nur an der ersten Erhebung teil und wurde daher vom Vergleich ausgeschlossen).

Der Großteil der Befragten sind Frauen; lediglich ein Drittel der Befragten (6 von 18) Männer. Das Alter der interviewten Personen verteilt sich ausgewogen über drei Lebensjahrzehnte ab dem 30. Lebensjahr (jeweils 5-6 Befragte pro Jahrzehnt); eine Frau ist über 60 Jahre alt.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen (14 von 18) hat eine Universität bzw. Fachhochschule absolviert; zwei Interviewte haben einen Fachschul-/Handelsschulabschluss, eine Person einen Pflichtschulabschluss und eine weitere die AHS/BHS-Matura als höchsten

Schulabschluss. Die meisten Befragten (11 von 18) sind erwerbstätig, bis auf drei Frauen mit kleinen Kindern, die in Karenz bzw. arbeitslos sind und drei Frauen, die in Pension sind (eine davon arbeitet jedoch ein paar Stunden pro Woche nebenher selbständig). Eine weitere Befragte arbeitet in Altersteilzeit. 5 Personen sind selbständig beschäftigt.

Zwei Personen sind allein lebend, weitere zwei alleinerziehend mit einem Kind im Haushalt. Weiters wurden vier Haushalte mit zwei Erwachsenen und ohne Kinder unter 13 Jahren (zwei davon mit Jugendlichen und zwei ohne Kinder) und vier Haushalte mit Kindern unter 13 Jahren (drei davon mit Kindern zwischen 0 und 3 Jahren) interviewt. In Bezug auf die Haushaltszusammensetzung, das Alter und die Erwerbstätigkeit ist im Sample also eine große Bandbreite vorhanden. Die Verteilung in Bezug auf das Geschlecht und die Bildungsabschlüsse spiegelt die Zusammensetzung der quantitativ befragten WP-Mitglieder wider.

Alle Befragten schildern **Gründe**, die auf das im Rahmen des Wohnprojekts ermöglichte **soziale Zusammenleben** bezogen sind, als vorrangig für den Einzug in das Wohnprojekt. Konkret werden Wünsche nach sozialen Kontakten bzw. „Netzen“ und danach das Leben „gemeinschaftlich zu teilen“ bzw. „in einer Gruppe gemeinsam etwas zu schaffen“ genannt.

Wie in Kapitel 4.6 genauer ausgeführt, wird von mehreren Befragten das soziale Leben am Land – etwa die dort erlebte Gemeinschaftlichkeit, die Möglichkeit des Austauschs zwischen den Generationen, die größere Bewegungsfreiheit der Kinder – als eine positive Erfahrung ihrer Kindheit geschildert, die sie nun im Rahmen des Wohnprojekts in einem städtischen Umfeld realisieren möchten. So gibt eine Befragte explizit an, das „Dorf in die Stadt“ holen zu wollen.

An mehreren Stellen in den Interviews kommt die Ablehnung städtischer Anonymität zum Ausdruck, etwa in Bezug auf das nachbarschaftliche Zusammenleben, die ein Motiv für die Wahl des Wohnprojekts darstellt. Die daraus resultierende tendenzielle soziale Isolation im Wohnumfeld wird als sehr negativ erlebt, insbesondere von Befragten mit Kindern, deren soziale Kontakte aufwändig organisiert werden müssen. Auch alleinlebende Interviewte schildern ihre Wohnsituation, auch wenn sie Vorteile biete, als unbefriedigend. So verleite sie zur „Passivität“ und sei nicht geeignet, wenn man „keine Einzelgängerin“ sei. Mehrere Befragte sehen die distanzierten nachbarschaftlichen Beziehungen als ein vergebenes Potential für Austausch und gegenseitige Unterstützung. Auch Erfahrungen der Isolation bzw. die Befürchtung, diese im Verlauf des Älterwerdens in der Zukunft zu erleben, werden geschildert.

Letzterer Punkt wird von zwei älteren Interviewten auch explizit als Einzugsgrund angegeben. So erwähnt eine Befragte, dass ihr die „soziale Absicherung im Alter“ ein wichtiges Anliegen sei. Sie erlebe selbst im Kontakt mit älteren Menschen, dass diese oft vereinsamen und keine Möglichkeiten mehr haben, sich mit ihren Fähigkeiten einbringen zu können: „das Bisschen, das sie noch können, will niemand mehr“. Im Rahmen des Wohnprojekts könnte man älteren Menschen „ein Feld aufbereiten“, in dem sie „Nischen“ finden, in denen sie sich betätigen können.

Befragte Eltern sehen im Wohnprojekt bessere soziale und räumliche Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern gegeben als in konventionellen städtischen Wohnbauten und nennen diese als Motiv für den Einzug. So könnten sie im Wohnprojekt SpielkameradInnen finden und sich relativ frei und sicher bewegen.

Die Möglichkeit der **Mitbestimmung bei der Schaffung von Wohnraum** in „bottom up“-Prozessen wird ebenfalls von zwei Interviewten als Einzugsgrund genannt. So meint ein Befragter, dass das Wohnprojekt ein „Gegenkonstrukt zum herkömmlichen Wohnungsmarkt“ darstelle: Man könne

einerseits bei der Planung mitbestimmen, was ansonsten nur bei für ihn nicht leistbaren Eigentumswohnungen möglich ist, andererseits würde ein Wegzug ins ländliche Gebiet den Verlust der in der Stadt aufgebauten sozialen Kontakte bedeuten. Beide Optionen hätten „Isolation mit sich gebracht“, während das Wohnprojekt, indem es einen „Gegenpol zu herkömmlichen Lebensformen“ darstelle, hier viel mehr „Freiheit“ biete.

Vier Befragte erwähnen explizit die Möglichkeit, im Rahmen des Wohnprojekts in verschiedenen Aspekten **nachhaltiger als zuvor leben zu können**, als Einzugsgrund. So sieht ein Befragter im Wohnprojekt eine „neue zeitgenössische Form des Zusammenlebens“ verwirklicht, in dessen Rahmen auf verschiedenen Ebenen auf Nachhaltigkeit geachtet werde: auf der des Bauens, der „Gestaltung des Wohnraumes“, der „Lebensweise“ und des „Lebensumfeldes“. Ein Interviewter merkt jedoch an, dass die Förderung einer nachhaltigeren Lebens für ihn kein unmittelbarer Einzugsgrund gewesen sei, da er dieses schon vor dem Einzug als ökologisch nachhaltig wahrnimmt. Auch ein anderer Interviewter sagt explizit, dass „die ökologische Komponente (...) bestimmt nicht spielentscheidend [war], dass wir da eingezogen sind“. Somit stellt die nachhaltigere Gestaltung von Praktiken im Alltag zwar einen durchaus genannten, aber meist nicht vorrangigen Einzugsgrund dar. Bezüglich des Einzugs in das Wohnprojekt sind also, wie auch bezüglich verschiedener untersuchter Praktiken, Motivallianzen feststellbar (sh. Kapitel 5.4). Ebenfalls als Einzugsgründe genannt werden der zentrumsnahe Grünraum sowie der „künstlerische Zugang“ und die „Kombination aus Herzenswärme und Professionalität“ der WP-Mitglieder.

Die Befragten kamen auf verschiedenen Wegen **in Kontakt mit der Idee des Wohnprojekts**. Drei Interviewte waren Teil der GründerInnengruppe und haben das Projekt von einer sehr frühen Phase an mitentwickelt, die anderen sind später und durch Zufälle dazugestoßen. Für manche Personen war das Wohnprojekt Wien nicht die erste Auseinandersetzung mit der Idee einer neuen gemeinschaftlichen Wohnform. So gab eine Befragte an, auch schon in den 1980er Jahren länger in einem Wohnprojekt gelebt zu haben, ein weiterer, dass er beruflich immer wieder mit Wohnprojekten in Kontakt gewesen sei und drei Befragte haben schon immer von so einem Projekt „geträumt“.

Manchmal waren Personen der GründerInnengruppe „Türöffner“ zum Projekt, ansonsten sind die Befragten durch Broschüren, Zeitungsartikel, Newsletter, Veranstaltungen und Infoveranstaltungen (zum Teil auch von Organisationen im nachhaltigkeitsbezogenen bzw. politischen Bereich) auf das Projekt aufmerksam geworden.

4.2. Überblick über die Zeitverwendung in Bezug auf die Praktiken



Teil der quantitativen Erhebung waren Fragen nach der Zeit, welche die Befragten mit verschiedenen Praktiken in den letzten sieben Tagen verbracht haben (sh. Abbildung 17).

In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (alle Befragte)

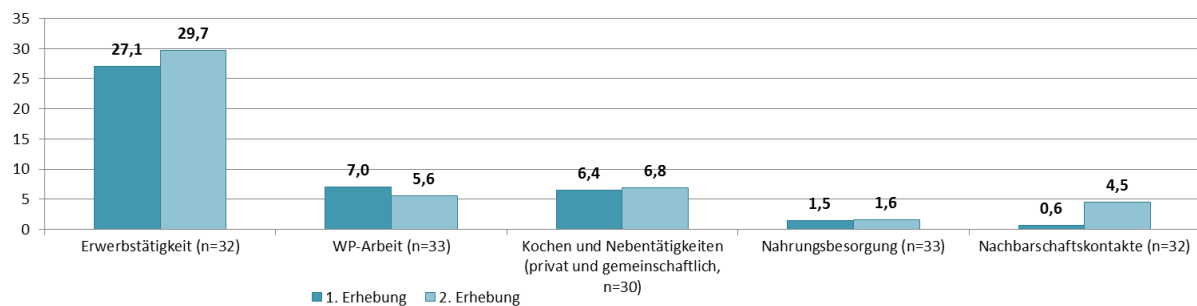


Abbildung 17: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (alle Befragte)

Generell ist festzustellen, dass die **Erwerbsarbeit** im Vergleich zu den Praktiken der unbezahlten Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit (hier die Kinderbetreuung noch ausgenommen, sh. dazu weiter unten) den größten Teil der zeitlichen Ressourcen der Befragten okkupiert – diese umfasste durchschnittlich 27 bzw. 30 Stunden in den letzten sieben Tagen sowohl vor als auch nach dem Einzug in das Wohnprojekt. Die **WP-Arbeit** nahm vor und nach dem Einzug durchschnittlich 6-7 Stunden ein, im etwa dem selben Ausmaß wurde **gekocht** bzw. Nebentätigkeiten des Kochens verrichtet (hier ist die für das gemeinschaftliche Kochen aufgewandte Zeit zum Zeitpunkt der Zweiterhebung inkludiert). Die **Nahrungsbeschaffung** nimmt in einer Woche mit ca. 1,5 Stunden vergleichsweise wenig Zeit in Anspruch, auch dies hat sich vor und nach dem Einzug nicht verändert. Die einzige signifikante und sehr deutliche Veränderung zeigt sich bei der Zeit, die mit **nachbarschaftlichem Kontakt** verbracht wird: vor dem Einzug waren dies 0,6 Stunden in der Woche, danach 4,5 Stunden.

Betrachtet man nun die Haushalte, in denen ein **Kind unter 12 Jahre** lebt und vergleicht sie mit denen ohne Kinder, ergeben sich bezüglich der Zeitverwendung der Befragte andere Verteilungen (sh. Abbildung 18 und Abbildung 19). Die für „passive“ **Kinderbetreuung** (Aufpassen auf Kinder, während gleichzeitig andere Tätigkeiten wie Haushaltsarbeit verrichtet werden, außerhalb der

eigenen Schlafenszeit) aufgewandte Zeit addiert mit der für „aktive“ Kinderbetreuung (Durchführen gemeinsamer aktiver Tätigkeiten wie z.B. Spielen, Gespräche, Lernen, Vorlesen, Besuche, Ausflüge, zu Bett bringen...) aufgewandten Zeit nimmt für die 14 befragten Personen mit einem Kind unter 12 Jahren im Haushalt den im Vergleich zu allen anderen erhobenen Praktiken deutlich größten Anteil des individuellen Zeitbudgets ein. Die Dauer der mit diesen Tätigkeiten verbrachten Zeit hat sich mit dem Einzug in das Wohnprojekt zwar leicht, jedoch nicht signifikant verringert.

In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (Befragte mit Kind im Haushalt)

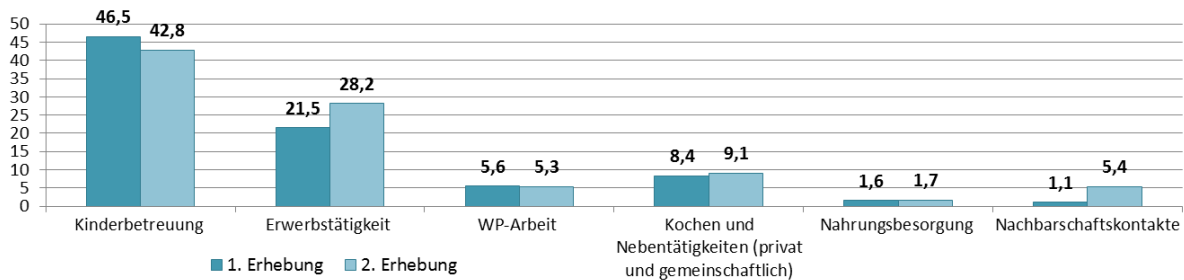


Abbildung 18: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken
(Befragte mit Kind im Haushalt, n=14)

In Abbildung 19 sind die Daten der Personen zu sehen, in deren Haushalt **kein Kind unter 12 Jahren** lebt. Im Vergleich der Befragten mit und ohne Kind im Haushalt wird sichtbar, dass die **Erwerbsarbeit** bei den Kinderlosen vor dem Einzug ca. 10 Stunden mehr pro Woche als bei den Haushalten ohne Kinder einnimmt, nach dem Einzug hat sich die Differenz auf ca. 3 Stunden reduziert (vermutlich bedingt durch wieder stärkere Erwerbstätigkeit aufgrund des höheren Alters der Kinder). Es zeigen sich bei Personen mit Kindern auch geringere durchschnittlich für die **WP-Arbeit** aufgebrauchte Zeiten als bei Personen ohne Kinder, wobei sich auch hier die Differenz mit dem Einzug in das Wohnprojekt verringert hat (dafür ist jedoch eher die durchschnittlich geringere WP-Arbeit seitens der Personen ohne Kinder verantwortlich). Beim Vergleich fällt auf, dass Personen mit Kindern sowohl vor als auch nach dem Einzug mehr Zeit (um ca. 3-4 Stunden) für **Kochen** und damit verbundene Nebentätigkeiten aufwandten.

Die mit **Nachbarschaftskontakten** verbrachte Zeit von Personen mit Kindern war schon vor dem Einzug etwas höher als bei den kinderlosen Befragten (dies ist durch die stärkere Fokussierung auf die Wohnumgebung von Haushalten mit Kindern zu erklären), auch nach dem Einzug zeigen sich leicht intensivere Kontakte mit den NachbarInnen (5,4 gegenüber 4 Stunden in den letzten sieben Tagen).

In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (Befragte ohne Kind im Haushalt)

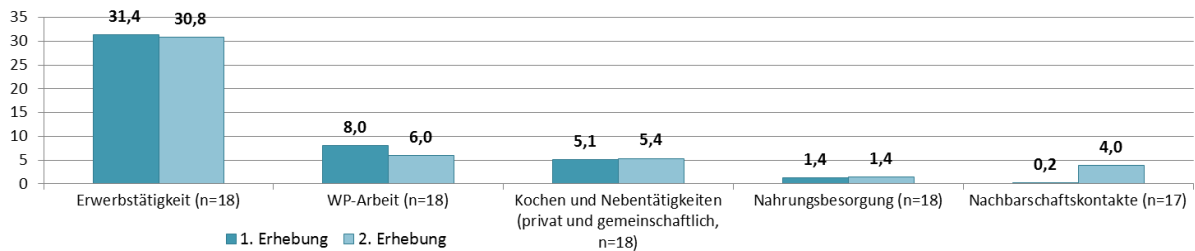


Abbildung 19: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (Befragte ohne Kind im Haushalt)

Der Vergleich der Zeiterhebungsdaten zeigt, dass die Erwerbsarbeit im Vergleich zu den erhobenen Praktiken der unbezahlten Arbeit (Kochen, WP-Arbeit, Nahrungsbesorgung) bzw. den nachbarschaftlichen Kontakten die zeitintensivste Arbeitsform darstellt. Lediglich in Haushalten mit Kindern nimmt die Kinderbetreuung noch mehr Zeitressourcen in Anspruch, auf Kosten der Erwerbs- und der WP-Arbeit. Die WP-Arbeit und das Kochen sind nach der Erwerbsarbeit und der Kinderbetreuung ebenfalls zeitintensive Praktiken und nehmen daher einen großen Stellenwert im Alltag der Befragten ein.

Bezüglich der für verschiedene nachhaltigkeitsbezogene Praktiken aufgewandten Zeit gab es nur in Einzelaspekten signifikante Unterschiede zwischen der Situation vor und nach dem Einzug. Leichte, jedoch nicht signifikante Reduktionen der aufgewandten Zeit gab es bezüglich der Kinderbetreuung, der mit gemeinschaftlicher Arbeit zugebrachten Zeit, der Häufigkeit und Dauer der Essenszubereitung (letzteres jedoch nur bei den Personen, die gemeinschaftliche Essen im Wohnprojekt regelmäßig besuchen) und der Häufigkeit der Nahrungsbesorgung (allerdings nur bei Personen, die regelmäßig gemeinschaftliche Essen besuchen) – zu den beiden letzten Punkten finden sich die genaueren Schilderungen der Analyse in den Kapiteln 4.4 und 4.5.

Die These, dass eine Kollektivierung von Praktiken zu einer *deutlichen* Zeitersparnis bezüglich der Ausübung bestimmter Praktiken führe, kann jedoch anhand der Daten nicht bestätigt werden. Es scheint eher zusätzlich Zeit benötigt zu werden, z.B. für nachbarschaftliche Kontakte. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass es keine qualitativen Veränderungen in der Ausübung dieser Praktiken gegeben hätte.

4.3. Überblick über die CO₂-Bilanzen



Die CO₂-Bilanz-Summen der drei Bereiche Ernährung, Energiebedarf und Mobilität pro Haushalt und Jahr sind im Vergleich zwischen den einzelnen Haushalten sehr unterschiedlich ausgeprägt (Abbildung 20). Betrachtet man die Einzelbereiche, ist die Streuung bzw. Standardabweichung im Bereich Mobilität am höchsten und im Bereich Energiebedarf nach dem Einzug ins Wohnprojekt am geringsten (in der Abbildung nicht gesondert dargestellt). Es wurden nur die (zufällig nummerierten) Haushalte in die Darstellung aufgenommen, die Angaben zu allen drei CO₂-relevanten Bereichen machten.

Summe der Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) der drei bilanzierten Bereiche

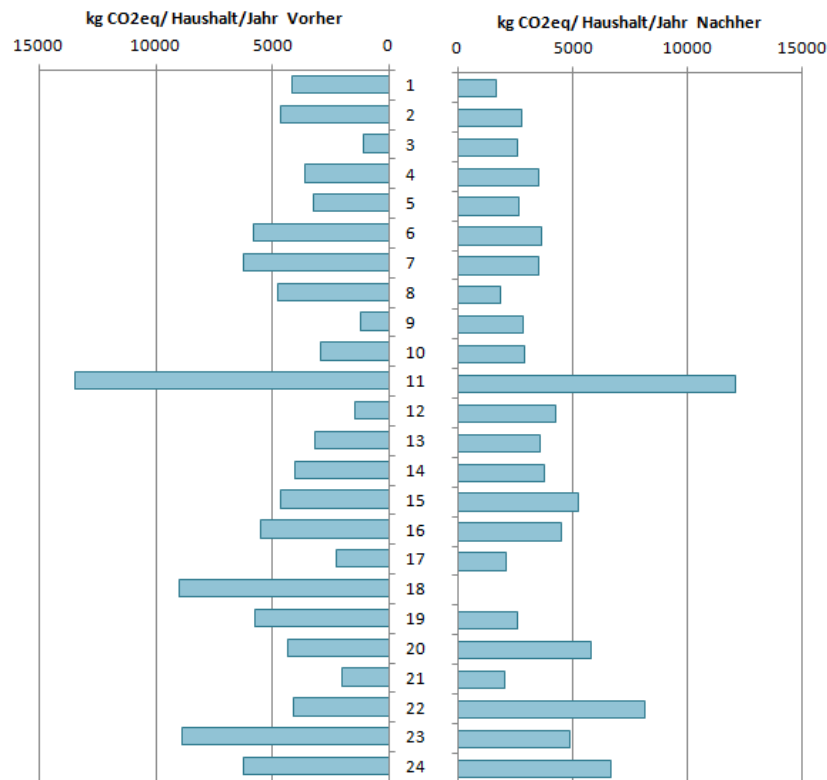


Abbildung 20: Summe der Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) der drei bilanzierten Bereiche Ernährung, Energiebedarf und Mobilität pro Haushalt und Jahr vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt

Ein Vergleich der Haushalte ist aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Personen pro Haushalt nur bedingt aussagekräftig. Abbildung 21 zeigt daher die **durchschnittlichen Treibhausgasemissionen pro Person** und Woche. Tendenziell sind die Treibhausgasemissionen nach dem Einzug ins Wohnprojekt **gesunken, und zwar um 17,3%**. Der Unterschied zwischen den CO_{2eq}-Emissionen vor dem Einzug und nach dem Einzug ins Wohnprojekt ist jedoch (u.a. aufgrund der großen Streuung bei den Einzelhaushalten) nicht signifikant (Wilcoxon-Test).

Die einzelnen Bereiche der CO₂- Analyse werden in den Kapiteln zu Kochen und Ernährung, Mobilität und Energiekonsum genauer dargestellt (Kapitel 4.4, 4.9 und 4.12).

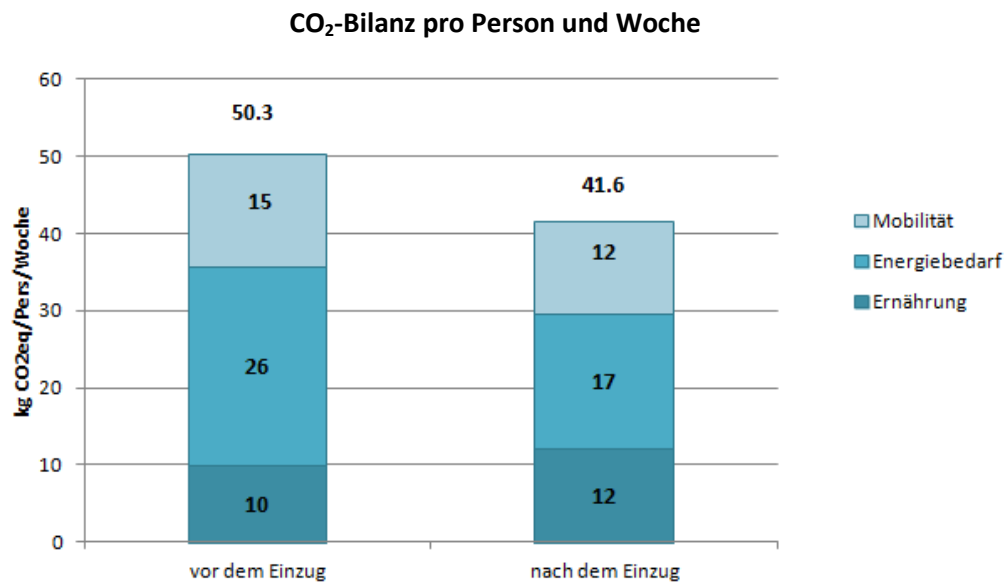


Abbildung 21: Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (in kg CO₂eq) pro Person und Woche, vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt, dargestellt als Summe sowie aufgeteilt in die drei Bereiche Ernährung, Energiebedarf für Wohnen und Mobilität

4.4. Kochen und Ernährung



Abbildung 22: Blick in die Gemeinschaftsküche

In diesem Kapitel werden verschiedene, individuelle und kollektive, performances des Kochens der WP-Mitglieder und das materielle und mit verschiedenen Bedeutungen versehene Element der Praktik des Essens, nämlich die Ernährung der WP-Mitglieder, beleuchtet.

In den Interviews wird deutlich, dass in Bezug auf das Kochen bei den Befragten schon vor dem Einzug viel Wissen vorhanden ist, dass dieses im Alltag vieler Interviewter einen **hohen Stellenwert** einnimmt und dass es teilweise hohen Organisationsaufwand mit sich bringt. Das Kochen wird von

den meisten Befragten bei der Ersterhebung prinzipiell positiv wahrgenommen, auch wenn die Durchführung zufriedenstellenden Kochens von manchen auch als stressig beschrieben wird.

Hinsichtlich der präferierten **Kochstile** wird spontanes, improvisiertes, „experimentelles“, „einfaches“ bzw. „kreatives“ Kochen ohne Rezepte und die Wichtigkeit möglichst wenig Zeit dafür aufzuwenden genannt. Interessanterweise geben einige männliche Befragte an öfter nach Rezepten und mit höherem Aufwand als ihre Partnerinnen zu kochen. Hinsichtlich spezifischerer Kochstile werden die „Nouvelle Cuisine“, also das Kochen mit „naturbelassenen Gemüsesorten“, das Kochen mit einem Römertopf, „Hausmannskost, aber aus verschiedenen Kontinenten“, auf die Jahreszeiten und auf den Nährstoffbedarf der Familie abgestimmtes Kochen sowie die die Fünf-Elemente-Lehre genannt.

Biologisch, saisonal, regional und „natürlich“ zu kochen wurde schon vor dem Einzug von mehreren Befragten als wichtiges Anliegen beschrieben. Die Norm des Kochens ‚von Grund auf‘, also ohne vorverarbeitete Lebensmittel, die auch Halkier (2009) in ihrer Studie beschreibt, wird ebenfalls von mehreren Interviewten als wichtig angeführt. Die Befragten dieser Studie vertreten fast alle von Halkier (ebd.) identifizierten Kochstile mit den Schwerpunkten Improvisation/Genuss, Planung bzw. Handhabbarkeit und Gesundheit.

Beeinflusst werden die Kochstile auch durch die Art der Ernährung, so sind vier qualitativ Befragte **VegetarierInnen** und fast alle anderen essen viel oder fast nur vegetarisch. Fleisch wird von mehreren Befragten zwar gegessen, jedoch entweder in Maßen und meist nicht daheim, es sei denn andere Haushaltsmitglieder äußern ein Bedürfnis Fleisch zu essen. Nach der Häufigkeit des **Konsums von Fisch oder Fleisch** wurde auch im Rahmen der quantitativen Erhebung gefragt. Die Befragten wurden einerseits um die Angabe der in der letzten Woche konsumierten kg an Fleisch oder Fisch (sh. dazu die CO₂-Analyse weiter unten) und andererseits um eine generelle Einschätzung ihres Fleisch- und Fischkonsums gebeten (Abbildung 23 und Abbildung 24). Am Vorher-Nachher-Vergleich ist ersichtlich, dass sich der Anteil derer, die Fleisch oder Fisch regelmäßig 1-4 Mal/Monat oder häufiger konsumieren, leicht erhöht hat: 67% der Befragten konsumierten in dieser Häufigkeit vor dem Einzug Fisch, nach dem Einzug 70% und 70% der Interviewten vor dem Einzug Fleisch, nach dem Einzug 81%. Insbesondere der Anteil derer, die 1-4 Mal/Monat Fleisch konsumieren hat sich (um 21%) erhöht, während jedoch die Anteile derer, die entweder mehrmals pro Woche oder seltener als 1 Mal/Monat Fleisch konsumieren um 13% bzw. 15% weniger geworden sind. Die Anteile der Nicht-KonsumentInnen von Fisch und Fleisch sind in etwa gleich geblieben (zum Konsum von biologisch, regional oder saisonal produziertem Gemüse, Obst, Fisch oder Fleisch sh. das Kapitel 4.5).

Somit ist bezüglich des nachhaltigkeitsbezogen besonders relevanten Fleischkonsums festzustellen, dass eine Gruppe an Befragten etwas mehr, eine andere weniger Fleisch als zuvor zu essen scheint (in ca. dem gleichen Ausmaß von 13% bzw. 15%). Auch in qualitativen Interviews wurde sowohl von etwas häufigerem Fleischkonsum (z.B. bedingt durch gegenseitige nachbarschaftliche Einladungen) als auch von etwas seltenerem Fleischkonsum (z.B. bedingt durch die Teilnahme an Mittags- oder Abendtisch) berichtet.

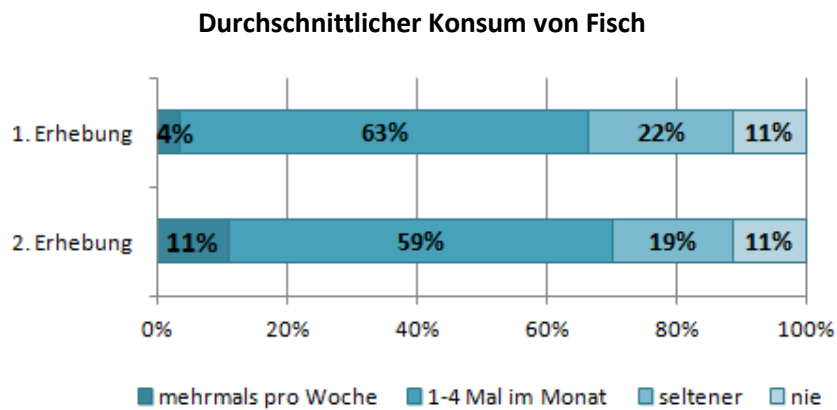


Abbildung 23: Durchschnittlicher Konsum von Fisch (n=27)

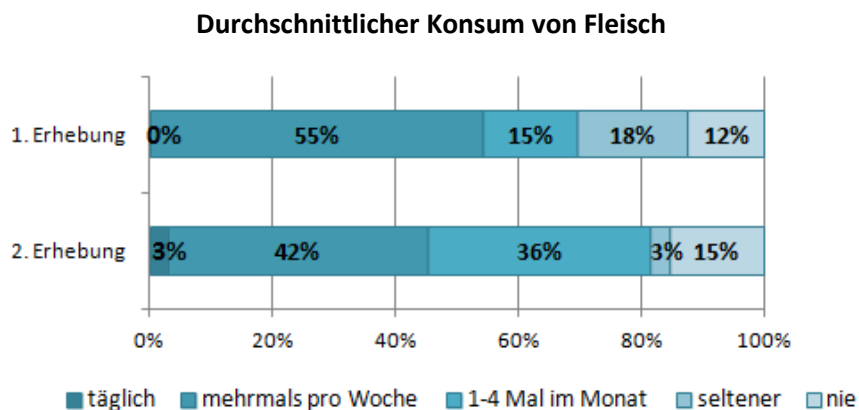


Abbildung 24: Durchschnittlicher Konsum von Fleisch (n=33)

Neben der vegetarischen Ernährungsweise ist ein weiterer wichtiger Einfluss auf die Art des Kochens der Bezug einer **Gemüsekiste** bzw. die Abholung eines **Ernteanteils** – das darin enthaltene Gemüse ist ausschlaggebend dafür, was gekocht wird. Die Umstellung der Kochroutinen auf die Gemüselieferungen wird meist als eine, jedoch positiv besetzte, Herausforderung beschrieben: wegen der nicht immer bekannten Gemüsesorten (zu deren Zubereitung teilweise neues Wissen nötig ist), der Notwendigkeit das Gemüse rechtzeitig aufzubrauchen und daher regelmäßig kochen zu müssen sowie wegen der mangelnden Auswahl. Während, wie auch die quantitativen Daten zeigen, der Bezug einer Gemüsekiste bzw. Ernteanteils unter den Befragten sehr beliebt ist (sh. Kapitel 4.5), lehnt eine Interviewte diese wegen ihres Einflusses auf die Kochplanung und die Notwendigkeit Kochroutinen ändern zu müssen ab.

Die präferierten Kochstile spiegeln sich auch in den für das Kochen **verwendeten Lebensmitteln**, den **gekochten Gerichten** und **Kochutensilien** wider⁷. So erzählen die fünf Befragten, denen eine „vollwertige“ Ernährung besonders wichtig ist, von der Zubereitung weniger verbreiteter Gerichte wie Buchweizensterz, Rohkost, Getreidereis und -brei bzw. von der Verwendung von im Supermarkt

⁷ Vgl. dazu auch die Studie von Halkier (2009), die hinsichtlich der „procedures“ von Esspraktiken zwischen Beziehungen mit Utensilien, Lebensmitteln und Rezepten unterscheidet.

üblicherweise nicht erhältlichen Lebensmitteln wie (selbst erzeugten) Sprossen, Zuckerwurzeln, Haferwurzeln, Knollenziest, Senfkohl, Vollmehlbrot, Tartex-Brotaufstrich, Hirse- bzw. Dinkelreis und Basentee. Öfter erwähnt wird außerdem das Kochen mit frischen Kräutern bzw. Wildkräutern, Hülsenfrüchten, Leinöl und Polenta. Dementsprechend wurden auch Küchenutensilien genannt, die für ökologisch orientiertes und für das ‚Kochen von Grund auf‘ nötig sind, z.B. ein Wiegemesser für das Schneiden von Kräutern, ein Mörser für das Zerstampfen von Gewürzen und Sesam, eine Getreidemühle, eine Brotbackmaschine, ein Reiskocher und ein Keimgerät für Mungbohnen.

Insbesondere die **Beziehung zu den verwendeten Lebensmitteln** wird von mehreren Befragten als sehr bewusst und teilweise emotional beschrieben. Wichtige Kriterien, die sich auch stark auf die Art der Nahrungsbeschaffung auswirken, sind hier Bio-Zertifizierung, Saisonalität, Regionalität und Frische der Lebensmittel, auch Fair-Trade wird genannt (sh. dazu die Grafiken zur Häufigkeit des Einkaufs von Lebensmitteln mit diesen Kriterien in Kapitel 4.5). So tue es einer Befragten „direkt weh“ Obst bzw. Gemüse mit Spritzmittel oder „Fleisch mit allen möglichen Hormonen“ essen zu müssen, wie sie dies im Ausland tun musste. Eine besonders intensive Beziehung zum konsumierten Gemüse bzw. Obst beschreibt eine Befragte, die biodynamisch produziertem Gemüse eine „ganz andere Energie im Körper“ zuschreibt, die jede „einzelne Zelle (...) mehr unterstützt“. Diese Art von Ernährung hat jedoch für manche Befragte auch negative Aspekte: so haben einige Befragte saisonales Gemüse und Obst vor allem im Winter nach ein paar Monaten schon „über“. Dennoch werden diese Einschränkungen in der Ernährung von den meisten Interviewten akzeptiert. Die Wirkung auf die Umwelt durch den Kauf solcher Lebensmittel wird jedoch oft nicht explizit, und wenn, eher als ‚Zusatznutzen‘ beschrieben, gesundheitliche und geschmacksbezogene Motive stehen bei den Schilderungen im Vordergrund.

Bei den Interviewten ist außerdem eine gewisse Bandbreite bezüglich der emotionalen Wichtigkeit bemerkbar, wenn es um die Qualitätskriterien der verkochten Lebensmittel geht. Außerdem wird diese nicht bei allen BewohnerInnen nicht immer in die Handlung, also die Konsumententscheidung, umgesetzt, weil andere Motive oder Routinen einen stärkeren Einfluss ausüben. Auch die Kosten der Lebensmittel sind hier ein wichtiger Faktor (sh. Kapitel 4.5). Diese verschiedenen Zugänge werden für die WP-Mitglieder beim kollektiv organisierten Essen sichtbar und auch bewertet. Individuelles Handeln wird hier kollektiv beobachtbar, während es im privaten Haushalt tendenziell ‚verborgen‘ bleibt. Während die einen noch Verbesserungsbedarf im Bereich der Bewusstseinsbildung der WP-Mitglieder sehen, wird von anderen die Vielfalt an Zugängen und die nur geringe „Orthodoxie“ des Wohnprojekts hervorgehoben (sh. dazu Kapitel 5.5 bzw. 4.14).

Halkier (2012) beschreibt in Bezug auf die von ihr untersuchten Essenspraktiken verschiedene Typen: die der Notwendigkeit, der Lust, der Gesundheit und der ‚Weltveränderung‘. Bei den Interviewten dominieren klar die drei letztgenannten, oft auch eine Kombination mehrerer Typen. Insbesondere die Analyse, dass beim Typus der ‚Weltveränderung‘ Reflexivität in allen Elementen der Praktiken sowie die Bereitschaft die Essenspraktiken durch ihre Vorstellung von „gutem Essen“ bewusst einzuschränken vorhanden sei, beschreibt mehrere Befragte sehr gut. Insofern dominieren im Wohnprojekt bezüglich der Arten mit *ökologisiertem* Essenskonsum umzugehen besonders die des ‚Identifizierens‘ und der ‚Aneignung‘ (ebd.). Bei erstgenannter Art wird ökologisierte Essenskonsum Teil des Alltags und umfasst hohes Bewusstsein über bzw. das Herstellen eines ‚guten Gewissens‘ in Bezug auf das Essen, das Kochen ‚von Grund auf‘, das Einkaufen an bestimmten Orten und das Verständnis von Konsum als politische Handlung. Der Typus der Aneignung ist charakterisiert durch subtilere Anpassungs- und Ausverhandlungsprozesse des alltäglichen Handelns in Bezug auf die

Norm des ökologisierten Essenskonsums sowie eine teilweise Orientierung an anderen Motiven (Kosten, zeitliche Aspekte). Der Typus des ‚Distanzierens‘, also der Ablehnung der Verantwortung für ökologisiertes Essverhalten, tauchte in keiner der Erzählungen der Befragten explizit auf.

Im Rahmen der quantitativen Erhebung wurde nach dem **Ausmaß der Zeit**, die vor und nach dem Einzug mit Kochen und damit verbundenen Nebentätigkeiten verbracht wird, gefragt. Dieses ist sogar insgesamt leicht, wenn auch nicht signifikant, gestiegen und das gemeinschaftliche Kochen mit durchschnittlich 0,4 Stunden/Woche ist zusätzlich hinzugekommen (Abbildung 25). Die Befragten verbringen vor dem Einzug insgesamt durchschnittlich 6,3 Stunden pro Woche und nach dem Einzug 7 Stunden pro Woche mit Kochen und damit verbundenen Nebentätigkeiten. Die Studie von Michelson (1993) – die allerdings keinen Vorher-Nachher-Vergleich von Cohousing-BewohnerInnen vornahm, sondern einen Vergleich von Cohousing-Projekten mit anderen Wohngebieten – hat hingegen festgestellt, dass sich die BewohnerInnen (insbesondere weibliche) der untersuchten Cohousing-Projekte von denen anderer Wohngebiete hinsichtlich der Zeit, die mit Kochen und Abwaschen verbracht wird, deutlich voneinander unterscheiden.

In einer Woche mit privatem und gemeinschaftlichem Kochen sowie Koch-Nebentätigkeiten verbrachte Zeit

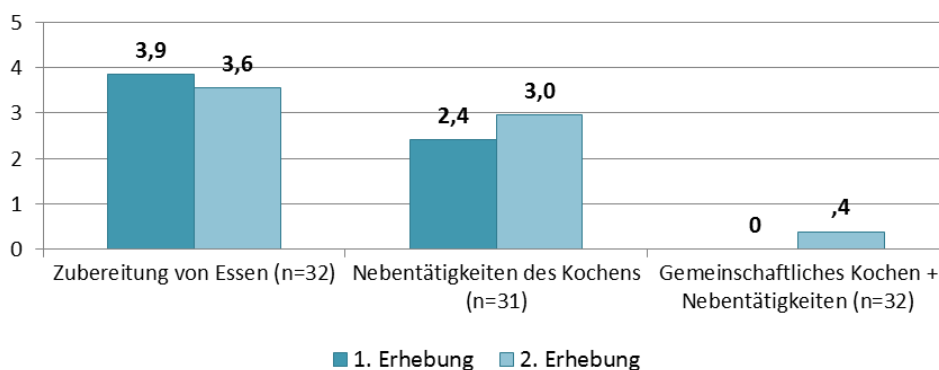


Abbildung 25: In einer Woche verbrachte Zeit mit privatem und gemeinschaftlichem Kochen und Koch-Nebentätigkeiten

Die **Häufigkeit des Kochens** in den letzten sieben Tagen vor der Befragung hat sich nicht signifikant verändert, jedoch leicht abgenommen. Vor dem Einzug kochten die Befragten abends durchschnittlich 3,6 Mal, danach 3,2 Mal pro Woche. Mittags wurde vor dem Einzug 3,2 Mal und nach dem Einzug 2,8 Mal pro Woche gekocht.

In Bezug auf das Kochen sind mit dem Einzug in das Wohnprojekt verschiedene neue Möglichkeiten geschaffen worden. Es wird 5 Mal pro Woche ein **Mittagstisch** organisiert, an dem auch im Gebäude des Wohnprojekts erwerbsarbeitende Personen regelmäßig teilnehmen. Ca. 2-3 Monate vor der Durchführung der Zweitinterviews wurde auch ein **Abendstisch** eingeführt, der nun 2 Mal pro Woche stattfindet. Im gemeinschaftlichen Zusammenleben hat gemeinsames Essen und Kochen jedoch auch außerhalb des Mittags- und Abendtisches einen hohen Stellenwert, so finden immer wieder

gemeinsame Essen bei Festen und nach Gemeinschaftstreffen statt, bei denen nach einem Interviewten „wahnsinnig viel gekocht“ werde.

In der zweiten quantitativen Erhebung wurde genauer nach dem **Ausmaß der Teilnahme an bzw. des Kochens für gemeinschaftliche Essen** (Mittags- und Abendtisch) gefragt. Durchschnittlich nehmen die Befragten 3,6 Mal im Monat an Essen teil und kochen ca. alle zwei Monate selbst ein Essen (sh. Abbildung 26).

Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme an und des Kochens für gemeinschaftliche Essen pro Monat

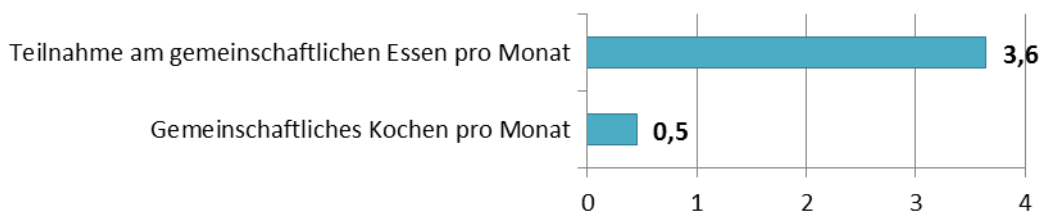


Abbildung 26: Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme an und des Kochens für gemeinschaftliche Essen pro Monat (n=33)

Genauer betrachtet nehmen 32% der Befragten nie an Essen teil und 52% der Befragten kochen nie für gemeinschaftliche Essen (Abbildung 27 und Abbildung 28). Daran ist ersichtlich, dass nicht alle Befragte, die an Essen teilnehmen, auch für diese kochen. In der Feedbackrunde mit WP-Mitgliedern wurde dazu erwähnt, dass es eigentlich als WP-Mitglied nicht üblich sei, bei gemeinschaftlichen Essen nur „Gast“ zu sein und sich mit einem kleinen Geldbetrag an den Ausgaben zu beteiligen (dies ist nur für Nicht-Mitglieder vorgesehen) – dennoch nehmen 20% der Befragten an Essen teil, ohne für sie zu kochen. Informell scheint die Möglichkeit der Teilnahme ohne zu kochen also zu bestehen. Weiters wurde erwähnt, dass auch immer wieder für erkrankte NachbarInnen mitgekocht werde.

Eine regelmäßige wöchentliche Teilnahme 3-4 Mal/Woche – dies ist nur bei Besuch des fünf Mal in der Woche stattfindenden Mittagstisch möglich – bzw. 1-2 Mal/Woche wird von 16% bzw. 23%, also insgesamt 39% der Befragten angegeben. Weitere 29% besuchen die gemeinschaftlichen Essen weniger regelmäßig (zwei Mal im Monat oder seltener).

Die Zubereitung der Essen ist für den Großteil der Befragten (für 39% aller bzw. für 81% der Befragten, die generell kochen) nur 1 Mal pro Monat oder seltener notwendig, ein kleinerer Prozentsatz der Befragten (9% bzw. 19% der Befragten, die generell kochen) tut dies öfter, also 2-3 Mal/Monat.

Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Teilnahme an gemeinschaftlichen Essen

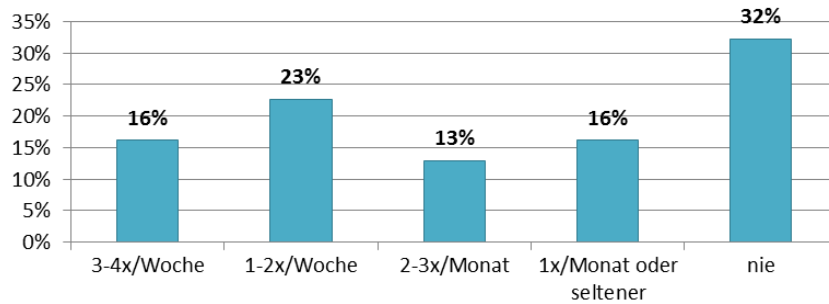


Abbildung 27: Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Teilnahme an gemeinschaftlichen Essen

Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Zubereitung von gemeinschaftlichen Essen

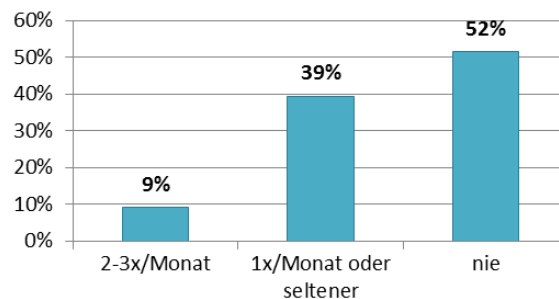


Abbildung 28: Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Zubereitung von gemeinschaftlichen Essen

Gefragt nach der **Zeit**, die durchschnittlich **für das gemeinschaftliche Kochen** aufgewandt wird, geben die Befragten ca. 1,5 Stunden für die Zubereitung und ca. 1 Stunde für beim Kochen anfallende Nebentätigkeiten an (sh. Abbildung 29) – es ist also mit ca. 2,5 Stunden an Kochzeit bei der Zubereitung für gemeinschaftliches Essen zu rechnen, wobei die für die Nahrungsbesorgung notwendige Zeit hier nicht mit einberechnet wurde (ebenfalls nicht berücksichtigt wurde bei der Online-Erhebung das Kochen zu zweit, das auch manche Befragte durchführen und Zeit sparen kann).

Durchschnittliche Dauer der gemeinschaftlichen Essenszubereitung in Minuten

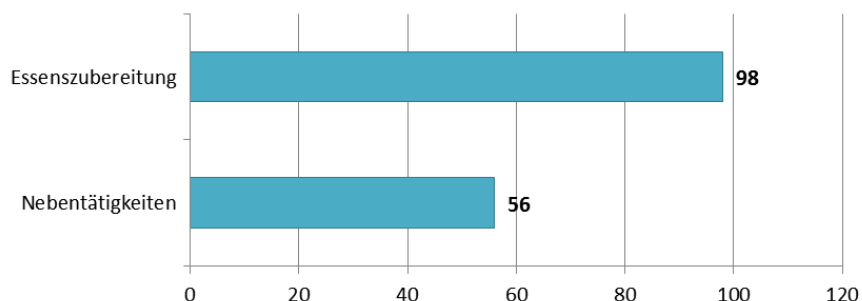


Abbildung 29: Durchschnittliche Dauer der gemeinschaftlichen Essenszubereitung in Minuten (n=20)

Ein **Vergleich der Personen**, die mindestens einmal pro Woche an Mittags- oder Abendtisch **teilnehmen** und jener, die dies **seltener oder gar nicht tun**, hinsichtlich der **Zeit, die sie für privates und gemeinschaftliches Kochen aufwenden**, zeigt, dass diese zwar bei ersterer Gruppe leicht, jedoch nicht signifikant niedriger ist (24 Stunden pro Monat im Vergleich zu 26 Stunden). Entgegen der Vermutungen mancher qualitativ Befragter unterscheidet sich die **Häufigkeit** des monatlichen Kochens der beiden Gruppen nicht signifikant voneinander (sie liegt bei beiden Gruppen bei durchschnittlich 24 Essen pro Monat). Die ‚Intervention‘ des Mittags- bzw. Abendtisches scheint also zu keiner quantitativ eindeutig messbaren Reduktion des individuellen Kochaufwands geführt zu haben (sh. dazu auch die Interpretation in Kapitel 5.3).

Mittags- und Abendtisch sind jedoch nicht die einzigen Neuerungen hinsichtlich des Kochens, die die Befragten durch das Leben im Wohnprojekt erfahren haben. Qualitativ Interviewte schildern auch, dass bezüglich der **Verteilung von Essen unter NachbarInnen** neue Handlungsweisen möglich geworden sind. So berichten mehrere Befragte, dass sie in der Gemeinschaftsküche übrig gebliebenes und vor der Küche angeschriebenes Essen abends gegen ein paar Euro mit in die Wohnung nehmen. Auch eigenes übrig gebliebenes und privat gekochtes Essen kann über die Gemeinschaftsküche an MitbewohnerInnen weitergegeben werden.

Essenseinladungen unter WP-Mitgliedern finden nach manchen Befragten eher selten, bei anderen jedoch auch sehr regelmäßig statt (siehe dazu auch das Kapitel 4.6).

Diese neuen Möglichkeiten werden von den Interviewten als sehr positiv und auch als **entlastend** bewertet. So sei es eine „Erleichterung“ sich zu einem festgelegten Zeitpunkt an einen „gedeckten Tisch“ setzen zu können und dabei Gesellschaft beim Essen zu haben (wobei sozialer Austausch beim Abendtisch stärker als beim Mittagstisch möglich zu sein scheint).

Die Qualität der zubereiteten Gerichte bei Mittags- und Abendtisch wird von mehreren Befragten als sehr hoch beschrieben, was nach einem Interviewten daran liege, dass „im Haus“ insgesamt „gut gekocht und gegessen“ werde. Auch die Möglichkeit, abends übrig gebliebenes Essen vom Mittagstisch aus der Gemeinschaftsküche mitnehmen zu können, wird als sehr entlastend beschrieben. Das gemeinschaftliche Essen im Wohnprojekt hat bei einem Interviewten zu einer deutlichen Veränderung seines Bezugs zu Essen geführt: Früher war Essen für ihn „Gasthaus und Kühlschrank“, jetzt nehme er es als etwas „Soziales“ und Gemeinschaftliches wahr. Die gemeinschaftlichen Essen wirken sich nach einer Interviewten jedoch auch auf die Wahrnehmung des individuellen Kochens aus, das eine neue „Qualität“ bekommen habe, da sie dieses nun „bewusster“ durchführe. Weiters meinen einige Mitglieder des Wohnprojekts im Rahmen der Feedback-Runde, nun häufiger warm zu essen als früher, da es nun die regelmäßige Möglichkeit eines warmen Essens im Wohnprojekt gäbe.

Das **Kochwissen** (Wissen über die Zubereitung von Essen, aber auch über Lebensmittel) wurde bei einigen Befragten familiär weiter gegeben, dieses familiäre Lernen ist jedoch davon abhängig, wie sehr der Elternteil selbst kochaffin war bzw. wie sehr man als Kind in das Kochen der Eltern involviert worden ist. Manche Interviewte schildern, dass sich schon ihre Eltern mit gesunder bzw. nachhaltiger Ernährung auseinandergesetzt haben. Viele betonen jedoch sich erst im Laufe der Zeit kochbezogenes Wissen angeeignet zu haben, etwa in Situationen, in denen man allein kochen musste (von denen zwei befragte Männer berichten), in Phasen des Aufziehens von Kindern und

beeinflusst durch FreundInnen, berufliche Ausbildungen bzw. Weiterbildungen (so werden eine Ernährungslehre- und TCM-Ausbildung, Engagement im Bereich der Community Supported Agriculture, aber auch die Arbeit in einer Pizzeria genannt) sowie die „Bio- und Naturkost-Szene“. Teilweise wird auch geschildert, dass das von den Eltern vermittelte Kochwissen für die Art der Ernährung, die man realisieren möchte, nicht ausreichend gewesen sei (etwa bezüglich vegetarischen Kochens) und man sich daher neues Wissen aneignen musste, was nach einer Befragten „ganz viel Arbeit“ gewesen sei.

Somit wiesen mehrere Befragte schon vor dem Einzug eine hohe **Lernbereitschaft** in Bezug auf das Ändern von Kochroutinen auf. Diese Lernbereitschaft wird im Kontext des Wohnprojekts zusätzlich gefördert, da hier kollektives Lernen in Bezug auf Kochpraktiken möglich und notwendig ist.

Notwendig ist sie insofern, als dass für das Kochen der gemeinschaftlichen Essen spezifische **Fähigkeiten** erforderlich sind. So muss man ein Gefühl dafür bekommen, welche Mengen an Nahrungsmitteln für welche Anzahl an Personen notwendig ist, wie viel mehr Zeit die Zubereitung des Essens im Vergleich zum üblichen Kochen braucht und es ist notwendig, die Abläufe gut zu organisieren. Drei Befragte bringen diese Fähigkeiten schon von Kontexten außerhalb des Wohnprojekts mit, entweder durch Erfahrungen mit Vorkochen, mit großen Einladungen oder mit der Veranstaltung von Festen, auf denen für viele Menschen gekocht wurde. Doch auch die im Rahmen der Ersterhebung beschriebene unterschiedliche Affinität zum Kochen und damit einhergehend das Selbstvertrauen „gut“ bzw. sehr organisiert zu kochen beeinflussen, wie kompetent man sich für gemeinschaftliches Kochen fühlt.

Weiters wurden die in der Ersterhebung beschriebenen kochbezogenen Haltungen bzw. das damit verbundene Wissen Teil des „**kollektiven**“ **Wissens des Wohnprojekts**, das informell über Gespräche, aber auch über die gegenseitige Beeinflussung bei gemeinschaftlichen Essen weitergegeben wird. So tausche man sich über die für das Kochen verwendeten Lebensmittel und über Rezepte aus, man lerne etwas über "gesundes Essen" und fair oder ökologisch produzierte Lebensmittelmarken und achte auch individuell stärker auf bestimmte Qualitätskriterien von Lebensmitteln wie deren Saisonalität.

Im Rahmen der Möglichkeit dieser gegenseitigen Beobachtung kommt es einerseits zur Etablierung impliziter **Normen** (z.B. wird beim gemeinschaftlichen Essen hauptsächlich vegetarisch gekocht), aber manchmal auch zu Irritationen bzw. innerem Widerstand, wenn z.B. individuelle Kochstile und Ernährungsgewohnheiten den Normen des vegetarischen und biologischen Kochens widersprechen oder aber auch, wenn diese impliziten Normen auch die eigenen sind und nicht erfüllt werden (so stellt die Tatsache, dass beim Mittagstisch nicht immer biologisch gekocht werde, für zwei Befragte einen Grund dar, an diesem nicht teilnehmen zu wollen). Die Kollektivität bzw. Wertegemeinschaft des Wohnprojekts steht hier in manchen Aspekten in einer Spannung mit individuellen Ernährungsstilen und damit verbundenen Werten.

Das Kochen steht in vielfältigen **Beziehungen zu anderen Praktiken**, etwa der Nahrungsbeschaffung, der Erwerbsarbeit und der Kinderbetreuung. Diese Zusammenhänge sind auch nach dem Einzug festzustellen bzw. wirken sich auch auf die Möglichkeit der Teilnahme an gemeinschaftlichen Essen aus.

Wie fast alle Praktiken, wird auch die Praktik des Kochens massiv von der Tatsache beeinflusst, dass **Kinder im Haushalt** leben, für die gesorgt werden muss. Die Kochorganisation (in zeitlicher Hinsicht, aber auch bezüglich der Wahl der Gerichte und verwendeten Lebensmittel), aber auch der Konsum

des Essens wird von den Lebensrhythmen, Bedürfnissen und Geschmäckern der Kinder bestimmt. Befragte mit (insbesondere kleinen) Kindern beschreiben daher die Organisation des Kochens als „stressig“. Wie in Kapitel 4.2 geschildert, wenden Personen mit Kindern sowohl vor als auch nach dem Einzug für das Kochen und damit verbundene Nebentätigkeiten deutlich mehr Zeit (durchschnittlich um ca. 3-4 Stunden mehr) als Befragte ohne Kinder auf.

Außerdem hat die Kinderbetreuung auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt einen starken Einfluss (vgl. Kapitel 4.13), was wiederum das Kochen beeinflusst: So kochen die unter der Woche hauptverantwortlich betreuenden Mütter oft mittags daheim. In Familien wird außerdem auch öfter für das eigene oder das Mittagessen der Kinder am nächsten Tag vorgekocht, was eine vorausschauende Kochplanung verlangt.

Die Notwendigkeit auf Bedürfnisse und Geschmäcker der Kinder eingehen zu müssen, ist im Rahmen eines kollektiven Kochens und Essens im Wohnprojekt nur teilweise nachzukommen. So erwähnt eine Interviewte die Wünsche nach speziellem Essen und die Unmöglichkeit als Familie „spontan“ an den Essen teilnehmen zu können als Hinderungsgründe für die Teilnahme an Gemeinschaftsessen.

Auch die Praktiken der **Erwerbsarbeit** beeinflussen die Art und die Zeitpunkte des Kochens deutlich. Erwerbstätige Befragte kochen unter der Woche mittags nie, es sei denn, sie arbeiten sehr flexibel und auch von daheim aus. Dies wirkte sich nach dem Einzug auch auf die Möglichkeit der Teilnahme am Mittagstisch aus: So ist es den meisten Berufstätigen aufgrund der Erwerbsarbeit nicht möglich an diesem teilzunehmen bzw. dafür kochen. Doch auch das Kochen für den Abendtisch, das, wie oben dargestellt, durchschnittlich 2,5 Stunden (exklusive der Nahrungsbesorgung) dauert, ist insbesondere unter der Woche manchmal schwer mit der Erwerbsarbeit vereinbar.

Der Bezug von Kochen zur **Nahrungsbesorgung** ist wenig erstaunlich: was gekauft wird, wird auch verkocht. Beim Einkaufen wird schon an das Kochen gedacht und die Auswahl der Lebensmittel spiegelt die Ansprüche an die Qualität, die „gutes Essen“ aus Sicht der Befragten haben sollte, wider. Auch die Wahl der Menge der gekauften Lebensmittel ist entscheidend für die Kochorganisation: werden größere Mengen vorgekocht, werden Vorräte eingekauft (wie viel Stauraum gibt es dafür in der Küche?) oder nicht? Wie in Kapitel 4.5 näher ausgeführt, führt diese Verknüpfung von Kochroutinen und Routinen der Nahrungsbesorgung dazu, dass die Integration der im Rahmen des Wohnprojekts geschaffenen Food-Coop in alltägliche Kochroutinen deren (potentielle) NutzerInnen vor Herausforderungen stellt.

Die Verknüpfungen der Praktiken der Kinderbetreuung, der Nahrungsbesorgung und des Kochens werden in der Schilderung einer Befragten besonders deutlich: wenn sie nach der Arbeit nach Hause komme, sehe sie sich „sehr bald konfrontiert“ mit den „Bedürfnissen“ des Kindes ohne jedoch Zeit gehabt zu haben einzukaufen oder sich Gedanken darüber zu machen, was gekocht werden soll. Auch ihr eigener Essensrhythmus müsse dem des Kindes angepasst werden. Die Notwendigkeit der alltäglichen Organisation all dieser Praktiken führt auch dazu, dass mehrere Befragte angeben, dass die für das Kochen aufgewandte Zeit möglichst kurz sein sollte (so schildert ein Befragter das Kochen mehrerer „20-Minuten-Gerichte“ erlernt zu haben).

Vor dem Hintergrund dieses Einflusses verschiedener Lebensbereiche auf das Kochen stellt die **Integration kollektiver Koch- und Esstermine in individuelle Tagesabläufe** für die Befragten eine zusätzliche Herausforderung dar. So sind die meisten angeführten Gründe für die Nicht-Teilnahme an Mittags- und Abendtisch auf die zeitliche Nicht-Vereinbarkeit mit den Anforderungen anderer Praktiken, wie der Erwerbsarbeit, der Kinderbetreuung (z.B. Schulzeiten der Kinder) und

ehrenamtlicher Tätigkeiten zurückzuführen. Es wird aber auch die Nicht-Vereinbarkeit mit individuellen Essrhythmen angesprochen. Die Notwendigkeit, eine gemeinsame Uhrzeit für das Essen zu finden, macht einen Kompromiss erforderlich, der bestimmte Mitglieder von der Teilnahme ausschließt. Dass die Hälfte der Befragten gar nicht für Mittags- und Abendtisch kocht, während jedoch zwei Drittel der Befragten an diesen Essen teilnehmen, könnte darauf hinweisen, dass das gemeinschaftliche Kochen einen (zu) großen Zeitaufwand darstellt, den nicht alle WP-Mitglieder bewältigen können.

Neben dem erforderlichen und in den Alltag zu integrierenden Zeitaufwand sind auch das Erlernen **neuer Routinen** des gemeinschaftlichen Kochens und Essens sowie die Koordination dieser Routinen mit denen anderer alltäglicher Praktiken notwendig. Mehrfach wurde in den Interviews erwähnt, dass die Befragten für diese ‚Integrations- und Lernarbeit‘ noch mehr Zeit brauchen würden.

In den Schilderungen wird deutlich, dass **neue Regeln** (z.B. in der gemeinschaftlichen Küche Ordnung zu halten oder das Schaffen eines Anmeldesystems) und damit zusammenhängend eine bestimmte **materielle Infrastruktur** (adäquate Küchenausstattung, Gewürze, Vorräte, Beschriftungen, Mülltrennsystem) geschaffen werden müssen, um die gemeinschaftliche Durchführung des Kochens zu ermöglichen. Sowohl die Regeln als auch die Ausstattung der Küche wurden bzw. werden von der UG Küche ausgearbeitet bzw. organisiert. Diese Regeln müssen erst in die Routinen der einzelnen WP-Mitglieder übernommen werden bzw. müssen diese laufend optimiert werden, um in den Alltag der WP-Mitglieder besser integrierbar zu sein (dies wurde z.B. in Bezug auf das Anmeldesystem geschildert).

4.4.1. CO₂-Bilanzen im Bereich Ernährung

Im **Bereich „Ernährung“** werden pro Person sehr unterschiedlich hohe Treibhausgasemissionen (THGE) verursacht, nämlich zwischen 1,5 und 31,5 kg CO_{2eq} pro Person und Woche (Tabelle 2). Tierische Produkte haben einen sehr viel höheren CO_{2eq}-Fußabdruck (um 5 bis 30 Mal höher) als pflanzliche Produkte. Der Minimalwert von 1,5 kg CO_{2eq} pro Person und Woche konnte durch eine Ernährung ohne Fleisch, Fisch und andere tierische Produkten erreicht werden.

Durchschnittlich wurden 9,9 kg CO_{2eq} pro Person pro Woche vor dem Einzug in das Wohnprojekt und 12,1 kg CO_{2eq} nach dem Einzug berechnet, das ist ein Plus von 21,9%. Dieses Ergebnis basierte maßgeblich auf den Mengenangaben der BewohnerInnen bzgl. der wichtigsten konsumierten Lebensmittel⁸. Der Unterschied zwischen 9,9 kg und 12,1 kg CO_{2eq} stellte sich jedoch als statistisch nicht signifikant heraus. Es konnten auch keine signifikanten Änderungen bei den einzelnen Lebensmittelgruppen mit dem Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test festgestellt werden. Der Grund für die tendenzielle, aber nicht signifikante Zunahme der CO_{2eq}-Emissionen im Bereich Ernährung nach dem Einzug liegt an dem höheren Fleischkonsum nach dem Einzug in der Woche der Befragung.

⁸ Bei einem der Haushalte wurde aus Plausibilitätsgründen eine Datenmanipulation vorgenommen: Statt den angegebenen 5kg Fleisch pro Woche wurden 0,5kg in die Berechnung aufgenommen, da es sich hier sehr wahrscheinlich um einen Eingabefehler handelt.

Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches Ernährung

Tabelle 2 Treibhausgasemissionen (in kg CO_{2eq} pro Person und Woche) im Bereich Ernährung der befragten

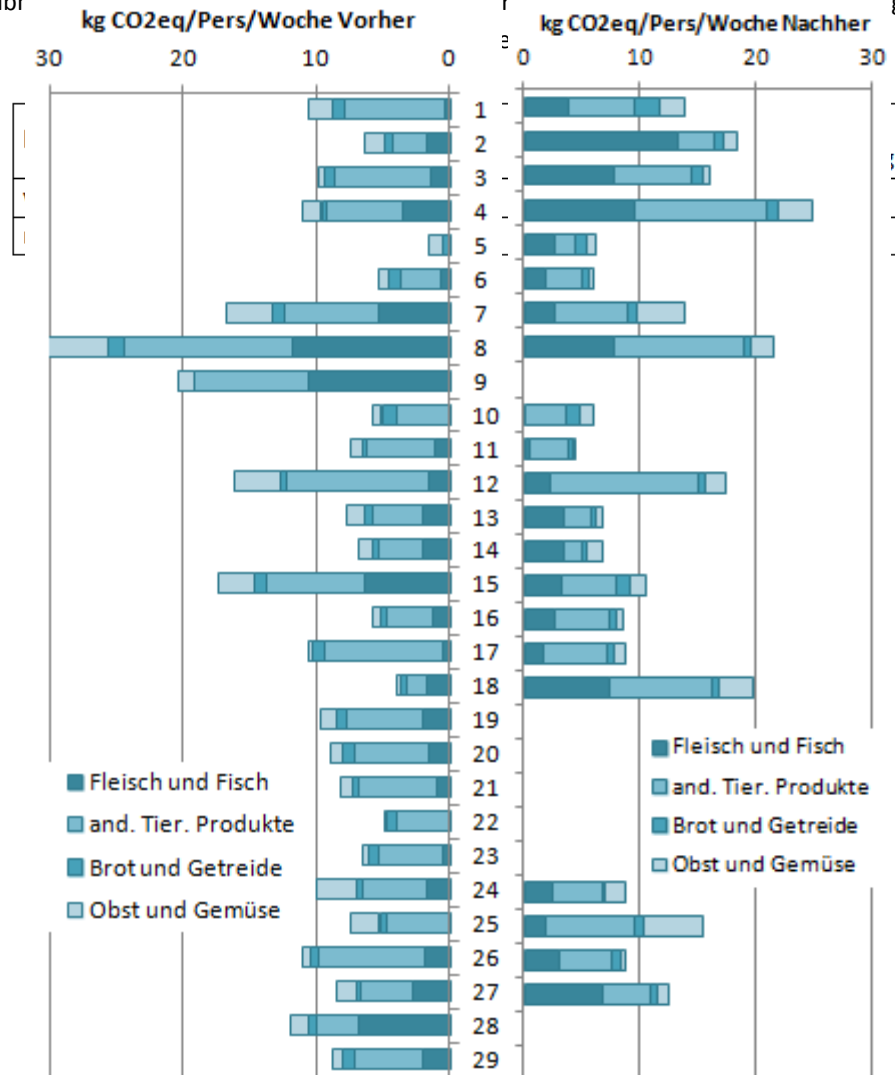


Abbildung 30: Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches Ernährung pro Person und Woche der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt, differenziert nach verschiedenen Lebensmittelgruppen

Neben der (tendenziellen) Zunahme der CO_{2eq}-Emissionen im Ernährungsbereich einiger Haushalte nach dem Einzug (sh. oben), fällt auf, dass alle befragten Personen vor und nach dem Einzug unterdurchschnittlich wenig Fleisch und andere tierische Produkte konsumieren. Der durchschnittliche Konsum von 0,24 kg⁹ Fleisch und Wurst pro Kopf und Woche der befragten Personen liegt deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 1,04 kg pro Kopf und Woche

⁹ 0,24kg Fleisch und Wurst pro Kopf und Woche ist der Mittelwert über alle Werte vor und nach dem Einzug. Vor dem Einzug sind es durchschnittlich 0,19 kg Fleisch und Wurst pro Person und Woche und nach dem Einzug sind es 0,30 kg. Für den Mengenvergleich wurde nicht zwischen erwachsenen Personen und Kindern unterschieden.

(Statistik Austria 2014). Dies schlägt sich – aufgrund des sehr viel niedrigeren CO₂-Fußabdruckes vegetarischer Kost – in einer relativ geringen CO₂-Bilanz im Bereich „Ernährung“ nieder (Abbildung 30). Auch wenn die befragten Personen 2,3 Mal mehr Fisch und Meeresfrüchte essen als der Österreichdurchschnitt, schlägt sich das kaum in der CO₂-Bilanz nieder, da es insgesamt geringe Mengen sind (nur etwa 0,16 kg/Woche/Person) und die CO_{2eq} pro kg Fisch niedriger sind als pro kg Fleisch. Bei anderen tierischen Produkten wie Käse, Butter und Milch konsumieren die Befragten etwa um ein Drittel weniger als der österreichische Durchschnitt. Brot- und Getreideprodukte konsumieren die Befragten etwa um ein Viertel mehr als der Österreichdurchschnitt, Gemüse um 40% mehr, Zwiebeln und Kartoffeln um 10% mehr, heimisches Obst um ein Drittel weniger und importiertes Obst wie z.B. Bananen um etwa 15% weniger als der österreichische Durchschnitt (Statistik Austria 2012b/c, 2014).

Diese fleischreduzierte Ernährungsweise und Kompensation mit Getreide- und Gemüseprodukten zeigt sich noch deutlicher in der Jahresbilanz: Werden die THGE pro Woche auf ein ganzes Jahr hochgerechnet, ergeben sich durchschnittlich **517 kg CO_{2eq}** pro Person und Jahr vor dem Einzug ins Wohnprojekt und **630 kg CO_{2eq}** pro Person und Jahr nach dem Einzug ins Wohnprojekt (Abbildung 31). Die höhere CO₂-Bilanz nach dem Einzug ist auf einen höheren Fleischkonsum in der Woche der Befragung zurückzuführen. Der österreichische Durchschnitt beträgt **1050 kg CO_{2eq}/Person/Jahr¹⁰** und ist somit deutlich höher als jener der BewohnerInnen im Wohnprojekt. Am deutlichsten ist der Unterschied zwischen den BewohnerInnen und einer durchschnittlichen Person in Österreich bei den THGE von tierischen Lebensmitteln (Fleisch, Fisch, Wurst, Milchprodukte).

¹⁰ Diese Zahlen sind mit den gleichen CO_{2eq} berechnet worden, wie die Primärdaten der BewohnerInnen. Es wurde der durchschnittliche monatliche Verbrauch zuhause konsumierter Lebensmittel herangezogen (Statistik Austria 2011, Konsumentenerhebung 2009/10). Es wurden für diese Berechnung nur jene Lebensmittel berücksichtigt, die auch in der Erhebung der Bewohner des Wohnprojekt erhoben wurden (z.B. wurden Getränke und Süßigkeiten ausgeklammert).

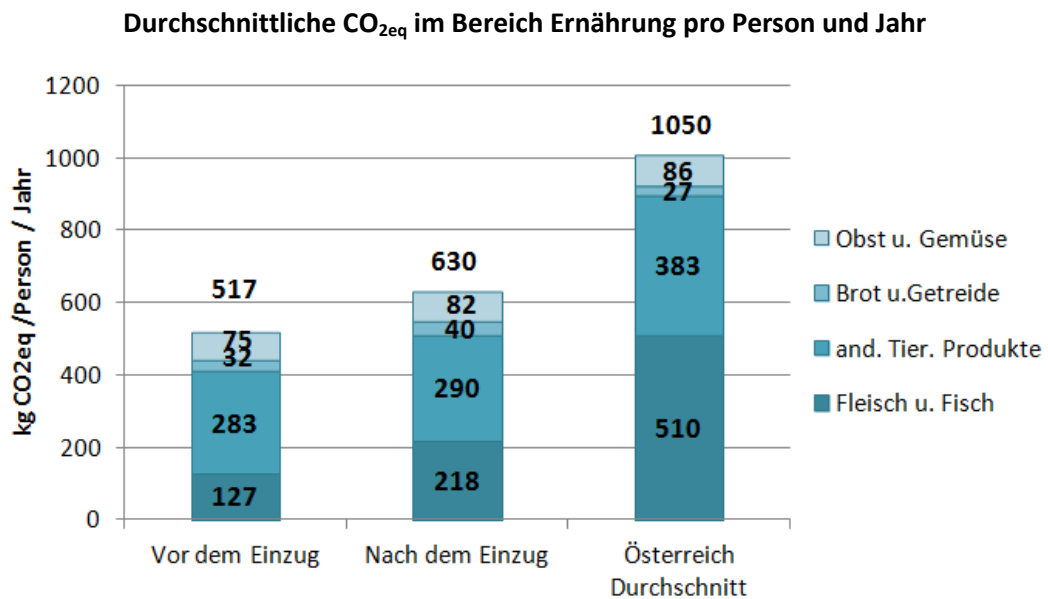


Abbildung 31 Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches Ernährung pro Person und Jahr der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt

Der Effekt von **biologisch produzierten Lebensmitteln** ist mit der vorliegenden Datenlage nicht auf die CO₂-Bilanz anwendbar. Es kann jedoch festgehalten werden, dass die BewohnerInnen überdurchschnittlich häufig Bio-Lebensmittel konsumieren: 16% der Haushalte gaben vor dem Einzug an, immer Bio-zertifiziertes Fleisch und Fisch zu kaufen und sogar 28% nach dem Einzug (sh. dazu die Grafiken in Kapitel 4.5). Im Jahr 2012 beträgt der österreichische Durchschnitt an Bio-Fleisch im Handel nur 2% und bei Wurst 1,3% (RollAMA 2014).

Auch beim Gemüse konsumieren die BewohnerInnen (entsprechend ihrer Angaben) überdurchschnittlich viel Bio-Gemüse bzw. -Obst: 36% gaben vor und 27% nach dem Einzug ins Wohnprojekt an *immer* Bio- zertifiziertes Gemüse und Obst zu kaufen. Es hat sich der Anteil der Befragten, die zumindest meistens bzw. oft Bio-Gemüse zu kaufen von 94% auf 100% erhöht. Im österreichischen Handel sind dagegen nur 7% des Gemüses Bio-Ware (RollAMA 2014).

4.5. Nahrungsbesorgung



Abbildung 32: Innenansicht vom Salon am Park (Greißler in der Erdgeschoßzone)

Die Nahrungsbeschaffung kann auf viele verschiedene Arten ausgeübt werden und steht in enger Beziehung zu anderen Praktiken, etwa Mobilitätspraktiken und zu Praktiken des Kochens bzw. des Essens (der Ernährung).

Die Befragten sind zu einem großen Teil schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt **anspruchsvolle KonsumentInnen**. Zum einen wurde in den qualitativen Interviews immer wieder die Wichtigkeit des **Kaufs von biologisch zertifiziertem, saisonalen und regionalem Gemüse bzw. Obst und Fisch bzw. Fleisch** betont. Auch in den quantitativen Daten zeigt sich, dass die Häufigkeit des Kaufs von diesen Kriterien entsprechendem **Gemüse bzw. Obst** schon vor dem Einzug sehr hoch war und sich im Vergleich zur Zeit nach dem Einzug sogar noch leicht, wenn auch nicht signifikant, erhöht hat: 94% der Befragten kauften vor dem Einzug immer bis oft Bio-Gemüse bzw. -Obst, danach alle (Abbildung 33); 84% kauften zum Zeitpunkt der Ersterhebung immer bis oft saisonales Gemüse bzw. Obst, nach dem Einzug 90% (Abbildung 34) und 77% der Befragten kauften vor dem Einzug immer bis oft regionales Gemüse und Obst, nach dem Einzug 97% (Abbildung 35).

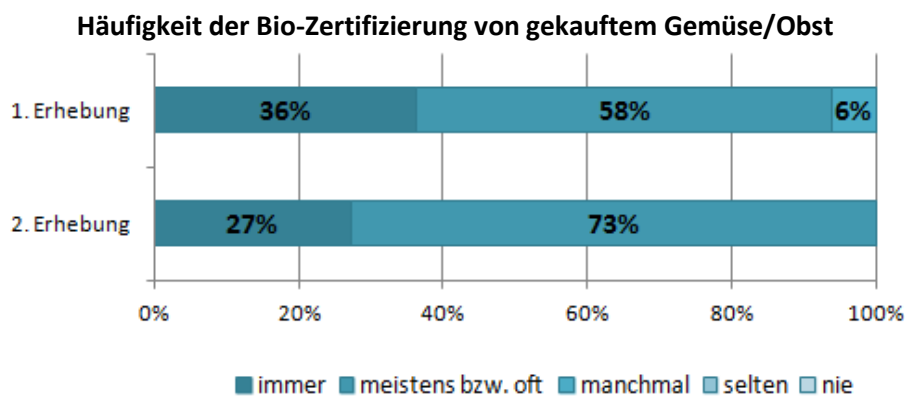


Abbildung 33: Häufigkeit der Bio-Zertifizierung von gekauftem Gemüse/Obst (n=33)

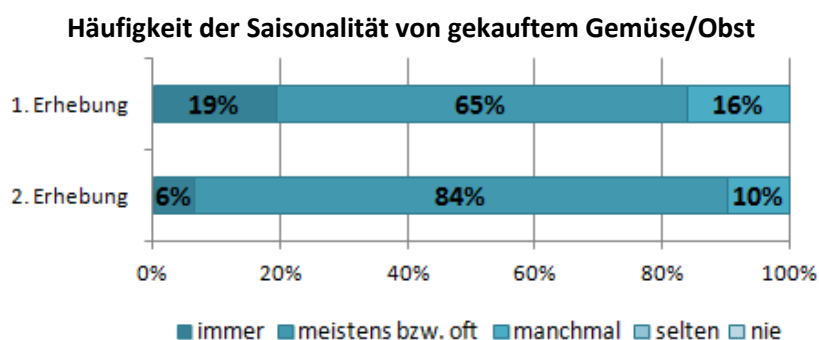


Abbildung 34: Häufigkeit der Saisonalität von gekauftem Gemüse/Obst (n=31)

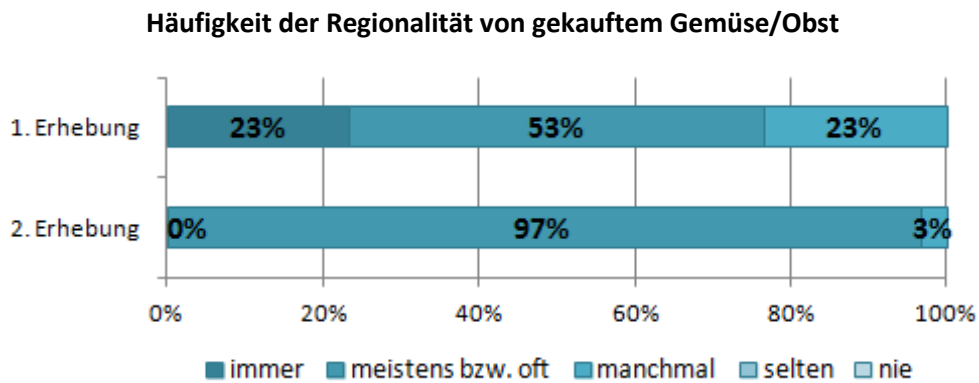


Abbildung 35: Häufigkeit der Regionalität von gekauftem Gemüse/Obst (n=30)

In Bezug auf den **Kauf von bio-zertifiziertem Fisch bzw. Fleisch** zeigte sich eine signifikante Zunahme (Abbildung 36): Während vor dem Einzug 48% der Befragten immer bis oft Bio-Fisch bzw. -Fleisch gekauft haben (die Personen, die Fisch bzw. Fleisch prinzipiell nicht kaufen, ausgenommen), tun dies nun 72%. Das Leben im Wohnprojekt scheint also zu einer höheren Sensibilität in Bezug auf die Bio-Zertifizierung von tierischen Produkten oder aber auch zu neuen Möglichkeiten des Bezugs (bzw. Wissen über Bezugsmöglichkeiten) dieser Produkte geführt zu haben. In der Feedbackrunde mit WP-Mitgliedern wurden als mögliche Erklärungen auch soziale Kontrolle durch andere WP-Mitglieder in Hinblick auf den Kauf biozertifizierter Produkte, die durch den Wissensaustausch im Wohnprojekt bedingte zusätzliche Motivation bzw. das Wissen über nahegelegene Einkaufsorte für Bio-Fisch und -Fleisch, eine Verbesserung des Angebots in der Wohnumgebung sowie eine stärkere mediale Aufmerksamkeit in Bezug auf die Bio-Zertifizierung von Fisch und Fleisch erwähnt.

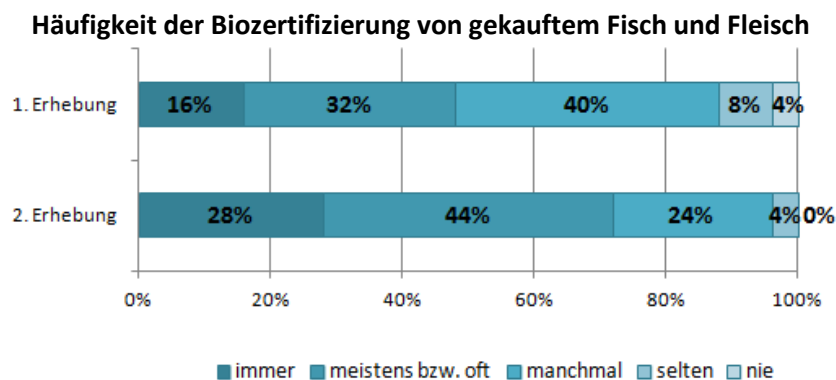


Abbildung 36: Häufigkeit der Biozertifizierung von gekauftem Fisch und Fleisch (n=25)

Diese Kriterien **beeinflussen die Art der Nahrungsbeschaffung**, etwa die Wahl des Einkaufsorts bzw. von Produkten z.B. im Supermarkt (sh. die genauere Schilderungen zu den Beziehungen der Befragten zu den konsumierten Lebensmittel in Kapitel 4.4). Ein nicht zu vernachlässigender Faktor bei der Nahrungsbeschaffung sind die **Kosten**, die z.B. für Bio-Produkte anfallen. Diese stellen für manche Befragte einen Grund für den Nicht-Kauf dar. Da der Wunsch nach nachhaltigen Lebensmitteln aber bei allen Befragten groß ist, wird schon bei der Ersterhebung die Hoffnung geäußert, dass durch die kollektive Organisation bzw. direktere Beziehungen zu den ProduzentInnen auch Kosten eingespart werden können.

In den Schilderungen – insbesondere in der teilweise sehr emotionalen Ablehnung des Supermarktes bei gleichzeitiger hoher Wertschätzung dem Einkauf am Markt oder in (kleineren) Bioläden gegenüber – wird außerdem deutlich, dass einige Interviewte auch nach einem ganz spezifischen **Einkaufserlebnis** suchen, das sich von dem in einem Supermarkt deutlich unterscheidet. Es ist gekennzeichnet durch die Möglichkeit der direkten Kommunikation mit den ProduzentInnen bzw. VerkäuferInnen (in persönlicher Hinsicht, aber auch in Bezug auf Wissensvermittlung über die verkauften Produkte) und durch eine im Vergleich zum Supermarkt ‚natürlichere‘, weniger stark kommerzialisierte bzw. anonyme Atmosphäre. Hinzu kommt vermutlich auch die größere milieubezogene Homogenität der BesucherInnen von Märkten und Bioläden im Vergleich zu den (fast) alle Milieus ansprechenden Supermärkten.

Einige Wohnprojekt-BewohnerInnen lehnen also städtische **Anonymität** nicht nur hinsichtlich der Nachbarschaft (wie in Kapitel 4.6 genauer geschildert wird), sondern auch hinsichtlich des Konsums ab – sowohl in Bezug auf die darin involvierten Menschen als auch auf die konsumierten Produkte. Der Supermarkt symbolisiert die konventionelle Art des Lebensmittelkonsums und somit aus Sicht der Befragten auch die ökonomischen Interessen anonymer Konzerne, die ‚Konsumgesellschaft‘, den Verlust der Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, die Reduktion auf die Funktion als KonsumentIn und einen vergleichsweise geringeren Stellenwert von Nachhaltigkeit und Qualität der angebotenen Produkte. In der Ablehnung der Supermärkte spiegelt sich also auch eine generelle Kritik an der Organisation des Konsums in unserer Gesellschaft wider, wofür auch der Versuch des Aufbaus einer Art „nachbarschaftlicher Ökonomie“ im Wohnprojekt sowohl von Zeit als auch von Dingen sowie die Gründung einer Food-Coop spricht.

In der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern wurde in dem Zusammenhang auch im Wohnprojekt verbreitetes Wissen über den großen **Preisdruck**, den Handelsketten auf kleine ProduzentInnen ausüben, als Grund für die Abneigung davor, Gemüse in Supermärkten zu kaufen, genannt. Im Rahmen einer Food-Coop könne sichergestellt werden, dass mehr Geld der KonsumentInnen bei den BäuerInnen ankomme.

Sind all die gewünschten Bedingungen erfüllt, die vor allem Märkte und kleinere (Bio-)Läden bieten können, wird das Einkaufen für manche Befragten aber durchaus als etwas „Lustvolles“ erlebt, wie es eine Befragte ausdrückt. Sollte es dennoch nicht möglich sein, die Nahrungsbesorgung so zu organisieren wie gewünscht, wird entweder verzichtet – auf den Kauf bestimmter Produkte bzw. auf das Einkaufen generell (bis hin zu der von einer Interviewten erwähnten Strategie, sich den Hunger auszureden) – oder versucht, die für Nahrungsbesorgung aufgebrauchte Zeit auf ein Minimum zu reduzieren.

Mehrere Befragte praktizieren schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt ‚alternative‘ Konsumformen wie den Besuch von kleineren Bioläden, Märkten, Teilnahme an einer Food-Coop, Bezug einer Bio-Kiste oder eines Ernteanteils). Insbesondere Gemüse wird eher nicht in Supermärkten gekauft. Das heißt, dass die Qualität des Gemüses ein wichtiger Grund für die Wahl der alternativen Bezugsquellen darstellt. Diese Art des Konsums stellt mehrere **Erfordernisse an die Alltagsorganisation**: Zum einen müssen zu den ‚alternativen‘ Einkaufsorten meist längere Wegzeiten sowie die im Vergleich zum Supermarkt weniger flexiblen Öffnungszeiten in die Planung der Nahrungsbesorgung mit einbezogen werden (was wiederum mit anderen alltäglich ausgeübten Praktiken koordiniert werden muss). Weiters setzt die Wahl alternativer Bezugsquellen nicht nur das

oben beschriebene Bewusstsein bzw. bestimmte damit verbundene Werthaltungen voraus, sondern auch Wissen in Bezug auf die Existenz alternativer Bezugsquellen, ihre Nutzung sowie die Änderung alltäglicher Routinen, die durch deren Nutzung notwendig wird.

Einige Interviewte strukturieren ihren Alltag schon vor dem Einzug nach den Erfordernissen dieser Art von Nahrungsbesorgung. Doch nicht allen ist dies möglich: Manche schildern die Unvereinbarkeit anderer Praktiken wie Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit mit dem erhöhten Planungsaufwand, der mit der Wahl alternativer Einkaufsorte verbunden ist, anderen sind die oben beschriebenen Kriterien in Bezug auf Nahrungsbesorgung weniger wichtig und wieder anderen fällt es schwer (bzw. sie lehnen es ab), sich das dazu nötige Wissen anzueignen bzw. schon etablierte alltägliche Routinen der Nahrungsbesorgung zu ändern.

Ein Beispiel für eine schon vor und auch nach dem Einzug oft praktizierte alternative Nahrungsbesorgungsform ist die **Lieferung einer Biokiste bzw. die Abholung des Ernteanteils**. Diese Nahrungsbesorgungsform ist im Vergleich zu anderen Bezugsquellen (wie eine Food-Coop) zwar leichter in den Alltag zu integrieren, setzt jedoch auch Flexibilität bei der Kochplanung voraus, die nicht alle Befragten bereit sind aufzubringen. Lieferungen können Nahrungsbesorgungswege und -aufwand im Vergleich zum Supermarkteinkauf sogar verringern, während die Abholung des Anteils einen höheren Koordinationsaufwand voraussetzt, da dies nur zu bestimmten Zeiten und Orten möglich ist.

Wie die quantitativen Daten zeigen, hat sich der Anteil der Personen, die über eine Gemüsebox oder die Abholung eines Ernteanteils Gemüse beziehen, von 43% der Haushalte auf 67% erhöht (Abbildung 37). Außerdem werden diese von den NutzerInnen nach dem Einzug häufiger als vor dem Einzug bezogen: Während davor durchschnittlich 9 Mal im Jahr (seltener als einmal/Monat bzw. nur in den Sommermonaten) eine Kiste oder ein Ernteanteil bezogen wurde, ist dies nun 13,4 Mal im Jahr der Fall (häufiger als 1 Mal/Monat).

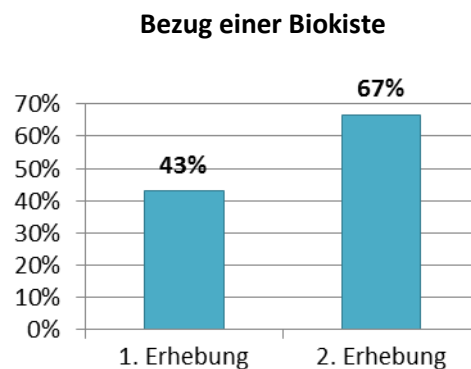


Abbildung 37: Bezug einer Biokiste (n=21)

Im Rahmen des Wohnprojekts wurde und wird weiterhin versucht, **kollektive Institutionen** zu schaffen, welche die Inanspruchnahme alternativer Bezugsquellen für die einzelnen Haushalte erleichtern: Durch die im Wohnprojekt organisierte Food-Coop und den Salon am Park werden die Einkaufswege kürzer bzw. das Tragen der Lebensmittel weniger beschwerlich und im Fall des Salons sind auch die Öffnungszeiten vergleichsweise flexibler (so wird die Möglichkeit geschildert, den Schlüssel für den Salon auch am Sonntag holen zu können) als beim konventionellen Einkauf. Das

Wissen rund um den direkten Bezug von Nahrungsmitteln wird über die **Food-Coop** der UG Lebensmittel kollektiv verfügbar gemacht und der Bezug organisiert, was für individuelle Haushalte meist mit (zu) viel Aufwand verbunden bzw. zu teuer wäre. Die Food-Coop wurde erst einige Monate vor der Zweiterhebung für alle BewohnerInnen geöffnet (davor wurde sie durch Interessierte getestet). Trotz der kurzen Laufzeit gab schon fast die Hälfte der Befragten an, diese schon genützt zu haben, von den Nicht-NutzerInnen haben zwei Drittel vor diese in Zukunft zu nützen (Abbildung 38).

Teilnahme an der Food-Coop bzw. Krakarotte-Sammelbestellung der UG-Lebensmittel

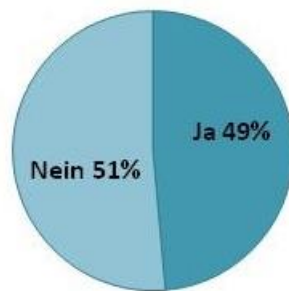


Abbildung 38: Teilnahme an der Food-Coop bzw. Krakarotte-Sammelbestellung der UG-Lebensmittel (n=35)

Trotz dieser neuen Möglichkeiten der Nahrungsbeschaffung hat sich die **aufgewandte Zeit für die Nahrungsbeschaffung** (1,5 Stunden in den letzten 7 Tagen zum Zeitpunkt der Ersterhebung und 1,6 Stunden zum Zeitpunkt der Zweiterhebung) ebenso wie die **Häufigkeit des Einkaufs** von Nahrungsmitteln (zu beiden Erhebungszeitpunkten 2,7 Mal in der Woche) durch den Einzug in das Wohnprojekt Wien bei den Befragten kaum verändert, das heißt, dass die Food-Coop, aber auch der Salon am Park keine Auswirkungen darauf haben, wie häufig die Befragten Nahrung besorgen bzw. wie lange dies dauert.

Wie in Kapitel 4.4.1 schon geschildert wurde, scheinen diese neuen Bezugsmöglichkeiten auch keinen Einfluss auf die CO₂-Emissionen, die mit der Ernährung verbunden sind, zu haben.

Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Nutzung der Food-Coop trotz unterstützenden organisatorischen und materiellen Infrastruktur dennoch einen gewissen Organisationsaufwand erfordert, der mit den **Anforderungen anderer Praktiken in Einklang gebracht** werden muss. Dies zeigen die Begründungen der Befragten bezüglich der Nicht-Teilnahme an der Food-Coop. So ist die Vereinbarkeit der Teilnahme an dieser Art von Nahrungsbeschaffung in Haushalten mit kleinen Kindern oder mit eher irregulärer Erwerbsarbeitszeit schwerer möglich. Außerdem müssen durch die Teilnahme an einer Food-Coop bestimmte alltägliche Routinen der gewohnten Nahrungsbeschaffung durchbrochen bzw. neue (und weniger flexible) geschaffen werden. Der Einkauf muss anders, also längerfristig, geplant werden, Spontaneität und eine große Auswahl an Produkten sind nicht möglich. Daher erfordert die Teilnahme an einer Food-Coop eine neue Form von Koch-, Lagerungs- und Einkaufsorganisation, die mit anderen Praktiken (etwa der Kinderbetreuung) koordiniert werden muss. Die Teilnahme an einer Food-Coop kann im Alltag weitreichende Änderungen nach sich ziehen; So wird das Kochen anders organisiert, da dieses vorausschauender geplant werden muss; die Einkaufsrhythmen sowie die damit verbundenen Wege ändern sich und es muss Stauraum für eine Vorratshaltung geschaffen werden. Die Schaffung dieser Voraussetzungen bedeutet in jedem Fall

einen gewissen Aufwand, insbesondere jedoch in Lebenssituationen, in denen zudem sehr flexibel und spontan gehandelt werden muss. Doch auch hier sind „Lernprozesse“, die im Wohnprojekt generell von großer Bedeutung sind, bis zu einem gewissen Grad möglich (so meinen mehrere Befragte, sich mit dem System noch stärker auseinandersetzen zu müssen).

Die Teilnahme an der Food-Coop scheint sich jedoch in Teilaspekten auf die Häufigkeit der Regionalität und die Bio-Zertifizierung gekaufter Lebensmittel auszuwirken (die oben beschriebene Zunahme an Personen, die immer bis oft regionales Obst/Gemüse einkaufen, ist also zum Teil auf die Food-Coop zurück zu führen). So geben die Teilnehmenden der Food-Coop nach dem Einzug **signifikant öfter an regionales Gemüse bzw. Obst einzukaufen** als die Nicht-TeilnehmerInnen (in Bezug auf die Bio-Zertifizierung und die Saisonalität des Gemüses/Obsts konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen den NutzerInnen und den Nicht-NutzerInnen der Food-Coop festgestellt werden).

Die Frage der individuell zu bezahlenden Kosten für die Lebensmittel erhält vor allem aufgrund der **Konkurrenz** zwischen der Food-Coop (die aufgrund der Umgehung des Zwischenhandels niedrigere Preise anbieten kann) und dem Salon am Park eine besondere Brisanz, die vor allem bei einer Erweiterung des Angebots der Food-Coop zum Problem werden könnte. Das Wohnprojekt setzt sich zur Zeit mit den verschiedenen ökonomischen Logiken der beiden Organisationsformen auseinander. Wie an diesem einen Beispiel zu sehen ist, kann sich das Wohnprojekt den generellen wirtschaftlichen Dynamiken und Konkurrenzbeziehungen also nicht ganz entziehen, auch wenn versucht wird, ‚innerhalb‘ des Wohnprojekts alternative Strukturen zu schaffen.

Neben der Food-Coop führt auch der **informelle Wissensaustausch** im Wohnprojekt zu einem erhöhten Bewusstsein sowie mehr Wissen in Bezug auf biologische, regionale, saisonale Lebensmittel, KonsumentInnen-ProduzentInnen-Beziehungen sowie Informationen über neue Bezugsquellen (etwa hinsichtlich Bio-Fisch und -Fleisch oder auch nachhaltig produzierter Kleidung, sh. oben) werden im Wohnprojekt rasch in Umlauf gebracht. Auch der Bezug eines Ernteanteils wird durch das Teilen von Wissen und nachbarschaftliche Unterstützung beim Abholen erleichtert.

Die Nahrungsbesorgung steht **in einer Wechselwirkung mit anderen Praktiken**, so wird sie u.a. durch die gemeinschaftlich organisierten Essen (die Befragten nehmen an, dass dadurch weniger individuelle Einkäufe getätigt werden müssen)¹¹ und die neuen Mobilitätsmöglichkeiten im Wohnprojekt (z.B. Lastenrad) beeinflusst bzw. kann potentiell auch Auswirkungen auf das Ausmaß der Müllzeugung haben¹². Sie stellt im Wohnkontext außerdem eine Möglichkeit für nachbarschaftlichen Austausch dar (so wird der Salon am Park als „irrsinniger sozialer Treffpunkt“ beschrieben) und kann durch nachbarschaftliche Unterstützung auch erleichtert werden (Abholen des Ernteanteils vom Markt, Beziehen von speziellen Lebensmitteln über NachbarInnen, kollektives

¹¹ Befragte, die den Mittagstisch oder Abendtisch mindestens 1 Mal pro Woche besuchen, geben zwar leicht seltener an Nahrung besorgen zu müssen (2,3 Mal pro Woche im Vergleich zu 3 Mal pro Woche) als Befragte, die den Mittagstisch seltener besuchen, diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant.

¹² Anhand der quantitativen Daten konnte zwischen den NutzerInnen der Food-Coop und den Nicht-NutzerInnen in Bezug auf den erhobenen Müllumfang jedoch keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden.

Herstellen von Katzenfutter). Wie in Kapitel 4.4 dargestellt, steht sie außerdem in einer engen Beziehung zum Kochen.

4.6. Nachbarschaftliche/r Austausch und Unterstützung



Die Begriffe nachbarschaftliche/r Austausch und Unterstützung bezeichnen keine eigene Praktik, sondern eher eine soziale Beziehung, in deren Rahmen verschiedene Praktiken ausgeführt werden. Im Folgenden werden also Praktiken geschildert, die im Rahmen nachbarschaftlicher Beziehungen vor und nach dem Einzug von den Befragten durchgeführt wurden. Hinsichtlich dieser Praktiken ist eine ganz deutliche, sowohl im quantitativen und qualitativen Material sichtbare, Veränderung festzustellen.

Bis auf wenige Ausnahmen beschreiben die Interviewten die nachbarschaftlichen Kontakte in ihren alten Wohnsituationen als sehr selten, eher distanziert und durch eher geringes Wissen über die NachbarInnen geprägt. Mehrere schildern auch gescheiterte und teilweise auch als frustrierend erlebte Kontaktversuche mit den NachbarInnen in den alten Wohnsituationen. Gegenseitige Hilfeleistungen kommen vor, finden jedoch meist nur in „Notfällen“ statt (Vergessen von Schlüssel usw.), wenn etwas im Haushalt fehlt (z.B. Lebensmittel), man etwas alleine nicht machen kann (z.B. das Heben von Schränken), wenn man nicht daheim ist und bestimmte Praktiken, die Anwesenheit erfordern, nicht durchführen kann (Blumengießen, Hamster füttern, Post entgegennehmen) oder wenn es um die kollektive Nutzung des Wohnbaus geht (Waschküche, Treffen der EigentümerInnen, Haustiere, die „private“ Grenzen überschreiten). Nur in bestimmten Fällen fand auch persönlicherer Kontakt bzw. Wissensaustausch zu verschiedenen Themen statt. Gegenseitige Besuche in den Wohnungen werden nur von zwei Haushalten beschrieben, in einem Fall sind diese auf eher helfende Tätigkeiten beschränkt.

In den Erstinterviews wird deutlich, welche **Bedingungen für intensiveren nachbarschaftlichen Kontakt** notwendig sind und in den alten Wohnsituationen nicht existieren. So wird der Mangel an Informiertheit über die NachbarInnen von manchen Interviewten explizit als ein prinzipielles Problem angesprochen: Man wisse oft gar nicht, ob man mit den NachbarInnen ähnliche Bedürfnisse, Interessen oder sonstige Gemeinsamkeiten teile, was intensiveren Kontakt verhindere („Da kann man noch so offen sein, wenn man den Anderen nicht kennt“). Auch gegenseitige Unterstützung (z.B. bei der Kinderbetreuung) ist so nicht möglich.

Eine weitere Bedingung sind wahrgenommene Gemeinsamkeiten mit den NachbarInnen. In den alten Wohnsituationen stellten sich diese Gemeinsamkeiten über eine geteilte Milieuzugehörigkeit

oder Lebensphase (z.B. gleichaltrige Kinder im Haushalt und somit ähnliche Tagesabläufe, ein stärkerer Fokus auf die Wohnumgebung aufgrund der kindlichen Raumaneignungsbedürfnisse und ähnliche Bedürfnisse der Eltern in Bezug auf die Freizeitgestaltung), in einem Fall auch über die Eigentümerschaft an den Wohnungen her. Unähnlichkeit mit dem/der NachbarIn muss zwar nicht dazu führen, dass gar kein Kontakt entsteht, aber dieser wird, wenn er intensiver wird, als eher belastend empfunden. Gemeinsamkeiten erleichtern den Austausch und man hat eher das Gefühl, bei diesem auch etwas „zurück zu bekommen“. Aufgrund der größeren Leichtigkeit, Gesprächsthemen zu finden, werden sozial als unangenehm empfundene Situationen weniger wahrscheinlich.

Hinzu kommt die von allen Befragten geschilderte Abwesenheit einer nachbarschaftsfördernden materiellen Infrastruktur des Wohnhauses sowie der Mangel an sozialen Strukturen, die den Kontakt erleichtern. So fehlen „neutrale Räume“ - wobei „neutral“ in dem Zusammenhang „nicht als privat definiert“ bedeutet. Die Schwelle, fremde Personen in private Räume einzuladen, ist ungleich höher als diese in Räumen zu treffen, die keiner bestimmten Person zugeordnet sind (und über diese nichts ‚verraten‘). Das Bedürfnis nach Schutz des eigenen privaten Raums ist je nach Person verschieden ausgeprägt und abhängig von deren Persönlichkeit bzw. Sozialisation. Hinzu kommen hier bestimmte Normen bezüglich dessen, wie eine gepflegte Wohnung auszusehen hat bzw. wie man selbst in der Öffentlichkeit aussehen sollte, die von Interviewten als Hinderungsgrund für nachbarschaftlichen Kontakt angeführt wurden.

Die typischen Wiener Altbauten weisen üblicherweise keine Gemeinschaftsräume oder einladende Gänge und nur selten benutzbare Höfe auf, hier sind die Orte des möglichen Kontakts im Haus auf das Stiegenhaus beschränkt. Aus diesem Grund sind der Gang bzw. das Stiegenhaus zum Zeitpunkt der Ersterhebung so beliebte nachbarschaftliche Treffpunkte.

Eine nachbarschaftsfördernde materielle Infrastruktur allein ist für intensiveren Kontakt jedoch nicht ausreichend. Ebenfalls notwendig ist eine gewisse soziale Organisation der NachbarInnen untereinander (vgl. auch Leitner et al. 2010). Dies wird auch in den Interviews angemerkt: Es fehlen die „Strukturen“ um Kontakt zueinander aufnehmen zu können bzw. bestehe „keine Notwendigkeit oder direkter Anlass“ zur Kontaktaufnahme. Ohne diese „Anlässe“ ist die Kontaktaufnahme von der Gesprächsbereitschaft der NachbarInnen abhängig, die sich am Gang zufällig begegnen.

Die schon nachbarschaftsfördernden Rahmenbedingungen – potentielle Gemeinsamkeiten mit den NachbarInnen, Informiertheit über die NachbarInnen (um zu wissen, ob es überhaupt Gemeinsamkeiten gibt) sowie die materiellen und sozialen Strukturen – werden im Rahmen des Wohnprojekts bewusst geschaffen: Die BewohnerInnen rekrutieren sich aus ähnlichen Milieus und teilen bestimmte Werte, durch den langjährigen Planungsprozess lernen sich die NachbarInnen vorab kennen (der Grad der Informiertheit ist also hoch) und es werden durch die bewusst kommunikationsfördernd angelegte Architektur (v.a. die Gemeinschaftsräume) bzw. die Organisation des Wohnprojekts (regelmäßige Treffen, Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen) sowohl räumliche als auch soziale Strukturen geschaffen, die nachbarschaftlichen Kontakt erleichtern. Daher ist es nicht verwunderlich, dass mehrere Befragte schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt ein engeres Verhältnis zu ihren zukünftigen NachbarInnen als zu den aktuellen NachbarInnen haben.

So ist eine nachbarschaftsfördernde **Homogenität** der BewohnerInnen festzustellen, hinsichtlich Lebensstile bzw. Milieuzugehörigkeiten, Werthaltungen (z.B. bezüglich Nachhaltigkeit oder

„sinnerfüllter“ Arbeit), Kommunikationsformen und Vorstellungen nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Wie in Kapitel 4.1 genauer geschildert, sind auch große Ähnlichkeiten bezüglich des Bildungsgrades und der Berufssparten der Befragten festzustellen. In Kapitel 4.7 werden in Bezug auf die gemeinschaftliche Arbeit außerdem die große Lernbereitschaft (und damit verbunden Werte der Selbstverwirklichung) und spezifische, für diese Arbeit notwendige, Kompetenzen wie etwa eine hohe Reflexivität und planerisches Denken beschrieben, die die WP-Mitglieder mitbringen müssen (die wiederum in einer Beziehung zu deren beruflichen und bildungsbezogenen Hintergründen stehen), wodurch ‚automatisch‘, schon anhand des Auswahlprozesses, eine gewisse Homogenität erzeugt wird.

Beispielsweise teilen die Befragten mehrheitlich die Ablehnung eines anonymen städtischen Zusammenlebens und zeichnen sich durch eine prinzipielle Offenheit in Bezug auf nachbarschaftlichen Austausch aus (so habe eine Interviewte schon vor dem Einzug das Gefühl, „auf offene Ohren zu stoßen“). Befragte erwähnen den Wunsch nach einem größeren „sozialen Netz“ bzw. einer „großen Familie“ und „selbstverständlichen“ nachbarschaftlichen Kontakten. Dieser Wunsch ist unabhängig von der Intensität der nachbarschaftlichen Kontakte vor dem Einzug und er stellt für die meisten Interviewten auch die Hauptmotivation dar, ins Wohnprojekt zu ziehen (sh. Kapitel 4.1.1). Die üblicherweise eher distanzierten nachbarschaftlichen Beziehungen werden als ein vergebenes Potential für Austausch und gegenseitige Unterstützung gesehen. Ebenfalls geschildert werden Ängste in Bezug auf den Verlust sozialer Einbindung im Alter, der in konventionellen Wohnsituationen wahrscheinlicher ist als im Kontext einer Gemeinschaft.

Dabei ist jedoch anzumerken, dass von den Befragten insbesondere der Wunsch nach Austausch mit *Gleichgesinnten* geäußert wird; so werden in der alten Wohnsituation von mehreren Interviewten gemeinsame „Anknüpfungspunkte“ und geteilte Interessen vermisst. Eine mögliche Erklärung, warum einige Befragte vor dem Einzug in Bezug auf die Intensität der alten Nachbarschaft keine großen Wünsche oder Erwartungen haben bzw. auch gar nicht (mehr) versuchen, mit ihren NachbarInnen Kontakt aufzubauen, könnte daher sein, dass wenig Potential für Gemeinsamkeiten gesehen wird.

Eine Erklärung für diesen Wunsch nach intensiverer Nachbarschaft ist u.a. eine positiv konnotierte Sozialisation in Dörfern bei mehreren Befragten, die gleichzeitig auch deren Idealvorstellungen von Nachbarschaft formt. So sei das Dorf ein Ort, „wo man halt irgendwie jeden kennt und mit manchen versteht man sich gut, mit manchen weniger und es gibt zu verschiedenen Generationen auch einfach Anknüpfungspunkte“, meint eine Befragte. Interviewte schildern, dass sie dort Gemeinschaft und „Zuständigsein füreinander“, eine relativ freie Bewegung, die ihnen als Kind dort möglich war¹³, gegenseitige Hilfestellungen, Einladungen und gemeinsame Aktivitäten erlebt haben. Ein Befragter empfand den im Dorf möglichen Austausch zwischen den Generationen als „total befruchtend“, da man durch diesen „irrsinnig viele Sachen von anderen Leuten“ mitbekomme und dadurch seine „eigene Sichtweise auch ein bissl in Frage“ stelle. Dies wird in der Stadt teilweise vermisst. Eine Befragte betont daher auch schon in Wohnkontexten vor dem Einzug in das Wohnprojekt immer wieder zu versucht zu haben das „Dorf in die Stadt zu holen“, da sie die sozialen Netzwerke in Dörfern als „sehr gut und hilfreich“ erlebt habe.

¹³ Dazu ist jedoch anzumerken, dass das Leben am Land für ein Kind keineswegs mehr Bewegungsfreiheit als das Leben in der Stadt bedeuten muss (vgl. Blinkert 1997, Hüttenmoser 1996).

Die Gemeinschaft, die im Wohnprojekt erlebt wird, ähnelt in der Tat in manchen Aspekten einer idealtypischen, funktionierenden Dorfgemeinschaft: Möglich sind in beiden Kontexten ein im Vergleich zur Stadt ungezwungenerer Kontakt miteinander, die tendenziell größere Informiertheit in Bezug auf die NachbarInnen, gemeinsame organisierte Aktivitäten (die AGs des Wohnprojekts entsprechen der Freiwilligen Feuerwehr und der Kirchengemeinde im Dorf) und Tendenzen zu sozialer Kontrolle.

Deutliche Unterschiede sind hinsichtlich der typischerweise in Dörfern anzutreffenden Milieus und denen des Wohnprojekts festzustellen: nicht-akademische, traditionelle und tw. bäuerliche im Kontrast zu akademischen, progressiv-links und ökologisch ausgerichteten Milieus mit nicht-hierarchischer Kommunikationskultur und reflexiver Lebensführung. Gemeinsam ist jedoch beiden eine gewisse interne kulturelle Homogenität, wobei die des Wohnprojekts bewusster ‚hergestellt‘ wurde als die eines Dorfes. Diese Werte und Lebensstile sind in beiden Fällen in die jeweiligen Institutionen des Dorfes bzw. des Wohnprojekts eingeschrieben (Feuerwehrfeste, Wirtshäuser, Heurige, Kirchengemeinde, Blasmusikkapelle im Kontrast zu Großgruppentreffen, Redestabkreisen, Mittags- und Abendtischen und Gemeinschaftswochenenden). Weitere Unterschiede zum Dorf bestehen im Ausmaß, in dem die WP-Mitglieder bereit sind, private Bereiche nach außen zu öffnen, die bewusste Reflexion der Werte (z.B. des nachhaltigen Lebens) und das Setzen gezielter Aktivitäten, um Visionen zu verwirklichen, während im Dorf Werte eher überliefert werden.

In folgendem Zitat beschreibt eine Interviewte die Gemeinsamkeiten der BewohnerInnen anschaulich:

„In dieser Gruppe gibt es einfach Menschen, zu denen ich mich sehr hingezogen fühle, wo ich merke, mit denen kann ich auch über Sachen reden, die mir am Herzen liegen, die auch persönlicher sind. (...) Mir geht es so, dass ich merke, es tut mir total gut zu wissen, da ist so ein Haufen verrückter Leute, die so verrückt ticken wie ich. Ich habe mich früher sehr als Ausnahmeperson erlebt in meiner Umgebung. Ich habe auch gemerkt, die Leute schütteln irgendwie so den Kopf über mich, über meine Ideen. Und in dieser Gruppe schüttelt niemand den Kopf über meine Ideen ((lacht)). Das tut gut. Das tut definitiv gut ((lacht)).“

Neben der Homogenität sind jedoch eine Reihe von **Heterogenitäten** im Wohnprojekt bemerkbar: bezüglich der Lebensphasen, der Kompetenzen, der Priorisierung von Umweltmotiven bei alltäglichen Entscheidungen, der Nutzung kollektiver Einrichtungen sowie bezüglich Vorstellungen des achtsamen Umgangs mit Anderen. Bei den letzten drei Faktoren spielt die individuelle Alltagsorganisation der BewohnerInnen eine entscheidende Rolle (sh. dazu Näheres in Kapitel 5.5).

Eine weitere im Rahmen des Wohnprojekts realisierte Bedingung für intensiveren nachbarschaftlichen Kontakt ist die **Schaffung von „neutralen Räumen“** des Austauschs. Die räumliche Nähe ermöglicht es, mit Anderen unkompliziert in Kontakt zu treten, so reiche es meist „den Kopf aus der Tür zu stecken“. Es gibt nun mehr Begegnungsorte als früher, wie die Gemeinschaftsräume, die Dachterrasse oder den Salon am Park. Anhand offener Fragen im Online-Fragebogen wurde nach den häufigsten **Orten nachbarschaftlichen Kontakts** gefragt (sh. Abbildung 39). Während vor dem Einzug nur drei Orte genannt wurden, nämlich das Wohnumfeld (z.B. die Straßen vor dem Wohnhaus), das Stiegenhaus oder die Wohnung, haben sich die Orte nachbarschaftlichen Kontakts zum Zeitpunkt der Zweiterhebung diversifiziert: Hinzugekommen sind Gemeinschaftsräume und die Gemeinschaftsküche im Wohnprojekt. Interessant ist, dass das Stiegenhaus mit 42% der Angaben nach wie vor ein häufiger Treffpunkt ist, wobei er vor dem Einzug

mit 67% der eindeutig am häufigsten genutzte war (eine Erklärung dafür sh. weiter unten). Das Wohnumfeld ist etwas wichtiger (hier wurden auch Orte wie der Salon am Park und der Platz vor dem Haus genannt) und die Wohnung deutlich wichtiger geworden (54% im Vergleich zu 37%). Sie ist der nach dem Einzug der meistgenannte Ort nachbarschaftlichen Kontakts, gefolgt von der Gemeinschaftsküche.

Auch die oben beschriebene Studie von Michelson (1993) stellte fest, dass die Wohnung in den untersuchten Cohousing-Projekten einen wichtigen Ort nachbarschaftlichen Kontakts darstellt, trotz der vielen verfügbaren gemeinschaftlichen Flächen (40% des erhobenen nachbarschaftlichen Kontakts fand in dieser statt).

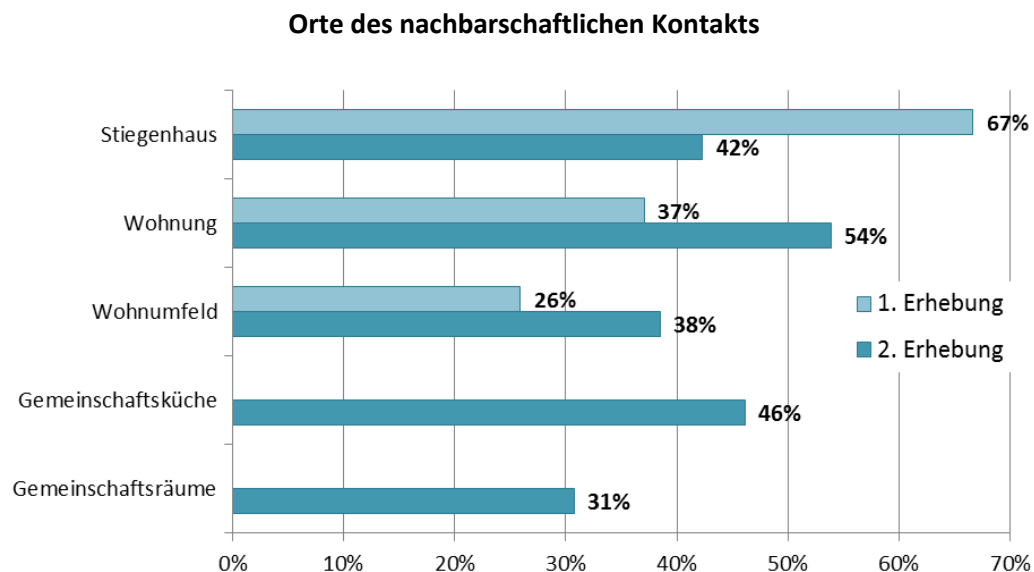


Abbildung 39: Orte des nachbarschaftlichen Kontakts (n=26 bzw. n=27)

Dass die Wohnung trotz gemeinschaftlicher Einrichtungen nach wie vor ein so zentraler (sogar öfter genutzter) Treffpunkt ist, kann dadurch erklärt werden, dass in Hinblick auf das Einladen von NachbarInnen in private Räume psychologische Schranken abgebaut werden konnten. Da man sich auch auf persönlicher Ebene den Anderen gegenüber öffnet, ist auch das Einladen in mit der Persönlichkeit stark verbundene Räume leichter möglich. Diese Vertrautheit unter den WP-Mitgliedern senkt eventuell auch die normativen Ansprüche (z.B. in Bezug auf das Aussehen der Wohnung oder das „ausgehtaugliche“ Outfit), die weiter oben als ein Hindernis bezüglich des gegenseitigen Einladens in private Räume beschrieben wurden.

Die psychologischen Schranken in Bezug auf das Einladen von NachbarInnen in die Wohnung haben sich jedoch nicht völlig aufgelöst, sie bestehen bei den WP-Mitgliedern in verschiedener Ausprägung weiter. In diesem Zusammenhang ist auch die Funktion der Wohnung im Zusammenhang mit der Abgrenzung der Gemeinschaft gegenüber relevant, die für die Befragten von unterschiedlicher Wichtigkeit ist (sh. dazu mehr in Kapitel 4.15).

Doch auch die als **gemeinschaftlich definierten Räume** werden im Kontext des Wohnprojekts ganz anders wahrgenommen als die allgemein verfügbaren Flächen in den alten Wohnkontexten: Mehrere beschreiben das Gefühl, nicht nur in der Wohnung, sondern im ganzen Haus zu wohnen. Dies hängt mit der Ermöglichung einer anderen Art von Raumaneignung und Ortsbindung zusammen, die sich

über die privaten Räume hinaus erstreckt. Durch die intensive gemeinsame Planungsphase haben die BewohnerInnen schon vor dem Einzug einen starken Bezug zu den gemeinschaftlichen Räumlichkeiten aufbauen können. Das Haus wird aufgrund der vielfältigen sozialen Kontakte auch als „lebendiger“ wahrgenommen als das „tote Stiegenhaus“ in den alten Wohnbauten. Die regelmäßige Organisation von Aktivitäten in den Gemeinschaftsräumen trägt weiters dazu bei, dass diese von allen BewohnerInnen regelmäßig genutzt werden. Hier werden mit der Materialität des Hauses also gänzlich neue Bedeutungen assoziiert: Es symbolisiert in gewisser Hinsicht die Gemeinschaft, die sich in diesem manifestiert.

Ein weiterer beschriebener Effekt, der durch die räumliche Nähe des Zusammenlebens entsteht, ist die Tendenz zur „**Verhäuslichung**“ der Freizeitgestaltung, da viele soziale Aktivitäten nun „im Haus“ stattfinden. So gäbe es nach einer Befragten „alles“ im Haus, von Gemeinschaft bis hin zu Essen. Dies führt dazu, wie einige Interviewte schildern, dass soziale Aktivitäten, etwa am Wochenende, nicht mehr geplant und organisiert werden müssen, was eine Entlastung sein kann. Die Herausforderung bestehe nun eher darin, sich zwischen mehreren Möglichkeiten entscheiden zu müssen bzw. sich vom Überangebot an Möglichkeiten abzugrenzen und nicht mehr darin, Aktivitäten organisieren zu müssen. Die Kehrseite dieser räumlichen Konzentration sind Gefühle der Eingeengttheit, die insbesondere entstehen können, wenn auch die Erwerbsarbeit „im Haus“ stattfindet. Mehrere Befragte sagen, sie seien froh, die Wohnumgebung auch immer wieder verlassen zu können (sh. dazu Kapitel 4.15).

Die Verbesserungen der Bedingungen für nachbarschaftlichen Kontakt haben tatsächlich dazu geführt, dass die **Intensität nachbarschaftlichen Kontakts** mit dem Einzug in das Wohnprojekt deutlich zugenommen hat. In den Daten der quantitativen Erhebung zeigt sich ein sehr klarer signifikanter Unterschied beim Vorher-Nachher-Vergleich der Intensität des nachbarschaftlichen Kontakts, der über Grüßen hinausgeht (Abbildung 40). Sich mehrmals pro Woche mit den NachbarInnen auszutauschen ist üblich geworden, während es zuvor eine Ausnahme darstellte: Keine/r der Befragten hat nach dem Einzug seltener als mehrmals pro Woche Kontakt mit den NachbarInnen, während dies vor dem Einzug bei 89% der Befragten der Fall war. 59% aller Befragten haben nach dem Einzug hingegen mehrmals pro Woche und 41% täglichen Kontakt, im Vergleich zu 12% der Interviewten, die vor dem Einzug mehrmals pro Woche mit ihren NachbarInnen Kontakt hatten. Alle Personen, die vor dem Einzug nur 1-4 Mal im Monat, seltener oder nie Kontakt mit NachbarInnen hatten, haben diesen nur entweder täglich oder mehrmals pro Woche.

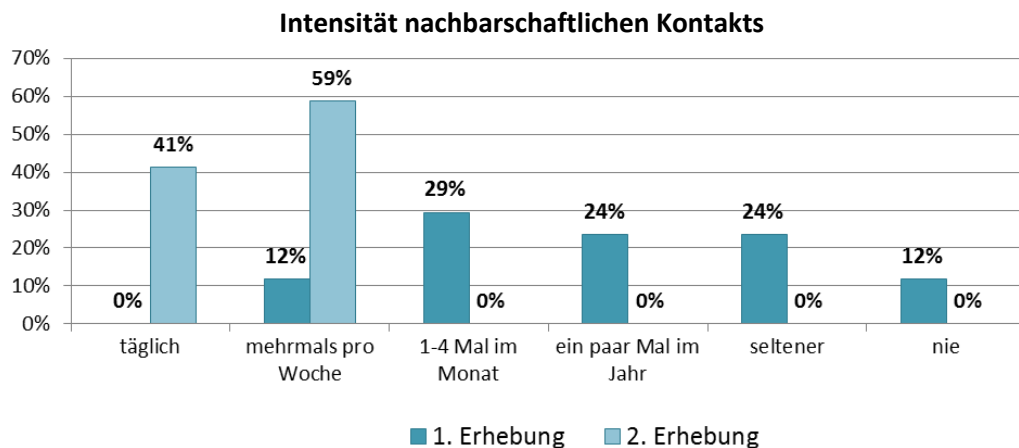


Abbildung 40: Intensität nachbarschaftlichen Kontakts (n=34)

Ebenso ist die **Zeit, die mit nachbarschaftlichem Kontakt verbracht wird**, signifikant gestiegen. Vor dem Einzug verbrachten die Befragten durchschnittlich 0,6 Stunden in den letzten 7 Tagen mit ihren NachbarInnen, nach dem Einzug 4,3 Stunden. 73% der Befragten hatten vor dem Einzug gar keinen Kontakt mit ihren NachbarInnen, danach trifft das nur mehr auf 3% der Befragten zu (Abbildung 41). 81% der Befragten verbringen nach dem Einzug mehr Zeit mit den NachbarInnen als im Beobachtungszeitraum vor dem Einzug, bei 13% ist sie etwa gleich geblieben und bei 6% weniger geworden. Diese Intensivierung nachbarschaftlichen Kontakts wird auch von der oben beschriebenen Zeitbudgetstudie von Michelson (1993) bestätigt. Diese kam zum Schluss, dass die BewohnerInnen der zwei untersuchten Cohousing-Projekte im Vergleich mit anderen Wohngebieten den meisten und längsten Kontakt mit ihren NachbarInnen hatten.

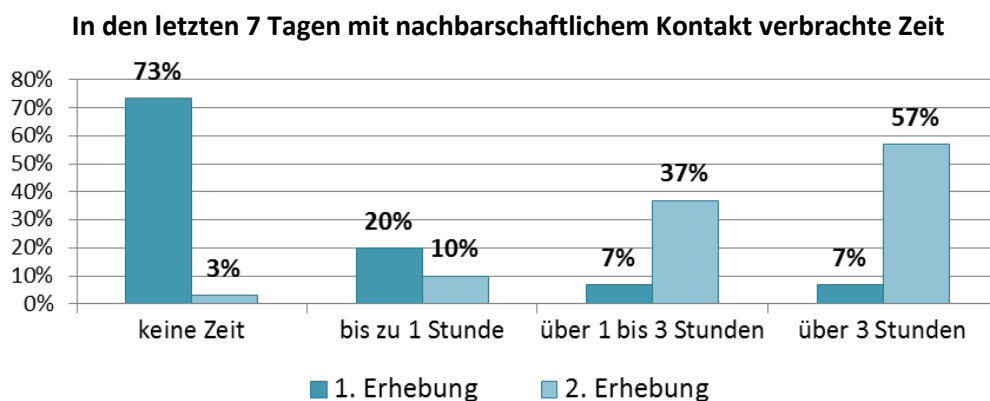


Abbildung 41: In den letzten 7 Tagen mit nachbarschaftlichem Kontakt verbrachte Zeit (n=32)

Doch nicht nur die Quantität, auch die Qualität des nachbarschaftlichen Zusammenlebens hat sich radikal verändert. So haben sich zum einen die **Arten der nachbarschaftlichen Aktivitäten** diversifiziert und sind nicht mehr nur auf Grüßen, Gespräche oder Hilfe in Notsituationen beschränkt. So geben die quantitativ Befragten im Online-Fragebogen (offene Frage) neben den in beiden Erhebungen erwähnten Gesprächen, gegenseitigen Einladungen, Hilfestellungen und der Kinderbetreuung zum Zeitpunkt der Zweiterhebung nun auch gemeinsame körperliche Aktivitäten

(Saunieren, Yoga, Spaziergehen), gemeinschaftliche Essenszubereitung, Ausflüge, Putzen und Gartenarbeit an (Abbildung 42).

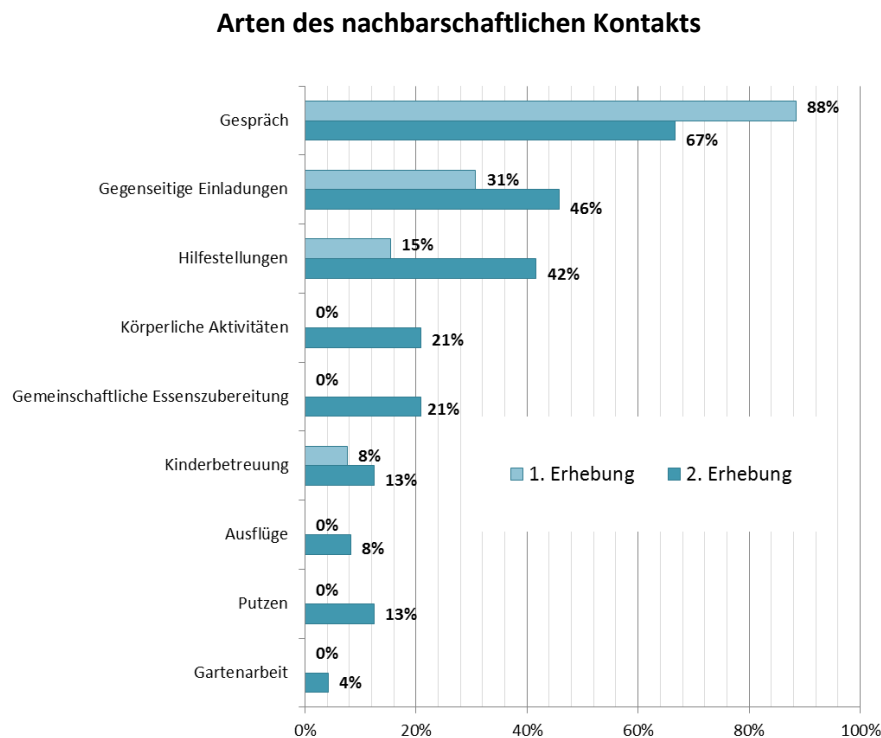


Abbildung 42: Arten des nachbarschaftlichen Kontakts (n=26 bzw. n=27)

Die Reihung der Aktivitäten ist interessanterweise gleich geblieben. Sowohl vor als auch nach dem Einzug sind Gespräche die dominante Kontaktform (86% bzw. 76%), gefolgt von gegenseitigen Einladungen etwa zum Essen, Trinken oder Feiern, die von ca. einem Drittel (1. Erhebung) bzw. 46% (2. Erhebung) der Befragten erwähnt werden und von gegenseitigen Hilfestellungen am dritten Platz, von denen nach dem Einzug deutlich öfter (42%) als vor dem Einzug (15%) berichtet wird.

Besonders stark verändert hat sich jedoch die **Qualität des Kontakts**: So findet im Wohnprojekt eine Vielfalt nachbarschaftlicher Unterstützung statt, die weit über die in den Erstinterviews geäußerten Vorstellungen hinaus geht. Eine oft erwähnte Form ist die der **gegenseitigen Hilfeleistungen in physisch oder psychisch schwierigen Situationen** (z.B. Unterstützung bei Krankheit, bei Todesfällen oder Geburten, bei physischen Schmerzen) bzw. als **Entlastung bei der Alltagsbewältigung** (Einkaufen in speziellen Geschäften für die NachbarInnen, handwerkliche Tätigkeiten in der Wohnung usw.) Eine durch die gemeinschaftliche Nutzung auch ressourcenschonende und finanziell entlastende Unterstützung ist das **Tätigen gemeinsamer Anschaffungen**, sowohl im offiziellen Rahmen des Wohnprojekts als auch im Rahmen von Aktionen „internen Crowdfundings“, über das schon Gegenstände wie ein Lastenrad, ein Wuzzler, ein Tischtennistisch, ein Gasgrill, Bioerde und Weidenmatten kollektiv organisiert wurden.

Weiters werden auch individuell erstandene Dinge **verschenkt** (z.B. Kinderfahrräder, Lebensmittel wie Eier, Bier oder Milch für den Frühstückskaffee) oder **verborgt** (z.B. Digitalkamera, Smoking, Skier, Autositze für Kinder, Faschingskostüme, ein Trolley oder ein altes Handy). Durch die Kollektivität des

Wohnprojekts wurde auch das **Nutzen von Mengenrabatten** möglich, etwa bezüglich Öko-Strom, Versicherungen und Rundfunkgebühren.

Darüber hinaus findet ein reger **Austausch an Wissen** statt, der aufgrund der Vielfalt an Kompetenzen im Wohnprojekt möglich wird und im Alltag unterstützend ist (z.B. Weitergabe von sprachlichem, wohnrechtlichem, organisationsentwicklungsbezogenem, physiotherapeutischem, IT-bezogenem und handwerklichem Wissen). Für diese Fragen ist dann kein Besuch eines externen Dienstleisters notwendig, die „Bezahlung“ erfolge hier teilweise über Wohnprojekt-Stunden. Die Nutzung dieses Wissens erfolgt laut einem Befragten „nebenbei und selbstverständlich“.

Weiters schildern die qualitativ Interviewten, dass die NachbarInnen nun als **Teil des Freundes- oder Familienkreises** wahrgenommen werden: In den Interviews wird der „dörfliche Charakter“ des Wohnprojekts, das Gefühl, Teil einer „Großfamilie“ zu sein bzw. „in einem Haus mit lauter Freunden“ zu leben, beschrieben. Ein wichtiger Punkt ist die wahrgenommene „Selbstverständlichkeit“ sowie die persönliche Art des Kontakts, die ein „aufrichtiges Interesse am Gegenüber“ ausdrücke. Eine Befragte meint dazu: „Das ist so ein Geben und Nehmen, da fließt etwas. Das war früher nicht“. Da man viel übereinander wisse, teile man auch schwierige Dinge miteinander und es sei möglich, sich den Anderen gegenüber emotional öffnen zu können. So könne es einem in der Gemeinschaft „auch mal schlecht gehen“. Umgekehrt mache man sich auch über das Wohlbefinden der NachbarInnen mehr Gedanken als früher.

Von mehreren Befragten wird ein **Gemeinschafts- bzw. Zusammengehörigkeitsgefühl** beschrieben, das mit Gefühlen der Geborgenheit bzw. des Eingebundenseins einher geht (z.B. „aufgehoben“ bzw. „angekommen“ zu sein). Grundbedingung dafür sei laut zwei Befragten, dass man ein „gemeinsames Ziel“ habe und dass die Gemeinschaft „tatsächlich gelebt“ werde „im täglichen Tun ohne Arbeitsauftrag“. Wie oben erwähnt, stellt das gemeinsame Kochen und Essen einen wichtigen gemeinschaftsbildenden Faktor dar, der laut einer Befragten „eine Kontinuität“ in das gemeinschaftliche Leben hinein bringe. Diesen neuen Erfahrungen stellen manche Befragte der in alten Wohnsituationen immer wieder erlebten Einsamkeit gegenüber. Auch das Alleinsein könne eine Befragte nun „ganz anders genießen“ als früher.

Das nachbarschaftliche Leben im Wohnprojekt erfordert von den Befragten jedoch auch verschiedene **Kompetenzen**. Neben der Fähigkeit, mit Menschen mit verschiedenem beruflichen, lebensphasenbezogenen oder wertebezogenem Hintergrund und den daraus resultierenden verschiedenen Sichtweisen und Konflikten umzugehen, scheint auch die Fähigkeit der **Abgrenzung** gegenüber der Gemeinschaft sehr zentral zu sein. Auch wenn die Balance zwischen Gemeinschaftlichkeit und Privatheit in Bezug auf nachbarschaftlichen Kontakt aus Sicht vieler Befragter gelänge und sich manche Befragte durchaus noch mehr Kontakt wünschen würden, ist das Finden eines Gleichgewichts zwischen dem gemeinschaftlichen und dem privaten Leben bzw. des individuell richtigen Grads an Offenheit nach außen ein wichtiges Thema und, nach einem Befragten, ein „interessantes Lernfeld“ (sh. dazu genauer das Kapitel 4.15).

Trotz der Intensivierung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sind manche Befragte erstaunt darüber, dass der Kontakt mit den NachbarInnen nicht so intensiv bzw. nicht so spontan stattfindet wie erwartet. Für diese Befragten kommt intensiverer Austausch eher in organisierter Form zustande. Erklärbar ist dies aufgrund der auch im Wohnprojekt **weiterhin bestehenden Notwendigkeit der zeitlichen und räumlichen Abstimmung** der NachbarInnen miteinander, die eine

Voraussetzung für Kontakt ist. Auch wenn im Wohnprojekt verschiedenste Strukturen geschaffen wurden, um nachbarschaftlichen Kontakt zu erleichtern – das Problem, zur gleichen Zeit am gleichen Ort sein zu müssen, um mit den NachbarInnen sprechen zu können und gleichzeitig individuell verschiedenste Praktiken mit unterschiedlichen zeitlichen und räumlichen „Ansprüchen“ organisieren zu müssen, bleibt bestehen.

Erwerbsarbeitszeiten, verschiedene Lebensrhythmen und „Zeitdruck“ im Alltag erschweren den Kontakt und auch gegenseitige Hilfestellungen. Es ist vermutlich kein Zufall, dass in Haushalten, die von häufigeren spontanen Kontakten mit den NachbarInnen berichten, Kinder bzw. teilweise nicht erwerbstätige Frauen leben. Die größere Außenorientierung sowohl der Kinder als auch der betreuenden Mütter, aber auch die Möglichkeit, flexibler mit Zeit umzugehen und die teilweise Organisation der Eltern untereinander in Bezug auf Kinderbetreuung können spontanen Kontakt erleichtern.

Dass trotz der vielen Gemeinschaftseinrichtungen der Gang bzw. das Stiegenhaus am häufigsten – bzw. in den Interviews auch der Lift – als Orte nachbarschaftlichen Kontakts genannt werden, ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass für diese Kontakte keine Organisation und gegenseitige Abstimmung notwendig ist. Auch die Feststellung von drei Befragten, dass sich die meisten engeren Kontakte auf Stockwerksebene ergeben haben, deuten auf den Zusammenhang der höheren Wahrscheinlichkeit, NachbarInnen des gleichen Stockwerks zufällig treffen zu können, mit der Häufigkeit des nachbarschaftlichen Kontakts mit diesen NachbarInnen hin.

Der von einer Befragten als sehr intensiv geschilderte Kontakt unmittelbar nach dem Einzug ist durch „notgedrungen“ geteilte Materialität aufgrund der nur wenigen vorhandenen Küchen erklärbar. Diese erforderte die zeitliche und räumliche Koordination der ansonsten privat in den Wohnungen organisierten Kochpraktiken und förderte so den nachbarschaftlichen Kontakt. Das Teilen der Küchen war also ein Anlass für eine kollektive zeitliche und räumliche Organisation ansonsten individualisierter Praktiken. Es ist das Schaffen dieser „Anlässe“, welches die zeitliche und räumliche Abstimmung der NachbarInnen aufeinander möglich macht. Aus diesem Grund stoßen bei den Befragten Aktionen wie die ‚Adventtürchenaktion‘, bei der es jeden Tag im Advent möglich war, einen festgelegten anderen Haushalt im Wohnprojekt ‚offiziell‘ zu besuchen, auf so großen Anklang. Hier unterscheiden sich die Haushalte des Wohnprojekts also nicht sehr von ‚üblichen‘ Haushalten: Es muss bewusst Zeit und Raum geschaffen bzw. etwas organisiert werden, um intensivere Kontakte zu ermöglichen.

4.7. Wohnprojekt-Arbeit



Im Folgenden wird anhand der quantitativen Ergebnisse (Analyse der Gemeinschaftszeitdatenbank und des Online-Fragebogens) das Ausmaß der Zeit, die für die verschiedenen, mit der Wohnprojekt-Arbeit (WP-Arbeit) verbundenen Praktiken von den Befragten im Durchschnitt investiert wird, illustriert. Danach werden die für WP-Arbeit nötigen Kompetenzen und die aus ihrer Organisation resultierenden Herausforderungen dargestellt, die in den qualitativen Interviews bzw. den Gruppendiskussionen geschildert wurden.

Die WP-Arbeit umfasst viele **verschiedene Praktiken mit unterschiedlichen Anforderungen** an ihre TrägerInnen. Die Zeit vor dem Einzug ist durch planungsbezogene Aktivitäten charakterisiert – hier spielte die „Kopfarbeit“ eine große Rolle. Weiters musste relativ rasch eine Vielzahl an Entscheidungen getroffen werden, die einen noch unbekannten bzw. noch nicht existierenden sozialen und materiellen Kontext betreffen. Dabei hatten – auch, da die BewohnerInnen noch nicht zusammen wohnten – computerbezogene Praktiken einen großen Stellenwert: einerseits, um Termine auszumachen und so die vielen, über Wien verstreut wohnenden WP-Mitglieder zeitlich und räumlich zu koordinieren und andererseits, um schnell von möglichst allen Mitgliedern Informationen einholen zu können (Ausfüllen von Fragebögen). Aber auch die Bearbeitung der Homepage, die eine Art Plattform für die Kommunikation der WP-Mitglieder darstellte und darstellt, übernimmt eine wichtige Funktion, vor allem in der Zeit vor dem Einzug.

Nach dem Einzug sind viele neue Tätigkeitsfelder zur WP-Arbeit hinzu gekommen, etwa konkretere Tätigkeiten wie das Putzen, Gartenarbeit, Kochen, der Umgang mit Lebensmitteln im Rahmen der Food-Coop usw., was von manchen positiv als „Abwechslung“ und als Entlastung gesehen wird, von manchen Befragten in bestimmten Aspekten, wie dem Putzen, aber auch abgelehnt wird. Bei diesen speziellen Tätigkeiten ist weder abstrakte Planung noch der Einsatz von Computern notwendig.

Dennoch gibt es auch nach dem Einzug – u.a. bedingt durch die Verwaltung des Gebäudes – immer noch eine ganze Reihe an Tätigkeiten, die Organisation, vorausschauendes Planen und den Umgang mit Zahlen erfordern.

Eine besonders wichtige Kompetenz, welche die Befragten insbesondere nach dem Einzug in das Wohnprojekt entwickeln mussten, ist jene der individuellen Abgrenzung von den Ansprüchen gemeinschaftlicher Arbeit, die auch, wie oben beschrieben, hinsichtlich nachbarschaftlichen Kontakts relevant ist. Auf diese wird in Kapitel 4.15 genauer eingegangen. Somit werden beim Vergleich der

WP-Arbeit vor und nach dem Einzug hinsichtlich der erforderlichen Kompetenzen einige Kontinuitäten, aber auch Veränderungen deutlich.

Der Umgang mit im Rahmen der WP-Arbeit genutzten Technologien, aber auch mit sehr abstrakten Planungsvorgängen, ist voraussetzungsreich und erfordert einiges an Wissen und Konzentration, welche die WP-Mitglieder neben ihren anderen alltäglichen Praktiken in den Wohnprojekt-Prozess einbringen müssen. Dass diese Kompetenzen überhaupt eingebracht werden können, ist im Zusammenhang mit den **beruflichen Hintergründen** der WP-Mitglieder zu sehen. Wie in Kapitel 4.1 geschildert, sind mit 48% fast die Hälfte der Befragten in juristischen, sozialwissenschaftlichen bzw. in Kulturberufen befasst, gefolgt von 13% an BetriebswirtInnen und 7% in IKT-bezogenen bzw. Gesundheitsberufen. Viele der Befragten sind also beruflich mit der Verarbeitung und Strukturierung von Informationen bzw. den daraus entwickelten Strategien (etwa in Form von Beratungen oder Planungen) beschäftigt, wobei vermutlich auch oft die Planung und Organisation von Projekten relevant ist. Auch die AkademikerInnenquote im Wohnprojekt, die mit 83% außerordentlich hoch ist, deutet darauf hin, dass viele WP-Mitglieder die Beschäftigung mit abstrakteren Inhalten gewöhnt sind.

Da viele Befragte auch in ihrer Erwerbsarbeit kognitiv anspruchsvolle Tätigkeiten ausüben bzw. den Computer als Arbeitsmittel verwenden, bringen diese daher die für die Planung eines Wohnprojekts nötigen Kompetenzen mit. Befragte hingegen, die über diese Kompetenzen weniger stark verfügen, denen diese Art der Beschäftigung weniger liegt bzw. denen ein stärkerer Ausgleich zur anspruchsvollen Erwerbsarbeit wichtig ist, schätzen die stärkere ‚Konkretisierung‘ der WP-Arbeit nach dem Einzug sehr.

WP-Arbeit erfordert **Lernbereitschaft**, die bei vielen Befragten auch gegeben ist. Vor allem im Bereich sozialer Kompetenzen werden einige Lernerfahrungen geschildert. Für die Durchführung der gemeinschaftlichen Arbeit sind die Akzeptanz von Differenzen und verschiedenen Herangehensweisen, Selbstreflexion und Empathie (man müsse sich „selbst in Frage stellen“ können), Geduld (z.B. bei Entscheidungsprozessen), aber auch die Zurücknahme stark individualistischer Denk- und Handlungsmuster notwendig.

Doch auch die Übernahme verschiedener inhaltlicher WP-Arbeiten erfordert immer wieder die Aneignung neuer Kompetenzen. In einem Interview wird generell die Freiwilligkeit des Einlassens auf diese Lernprozesse betont – bei Themen, bei denen man sich noch nicht kompetent fühle, könne man auch die Funktion des „Beiwagerls“ einnehmen. Interessant ist auch die Bemerkung eines Befragten, dass durch Vielfalt an Wissensbeständen bzw. die Kombination der verschiedenen Kompetenzen der WP-Mitglieder die WP-Arbeit einen „ziemlichen Drive“ bekomme. Bei diesem erfolgreichen Zusammenarbeiten und Erfahrungsaustausch spielen vermutlich auch die geteilte Kommunikations- und Arbeitskultur bzw. die gemeinsam verfolgten Ziele eine wichtige Rolle.

Die kollektive Organisation, das Wissen über die Mitglieder und die Normen einer generellen Offenheit bzw. Hilfsbereitschaft den NachbarInnen gegenüber erlauben es, dass Informationen und damit verbundene Unterstützung relativ frei fließen können. Das Wohnprojekt stellt somit einen Lernort dar.

Diese Lernerfahrungen werden von vielen Befragten sehr geschätzt: sie seien „enorm bereichernd“, „ein großer, großer Schatz“ und „ein irrsinniger Prozess, der da gleichzeitig stattfindet auch für das persönliche Leben“ und ein „Input, (...) den du so eigentlich nicht kriegst“ bzw. für den man

normalerweise viel bezahlen müsste. Man werde „in Sachen hineingezogen, wo ich noch nie in meinem Leben war“ und man komme auf „Fragen, die man sich sonst nie gestellt hätte“.

Dies sagt auch etwas über die WP-Mitglieder selbst aus: Wissenserwerb und Kompetenzerweiterung werden von ihnen angestrebt und als Teil einer persönlichen Weiterentwicklung definiert (im Gegensatz zu Milieus, in denen diese Werte weniger dominant sind). Neben der Milieuzugehörigkeit bzw. der Identifikation mit einem ‚Selbstverwirklichungs-Diskurs‘ könnte auch hier die Sozialisation vieler Mitglieder in einem akademischen Kontext einer Rolle spielen, in dem Wissenserwerb als eine Tugend bzw. Selbstzweck gilt.

Generell wird die WP-Arbeit von den Befragten sehr **positiv bewertet**, etwa in Hinblick auf die Arbeitskultur, die gemeinschaftliche Einbindung bzw. das Teamwork, die milieuspezifische Homogenität sowie die Möglichkeit der persönlichen Weiterentwicklung. So sei die Arbeit „(total) spannend“, „sehr interessant“, „immer großartig“, „sehr bereichernd“ und „sehr positiv“ und mache „schon Spaß“. Es sei „einfach nett mit den Leuten was gemeinsam zu machen“ und es komme „viel positive Energie rein“. Befragte geben an „mit Begeisterung dabei“ zu sein und immer „erfrischt“ aus den Treffen hinauszugehen. Die Organisationsweise des Wohnprojekts wird von den Interviewten ebenfalls grundsätzlich positiv beurteilt. Sie wird als sehr „effizient“, „professionell“, „engagiert“ und „im Plan“ beschrieben. So sei es für einen Befragten eine „Überraschung, wie effektiv so eine riesige Gruppe mit so vielen Themenbereichen und so vielen notwendigen Entscheidungen, die zu treffen sind, einfach funktioniert.“ Ein Erfolgskriterium dafür ist nach einer Interviewten, nicht „endlos nach der besten Lösung“ zu suchen, sondern nach einer „Lösung, mit der alle leben können“. Auch die Soziokratie als Methode wird sehr gelobt, da sie „viele gute Lösungen“ produziere, von denen auch Kontexte außerhalb des Wohnprojekts profitieren können.

Die WP-Arbeit bringt jedoch auch einige **Herausforderungen** mit sich, die im Folgenden geschildert werden sollen.

Während die Möglichkeit der Erweiterung der eigenen Fähigkeiten durch die WP-Arbeit auf der einen Seite begrüßt wird, ist die Kehrseite dieser Anforderungen manchmal auch **Überforderung**. Leitungsfunktionen, Tätigkeiten, denen man im Wohnprojekt nicht ‚entkommen‘ kann, wie die Computerarbeit oder stark theoretisch-planende Aktivitäten, oder Arbeiten, für die zu wenige interessierte oder auch (z.B. technisch) kompetente Personen im Wohnprojekt vorhanden sind, werden von manchen Befragten als tendenziell überfordernd dargestellt. So werden Gefühle der Selbstüberwindung, des Unwillens und des Drucks großer Verantwortung beschrieben. In Bezug auf Leitungsfunktionen, die eigentlich unter den WP-Mitgliedern „rotieren“ sollten, meint eine Befragte, dass diese ein „Niveau“ erfordern, bei dem sie „einfach auch nicht mitspielen“ könne, das ihr „einfach einige Nummern zu groß“ wäre und spezielle Kompetenzen voraussetze.

Dies wirkt sich auf die **Verteilung bestimmter Arten von Arbeit** unter den WP-Mitgliedern aus. Aufgrund der geschilderten Überforderung, aber auch wegen mangelnden Interesses oder Kompetenzen werden nicht alle im Rahmen des Wohnprojekts anfallenden Arbeiten ausreichend wahrgenommen. Dies betrifft vor allem routinelastige, mit Teilen der Versorgungsarbeit assoziierte, kompetenzbezogen voraussetzungsreiche (z.B. in der Haustechnik oder -verwaltung), aber auch sehr verantwortungsvolle Aufgaben. In der Welt der Erwerbsarbeit werden solche Arbeiten gemäß den zugeschriebenen Aufgabenbereichen einfach verteilt, dies ist im Wohnprojekt nicht direkt möglich,

da es von der Selbstverpflichtung seiner Mitglieder angesichts der zu erledigenden Aufgaben abhängig ist. Hier zeigt sich ein in Kapitel 5.5 genauer beschriebenes Dilemma aufgrund der Freiwilligkeit des Engagements im Wohnprojekt und dem quasi-Verpflichtungscharakter der vielen, für den Betrieb des Wohnprojekts notwendigen Aufgaben.

Hinzu kommt ein generell hohes **Ausmaß der WP-Arbeit**, das teilweise schon vor dem Einzug, aber ganz besonders in Bezug auf die Zeit nach dem Einzug von mehreren Befragten problematisiert wurde. Zur Verdeutlichung des Arbeitsausmaßes werden nun die quantitativen Auswertungen der Zeitangaben der Befragten für die WP-Arbeit sowie der Gemeinschaftszeitdatenbank dargestellt.

Die durchschnittlich in den letzten sieben Tagen vor der Erhebung geleistete Zeit für WP-Arbeit hat leicht abgenommen, von 7 auf 5,6 Stunden pro Woche, der Unterschied ist jedoch nicht signifikant.

In der letzten Woche durchschnittlich geleistete Zeit für WP-Arbeit (Stunden)

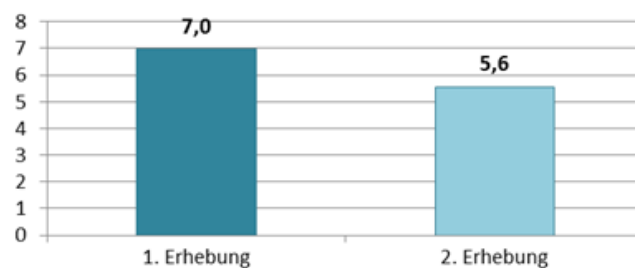


Abbildung 43: In der letzten Woche durchschnittlich geleistete Zeit für WP-Arbeit in Stunden (n= 33)

Bei der Analyse der Daten der **Gemeinschaftszeitdatenbank** wurden als Basisdatensatz die Zeitaufzeichnungen von April 2012 bis März 2013 herangezogen, das heißt, Daten aus dem Jahr vor dem Einzug in das Wohnprojekt. Der Vergleich erfolgt mit jenen Zeitdaten, die von April 2014 bis März 2015 erfasst wurden, also im ersten Jahr nach dem Einzug¹⁴. Bei dem Vergleich der Daten 2012/13 mit 2014/15 wurde sowohl die Veränderung der Schwerpunkte der Arbeitsgruppen, als auch jene der Wohnprojektmitglieder wie folgt berücksichtigt:

Die Auswertung der Daten erfolgte anhand der aktuellen Arbeitsgruppen, wobei die Stunden der jeweiligen Untergruppen und Projektgruppen miteinbezogen wurden¹⁵. Die Zuordnung der AGs aus 2012/2013 wurde, in Absprache mit den im Wohnprojekt für die Stundenaufzeichnungen Zuständigen, folgendermaßen gestaltet:

	2012/2013
Bauliches	AG Architektur

¹⁴ Im Folgenden wird der Lesbarkeit halber kurz vom „Zeitraum“ oder „Jahr“ 2012/13 oder 2014/15 gesprochen – gemeint sind damit immer die Monate März bis April.

¹⁵ Einzige Ausnahme bilden die Stunden der UG IT, die 2014/15 wie bereits im Jahr 2012/13 der AG Organisation zugerechnet wurden, um Vergleichbarkeit zu schaffen (eigentlich: AG Kommunikation).

Finanzielles	AG Fin + §
Kommunikatives	AG Öffentl.
Ökologisches	AG Freiraum & AG Nachhaltigkeit
Organisation	AG Orga
Soziales	AG Gemeinschaft & AG Solidarität
Vorstand	Vorstand

Im Hinblick auf die Veränderung der Wohnprojektmitglieder zeigte sich folgendes Bild: Für den Zeitraum 2012/13 waren Daten von 51 Personen vorhanden, für den Zeitraum 2014/15 Daten von 69 Personen. Die Schnittmenge an Personen, von denen sowohl Daten aus 2012/13 als auch aus 2014/15 vorhanden waren, betrug 43 Personen. Die Daten dieser BewohnerInnen wurden für den Vergleich herangezogen (siehe Abbildung 44).

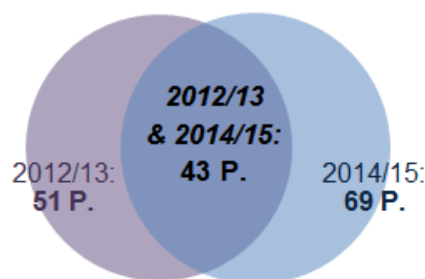


Abbildung 44: Vorhandene Datensätze

Insgesamt wurden im Jahr 2012/13 6277 Stunden pro Jahr gearbeitet und im Jahr 2014/15 5194 Stunden. Betrachtet man die insgesamt geleisteten Stunden je Bereich, lässt sich erkennen, dass für „Soziales“ in beiden Zeiträumen in Summe vergleichsweise die meisten Stunden angefallen sind (siehe Abbildung 45). Im Jahr 2012/13 wurden, gesamt betrachtet, die wenigsten Stunden im Bereich „Kommunikatives“ geleistet (223 h), im Jahr 2014/15 war es der Bereich „Organisation“, für den am wenigsten Stunden anfielen (227 h)¹⁶.

¹⁶ Auch wenn für beide Zeiträume jeweils die Stunden aller BewohnerInnen miteinbezogen werden (n=51 und n=69) ergibt sich dasselbe Bild.

Summe der geleisteten Stunden pro Gruppe

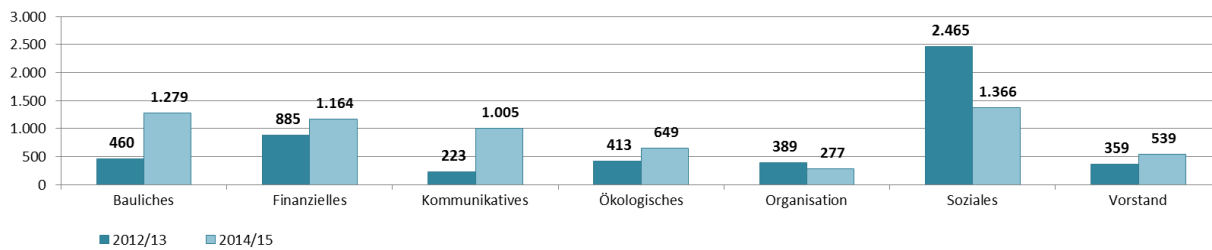


Abbildung 45: Summe der geleisteten Stunden/Gruppe (n=43)

Ein Vergleich der zwei Zeiträume hinsichtlich der durchschnittlich pro Monat geleisteten Stunden zeigt, dass in den Gruppen „Bauliches“ und „Kommunikatives“ im Zeitraum 2014/15 signifikant mehr Stunden als 2012/13 gearbeitet wurden, umgekehrt im Bereich „Soziales“ signifikant weniger (siehe Abbildung 46). Die zusätzlichen Stunden im Bereich „Bauliches“ entstanden dabei wahrscheinlich unter anderem durch die nach dem Einzug vorhandenen Schwierigkeiten mit dem Belüftungssystem im Haus, deren Lösung vermehrt Zeit beanspruchte. Mit dem Einzug wurde es zudem vermutlich wichtiger, interne und externe Kommunikationsangelegenheiten (Bereich „Kommunikatives“) zu regeln. Umgekehrt rückten Angelegenheiten, die in den Bereich „Soziales“ fallen, wie beispielsweise verschiedene Mitgliedschaftsprozesse, durch den fortgeschrittenen Arbeitsprozess und das Zusammenleben wahrscheinlich in den Hintergrund. In der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern wurde außerdem erwähnt, dass die leichte Abnahme bei den Vorstand-Stunden auch durch Arbeitsstile neuer Vorstandsmitglieder sowie die schwere Trennbarkeit von Vorstands- und AG-Arbeit erklärbar ist. Dass der Bereich „Organisation“ 2014/15 etwas weniger Stunden als 2012/13 in Anspruch nimmt, könnte durch den geringeren Aufwand Orte für Treffen organisieren zu müssen begründet werden. Die leichte Zunahme der Stunden im Bereich „Ökologisches“ ist durch die nach dem Einzug erforderliche Umsetzungsarbeit der Freiraumgestaltung und die Organisation der Food-Coop zu erklären.

Durchschnittlich pro Monat geleistete Stunden pro Gruppe

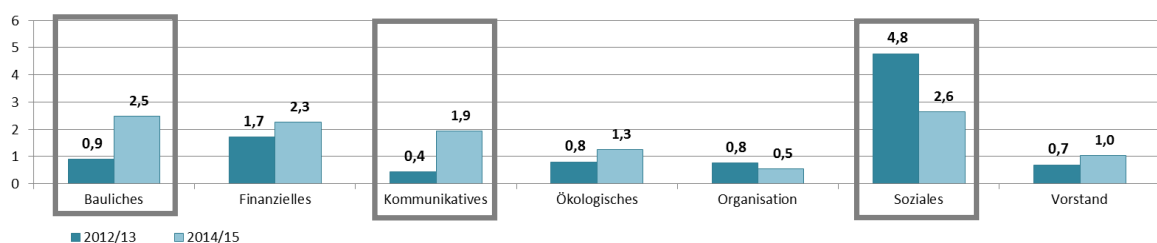


Abbildung 46: Durchschnittlich pro Monat geleistete Stunden nach Gruppe (n=43)

Über alle Arbeitsgruppen hinweg lag der durchschnittliche monatliche Workload pro BewohnerIn im Jahr 2012/13 bei 10 Stunden und im Jahr 2014/15 bei 12 Stunden und hat sich damit nicht signifikant verändert (siehe Abbildung 47). Im Durchschnitt wurde damit in beiden Jahren mehr gearbeitet als die vorgeschriebenen 11 Stunden während 10 Monaten des Jahres (ca. 9 Stunden/Monat).

Durchschnittlich pro Monat geleistete Arbeitsstunden

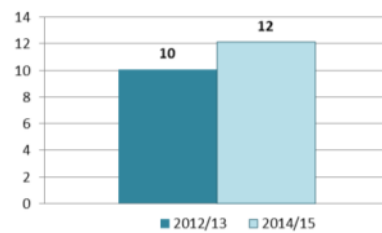


Abbildung 47: Durchschnittlich pro Monat geleistete Arbeitsstunden (n=43)

Ein genauerer Blick darauf, wie die Arbeitsstunden unter den BewohnerInnen verteilt sind, zeigt, dass es hierbei mitunter große Unterschiede gibt. Während die Minimalwerte, das heißt die niedrigste Summe der in einem Bereich durch eine Person geleisteten Stunden, in allen Bereichen bei 1 oder 2 h pro Jahr liegen, gab es beispielsweise 2012/13 besonders in den Bereichen Finanzielles und Soziales und 2014/15 in den Bereichen Finanzielles, Kommunikatives und Ökologisches Personen, die weitaus mehr als die vorgeschriebenen 110 Stunden pro Jahr geleistet haben (siehe Abbildung 48).

Maximal geleistete Stunden pro Jahr nach Gruppen

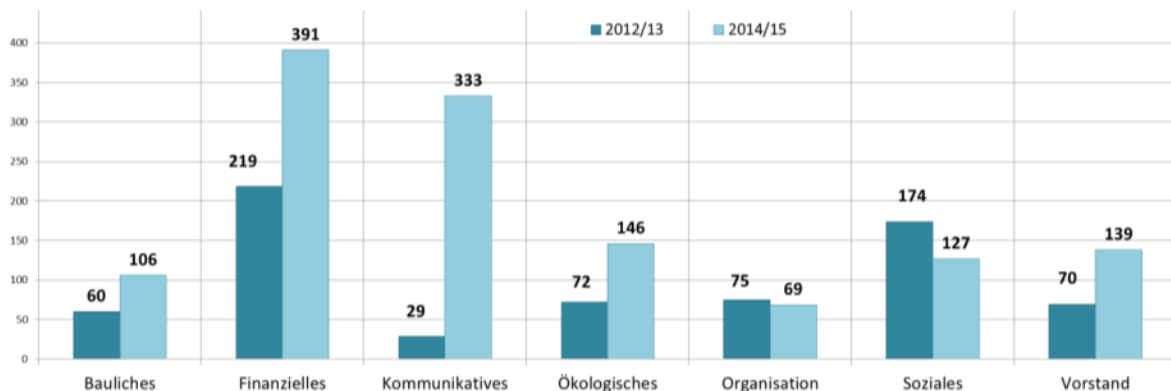


Abbildung 48: Maximalwerte/Jahr nach Gruppen

Eine Auswertung der geleisteten Wohnprojektstunden **nach Geschlecht** zeigt, dass es weder im Jahr 2012/13 noch im Jahr 2014/15 Unterschiede zwischen Frauen und Männer hinsichtlich ihrer Verteilung über die verschiedenen Arbeitsgruppen oder ihrer für diese geleisteten Stunden gab.

In den Interviews werden für das als hoch empfundene Ausmaß der Arbeit verschiedene **Gründe** genannt: Zum einen erzeugt das Wohnprojekt **„notwendige“ Arbeit** (sh. dazu mehr in Kapitel 5.5), die Eigendynamiken entwickelt – so waren insbesondere in der Zeit nach dem Einzug viele bauliche, ausstattungsbezogene und technische Arbeiten zu erledigen.

Weiters erzeugt auch die **Organisationsweise** des Wohnprojekts selbst Arbeit. Trotz der hohen Wertschätzung, die die Befragten der Soziokratie entgegenbringen (sh. oben), kann „der Weg [zu den Lösungen] nicht immer so lustig“ sein – gemeinschaftliche Entscheidungsprozesse brauchen Zeit, da Entscheidungen durch einen schweren Einwand immer wieder gekippt werden können. Auch die mit der Soziokratie bzw. der Organisation des Wohnprojekts verknüpften Methoden (z.B. bezüglich der Organisation und des Ablaufs von Treffen) und organisatorische Strategien (z.B. der Budgetprozess) werden von manchen Befragten manchmal als zu zeitintensiv wahrgenommen. Auch der Bedarf nach

Mitbestimmung in möglichst vielen Bereichen (wodurch die Arbeitsteilung erschwert wird), der aus Sicht einer Befragten mit dem Einzug aufgrund der stärkeren Identifikation mit dem Wohnprojekt größer geworden sei, und die manchmal mangelnde Informiertheit vor Entscheidungen können zu einer Verlangsamung von Arbeitsprozessen beitragen. Beschriebene Reaktionen auf diese Herausforderung sind individuell zu lernen, mehr Geduld für solche Prozesse aufzubringen (sh. zu den nötigen Kompetenzen für WP-Arbeit oben), aber auch die Schaffung von Parallelstrukturen wie dem „crowd funding“ von gemeinsam gekauften Gegenständen, die schnelleres Handeln erleichtern. Die Wünsche einiger Interviewter nach einer teilweisen „Entbürokratisierung“ der Gruppenarbeit und dem Zulassen einer stärkeren Vielfalt von Führungsstilen der Gruppen deuten darauf hin, dass es in Bezug auf die Art und Intensität der soziokratischen Organisation des Wohnprojekts verschiedene Positionen gibt und diesbezüglich ein permanenter Aushandlungs- und Adaptionsprozess notwendig ist.

Drittens können aus Sicht der Interviewten auch verschiedene **normative Vorstellungen** dazu führen, dass das Ausmaß der WP-Arbeit (zu) groß wird: So wird vom „Mythos“ des Wohnprojekts berichtet, der auf der Geschichte der besonders erfolgreichen, effizienten und raschen Erledigung der anstehenden Aufgaben handelt. Eine Befragte sieht, „überspitzt“ formuliert, einen „Selbständigenethos“ in Bezug auf die WP-Arbeit wirken, der Qualitäten der Arbeit wie Selbststrukturierung, Planung, Organisation, zeitliche Effizienz sowie das häufige Erledigen vieler verschiedener Aufgaben zur gleichen Zeit fördert. Diese Kompetenzen sind und waren für die Organisation des Wohnprojekts äußerst wichtig. Gleichzeitig führt der damit verbundene Anspruch nach einigen Befragten auch zu Belastungen bei WP-Mitgliedern, denen diese Art zu arbeiten weniger liegt. Diese Vorstellungen sind in einem Zusammenhang mit der Erwerbsarbeitssituation vieler WP-Mitglieder zu sehen, wie weiter unten genauer geschildert wird.

Die Belastung durch das Ausmaß der WP-Arbeit wird jedoch **nicht von allen Befragten gleich stark empfunden**. Dies liegt unter anderem daran, dass die Vereinbarkeit der WP-Arbeit mit anderen Praktiken des Alltags stark von Lebenssituation der Befragten abhängig ist. Vor allem die **Koordination der WP-Arbeit mit Praktiken der Erwerbsarbeit und der Kinderbetreuung** führt immer wieder zu Belastungssituationen, sowohl vor als auch nach dem Einzug in das Wohnprojekt. Insbesondere Wohnprojekt-Termine an Abenden unter der Woche sind oft schwer organisierbar und werden von zwei Befragten als „wirklich mühsam“ empfunden. Abendliche Termine gehen von regulären Arbeitszeiten aus, die aber nicht alle WP-Mitglieder aufweisen – so arbeite eine Befragte öfter zu Zeiten, an denen „jeder normale Mensch Feierabend hat“. Für Eltern bedeuten abendliche Termine, dass sie sich bezüglich der Teilnahme abwechseln müssen bzw. ein Elternteil darauf verzichten muss oder dass (v.a. in alleinerziehenden Haushalten) eine externe, meist zu bezahlende, Kinderbetreuung organisiert werden muss.

Immer wieder gibt es Situationen, in denen die Anforderungen der verschiedenen Praktiken abgewogen und eine Priorisierung vorgenommen werden müssen. Zwei weibliche Befragte schildern die oft schwierigen Entscheidungen, die zwischen der Sorge um die Kinder und dem Wunsch, sich in das Wohnprojekt einzubringen, zu treffen sind. So sei es bei dieser Abwägung wichtig, das „Verhältnis“ zum Kind nicht „in ein Schwanken“ zu bringen bzw. sich zu sagen, dass „das Wohnprojekt schon zweitrangig ist neben den Kindern“.

Dieser Problematik sind sich die WP-Mitglieder bewusst. Unter anderem aus diesem Grund sind Kinder immer wieder präsent bei den Treffen – sowohl bei den Großgruppentreffen, bei denen für

diese eine Betreuung organisiert wird, als auch bei Treffen, die in privaten Wohnungen stattfinden (z.B. die der AG Solidarität und der Kinderraumgruppe). Auf diese Weise muss auch keine Kinderbetreuung organisiert werden, wodurch den Eltern die Teilnahme möglich ist. Diese Erleichterung hat jedoch auch den negativen Aspekt, dass die Konzentration der Erwachsenen bei den Treffen auf die WP-Arbeit durch die Kinder oft beeinträchtigt werde, insbesondere, wenn die anwesenden Kinder unterschiedlich alt sind. Dies sei nach einer Befragten „eine Herausforderung“. Nach dem Einzug hat sich das Problem der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Gemeinschaftsarbeit sogar teilweise – aufgrund der hohen Arbeitsbelastung – verschärft. So sei die Leitung einer AG für berufstätige Menschen schwer möglich. Neu ist für viele, die von zuhause aus erwerbstätig sind, die räumliche Nähe des Wohnprojekts – sobald man die Wohnung verlasse, werde man mit der Gemeinschaft konfrontiert. Die ständige Möglichkeit des Kontakts mit NachbarInnen habe nach einer Befragten das Arbeiten daheim erschwert – so sei der Beruf sei eine Zeit lang fast „wirklich flöten“ gegangen und sie habe da die „Notbremse“ ziehen und sich aus der wohnprojektbezogenen Arbeit stärker zurückziehen müssen (sh. zu den Strategien der Abgrenzung Kapitel 4.15). Mehrere Befragte schildern daher auch den teilweisen Rückzug bzw. Auszeiten von der WP-Arbeit, was nicht allen immer leicht falle.

Doch auch Personen, die in Pension sind und keine Erwerbsarbeitsverpflichtungen haben, berichten von Überlastungen. So arbeite eine ältere Befragte nun „viel mehr (...) als ich mir jemals gedacht habe, dass ich wieder arbeiten will“. Dies könnte folgendermaßen interpretiert werden: Personen mit vergleichsweise viel freier Zeit nehmen viele Aufgaben im Wohnprojekt an, die aber ihre eigene Dynamik und ihren eigenen Druck erzeugen – ähnlich wie bei der Erwerbsarbeit. Diese können dann in Summe auch für Personen ohne Erwerbstätigkeit sehr zeitintensiv werden. Hinzu kommt, dass sie sich vergleichsweise viel im Wohnprojekt aufhalten, wodurch auch die Abgrenzung schwerer fällt. Daher variiert das Ausmaß der Belastung auch mit der **Möglichkeit der räumlichen oder emotionalen Abgrenzung** von der gemeinschaftlichen Arbeit:

- in räumlicher Hinsicht aufgrund der Organisation der Erwerbsarbeit im Wohnprojekt, die das Festlegen fixer „Orte und Zeiten“ für die WP-Arbeit, um zu verhindern, dass diese zu stark „ins private Leben hinein schwappt“, erschwert,
- in Hinsicht auf Dynamiken der Arbeit selbst, die etwa durch die Annahme sehr verantwortungsvoller Aufgaben sehr stark werden können und
- aufgrund einer starken Identifikation mit den Zielen und Plänen des Projekts.

Diese mangelnde Distanzierung kann durch spezifische Persönlichkeitsstrukturen befördert werden, wie auch im Rahmen der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern erwähnt wird: So sei es für manche Mitglieder wichtig zu lernen, anfallende Aufgaben, für die sich keine InteressentInnen finden, abzulehnen bzw. Vertrauen in die gute oder zumindest ausreichende Erledigung verschiedener Aufgaben durch andere Mitglieder zu haben.

Auch die Verantwortlichkeit, die viele WP-Mitglieder für das „Haus“ bzw. die Gemeinschaft empfinden, bzw. das Bewusstsein, „Teil des Ganzen“ zu sein, seien mit dem Einzug in das Wohnprojekt noch einmal gestiegen. Im Rahmen der Feedback-Runde wurde die Vermutung geäußert, dass durch den Kauf des Hauses auch die Tatsache, als Verein nun Eigentümerin des Hauses zu sein, die Identifikation mit dem Wohnprojekt bestärkt haben könnte.

Auf der ‚anderen Seite‘ wurde bei beiden Erhebungen vom Phänomen des „schlechten Gewissens“ der WP-Mitglieder berichtet, die im Vergleich zu besonders engagierten Mitgliedern weniger gemeinschaftlich arbeiten¹⁷. Das starke Engagement einiger Mitglieder vor dem Hintergrund eines schwer bewältigbaren Ausmaßes an Arbeit (insbesondere nach dem Einzug) erzeugt also eine Art subtilen Drucks im Wohnprojekt. Dieses „schlechte Gewissen“ einiger WP-Mitglieder deutet darauf hin, dass die Selbstverpflichtung, sich durch regelmäßige Arbeit in das Wohnprojekt einzubringen, sehr ernst genommen wird. Auch hier führt eine mangelnde Distanzierung zu den Normen des Wohnprojekts (denen man sich ja verpflichtet hat) zu emotionaler Belastung.

Sowohl bei der Erst- als auch der Zweiterhebung wird die Möglichkeit der Durchführung von Arbeit daheim als eine Erleichterung bezüglich der Organisation der WP-Arbeit in Zusammenhang mit anderen Praktiken wie Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit erwähnt. Durch den Einzug in das Projekt ist nun keine Zeit mehr für die Wegstrecken zu den Treffen und wieder nach Hause notwendig. Die negative Seite dieser Erleichterung kann aber die größere Schwierigkeit sein, sich von der WP-Arbeit emotional zu distanzieren (durch das Wegfallen der Wege ist nach den Treffen keine Reflexionszeit mehr gegeben und man gerate leichter in Versuchung, bei Treffen, an denen man „nur kurz“ teilnehmen wollte, länger zu bleiben als geplant).

Die Identifikation mit dem Wohnprojekt und die räumliche Nähe der WP-Mitglieder haben ihre positiven Seiten (z.B. Schaffung eines starken Gemeinschaftsgefühls), können aber auch zu Gefühlen der Überlastung beitragen, wenn sie dazu führen, dass eine Abgrenzung von gemeinschaftlicher Arbeit nicht ausreichend möglich ist (sh. zu den Strategien der Abgrenzung Kapitel 4.15).

Es gibt mehrere **Parallelen und gegenseitige Beeinflussungen zwischen WP-Arbeit und Erwerbsarbeit**, die im Folgenden genauer beschrieben werden.

Erstens prägt, wie eine Interviewte vermutet, der hohe Anteil vor allem in Einpersonen- bzw. Kleinstunternehmen tätigen Personen die Arbeitsweise des Wohnprojekts. Wie in Kapitel 4.1 beschrieben, sind 38% (Ersterhebung) bzw. 34% (Zweiterhebung) der erwerbstätigen Befragten selbständig erwerbstätig, was einen deutlich höheren Prozentsatz als in der Gesamtbevölkerung ausmacht, der laut Statistik Austria in Österreich bei 11% der erwerbstätigen Personen über 15 Jahre liegt (Statistik Austria 2015b, S. 16, eigene Berechnung). Bestimmte normative Vorstellungen der Arbeitserledigung (der oben von einer Befragten beschriebene „Selbständigenethos“) scheinen auf die Wohnprojekt-Arbeit übertragen zu werden.

In der Gruppendiskussion wird dem „Selbständigenethos“ die individuell schon angewandte Gegenstrategie der Akzeptanz nur langsamen Arbeitsfortschritts sowie das Verschieben von manchen Aufgaben nach hinten gegenübergestellt. Diese ‚Verlangsamung‘ der WP-Arbeit würde sich dann auch deutlich von der Arbeitsorganisation in vielen erwerbsarbeitsbezogenen Kontexten

¹⁷ Bei den Befragten dieser Studie resultiert das Leisten von vergleichsweise weniger Stunden (keine/r der Befragten gab an keine oder kaum Stunden zu leisten) eher aus dem Versuch den Alltag zu organisieren (Arrangement von Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit und ehrenamtlichen Engagement) und weniger aus einer Indifferenz gegenüber der im Wohnprojekt zu erledigenden Arbeit. Das Sample der qualitativen Erhebung ist jedoch sicher keine repräsentative Auswahl an Personen bezüglich ihrer Arbeitsleistung von Wohnprojekt-Stunden. Wir vermuten, dass im Sample tendenziell die stärker engagierten Wohnprojekt-Mitglieder enthalten sind – daher können in der Studie auch keine Aussagen von Personen wiedergegeben werden, die in die Wohnprojekt-Arbeit gar nicht involviert sind, die es aber auch zu geben scheint.

unterscheiden, in denen zeitlicher Druck ständig vorhanden ist. Dass die Realisierung dieser Strategie aufgrund der Dynamik der „notwendigen“ Arbeit im Wohnprojekt nicht immer gelingen kann, wird ebenfalls in Kapitel 5.5 diskutiert.

Zweitens fließen vielfältige **berufliche Kompetenzen** (sh. dazu die Schilderung der Kompetenzen in Kapitel 4.1) in die WP-Arbeit ein und **im Rahmen der WP-Arbeit generiertes Wissen** kann im Kontext der Erwerbsarbeit verwendet werden. Auch beruflich wichtige Netzwerke können im Rahmen der WP-Arbeit geknüpft werden. Ein Beispiel der ‚Verschmelzung‘ von Erwerbs- und WP-Arbeit ist die Gründung der Wohnprojekte-Genossenschaft (DieWoGen) durch einige WP-Mitglieder, die sich der Förderung gemeinschaftlichen Wohnens widmet und ihre Mitglieder bei der Umsetzung gemeinschaftlicher Wohnprojekte unterstützt.

Drittens kann die WP-Arbeit auch eine Art **Ausgleich zur Erwerbsarbeit** darstellen, da in ersterer andere Arten von Tätigkeiten wahrgenommen werden können. In diesem Zusammenhang ist auch der in Kapitel 5.5 geschilderte Wunsch nach „sinnerfüllter“ und freudvoller WP-Arbeit im Gegensatz bzw. im Ausgleich zu manchmal sinnloser oder mühsamer Erwerbsarbeit wichtig. Dennoch wird auch bei der WP-Arbeit die Sinnhaftigkeit mancher Tätigkeiten manchmal in Frage gestellt.

Viertens ist ein **Einfluss der zeitlichen Organisation der Erwerbsarbeit auf die Organisation der WP-Arbeit** festzustellen. Flexible Zeitgestaltung der Erwerbsarbeit (z.B. von Selbständigen) bzw. reduzierte Erwerbsarbeit erleichtern die Durchführung der WP-Arbeit. 45% (1. Erhebung) bzw. 36% (2. Erhebung) der Befragten sind gar nicht oder bis zu 30 Stunden/Woche erwerbstätig, ein Drittel arbeitet jedoch regelmäßig über 40 Stunden in der Woche. So meint auch ein Interviewter, sich nicht sicher zu sein, wie die Organisation des Wohnprojekts möglich wäre, „wenn wir nicht relativ viele Leute wären, die ihre Zeit relativ frei einteilen können“. Dadurch kann die WP-Arbeit auch „zwischen durch“ sowie zu anderen Zeiten als abends oder am Wochenende gemacht werden. Ebenfalls erwähnt wird projektspezifisches und dafür intensiver „geblocktes“ Arbeiten für ganz konkrete, abgrenzbare Arbeiten. Wie oben schon beschrieben, ist die Koordination der WP-Arbeit mit anderen dominanten Praktiken im Alltag, u.a. der Erwerbsarbeit, jedoch nicht immer einfach.

Fünftens wird **WP-Arbeit auch teilweise und in kleinem Ausmaß im Rahmen der Erwerbsarbeit erledigt**. Aufgrund der Dominanz der WP-Arbeit im Alltag bzw. die Verpflichtung durch die Gemeinschaft ist also die ‚Loyalität‘ mancher WP-Mitglieder nicht mehr ausschließlich bei der Erwerbsarbeit, wie dies ArbeitgeberInnen von ArbeitnehmerInnen üblicherweise verlangen.

Die WP-Arbeit stellt somit eine Art **‚Parallelsystem‘** im Alltag der Befragten dar, das Ähnlichkeiten zur Erwerbsarbeit aufweist und auch ähnliche zeitliche, kognitive und emotionale Ansprüche an die ‚ArbeitnehmerInnen‘ stellt. (So bezeichnen einige Befragte die WP-Arbeit als „Zusatzjob“.)

4.8. Kinderbetreuung



Kinderbetreuung ist keine abgrenzbare Praktik – wie auch die nachbarschaftliche Unterstützung bezeichnet sie eine soziale Beziehung (die von Eltern mit dem Kind), in deren Rahmen erziehungsbezogene Praktiken bzw. auf eine spezifische (auf die Bedürfnisse des Kindes abgestimmte) Art ausgeführte Praktiken stattfinden. Diese werden im Folgenden vor allem in Hinblick auf ihre organisatorischen Erfordernisse dargestellt.

Zum Zeitpunkt der Erst- und Zweiterhebung leben in fünf qualitativ befragten Haushalten Kinder unter 12 Jahren, zwei Befragte davon sind alleinerziehend – deren Schilderungen werden im Folgenden analysiert.

Charakteristisch für die Zeit vor dem Einzug in das Wohnprojekt ist für die Familien der teilweise auch als belastend beschriebene Aufwand, der für die Organisation der Kinderbetreuung zu leisten war, insbesondere im Zusammenhang mit der Erwerbsarbeit. Die Verteilung der Verantwortung für die Aufsicht der Kinder auf Institutionen wie dem Kindergarten, der Krippe oder der Schule sowie auf „Netze“ von Verwandten (insbesondere Großeltern), Verwandten anderer Kinder und auf FreundInnen (die meist ebenfalls Kinder haben) ist daher sehr wichtig.

Mehrere Befragte betonen, sich mit der Zeit ein **„Netzwerk“ von Personen** aufgebaut zu haben, auf das sie im Betreuungsfall zurückgreifen können – auch wenn dieses von manchen als sehr lückenhaft wahrgenommen wird. In einem Fall bildete sich sogar eine regelmäßig organisierte Form der Betreuung durch FreundInnen, die die Kinderbetreuung abwechselnd übernehmen.

Während die **Betreuungsinstitutionen** zwar eine große Entlastung im Alltag darstellen, so sind sie in manchen Situationen keine Unterstützung: Bei atypischen Erwerbsarbeitszeiten (etwa abends), im Krankheitsfall eines Kindes und in Ferienzeiten kann auf diese Art der Betreuung nicht zurückgegriffen werden. Die vorgegeben fixen zeitlichen Rhythmen dieser Institutionen müssen zudem in den Alltag der Eltern integriert werden, wodurch die tägliche Organisation des Abholens und Hinbringens der Kinder zum richtigen Zeitpunkt als stressig erlebt wird. Die Regeln und die Organisationsweise dieser städtischen Institutionen werden von manchen Befragten auch kritisch gesehen: hinsichtlich der teilweise hohen Kosten dieser Einrichtungen, der von einem Befragten als „rigide“ wahrgenommenen Betreuungsformen, der sehr langen Wartezeiten um z.B. einen Krippenplatz zu bekommen und der meist nicht frischen Zubereitung der Essen mit biologischen

Lebensmitteln (aus diesen Gründen wurde von einer Familie auch eine privat organisierte Betreuungsstelle gewählt).

Bezahlte externe Kinderbetreuung wird gar nicht oder sehr selten in Anspruch genommen, auch aus finanziellen Gründen. Deren Inanspruchnahme ist stark von der Lebens- und Erwerbssituation der Befragten abhängig.

NachbarInnen nehmen bei der Kinderbetreuung keine wichtige Rolle ein, wenn auch von Hilfe in Ausnahmesituationen oder von gemeinsamen Unternehmungen benachbarten Eltern gleichaltriger Kindern berichtet wurde.

Die Anwesenheit von **SpielkameradInnen** wird von Eltern als entlastend wahrgenommen. Diese Kontakte zu organisieren ist jedoch oft mit hohem Aufwand verbunden, wie mehrere Befragte schildern. Insbesondere spontane Kontakte sind schwer möglich und müssen von den Eltern oft durch Anrufe organisiert werden. Eine alleinerziehende Mutter findet es „unhaltbar“, dass ihr Sohn „keine Freunde hat oder weit fahren muss um sie zu besuchen“. Auch zwei andere Befragte finden den Zwang, das Sozialleben der Kinder immer mit „einer dreiwöchigen vorherigen Planung“ organisieren zu müssen, sehr mühsam.

In Bezug auf die Kinderbetreuung ist die **geschlechtsspezifische Arbeitsaufteilung** ein besonders wichtiges Thema – dieses wird in Kapitel 4.13 im Zusammenhang mit anderen Praktiken diskutiert.

Die Kinderbetreuung wird als eine Tätigkeit dargestellt, die einen **Einfluss auf alle anderen Praktiken** des Alltags hat – sei es, dass sie neben anderen Tätigkeiten organisiert wird, der Alltag darum herum organisiert wird oder im Hinterkopf immer Gedanken an die Kinder „parallel laufen“. Kinderbetreuung spielt „in alle Themen rein“, so „dreht sich“ insbesondere bei einer jungen Familie „eigentlich alles“ um die Kinderbetreuung. Trotz „netter Momente“ sei auch das Wochenende bei zwei Familien „eine einzige Kinderbetreuung“ bzw. ein „Wochenend-Marathon“, bei dem man „permanent am Ball“ sein müsse. Die Arbeit des „ständigen Organisierens“ von Betreuungsmöglichkeiten wird vor allem von den alleinerziehenden Befragten als sehr aufwändig beschrieben. Diese verhindert Spontaneität und erfordert sehr langfristiges Planen. So kann die Koordination mit dem anderen Elternteil bei irregulären Erwerbsarbeitszeiten sehr aufwändig werden, da sie immer wieder neu ausgehandelt werden muss. Die Kinderbetreuung sei für eine dieser Befragten „ein sehr, sehr anstrengendes Kapitel in meinem Leben“ und die „Last“ sei „viel zu groß“.

Insbesondere das Arrangement der **Erwerbstätigkeit mit der Kinderbetreuung** wird als schwierig und anstrengend beschrieben. Besondere Stressfaktoren sind hier nicht eingeplante Ereignisse wie die Erkrankung des Kindes und dadurch nötige Arztbesuche bzw. die Organisation von Betreuung, erhöhter Arbeitsaufwand in der Erwerbsarbeit und die räumliche und zeitliche Koordination der notwendigen Wege. Nach einer Befragten fange es in solchen Fällen „an zum Zwicken bei der Zeit, der Moral und der Stimmung“. Verschärft wird das Wechselspiel zwischen Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit bei unflexiblen Arbeitszeiten (die Erkrankung des Sohnes sei da nach einer Befragten eine „kleinere Katastrophe“) oder wenn beide Elternteile Vollzeit erwerbstätig sind (Arztbesuche der Kinder und Erledigungen am Samstagvormittag, an dem „jeder einmal seine Ruh haben“ wolle, werden hier als besonders belastend beschrieben). Dass aufgrund von Erwerbstätigkeit teilweise nur wenig Zeit für die aktive Auseinandersetzung mit den eigenen Kindern bleibt, wird von manchen Befragten bedauert, es wird aber auch Frustration bei der Ausübung der Erwerbsarbeit aufgrund der Pflichten der Kinderbetreuung erlebt.

Durch diese Situation wird auch die Übernahme von **WP-Arbeit** erschwert (wie in Kapitel 4.2 dargestellt, investieren Befragte mit Kindern auch leicht weniger Zeit in die WP-Arbeit als Befragte ohne Kinder).

Mehrere Befragte äußern daher Hoffnungen im Hinblick auf eine Vereinfachung der Kinderbetreuung durch den Einzug in das Wohnprojekt. Eine ursprünglich geplante, fix organisierte (auch externe) Kinderbetreuung stellte sich jedoch bereits vor dem Einzug ins Wohnprojekt aus verschiedenen Gründen als nicht durchführbar heraus.

Tatsächlich schildern alle Befragten mit Kindern nach dem Einzug ins Wohnprojekt, dass ihre Kinder **FreundInnen im Haus** haben, mit denen sie regelmäßig spielen. Meist findet dieses Spielen in den Wohnungen und nachmittags nach der Schule, dem Kindergarten oder der Kindergruppe statt. Es kommt normalerweise unorganisiert zustande, etwa durch Anläuten bei der Türe der SpielpartnerInnen. Wenn das ‚gewünschte‘ Kind nicht da sei, werde einfach bei der nächsten Türe angeläutet. Die Kinder wissen inzwischen auch teilweise, wann die anderen Kinder heimkommen und warten aufeinander. Kinder ähnlichen Alters und Geschlechts werden als SpielkameradInnen bevorzugt – die Vernetzung unter den Kindern erfolgt eher nach diesen Kriterien und nicht, wie tendenziell bei den Eltern, stockwerksbezogen. Doch nicht für alle Kinder sind die ‚passenden‘ SpielpartnerInnen im Wohnprojekt vorhanden, so werden in zwei Fällen eher Kinder aus der Schule ins Wohnprojekt eingeladen. Die Vernetzung der Kinder wurde durch die Bekanntschaft der Eltern untereinander im Rahmen der WP-Arbeit ermöglicht, während diese mit den alten NachbarInnen großteils keine so intensive Beziehung aufbauen konnten (sh. nachbarschaftlicher Kontakt).

Die Befragten berichten, dass ihre Kinder **mehr Zeit als früher mit den NachbarInnen (und deren Kindern)** als in den alten Wohnkontexten verbringen (die quantitativen Daten zeigen allerdings nur einen leichten Anstieg der bei NachbarInnen verbrachten Zeit, sh. unten), so bleiben sie oft auch zum Essen oder übernachten bei diesen. Eine Interviewte schildert in diesem Zusammenhang auch das gemeinsame, spontane Kochen mit NachbarInnen, die auch Kinder haben. Diese Essen ermöglichen eine „nette Geselligkeit“ der Eltern, während die Kinder miteinander spielen können. Dies funktioniere so gut, weil die Bedürfnisse der Beteiligten hier sehr ähnlich seien und gestatte einen „Ausstieg aus der Individualfamilie“.

Neben der Möglichkeit des Aufenthalts bei Nachbarskindern und dort quasi ‚mitbetreut‘ zu werden findet im Wohnprojekt auch aktive **Kinderbetreuung durch NachbarInnen** statt, nicht mehr nur in Ausnahmefällen, sondern auch in Situationen, in denen dies die Alltagsorganisation (meist der Mütter) erleichtert. Eine regelmäßige Übernahme von Betreuung wird von zwei Befragten geschildert (bei einer der beiden Befragten handelt es sich allerdings um die Betreuung der Enkelin, die ebenfalls im Haus wohnt). Von ihnen wird die Möglichkeit, Zeit mit Kindern zu verbringen, sehr geschätzt: Es sei nach einer Interviewten eine „sehr privilegierte Form“ der Kinderbetreuung, da man nach ein paar Stunden Betreuung auch wieder Ruhe habe und eine andere Befragte schätze den Kinderkontakt manchmal sogar mehr als den mit Erwachsenen, da diese mehr „im Jetzt“ leben. Unabhängig von der Übernahme von Kinderbetreuung schätzen Befragte ohne Kinder am Leben mit Kindern im Haus, die Möglichkeit zu haben, deren Entwicklung mit verfolgen und so „alle Ebenen von Kindern und Jugend“ erleben zu können.

Die Hemmschwelle, NachbarInnen um kurze Aushilfe bei „Betreuungslücken“ zu bitten, ist gesunken, es sind jedoch starke Unterschiede zwischen den Befragten hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Betreuung der Kinder durch NachbarInnen festzustellen (dies ist jedoch auch altersabhängig; bei älteren Kindern ist keine intensive Betreuung mehr nötig). Auch die unten genauer dargestellten quantitativen Daten zeigen, dass die NachbarInnen nun nur leicht (nicht signifikant) häufiger im Vergleich zur Wohnsituation vor dem Einzug Kinderbetreuung übernehmen.

Dies liegt wohl daran, dass sich bei den Eltern gewisse Betreuungsroutinen noch ändern müssen. Manche erwähnen, dass sie die neuen Betreuungsmöglichkeiten noch nicht „mitdenken“ bzw. Angst haben, ihre NachbarInnen zu überfordern. Es scheint auch nicht ganz klar zu sein, wie groß die Bereitschaft von Seiten der NachbarInnen ist und wie sehr man diese ‚beanspruchen‘ darf.

Dass nicht nur keine Überforderung, sondern sogar ein ‚Überangebot‘ an Betreuungsbereitschaft von Seiten der NachbarInnen vorhanden ist – so merken Interviewte an, trotz ihres Interesses an Betreuung nicht gefragt worden zu sein – war auch ein Thema beim Gemeinschaftswochenende im Oktober 2015: Mehrere ältere bzw. kinderlose BewohnerInnen äußerten Interesse an Kinderbetreuung und ermunterten die Eltern dazu diese Möglichkeit stärker wahrzunehmen. Es ist also durchaus möglich, dass die Zeit, die Kinder bei ihren NachbarInnen verbringen, in Zukunft ansteigen wird.

Die Kinder des Wohnprojekts haben sich nach dem Einzug jedoch nicht nur die sozialen, sondern auch die **räumlichen Strukturen des Wohnprojekts** angeeignet, während sie zuvor großteils, wie ein Befragter es ausdrückt, „gelangweilt in der eigenen Wohnung hocken“ mussten. Ihr Bewegungsraum und ihre sozialen Netzwerke haben sich dadurch vergrößert. So schildern die Befragten, dass sich ihre Kinder sehr frei und „sehr selbständig“ im Wohnprojekt bewegen, sich in diesem auch „wohl“, „ungehemmt“ und „sicher“ fühlen und sich verhalten, als ob sie „im ganzen Haus daheim wären“. Es müssten nach einer Interviewten sogar die Eltern „schon schauen, dass sie noch wissen, wo ihre Kinder sind“. Ein Befragter meint, die Kinder im Haus kaum zu bemerken (so seien sie nicht laut), was er sich dadurch erklärt, dass sie „die Atmosphäre in dem Haus ganz anders erleben als früher“, als sie „nur in einer relativ kleinen Wohnung mit den Eltern zusammen gepickt“ seien. Die Möglichkeit der freien Bewegung im Wohnprojekt ist jedoch altersabhängig, da kleinere Kinder laut einer Mutter „Blödsinn“ machen oder sich verletzen könnten.

Konkret werden die **Gemeinschaftsräume des Wohnprojekts** (Kinderspielraum, Bibliothek, in der eine Vorlesestunde stattfindet, Gästeappartements) immer wieder genutzt, selbstorganisiert von den Kindern bzw. werden diese von den Erwachsenen in die Kinderbetreuungsaktivitäten mit einbezogen. Der Kinderspielraum nimmt im Vergleich zu den **Wohnungen** (der Nachbarskinder) jedoch einen weniger hohen Stellenwert ein. Ein weiterer wichtiger Ort für die Kinderbetreuung ist der **Salon am Park**, der auch von den Erwachsenen als sozialer Treffpunkt genutzt wird und von dem aus die Kinder beim Spielen beobachtet werden können. Auch das **Umfeld des Wohnprojekts** (z.B. der Spielplatz, Park, Platz vor dem Salon) wird als sehr kinderfreundlich erlebt, da es verkehrsberuhigt ist, was von zwei Befragten als große Erleichterung empfunden wird.

Diese Neuerung wird auch durch die unten dargestellten quantitativen Daten illustriert: Die Kinder halten sich nun durchschnittlich sechs Stunden in der Woche *ohne* explizit vereinbarte Betreuung im Wohnprojekt auf (die sie zuvor vermutlich in der Wohnung unter Aufsicht der Eltern verbracht hätten).

Externe, bezahlte Kinderbetreuung spielt bei den Befragten kaum eine Rolle (auch altersbedingt), was auch zuvor schon der Fall war. Lediglich eine Befragte kombiniert nach dem Einzug mehrere Arten der Kinderbetreuung: externe Kinderbetreuung, spontane Aushilfe im Wohnprojekt und den Aufenthalt der Kinder bei Nachbarskindern.

Die quantitativen Daten spiegeln die Erzählungen der Befragten nur teilweise wider. So wurde nach der Anzahl der Stunden gefragt, die die **Kinder von bestimmten Institutionen oder Personen in den letzten sieben Tagen betreut** wurden. Im Vergleich zwischen Erst- und Zweiterhebung zeigt sich, dass Kindergarten und Schule (vermutlich durch das höhere Alter der Kinder im Sample, sh. oben, bedingt) nun mehr Zeit einnehmen, die Betreuung durch Bekannte und Hort/Kurs/Tagesmutter und bezahlte Kinderbetreuung (etwas) weniger, dafür ist aber der Aufenthalt in Räumlichkeiten des Wohnprojekts Wien der Kinder ohne explizit vereinbarte Betreuung im Ausmaß von durchschnittlich 6 Stunden pro Woche dazugekommen. Explizit vereinbarte, durch NachbarInnen vorgenommene Betreuung ist nur leicht gestiegen, von 0,4 auf 1,3 Stunden pro Woche.

Durchschnittliche Anzahl der Stunden pro Kind, die Kinder in den letzten 7 Tagen betreut wurden durch...

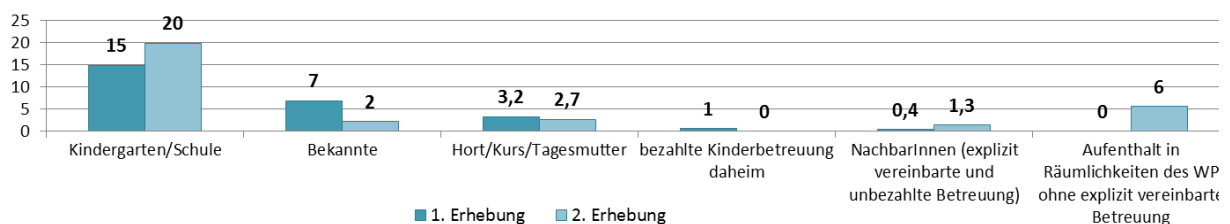


Abbildung 49: Durchschnittliche Anzahl der Stunden pro Kind, die Kinder in den letzten 7 Tagen betreut wurden durch...(n=11 bzw. n=10)

Durch die materiellen und sozialen Möglichkeiten des Wohnprojekts, die oben geschildert wurden, hat sich die Art der Kinderbetreuung der Befragten insofern verändert als dass zumindest in manchen Aspekten eine **Entlastung** der Eltern spürbar wird.

Die unterstützende Hilfe durch NachbarInnen bei der Kinderbetreuung wird von allen Befragten geschätzt, so bezeichnet sie eine Befragte als „enorm angenehm“. Eine Interviewte, die regelmäßige Unterstützung durch eine Nachbarin erhält, fragt sich, wie es „andere Familien machen, die nicht in einem Wohnprojekt wohnen, das muss echt der Horror sein“. Sie hofft, dass sie der betreuenden Nachbarin die von ihr geleistete Hilfe „irgendwie anders zurück geben“ kann, wenn diese älter sei.

Doch auch die spontan geleistete Hilfe im Alltag, etwa bei „Betreuungslücken“, wird als entlastend erlebt. Hier helfe nach einer Befragten schon oft eine „halbe Stunde“, wenn sie z.B. zu einem Treffen muss, ihr Partner aber noch nicht da sei.

Mehrere meinen, dass die Kinderbetreuung auch deswegen leichter geworden sei, weil keine Organisation der Nachmittagsbeschäftigung mehr nötig sei und Kontakte aufgrund der Vernetzung der Kinder spontaner zustande kommen können. Diese unkomplizierte Kontaktaufnahme wird von den Eltern sehr geschätzt und die Anwesenheit von SpielpartnerInnen erleichtert, wie schon bei der Ersterhebung erwähnt, die Betreuung deutlich (so könne zumindest nebenbei Hausarbeit erledigt werden).

Insbesondere **für die Betreuung (v.a. unter der Woche) hauptverantwortliche Mütter** schildern Verbesserungen der Kinderbetreuung. So meint eine Befragte, dass sie nun nicht mehr so „zu Hause hockt“ wie in der alten Wohnumgebung, in der sie „kaum jemanden gekannt“ habe und daher viel allein war. Jetzt sei ihr Alltag „lebenswerter“, da sie sehr unkompliziert (z.B. beim Müll Rausbringen) „sicher irgendwen zum Quatschen“ finde. Auch andere Mütter fühlen sich nun nicht mehr so „alleine“ wie früher. Für eine alleinerziehende Befragte sei der regelmäßige Kontakt mit einer Nachbarin, die auch in der Kinderbetreuung eine wichtige Rolle einnehme, eine „riesige Bereicherung bezüglich Familienerweiterung“.

Die von manchen (aber nicht allen) Eltern geschilderte Möglichkeit die **Kinder nun mehr daheim lassen** zu können, deutet darauf hin, dass das Vertrauen, dass die Eltern zu den neuen NachbarInnen aufgebaut haben, auch auf die Kinder übertragen wird (natürlich spielt hier auch das höhere Alter der Kinder eine Rolle). Dieses Vertrauen zeigt sich auch darin, dass ältere Kinder teilweise aktiv auch auf andere erwachsene NachbarInnen zugehen.

Die geschilderte, subjektiv tw. sehr stark wahrgenommene Entlastung der Kinderbetreuung durch das Leben im Wohnprojekt konnte die im Online-Fragebogen erhobene **Zeit, die für aktive und passive Kinderbetreuung** aufgewandt wird, leicht, aber nicht signifikant reduzieren. So unterscheidet sich das Ausmaß der Zeit, die Personen mit Kindern unter 12 Jahren im Haushalt mit aktiver Kinderbetreuung (Durchführen gemeinsamer aktiver Tätigkeiten wie z.B. Spielen, Gespräche, Lernen, Vorlesen, Besuche, Ausflüge, zu Bett bringen...) bzw. passiver Kinderbetreuung (Aufpassen auf Kinder, während gleichzeitig andere Tätigkeiten wie Haushaltsarbeit verrichtet werden, außerhalb der eigenen Schlafenszeit) in den letzten sieben Tagen verbrachten, vor und nach dem Einzug kaum voneinander. Es könnte hier auch das zunehmende Alter der Kinder eine Rolle spielen, da im Zweiterhebungssample die Anzahl der 0-3-Jährigen in den befragten Haushalten zwar gleich geblieben ist (6), die Zahl der 4-12-Jährigen sich jedoch von 4 auf 7 erhöht hat.

**Mit aktiver und passiver Kinderbetreuung in den letzten 7 Tagen
durchschnittlich verbrachte Stunden**

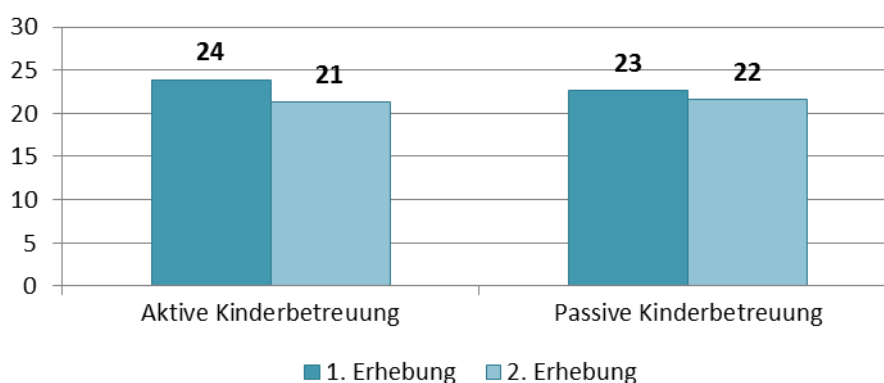


Abbildung 50: Mit aktiver und passiver Kinderbetreuung in den letzten 7 Tagen durchschnittlich verbrachte Stunden (n=14)

Auch eine von Michelson (1993) durchgeführte Studie kam zu dem Schluss, dass die Kinderbetreuung in Cohousing-Projekten von den BewohnerInnen als einfacher empfunden wird als in vergleichbaren

Wohngebieten. Bezüglich der Zeit, die die Kinder mit NachbarInnen verbringen, gibt es jedoch nach Projekt Unterschiede, während in einem der untersuchten Projekte im Untersuchungszeitraum 39% der Kinder Zeit mit NachbarInnen verbrachten, waren es in einem anderen nur 13%. Hier scheint es in den verschiedenen Projekten also verschiedene soziale Dynamiken zu geben.

In einzelnen Aspekten werden von den qualitativ Interviewten jedoch auch **leichte Enttäuschungen** geschildert. So ist es in einem Fall noch nicht gut möglich, das Kind allein daheim zu lassen, wodurch auch die Entlastung für die Erziehende nicht so umfassend wie erhofft war (so stellt die Vereinbarkeit mit oft abendlicher WP-Arbeit und Kinderbetreuung nach wie vor ein Problem dar).

Zwei Befragte hätten erwartet, dass sich die Eltern gleichaltriger Kinder untereinander besser organisieren, z.B. um abzustimmen, wann wer da ist, aber auch um nur Zeit miteinander zu verbringen. Für eine Befragte ist deshalb der Kontakt ihres Kindes mit anderen Kindern weniger eng als erwartet. So sei dieser immer davon abhängig, dass SpielpartnerInnen zufällig anwesend sind, was wegen des „total vollen Alltags“ vieler Familien oft nicht der Fall sei.

Ebenfalls schwierig ist aus der Sicht dieser Befragten, dass durch die vielen möglichen Aktivitäten und Kontakte im Wohnprojekt, insbesondere am Wochenende, etwas „die Zeit zu zweit“ fehle sowie die dafür nötige Ruhe am Abend: „Früher ist man heimgekommen und man war daheim. Punkt.“ Die Tochter sei nun viel mehr in Bewegung“ und nur schwer „zur Ruhe zu bringen“.

Diese Enttäuschungen haben einerseits mit schon bei anderen Praktiken geschilderten Kontinuitäten zu tun: Die Vereinbarkeit mit anderen dominanten Praktiken muss nach wie vor gewährleistet werden und die sehr individualisierten Lebensstile der Eltern und der Kinder (und damit einhergehende asynchrone Rhythmen) führen dazu, dass auch trotz des räumlichen Zusammenlebens und der Vertrautheit der NachbarInnen miteinander das Zustandekommen von Kontakt organisiert werden muss. Wie auch in Kapitel 4.6 in Bezug auf die nachbarschaftlichen Beziehungen der Eltern geschildert, ist auch „spontaner“ Kontakt der Kinder unter den Bedingungen individualisierter Lebensweisen nicht selbstverständlich.

Andererseits erzeugt auch die Kollektivität des Wohnprojekts selbst eine neue Situation für die Kinder: Das teilweise Überangebot an sozialen Aktivitäten im unmittelbaren Umfeld führt neben vielen positiven Wirkungen auch dazu, dass für Entspannung und bewusst verbrachte Zeit von Eltern und Kind zu wenig Zeit bleibt. Auch in dieser Hinsicht sind die im Zusammenhang mit WP-Arbeit und Nachbarschaft diskutierte Kompetenz der Abgrenzung und das Finden einer Balance zwischen gemeinschaftlicher und privater Zeit wichtig – sowohl für die Eltern als auch für die Kinder (vgl. dazu das Kapitel 4.15). Trotz dieser Einschränkungen ist die Bilanz einer alleinerziehenden Befragten positiv:

„Selbst wenn die Letztverantwortung bleibt, ist schon eine Entspannung in der Verantwortung da und eine Geborgenheit im Haus. Wenn man jetzt wirklich etwas braucht, ist immer jemand da. Es ist nicht mehr so isoliert, wie man es bald mal empfinden kann in einer normalen Wohnung. Das ist schon ganz anders.“

Die eher geringen quantitativen Veränderungen könnten u.a. durch oben beschriebenen Hemmnisse – bezüglich der noch nötigen Änderungen von Betreuungsroutinen um so die NachbarInnen stärker mit einzubeziehen, aber auch bezüglich der Schwierigkeit, die verschiedenen Lebensweisen bzw. Praktiken der Eltern und Kinder im Wohnprojekt zu „organisieren“ – erklärt werden.

4.9. Mobilität



Abbildung 51: Radraum des WP Wien

Mobilitätsbezogene Praktiken können, je nach dem materiellen Element, das ihrer Ausübung zugrunde liegt, sehr verschiedene Formen annehmen. Inwiefern sich die Mobilitätspraktiken mit dem Einzug in das Wohnprojekt verändert haben, soll im folgenden Kapitel dargestellt werden.

Im Rahmen des Wohnprojekts Wien wurde ein **Mobilitätssharing** initiiert, das die Nutzung eines **Carpools** (kollektive Nutzung von privaten Autos anderer WP-Mitglieder über eine offizielle Car-Sharing-Plattform) und eines Lastenrades ermöglicht. Im Wohnprojekt sind keine Parkplätze für Autos außerhalb dieses Carpools vorgesehen (abgesehen von einem Besucherparkplatz). Es gibt jedoch die Möglichkeit, in Garagen von benachbarten Häusern Parkplätze zu mieten.

Der Carpool ist Teil einer größeren Carsharing-Plattform. Einige BewohnerInnen des Wohnprojekts haben ihre Autos diesem Carpool zur Verfügung gestellt – diese Autos stehen auf den wenigen Stellplätzen des Wohnprojekts, für die sie auch Miete zahlen müssen. Die Preise des Carpool-Systems werden eruiert, indem die BesitzerInnen der Autos ausrechnen, wie hoch die Kosten des Autos sind (Versicherung, Benzin, Reparaturen) und auf dieser Basis einen Kilometertarif festlegen. Für das Nutzen des Pools ist jedes Mal eine Versicherung abzuschließen, die Reservierung erfolgt online bzw. per App. Ansonsten sind die Mietbestimmungen der Plattform einzuhalten.

Ebenfalls Teil des Mobilitätspools ist das **Lastenrad**, das erst kurz vor den Interviews angeschafft wurde und zwar im Rahmen eines „internen Crowdfunding“. Das Abbuchungssystem sieht vor, dass diejenigen, die beim Rad mitgezahlt haben, in der Höhe ihres Beitrags ein Guthaben für die Nutzung bekommen, während die Nicht-MitgliederInnen für jede Nutzung zwischen 1€ pro Stunde bis zu 6€ für den Tag zahlen (auch diese können einmalig Guthaben einzahlen, die dann aufgebraucht werden können). Das Ausborgen selbst geschieht durch das Eintragen in einen Kalender, in dem man die Dauer der Nutzung notiert.

Außerdem gibt es einen sehr großzügig angelegten **Fahrradraum** mit einem speziellen Radabstellsystem, durch das man die Räder unkompliziert und ohne schweres Heben übereinander lagern kann. Ebenfalls gibt es dort vor Ort das nötige Fahrradwerkzeug.

Doch auch die **Wohnumgebung** selbst hat sich für die Befragten durch den Umzug verändert und somit auch die Anbindung an die öffentliche Infrastruktur, die Organisation der alltäglichen Wege und dadurch auch teilweise die Wahl der Fortbewegungsarten.

Fast alle qualitativ Befragten nutzen vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt hauptsächlich öffentliche Verkehrsmittel oder gehen zu Fuß. Einige besitzen ein Auto, das sie vor dem Einzug rein privat nutzen und nach dem Einzug teilweise auch mit den neuen MitbewohnerInnen im Rahmen des Mobilitätssharings teilen. Im Online-Fragebogen wurden die Häufigkeit der Benutzung von Auto, Fahrrad und Flugzeug, die mit dem Auto zurückgelegten km im letzten Jahr, der private Besitz von Autos und Fahrrädern sowie die Nutzung von geliehenen Autos (u.a. über das Mobilitätssharing des Wohnprojekt Wien) erhoben.

Bezüglich der **Häufigkeit des privaten Autobesitzes** hat sich bei den vergleichbaren Haushalten nicht viel verändert: Sowohl vor als auch nach dem Einzug besitzen 32% der Haushalte mindestens ein Auto (Abbildung 52). Hier ist jedoch noch zu berücksichtigen, dass bei der zweiten Erhebung nur nach Autos im Besitz des Haushalts gefragt wurde, die *nicht* Teil des Mobilitätssharings des Wohnprojekts sind – hier handelt es sich also um Autos, die ausschließlich privat genutzt werden.

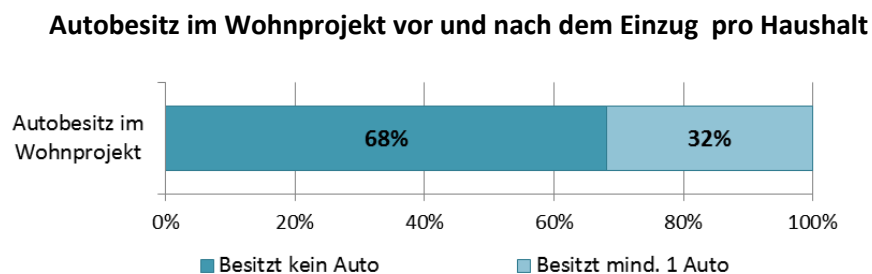


Abbildung 52: Autobesitz im Wohnprojekt vor und nach dem Einzug pro Haushalt (n=22)

Lediglich die **Anzahl der Autos** pro Haushalt hat sich leicht reduziert von 0,4 auf 0,3 pro Haushalt (sh. Abbildung 53) bzw. von 0,2 auf 0,15 pro Kopf, während die Anzahl der **Fahrräder** leicht zugenommen hat (von 2,2 auf 2,6 Räder pro Haushalt bzw. 1,15 auf 1,19 pro Kopf). Im Vergleich zum Wiener Durchschnitt von 0,39 Autos pro EinwohnerIn ist also schon vor dem Einzug des Projekts ein unterdurchschnittliches Ausmaß an Autobesitz festzustellen (VCÖ 2014).

Anzahl Fahrräder und Autos pro Haushalt bzw. pro Person

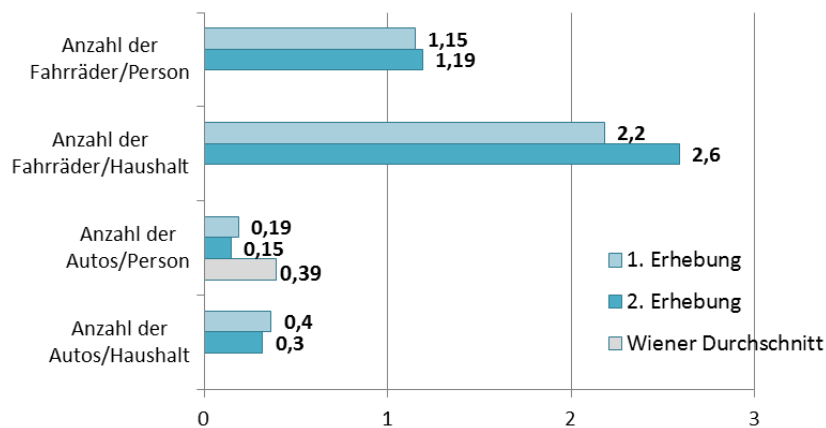


Abbildung 53: Anzahl Fahrräder und Autos pro Haushalt bzw. pro Person (n=22)

Autos werden nach dem Einzug leicht seltener als vor dem Einzug genutzt (2,8 Mal statt 3,4 Mal pro Monat), **Fahrräder** leicht öfter (13,1 Mal statt 12,9 Mal pro Monat); diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant (Abbildung 54).

Durchschnittliche Nutzung des Autos bzw. des Fahrrads pro Monat

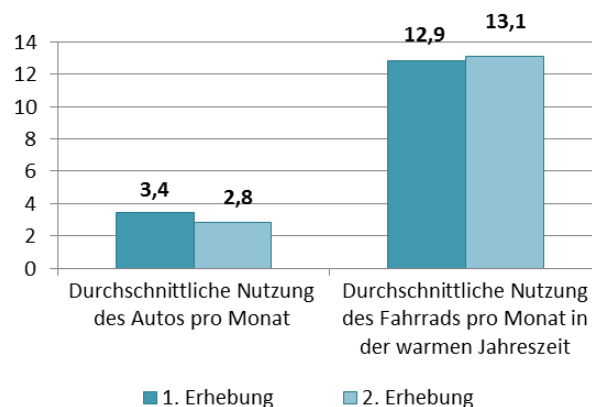


Abbildung 54: Durchschnittliche Nutzung des Autos bzw. Fahrrads pro Monat (n=34 bzw. n=35)

Auch wenn sich die Häufigkeit der Nutzung des Autos nur leicht reduziert hat, so ist dennoch eine, wenn auch nicht signifikante, Reduktion bei den durchschnittlich mit dem Privatauto zurückgelegten **km im Jahr pro Person** festzustellen (von 4926 km auf 3650 km), wobei sich vor allem die längeren Reisen mit dem Auto reduziert zu haben scheinen (von 2260 auf 995 km). Die km, die mit geliehenen Autos zurückgelegt wurden, haben sich jedoch – nicht signifikant – erhöht: von 247 km auf 709 km (Abbildung 55). Zu den Berechnungen der km pro PKW sowie den Vergleich mit österreichischen Durchschnittswerten sh. Kapitel 4.9.1.

Anzahl der km pro Person, die insgesamt und für Reisen mit privatem Auto und mit Car-Sharing-Auto im letzten Jahr zurückgelegt wurden

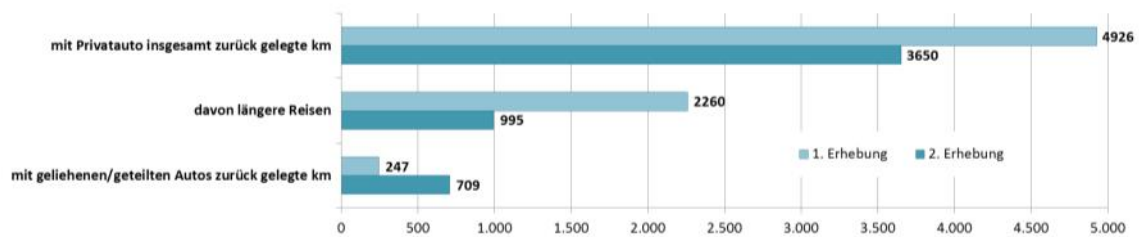


Abbildung 55: Anzahl der km pro Person, die insgesamt und für Reisen mit privatem Auto und mit Car-Sharing-Auto im letzten Jahr zurückgelegt wurden (n=23)

Wie oben dargestellt, hat sich die Zahl der Haushalte, die ein Auto besitzen, mit dem Einzug nicht verringert, insofern kann von **keiner radikalen Veränderung im Autobesitz** durch den Einzug in das Wohnprojekt und die damit verbundene Möglichkeit des **Mobilitätssharings** im Wohnprojekt gesprochen werden. Die **seltener Nutzung** von Autos im Vergleich zu vorher könnte an der veränderten Infrastruktur in der neuen Wohnumgebung liegen (zuvor eher dezentral lebende Befragte können nun die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, sh. dazu auch unten). Es könnte jedoch, wie ein WP-Mitglied bemerkt, auch die kollektive Organisation von Besorgungsfahrten (z.B. zu Baumärkten oder in Möbelhäuser) zu einer Reduktion der Autofahrten beigetragen haben.

Betrachtet man die letzten sieben Tage vor der Erhebung und fragt nach den **Gründen für die Autonutzung**, so zeigt sich im Vorher-Nachher-Vergleich, dass sich die Anzahl der Tage in der letzten Woche, an denen ein **Auto genutzt** wurde, leicht reduziert hat (von 1,1 auf 0,8), die Anzahl der Tage, an denen **Kinder** mit dem Auto transportiert wurden, leicht zugenommen hat und die der Tage, an denen es genutzt wurde um **Nahrung** zu besorgen, leicht abgenommen hat (jeweils Differenzen von 0,1). Diese Unterschiede sind jedoch sehr gering und nicht signifikant.

Durchschnittliche Anzahl der Tage in der letzten Woche, an denen ein Auto insgesamt/für Nahrungsbesorgung/zum Transport von Kindern genutzt wurde

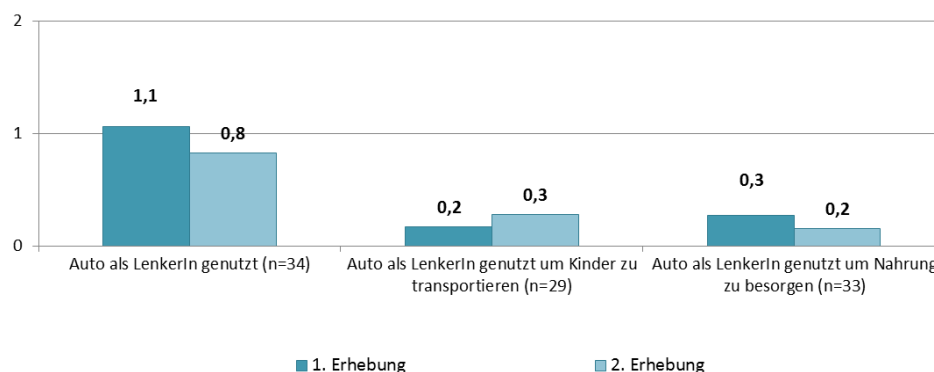


Abbildung 56: Durchschnittliche Anzahl der Tage in der letzten Woche, an denen ein Auto insgesamt/für Nahrungsbesorgung/zum Transport von Kindern genutzt wurde

In den qualitativen Interviews werden verschiedene Begründungen für das Nutzen eines Autos angegeben, die das Resultat eines Abwägens der Erfordernisse und der alltäglichen Organisation bestimmter Praktiken, des damit verbundenen Zeit- und Kraftaufwands, der vorgefundenen öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und deren zeitlicher Rhythmen sowie der räumlichen Verortung der Wohnung bzw. der zu erreichenden Ziele sind. Konkret genannt wurden Ausflüge, die Fahrt zu weit entfernten oder öffentlich umständlich zu erreichenden Orten, berufliche Fahrten, der Transport schwerer Gegenstände, gesundheitliche Gründe, aber auch Bequemlichkeit. Auffällig ist, dass bei den aufgezählten Gründen nicht immer eine absolute Notwendigkeit gegeben ist, das Auto zu nützen um einen bestimmten Ort zu erreichen, aber die Alltagsorganisation in Form einer Reduktion des damit verbundenen zeitlichen, organisatorischen und körperlichen Aufwands dadurch erleichtert wird. Wirklich begeisterte AutofahrerInnen gibt es im Sample jedoch nicht, das Autofahren wird aus einer eher nüchternen Nutzenperspektive gesehen, und die Alternativen des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens oder Gehens werden in die Überlegungen zumindest immer miteinbezogen.

Im Fragebogen wurde nach der **Nutzung des Carpools** in den letzten 12 Monaten gefragt sowie nach der Nutzung von anderen geliehenen Autos (z.B. über andere Carsharing-Anbieter bzw. von Bekannten oder Verwandten). 24% der Befragten nutzten den Carpool des Wohnprojekts in den letzten 12 Monaten (Abbildung 57). Die qualitativ Befragten, die ihr Auto für den Carpool zur Verfügung stellen, berichten, dass dieses nicht oft ausgeborgt werde bzw. unmittelbar nach dem Einzug öfter gebraucht wurde als jetzt.

Anteil der Haushalte, die den Carpool des Wohnprojekt Wien nutzen

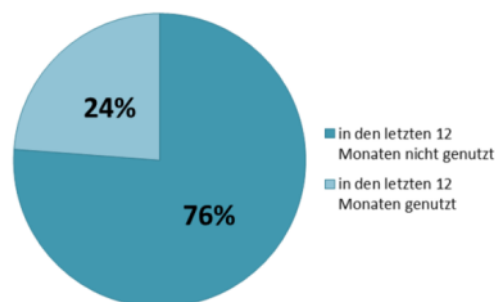


Abbildung 57: Anteil der Haushalte, die den Carpool des Wohnprojekt Wien nutzen (n=21)

17% der Befragten leihen auch Autos von Bekannten oder Verwandten und 22% von anderen Carsharing-Anbietern (Abbildung 58).

Anteil der Haushalte, die neben dem Mobilitätssharing andere geteilte Autos nutzen

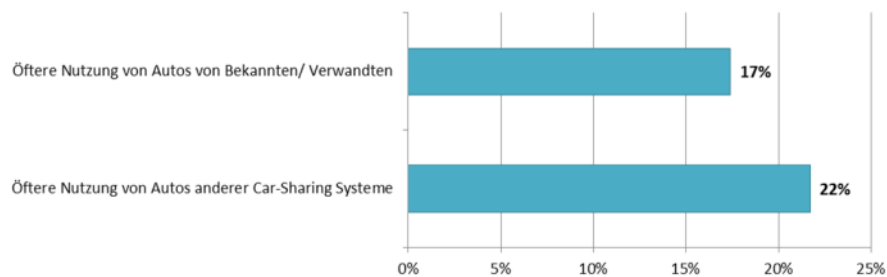


Abbildung 58: Anteil der Haushalte, die neben dem Mobilitätssharing andere geteilte Autos nutzen (n=25)

Gründe, den Carpool nicht zu nutzen, sind eine geringe Kompetenz bzw. Affinität zum Autofahren (so fahre man z.B. ungern mit fremden Autos bzw. in der Stadt), geringer Bedarf nach einem Auto, die Mietbestimmungen der Carsharing-Plattform, die Ansprüche an Autos durch kleine Kinder (Kindersitze, unempfindliche Bezüge), die schwerere Verfügbarkeit am Wochenende, die als hoch empfundenen Kosten sowie die Bevorzugung von billigeren bzw. leichter nutzbaren Carsharing-Diensten (sh. dazu die oben beschriebenen quantitativen Daten). Die Nutzung anderer Dienste ist nach einem WP-Mitglied auf durch die größere Flexibilität in der Nutzung erklärbar – so könne man bei anderen Diensten die Autos auch von anderen Startpunkten als dem Wohnprojekt ausleihen bzw. diese auch an andere Orte zurückbringen.

Diese Gründe machen deutlich, wie sehr sich ein **kollektiv geteiltes von einem individuell verfügbaren Auto unterscheidet**. Das Privatauto ist immer verfügbar und kann jederzeit in Mobilitätsentscheidungen miteinbezogen werden, während die Verfügbarkeit bei einem geteilten Auto nicht jederzeit gewährleistet ist und die Nutzung im Voraus geplant und organisiert werden muss, was zusätzlich Zeit kostet und eine spontane Nutzung erschwert. Spontane Nutzung ist vor allem für jene Personen von Bedeutung, die viele verschiedene Praktiken in ihrem Alltag arrangieren und aufeinander zeitlich abstimmen müssen und z.B. auf spontane kindliche Bedürfnisse Rücksicht nehmen müssen. Das Ausborgen von Carsharing-Autos für Unternehmungen muss vorab geplant werden, hinzu kommt die Notwendigkeit der Übergabe des Schlüssels und der Zulassungspapiere vom Besitzer, das Abschließen der Versicherung und der Bezahlung. (Der Wunsch nach spontaner Nutzung war für eine Befragte sogar Grund, ein privates Auto zu kaufen und auf das Angebot des Carpools zu verzichten.)

Während AutobesitzerInnen die Kosten jeder einzelnen Nutzung meist nicht bewusst sind, spiegeln die als zu hoch empfundenen Kosten eines Carsharing-Autos (insbesondere in Bezug auf die abzuschließende Versicherung) die realen Kosten eines Autos wider. Einige Befragte meinen, dass viele Leute erst durch das Ausleihen realisieren würden, wie teuer ein Auto eigentlich sei.

Weiters können bei der Anschaffung privater Autos die BesitzerInnen durch die Wahl der Ausstattung stärker auf die Bedürfnisse von Kindern eingehen als bei einem Carsharing-Auto.

Aufgrund der Teilnahme des Wohnprojekt-Carpools an einer größeren Sharing-Plattform ist seine Nutzung auch den dort geltenden rechtlichen Bestimmungen, dem vorgesehenen Ablauf des Verleihs sowie der dort üblichen Kostenkalkulation unterworfen. Die Mietbestimmungen der Carsharing-Plattform verwehren zumindest zwei Befragten das Nutzen der Autos (aufgrund des Alters und der geringen Dauer der Gültigkeit des Führerscheins). Auch Autos mit deutschen Kennzeichen dürfen nicht Teil des Pools sein. Diese Bestimmungen können zum Teil durch direkten Kontakt mit den

NachbarInnen umgangen werden, indem deren Autos außerhalb des Systems ausgeborgt werden. Aus all diesen Gründen ist die eher seltene Inanspruchnahme des Carpools auch wenig verwunderlich.

Die beschriebenen Hemmnisse führen nun dazu, dass nur für ganz bestimmte, klar definierte Situationen, bei denen die Nutzung eines Autos klare Vorteile bringt bzw. sogar notwendig ist, ein Auto geliehen wird, während das Privatauto auch aus anderen, weniger dringenden Gründen, die eher mit „Bequemlichkeit“ und „Luxus“ zu tun haben, genutzt wird. So geben die qualitativ Befragten an den Carpool z.B. für Fahrten in den Baumarkt, Einkäufe, Ausflüge, Verwandtenbesuche, für den Transport von Dingen und zu beruflichen Zwecken zu nutzen.

Ein wichtiger Faktor für das Funktionieren des Carpools im Wohnprojekt ist das gegenseitige Vertrauen der NachbarInnen, das zumindest im Vergleich zu üblichen Nachbarschaften stärker ausgeprägt ist und es auch ermöglicht, den Schlüssel des Autos in die Garage zu hängen.

Wie oben in den Grafiken dargestellt (Abbildung 53 und Abbildung 54) ist das **Fahrrad** ein häufig genutztes Verkehrsmittel der WP-Mitglieder, wobei die Häufigkeit mit dem Einzug noch zugenommen hat. Auch mehrere qualitativ Befragte nutzten es schon vor dem Einzug regelmäßig, wobei es Unterschiede in der Intensität der Nutzung gibt: Während die Einen bei jedem Wetter und zu fast jedem Zweck das Rad benutzen, nützen Andere es wetter- und saisonabhängig oder nur für bestimmte Wege. Gründe für die Nicht-Integration des Rades in den Alltag sind bei beiden Erhebungen zu lange oder zu kurze Wege: Bei sehr kurzen Arbeitswegen oder sehr zentral bei öffentlichen Stationen gelegenen Wohnorten bietet das Fahrradfahren keinen Vorteil gegenüber dem Zu Fußgehen oder der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, während lange Wegstrecken öffentlich oder mit dem Auto besser zu bewältigen sind. Auch Zurückhaltung beim Radfahren aus Sicherheitsgründen und aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen wurden als Gründe angegeben.

An den besonders radaffinen Befragten wird offensichtlich, welche Bemühungen diese in Bezug auf eine Integration des Rades in möglichst viele Alltagstätigkeiten auf sich nehmen: die Nutzung des Lastenrads bzw. von Radanhängern für Einkäufe und den Transport von Kindern sowie die möglichst frühe Einbindung der Kinder in das selbständige Radfahren in der Stadt. Die bewusste Veränderung alltäglicher Routinen, die bei der Integration der Radmobilität in alltägliche Praktiken notwendig ist, erfordert jedoch zusätzliche Motivation, die, wie unten genauer beschrieben, nur zum Teil nachhaltigkeitsbezogen ist und die nicht von allen Befragten im selben Ausmaß aufgebracht wird.

Die durch das Mobilitätssharing erst kurz vor den Zweitinterviews ermöglichte kollektive Nutzung eines **Lastenrads** wurde aufgrund der kurzen Zeit noch nicht intensiv wahrgenommen. Ein Befragter schildert jedoch, es schon regelmäßig für Einkäufe und zum Transport von Kindern zu verwenden.

Doch nicht alle WP-Mitglieder können mit der Idee eines Lastenrads etwas anfangen. So sei das Lastenrad, auch wenn es „den perfekten Reigen der Mobilität im Haus“ schließe, für einen Befragten nicht interessant – er würde z.B. für große Transporte sicher das Auto nehmen. Die Nutzung des Lastenrads sei aus seiner Sicht eher für Leute relevant, denen „Fahrradfahren sehr wichtig ist“.

Die im Rahmen des Wohnprojekts geschaffene materielle Infrastruktur, die die Mobilitätspräferenzen und -bedürfnisse mehrerer WP-Mitglieder widerspiegelt und ein neues, die Ausübung des Radfahrens erleichterndes materielles Element darstellt, ist der **Radraum**. In der Ersterhebung wurde von mehreren Befragten die oft frustrierende Suche nach Abstellmöglichkeiten

des Rades geschildert (diese waren entweder gar nicht oder nur in überfüllten oder nicht überdachten Höfen vorhanden), während es im Wohnprojekt einen großen und mit vielen Stellplätzen und Werkzeug ausgestatteten Radraum gibt, der von den Befragten sehr positiv bewertet wird. So sei die Nutzung des Raums nicht mehr „mühsam“. Nicht durch die Planung des Wohnprojekts beeinflussbar und den Nutzen des Radraums schmälern sind jedoch Raddiebstähle, die in der Wohnumgebung und auch im Wohnprojekt stattgefunden haben, und dazu führen, dass einzelne Befragte ihr Rad wie früher in der Wohnung aufbewahren. Wie in anderen Kontexten zeigt sich auch hier, dass sich das Wohnprojekt von „äußeren“ Einflüssen nicht gänzlich abschotten kann (sh. auch oben geschilderte Konkurrenz zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Logiken bezüglich der Nutzung des Salons und der Food-Coop).

Weiters wurden Fragen zur Mobilität mit dem **Flugzeug** gestellt, die im Vergleich mit anderen Mobilitätsformen die weitaus größte Auswirkung auf CO₂-Emissionen hat (sh. dazu genaueres im Abschnitt „CO₂-Bilanzen im Bereich Mobilität“).

Die Anzahl der privaten **Kurzstreckenflüge**, welche die Befragten im Vorjahr machten, hat nach dem Einzug in das Wohnprojekt deutlich zugenommen (Abbildung 59): 73% der Befragten flogen im Jahr 2012 gar nicht, jedoch nur mehr 36% im Jahr 2014. Die durchschnittliche Anzahl der Flüge wird in Kapitel 4.9.1 mit dem österreichischen Durchschnittswert verglichen.

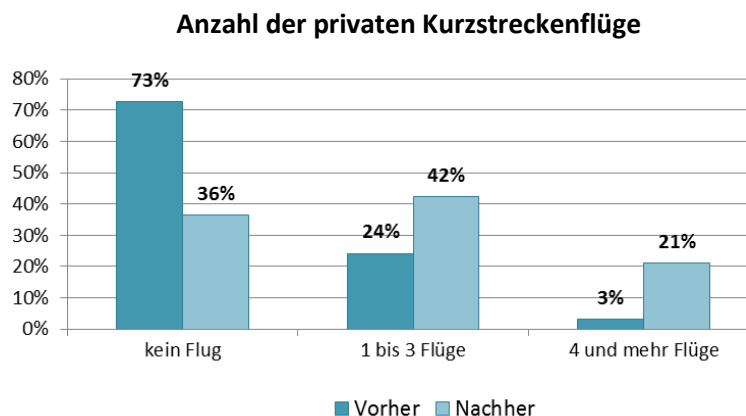


Abbildung 59: Anzahl der privaten Kurzstreckenflüge (n=33)

Diese deutliche Zunahme könnte verschieden erklärt werden: die relativ intensive Zeit vor dem Einzug in das Projekt, die evtl. Urlaube reduziert hat, finanzielle Überlegungen (der Einzug war mit Kosten verbunden, evtl. wurde bei Urlaube gespart), aber auch die Möglichkeit eines ‚Rebound-Effekts‘ ist nicht auszuschließen: Die vielen Bemühungen um nachhaltigeres Leben des Wohnprojekts könnten dazu geführt haben, die ökologischen Bedenken der WP-Mitglieder bezüglich des Fliegens zu reduzieren und damit indirekt das individuelle Fliegen zu fördern.

In der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern wurden diese Interpretationen teilweise bestätigt. So meinte ein WP-Mitglied, dass der Gedanke, dass man im Rahmen des Wohnprojekts generell und auch in ökologischer Hinsicht schon viel leiste und man sich daher durch eine angenehmere Reise belohnen wolle (etwa nach der sehr anstrengenden Phase des WP-Arbeit vor bzw. unmittelbar nach dem Einzug), durchaus vorhanden sei. Es wurden auch die Thesen geäußert, dass Geld, das aufgrund sinkender Lebenserhaltungskosten eingespart wurde, nun für Urlaube ausgegeben werde. Auch

infrastrukturelle Gründe wurden genannt, etwa, dass von Wien aus immer mehr und günstigere Billigflüge angeboten werden und dass viele Zugverbindungen für Langstrecken eingestellt wurden und somit nachhaltigere Mobilität erschwert wird. Weiters könnte der verregnete Sommer im Jahr 2014 zum Wunsch geführt haben wegfliegen zu wollen.

Öffentliche Verkehrsmittel werden von den Befragten ambivalent, Fahrradfahren und Zugfahren überwiegend positiv und das Fliegen und Autofahren eher negativ beurteilt. In den Schilderungen werden **Motivallianzen** in Bezug auf die teilweise Bevorzugung nachhaltigerer Mobilitätsformen deutlich. Der Umweltaspekt wird kaum explizit erwähnt: Während beim Radfahren vor allem Vorteile geschildert werden wie die Flexibilität, Individualität und Schnelligkeit der bzw. die Freude an der Fortbewegung an frischer Luft und gesundheitliche Aspekte, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln Vorteile wie Bequemlichkeit, Kraft- und Kostenersparnis und die Schnelligkeit (des Zuges im Vergleich zum Flieger bei kurzen Strecken), werden auch beim Autofahren und Fliegen eher nicht-umweltbezogene Nachteile erwähnt: in Bezug auf das Auto sind es die hohen Kosten, die Parkplatzsuche, die geringe Notwendigkeit der Nutzung in der Stadt oder geringe Fahrkompetenzen bzw. -affinität und in Bezug auf das Fliegen die langen Warte- und Wegzeiten sowie mangelnder Komfort.

Dennoch spielen in den Erzählungen der Befragten Umweltschutzgedanken eine Rolle. Dies ist z.B. erkennbar an Schilderungen „schlechten Gewissens“ bzw. des Gefühls des „Luxus“ bezüglich der nicht unbedingt notwendigen Wahl des Autos sowie des bewussten Versuchs, die Autonutzung zu reduzieren, also die eigenen eingespielten Routinen und damit verbundenen Kosten-Nutzen-Kalkulationen bei der Verkehrsmittelwahl zu verändern. Nach einer Befragten sei dies eine reine „Kopfsache“ und weniger durch äußerliche Notwendigkeiten bestimmt. Weiters kommt durch das Leben im Wohnprojekt noch ein weiterer Faktor hinzu, der dem Umweltschutzgedanken eine gewisse soziale Dynamik verleiht: So gebe es einer Befragten moralischen „Auftrieb“, wenn sie sehe, dass im Wohnprojekt so viele Leute „ein Auto nur selten verwenden und nur wirklich gezielt“.

Ein wahrscheinlich wichtigerer Einfluss auf die Mobilität als das Mobilitätssharing ist die durch den **Umzug bedingte Änderung der verfügbaren Verkehrsinfrastruktur und der Distanzen zu üblicherweise aufgesuchten Orten**, die auch eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens mit sich bringt: Das Zufußgehen (bei früherer sehr zentraler Wohnlage) bzw. das Autofahren (bei früherer dezentraler Wohnlage) mancher Befragter reduziert sich und wird durch die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder das Radfahren ersetzt. Während die neue **Wohnumgebung** generell als gut geeignet für das Zufußgehen und Radfahren bewertet wird, hängt die Bewertung der vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel stark davon ab, wo die Befragten zuvor gelebt haben und welche Wege sie im Alltag zurück legen müssen.

Ein wichtiger Faktor für die Wahl nachhaltigerer Mobilitätsformen ist die **Erreichbarkeit regelmäßig aufgesuchter Orte ohne Auto**. Die Einschätzung der „Leichtigkeit“ dieser Erreichbarkeit schwankt vermutlich je nach subjektiver Einschätzung bzw. eingespielter Bewertungsschemata, dennoch gibt die Frage einen Aufschluss über den Einfluss der infrastrukturellen Lage der neuen Wohnumgebung auf das Mobilitätsverhalten. Demnach ist die Erreichbarkeit für die Befragten im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation etwas besser geworden: 94% empfinden es nach dem Einzug sehr oder eher leicht, diese Orte aufzusuchen im Vergleich zu 86% der Befragten vor dem Einzug. Die

Wohnumgebung wird also zumindest von 12% der Befragten als nachhaltigere Mobilität fördernder als die alte Wohnumgebung erlebt.

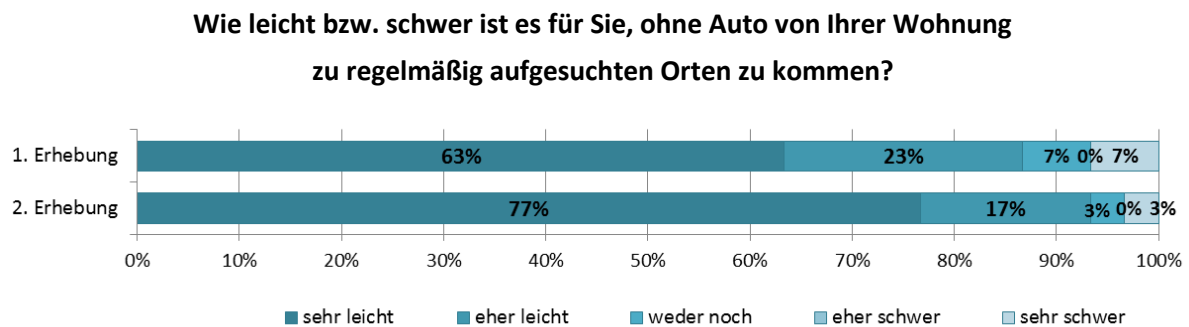


Abbildung 60: Wie leicht bzw. schwer ist es für Sie, ohne Auto von Ihrer Wohnung zu regelmäßig aufgesuchten Orten zu kommen? (n=30)

Ein weiterer die Mobilität beeinflussender Faktor ist die **Art der Erwerbsarbeit** der Befragten. Zum einen erfordern manche Berufe Reisen mit dem Flugzeug, wobei es auch hier Spielräume hinsichtlich der Wahl des Verkehrsmittels, abhängig von der Distanz und der diesbezüglichen Haltung des Arbeitgebers, gibt. Weiters schildern im Rahmen der Erwerbsarbeit besonders mobile Befragte eine intensive Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Auffällig ist auch der große Einfluss, den das **Leben mit (kleinen) Kindern** auf die Mobilität hat. Alle befragten Frauen, die hauptsächlich kleine Kinder betreuen, geben an, dass sie aufgrund der Kinder weniger Rad fahren („Kinderwagen und Fahrrad geht nicht mehr“), was zu einer Bevorzugung öffentlicher Verkehrsmittel führt. Im Urlaub bzw. bei längeren Strecken hingegen spielt dann das Auto eine größere Rolle als der Zug oder das Flugzeug, mit dem das Reisen mit kleinen Kindern aufgrund des Gepäcks oder aus organisatorischen Gründen vergleichsweise weniger beschwerlich ist. Mit zunehmendem Alter der Kinder können diese jedoch in die eigentlich gewünschte Mobilität stärker miteinbezogen werden (z.B. in das Radfahren). Wie oben erwähnt, beeinflussen die Bedürfnisse der Kinder auch die Möglichkeit der kollektiven Nutzung von Autos.

4.9.1. CO₂-Bilanzen im Bereich Mobilität

Die Treibhausgasemissionen des Bereiches „Mobilität“ sind sehr individuell und schwanken zwischen Null¹⁸ und 178 kg CO_{2eq} pro erwachsene Person und Woche. Durchschnittlich betragen die Emissionen vor dem Einzug 15 und nach dem Einzug 12 kg CO_{2eq} pro erwachsener Person und Woche (743 bzw. 617 kg CO_{2eq} pro Jahr). Nach dem Einzug in das Wohnprojekt sind die durchschnittlichen THGE für Mobilität somit leicht gesunken, auch die Schwankungsbreite unter den Befragten hat sich reduziert (Tabelle 3, Abbildung 61).

¹⁸ Null Emissionen im Bereich Mobilität entsprechen nicht der Realität, weil die Nutzung des öffentlichen Verkehrs ebenfalls Treibhausgasemissionen entstehen. Diese sind aber im Vergleich zum Individualverkehr sehr gering. Nur der Individualverkehr wurde im Fragebogen erhoben. Zum Vergleich: Auto (Flottendurchschnitt) erzeugt 232g CO_{2eq} pro km und eine Tram-Fahrt nur 37g pro Personen-km. Fahrradfahren und Zufußgehen sind am klimafreundlichsten.

Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches „Mobilität“

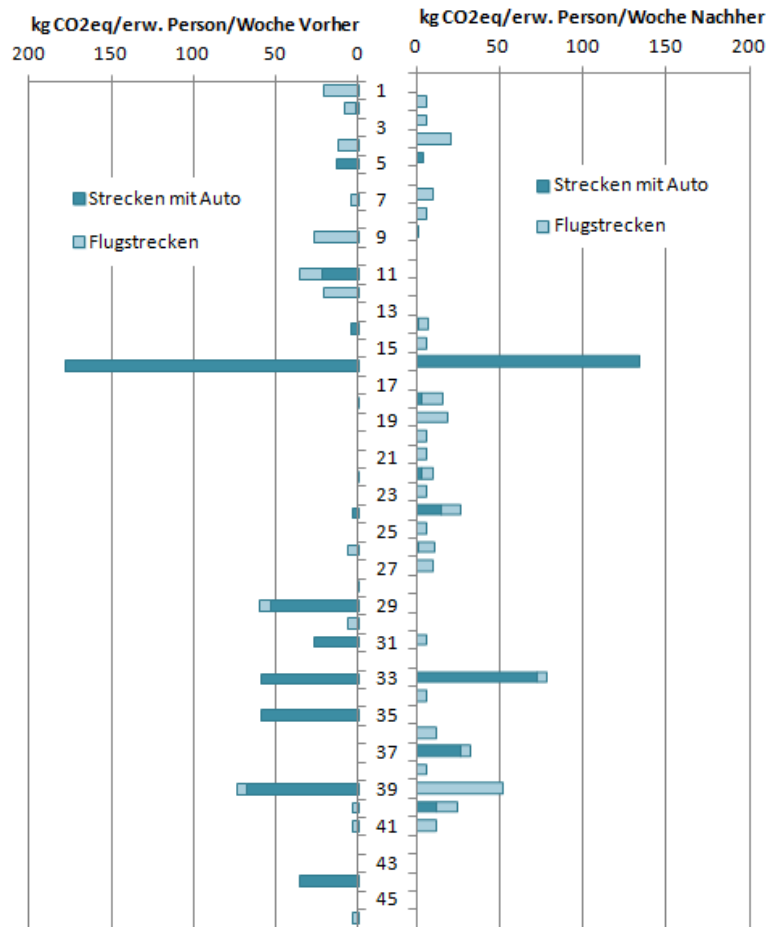


Abbildung 61 Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches „Mobilität“ pro Haushalt pro Woche der befragten Personen vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt

Tabelle 3 Treibhausgasemissionen im Bereich „Mobilität“ der befragten Personen (kg CO_{2eq} pro Person und Woche) im Vergleich vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt

kg CO _{2eq} /erwachsene Person/Woche	Min.	Max.	Mittelwert	Standard-abweichung
vor dem Einzug	0	178	15	31
nach dem Einzug	0	134	12	24

In

Abbildung 62 werden die durchschnittlichen CO_{2eq} im Bereich Mobilität pro Person und Jahr dargestellt und mit dem geschätzten österreichischen Durchschnittswert verglichen (Schätzung auf Basis der Daten von VCÖ 2011 und GfK 2013). Dieser ist ein sehr grober Richtwert, weil er mit großen Unsicherheiten belegt ist (daher werden in der Grafik keine genauen Zahlen angegeben). So ist die Datenverfügbarkeit besonders zu Flügen sehr eingeschränkt, zudem ist Mobilität im höchsten Maße vom individuellen Verhalten abhängig und schwer erfassbar.

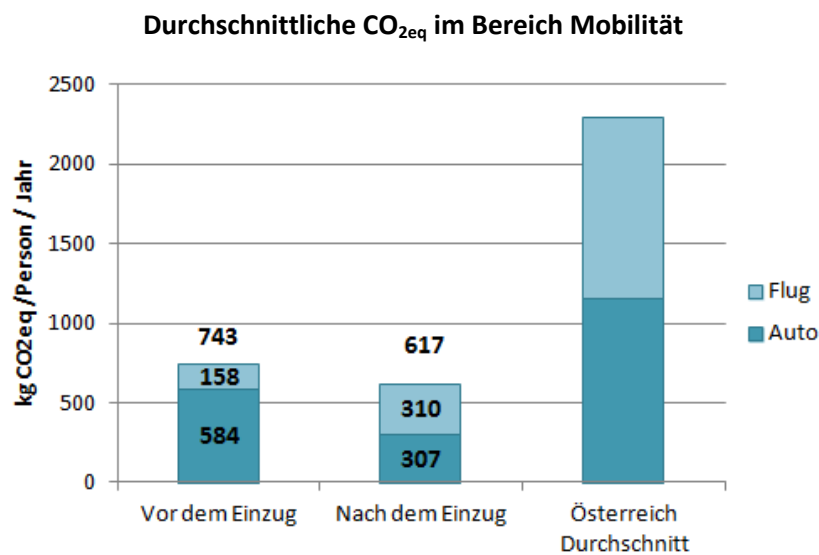


Abbildung 62 Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches „Mobilität“ pro Person und Jahr der befragten Personen vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt

Die BewohnerInnen des Wohnprojekts besitzen weniger eigene Autos und fahren weniger Autokilometer als der Durchschnitt in Wien (Tabelle 4). Auch die durchschnittliche Anzahl der Flüge pro Person ist im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt trotz des Anstiegs nach dem Einzug nach wie vor deutlich (um mehr als die Hälfte) geringer.

Tabelle 4: Mobilität der befragten Personen im Vergleich zum Durchschnitt

	PKW / Person	Durchschnittliche km / PKW / Jahr
vor dem Einzug	0,19	11 442
nach dem Einzug	0,15	10 430
Wiener Durchschnitt (VCÖ 2014/2011)	0,39	12 775
	Flüge / Person	
vor dem Einzug	0,42	
nach dem Einzug	1,36	
österreichischer Durchschnitt (GfK 2013)	3,5	

Die durchschnittliche Reduktion aller gefahrenen Autokilometer um 41% (rund 155.000 km in Summe vor dem Einzug ins Wohnprojekt und 88.000 km in Summe nach dem Einzug) pro Haushalt ist zwar recht deutlich, jedoch statistisch nicht signifikant. Ebenfalls deutlich, jedoch nicht signifikant ist der Anstieg des Carsharing-Anteils nach dem Einzug: bereits 16,9% der gefahrenen Autokilometer waren Carsharing-km (in Summe 14.885 km), während es vor dem Einzug nur 3,3% waren (in Summe 5.190 km). Mit dem Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test wurden beim Vergleich der Haushalte vor und nach dem Einzug nur signifikante Unterschiede bei den CO_{2eq} für Flugreisen festgestellt ($p = 0.016$), nicht aber bei den CO_{2eq} für Autofahrten oder den THGE für den gesamten Bereich „Mobilität“.

4.10. Mülltrennung



Abbildung 63: Müllraum des Wohnprojekts

Das Trennen und Entsorgen von Müll ist eine relativ klar abgrenzbare Praktik, doch auch sie steht in verschiedenen Beziehungen zu Praktiken des Kochens, Essens und der Nahrungsbeschaffung und ist in ihren Ausübungsformen, wie gezeigt werden soll, stark von infrastrukturellen bzw. materiellen, jedoch auch wissensbezogenen Elementen abhängig.

Im direkt vor dem Haus befindlichen **Müllraum** des Wohnprojekts ist es möglich, alle Müllsorten zu trennen außer Glas. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, im Müllraum Batterien und Altöl zu sammeln. Die AG Ökologische Nachhaltigkeit versuchte schon vor dem Einzug, die Möglichkeiten der Mülltrennung möglichst „auszureizen“, was auch viele Verhandlungen mit der Magistratsabteilung 48 und „rechtliche Kniffe“ nötig machte: Die Möglichkeit, im Rahmen eines Wohnbaus alle Müllarten zu sammeln, ist üblicherweise nicht vorgesehen. Nicht realisierbar waren trotz ihrer Bemühungen eine erweiterte Trennung von Plastikmüll, die über das Sammeln von PET-Flaschen hinausgeht (zwei Interviewte sehen diese Art der Trennung kritisch, so werden hier nicht „alle Stoffkreisläufe geschlossen“), da diese nur für das Gewerbe vorgesehen ist, sowie die Trennung von Glasmüll, da die Entleerung bei überdachten Räumen nicht möglich ist.

Weiters ist ein für alle WP-Mitglieder nutzbarer **Kompost** geplant, der zum Zeitpunkt der Zweiterhebungsinterviews noch nicht für die allgemeine Nutzung frei gegeben war (dies ist einer der Punkte, die aufgrund der Fülle an zu erledigenden wohnprojektbezogenen Aufgaben bisher noch nicht bearbeitet werden konnten).

Kollektive Organisation in Bezug auf die Sammlung der Ökoboxen (diese werden im Müllraum gesammelt, um dann von einem WP-Mitglied zum richtigen Zeitpunkt zur Abholung hinauf gestellt zu werden), im Rahmen der Entsorgung von spezielleren Müllarten an den Hausinstallationstagen sowie Wissensvermittlung unter NachbarInnen in Bezug auf Kompostierungsmethoden sind Beispiele für kleine Erleichterungen der Müllentsorgung, die durch den sozialen Kontext des Wohnprojekts ermöglicht wurden. In den Interviews wurden auch weitere, noch nicht realisierte, Ideen geäußert, etwa die kollektive Produktion größerer Mengen an Katzenfutter, um Metallmüll zu verringern und die Beschaffung größerer Mengen unverpackter Lebensmittel (z.B. eines großen Käselaibs), von denen man sich individuell bedienen könne.

Auch auf andere Weisen beeinflusste das Wohnprojekt sowohl vor als auch nach dem Einzug das (zukünftige) Mülltrennverhalten der WP-Mitglieder, etwa durch **Wissensvermittlung** zu richtiger und

effizienterer Mülltrennung und zu alternativen Kompostierungsmethoden sowie durch den Hinweis, bei der Planung der neuen Küche die Mülltrennungsmöglichkeiten ausreichend zu berücksichtigen.

Der im Onlinefragebogen angegebene **Müllumfang**, den die Haushalte pro Monat erzeugen, wurde vor und nach dem Einzug für verschiedene Müllarten erhoben. Aus erhebungsorganisatorischen Gründen war es notwendig, den Müllumfang in Liter zu erheben, österreichische Vergleichswerte in Bezug auf Haushaltsmüll liegen jedoch meist in Kilogramm vor. Aus diesem Grund wurde eine grobe Umrechnung der Literangaben vorgenommen¹⁹. Vergleicht man nun die gesamte, auf ein Jahr umgerechnete, Müllmenge der WP-Mitglieder pro Jahr mit verfügbaren Daten zum durchschnittlichen „Stadtmüll“ pro Kopf und Jahr in Österreich (Eurostat 2015)²⁰, so ist festzustellen, dass die Werte sowohl vor als auch nach dem Einzug deutlich unter diesem Durchschnittswert liegen (durchschnittliche Differenz von 204 kg bzw. 251 kg, sh. Abbildung 65).

Müll pro Person in kg pro Jahr und Vergleich mit österreichischen Daten

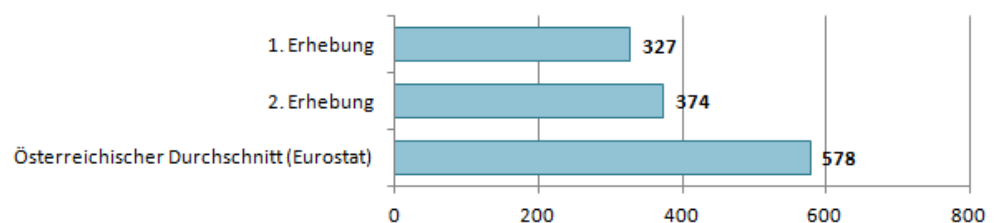


Abbildung 64: Müll pro Person in kg pro Jahr und Vergleich mit österreichischen Daten

Wie in Abbildung 65 ersichtlich, macht den größten Umfang des erzeugten Mülls pro Monat der Restmüll aus, gefolgt von Papier-, Bio-, Glas-, Plastik- und Metallmüll. Generell haben sich die Müllmengen nicht signifikant verringert, es sind jedoch teilweise sehr leichte, nicht signifikante, Tendenzen zu einer Verringerung des Plastikmülls und einer Zunahme des Papier-, Bio-, Glas- und Metallmülls festzustellen.

¹⁹ Siehe die Umrechnungstabelle unter http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Datenerhebung/33_A_Umrechnungsfaktoren.pdf (letzter Zugriff: 1.10.2015)

²⁰ Der Durchschnittswert von Eurostat ist jedoch nur bedingt mit den erhobenen Werten vergleichbar und sicher zu hoch, da in dieser Müllmenge auch Sperrmüll, Gartenmüll bzw. Straßenkehrschutt (von öffentlichen Dienstleistern), der Müll aus Abfalleimern bzw. auch Müll von kleinen Unternehmen, Bürogebäuden und staatlichen Institutionen beinhaltet.

Müll pro Person in kg pro Monat nach Müllarten

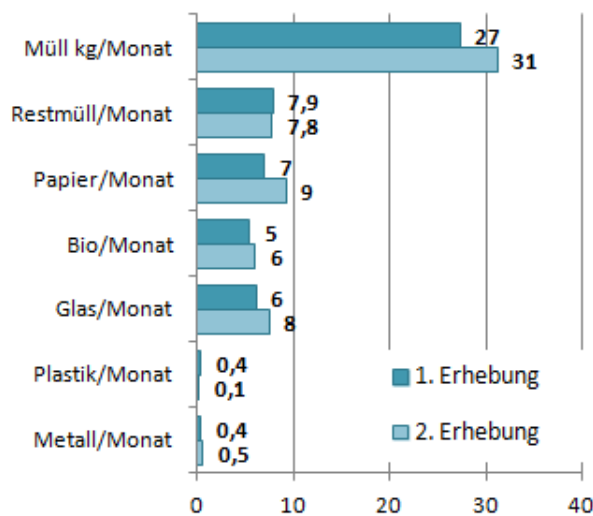


Abbildung 65: Müll pro Person in kg pro Monat nach Müllarten

Mehrere Befragte äußerten schon vor dem Einzug in das Projekt den Wunsch, weniger Müll zu erzeugen, was jedoch aufgrund des Verpackungsmülls, der v.a. bei in Supermärkten gekauften Produkten anfällt, schwer möglich sei: Plastikfrei zu kaufen sei laut einem Befragten schwer und teuer. Es wurde die Vermutung geäußert, dass dieser durch die Nutzung der Food-Coop und des Salons am Park (in dem es laut einer Befragten nur wenig Verpacktes gebe), den Besuch von Mittags- bzw. Abendtisch, den Bezug einer Bio-Kiste bzw. eines Ernteanteils (wie in Kapitel 4.5 geschildert, werden diese nun häufiger bezogen als vor dem Einzug) und individuelle Müllvermeidungsstrategien reduziert worden sein könnte. Wie oben geschildert, ist dies anhand der quantitativen Daten nicht zu bestätigen. Auch zwischen TeilnehmerInnen und Nicht-TeilnehmerInnen an der Food-Coop konnten hinsichtlich des Müllaufkommens keine eindeutigen bzw. signifikanten Unterschiede im Müllaufkommen festgestellt werden. Die im Rahmen des Wohnprojekts ermöglichten Strategien zur Müllvermeidung haben also (noch) nicht dazu geführt, die Müllmengen signifikant zu verringern.

Schon zum Zeitpunkt der Ersterhebung trennen die qualitativ Befragten, wie auch das Sample der quantitativen Erhebung, einen Großteil ihres Mülls. Drei Befragte verfügen zusätzlich über die Möglichkeit, Biomüll über den Kompost zu entsorgen, z.B. anhand eines speziellen Kompostiersystems mit Mikroorganismen, dem Bokashi-Kübel. Es wurden jedoch auch Ausnahmen bei der Mülltrennung genannt, etwa bezüglich des Biomülls. Dieser wird öfter nicht oder ungern getrennt, weil die Wege zur Entsorgung zu lang oder umständlich sind oder weil dieser unangenehm riecht – was das Tragen des Mülls zusätzlich „mühsam“ macht, wie eine Befragte es ausdrückt. Hinzu kommt, dass drei Befragte auch anmerken, sehr viel Biomüll zu haben und diesen daher sehr häufig entsorgen zu müssen. Einige Befragte geben an, nur wenig Plastikmüll zu haben.

Auch wenn alle Befragten Müll trennen, so sind dennoch **unterschiedliche Ausprägungen von Engagement und Wissen** bezüglich der Mülltrennung vorhanden. Besonders engagierte TrennerInnen geben an, dass ihnen Mülltrennung persönlich sehr wichtig sei und sie dies „sehr bewusst“ und „feinsäuberlich“ tun. Sie probieren z.T. auch verschiedene, mehr Aufwand erfordernde Methoden der Mülltrennung aus, etwa spezielle Kompostier-Methoden. Eine dieser Interviewten

schildert jedoch auch Grenzen ihres Engagements, wenn etwa bestimmte Mülltrennungsarten aus ihrer Sicht bezüglich der Effizienz und des Ressourcenverbrauchs nicht sinnvoll erscheinen.

Andere Befragte geben an, bezüglich der Mülltrennung noch **Wissenslücken** zu haben: Öfters wurden diese bezüglich der Kompostierung genannt, aber auch bezüglich der richtigen Mülltrennung (z.B. die Entsorgung von Produkten mit Plastik- oder Metallanteilen) und der weiteren Verarbeitung des Mülls (so wurde die Vermutung geäußert, dass Plastikmüll in Wien verbrannt werde²¹). Ein Befragter schildert einen Lernprozess, den er bei sich selbst in letzter Zeit beobachtet habe (der mit dem Annehmen der „Haltung“, dass auch Veränderungen „im Kleinen“ wichtig seien, einherging) und der dazu geführt habe, dass er sich inzwischen an diese neuen Mülltrennungsroutinen „gewöhnt“ habe. Diese durch Routinen erzeugten Gewöhnungseffekte führen bei mehreren Befragten dazu, dass sie einerseits inneren Widerstand spüren, wenn ihnen die Mülltrennung nicht möglich sei und andererseits sehr irritiert sind, wenn andere Menschen Müll falsch trennen oder diesen auf der Straße liegen lassen: Allein der Gedanke, z.B. Glas in den Restmüll zu geben oder die falsche Müllentsorgung zu beobachten, tue manchen Befragten „weh“.

Neben umweltbezogenen werden auch andere **Gründe** angegeben, um Müll zu trennen: ein weniger unangenehmer Geruch aufgrund der Trennung des Biomülls, das „sauberere“ Trennen von Müll und auch pädagogische Gründe wurden von zwei Befragten genannt (die Kinder soll(t)en das Mülltrennen von den Müttern lernen).

Fehlende **Möglichkeiten der Müllsammlung in der unmittelbaren Wohnumgebung** beklagen zum Zeitpunkt der Ersterhebung mehrere Befragte (insbesondere bezüglich Bio- und Plastikmüll). Es stellt einen Aufwand dar, die alltäglichen Wege mit den oft verschiedenen für die Müllentsorgung notwendigen Wegen zu koordinieren – nach einer Befragten ist hier schon ein dreiminütiger Umweg auf dem Weg zur Arbeit eine „psychologische Hürde“. Nicht ausreichend vorhandene Sammelinfrastruktur in der **Wohnung** ist ebenfalls eine Erschwernis der Mülltrennung. Nicht geeignete oder „über die Wohnung verteilte“ Behälter und eine für die Lagerung von Müll zu kleine Wohnfläche behindern das Trennen.

Durch die **Schaffung eines neuen materiellen Elements** der Praktik der Mülltrennung in Form des **Müllraums** wird die alltägliche Organisation dieser Praktik nach dem Einzug wesentlich erleichtert. Man könne nach einem Befragten nun „mit Hausschlapfen“ den Müll entsorgen und das längere Herumtragen des Biomülls (das eine Interviewte „gehasst“ habe) ist nun nicht mehr nötig. Die Mülltrennung sei nun einfacher, „angenehm“, „weniger mühsam“ bzw. „praktisch“ geworden. Für zwei Interviewte ist der Raum auch ästhetisch sehr ansprechend (er sei ein „Müll-Palazzo“). Die Möglichkeit, das Hinuntertragen des Mülls mit nachbarschaftlichen Gesprächen zu verbinden, erwähnt eine Befragte ebenfalls als vorteilhaft.

Die nun **kürzeren Wege** für die Müllentsorgung haben aus Sicht der qualitativ Befragten die Trennung bestimmter Müllarten (z.B. Biomüll) und das Entsorgen auch kleinerer Mengen bestimmter

²¹ Dies ist nach Informationen der Wiener Magistratsabteilung 48 nicht der Fall: <https://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/beratung/muelltrennung/mythen-muellentsorgung.html>

Müllarten gefördert. Bei den schon vor dem Einzug engagierten MülltrennerInnen hat sich das Mülltrennverhalten hingegen nicht verändert.

Betrachtet man nun die **Anteile der Haushalte, die bestimmte Müllarten trennen**, so ist festzustellen, dass es bei Bio- und Metallmüll zu einer, allerdings nicht signifikanten, Zunahme an TrennerInnen gekommen ist: 20% mehr Haushalte trennen Biomüll und 19% Haushalte mehr Biomüll. Beim Plastikmüll ist es jedoch zu einer Abnahme der Trennrate um 15% gekommen und beim Glasmüll um 5% (Abbildung 66).

Im Vergleich mit den Wiener Daten (Statistik Austria 2013) zeigt sich, dass die Trennrate im Wohnprojekt schon vor dem Einzug insbesondere in Bezug auf Biomüll deutlich höher als im Wiener Durchschnitt war (um 20% bei der Erst- und um 40% bei der Zweiterhebung). Metall-, Glas- und Papiermüll wurden von den WP-Mitgliedern ebenfalls schon vor dem Einzug im Vergleich zum Wiener Durchschnitt häufiger getrennt. In Bezug auf Plastikmüll ist die Trennrate mit dem Einzug in das Wohnprojekt leicht unter den Wiener Durchschnitt von 76% gesunken, davor war sie leicht darüber.

Trennraten vor und nach dem Einzug und Vergleich mit Wiener Daten

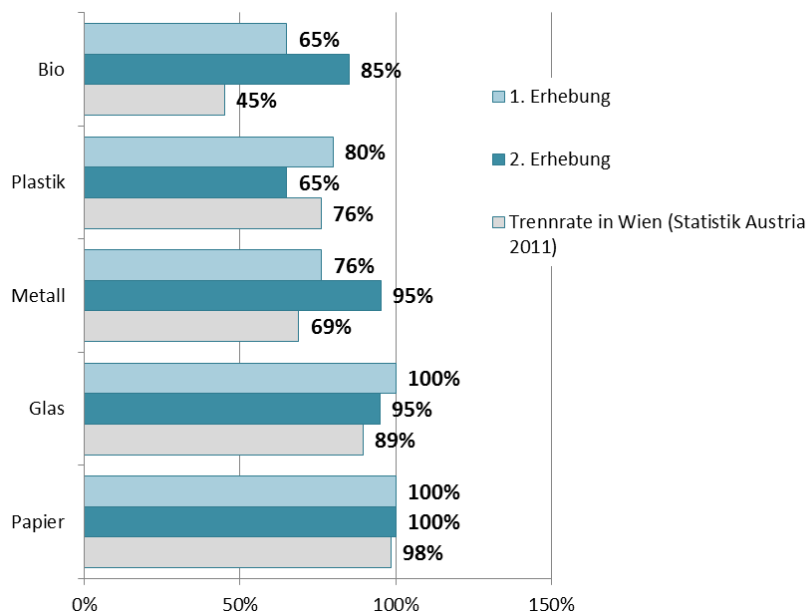


Abbildung 66: Trennraten vor und nach dem Einzug (n=20) und Vergleich mit Wiener Daten

Dass die Veränderungen in Bezug auf die Trennraten nicht signifikant sind, ist auf **die schon vor dem Einzug in Teilaspekten hohe Trennrate** der WP-Mitglieder zurückzuführen. Dennoch sind hier in Bezug auf Metall- und Biomüll Zunahmen der Trennrate festzustellen, was vermutlich durch die Erleichterung der Trennung durch den Müllraum erklärbar ist.

Lediglich der **Plastikmüll**, der nun seltener als zuvor getrennt wird, stellt hier eine Ausnahme dar. Eine mögliche, auch im Rahmen der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern genannte Interpretation dafür ist die, dass mehrere Haushalte im Wohnprojekt gar keinen bzw. kaum Plastikmüll (also die in Wien gesammelten PET-Flaschen) haben und diesen daher auch im Fragebogen nicht angegeben haben. Die leichte Reduktion der Trennrate bei Glasmüll könnte laut einem WP-Mitglied auf die hohe Anzahl an gesammelten Pfandflaschen zurückzuführen sein.

Wie bei allen anderen kollektiven Einrichtungen ist auch beim Müllraum die Kommunikation und Einhaltung von **Nutzungsregeln** nötig. Schon vor dem Einzug äußern BewohnerInnen – je nachdem, wie stark sie bezüglich der Mülltrennung selbst engagiert sind bzw. wie hoch das diesbezügliche Wissen ist – Befürchtungen hinsichtlich der Mülltrennung im Wohnprojekt: Einerseits, dass man nicht alles „richtig“ mache, da die Ansprüche anderer Mitglieder sehr hoch seien oder andererseits, dass sich nicht alle BewohnerInnen an die Regeln halten. Doch auch von engagierten Mitgliedern wird, trotz der „Versuchung (...), andere dazu zu nötigen, es auch so genau zu nehmen wie ich“, betont, dass hier ein „Mittelweg“ gefunden werden müsse. Befragte mit Wissenslücken bezüglich der Mülltrennung geben jedoch auch explizit an, im Kontext des Wohnprojekts durch das Wissen anderer Wohnprojektmitglieder beeinflusst werden zu wollen, hier also auch dazulernen zu wollen.

Nach dem Einzug zeigt sich nun, dass die Regeln nicht von allen BewohnerInnen in der gleichen Weise eingehalten werden (z.B. wurde beobachtet, dass Kartons nicht gefaltet und Biomüll nicht richtig getrennt wurde), was von manchen Befragten problematisiert wird. Eine Interviewte vermutet hier weniger zu geringes Wissen in Bezug auf die richtige Nutzung, sondern vielmehr einen Mangel an Umsetzung dieses Wissens in die richtige Handlung. Wie auch bei der Nutzung der Waschküche (sh. Kapitel 4.11) könnte hier eine Überforderung mancher BewohnerInnen mit den Ansprüchen verschiedener Praktiken und die sich daraus ergebende Tendenz, bei der Müllentsorgung ‚Abkürzungen‘ zu nehmen, eine Rolle spielen. An dieser Situation wird sichtbar, dass es, anders als in konventionellen Wohnbauten, im Wohnprojekt keine offizielle ‚Autorität‘ wie z.B. eine Hausverwaltung gibt, die auf falsches Trennverhalten hinweisen kann. Eine Befragte erwähnt jedoch einzelne Personen, die diese Aufgabe teilweise übernehmen (nicht alle Befragten fühlen sich dazu „geeignet“). Auch die UG Ökologische Lebensführung möchte hier Richtlinien (zumindest was die Umweltaspekte der Nutzung betrifft) klarer kommunizieren.

Auch nach dem Einzug notwendig sind die **Organisation der Mülltrennung in den Haushalten** bzw. die Schaffung der dafür notwendigen materiellen Infrastruktur, etwa die richtige Anzahl, Größe und effiziente Unterbringung von Behältern. Neben dem schon oben erwähnten unter den WP-Mitgliedern schon vor dem Einzug verbreiteten Hinweis, bei der Planung der neuen Wohnung darauf zu achten, war auch der Umzug in eine neue, nicht eingerichtete Wohnung und die Möglichkeit, auf die Planung der Küche Einfluss zu nehmen, erleichternd. In alten Wohnkontexten war dies teilweise schwer möglich.

4.11. Wäschewaschen



Das Wäschewaschen ist eine Praktik, die in verschiedene Sub-Praktiken (Wäsche Auf- und Abhängen, Sammeln, Bedienen der Waschmaschine usw.) unterteilbar ist. Im Folgenden werden vor allem materielle bzw. infrastrukturelle Elemente der Praktik, die sich mit dem Einzug verändert haben, und die Auswirkungen dieser Veränderung auf die performances des Wäschewaschens beleuchtet. Doch auch die Annahme der Befragten von nachhaltigeren performances (bzw. die Ablehnung weniger nachhaltiger performances) des Wäschewaschens und die damit verknüpften Bedeutungen werden beschrieben.

Schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt betonten mehrere Befragte, beim Wäschewaschen verschiedene ökologisch relevante Dinge zu beachten. Dazu zählen das Vollfüllen der Waschtrommel, die möglichst lange Verwendung von Kleidung, eher niedrige Waschttemperaturen, die Vermeidung des Wäschetrockners, die Wahl sehr kurzer oder spezieller Waschprogramme, die sparsame Dosierung des Waschmittels und das Beachten verschiedener, u.a. ökologischer Kriterien beim Kauf von Waschmitteln.

So wäscht die Mehrzahl der qualitativ und quantitativ Befragten die meiste Wäsche mit **40 Grad** (8,3 Mal pro Monat vor dem Einzug bzw. 8,7 Mal danach, sh. Abbildung 67). Waschgänge mit 50-85 Grad werden durchschnittlich 3,8 Mal vor dem Einzug bzw. 3,3 Mal nach dem Einzug durchgeführt, Waschgänge mit 90 Grad oder mehr durchschnittlich alle zwei Monate vor und nach dem Einzug. Mit höheren Temperaturen (meist 60 Grad, 90 Grad wird gar nicht oder sehr selten gewaschen) wird von den meisten qualitativ Interviewten nur ausnahmsweise gewaschen, z.B. Geschirrtücher, Handtücher und Windeln. Bezüglich der Temperatur der Waschgänge sind keine signifikanten Unterschiede in der Vorher-Nachher-Analyse feststellbar, lediglich eine sehr leichte Tendenz zu niedrigeren Temperaturen. Der **Wäschetrockner** wird von nur drei Befragten überhaupt und wenn, dann selten und vor allem im Winter verwendet, etwa für Handtücher, oder wenn es „schnell gehen muss“.

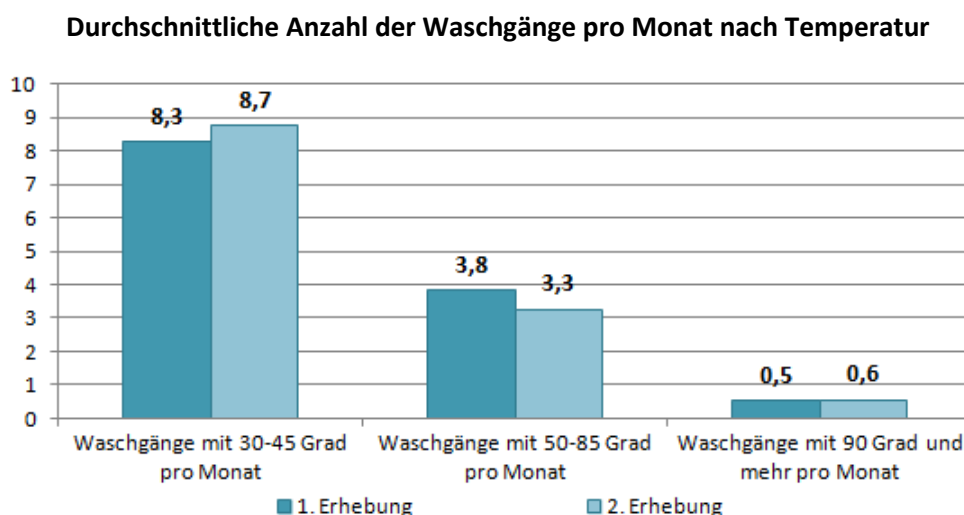


Abbildung 67: Durchschnittliche Anzahl der Waschgänge pro Monat nach Temperatur (n=23)

Von fast allen qualitativ Interviewten werden duftendes, mit optischen Aufhellern versehenes **Waschmittel** bzw. Weichspüler abgelehnt. Weichspüler ist aus Sicht einer Befragten „gesundheitsschädlich“. So habe sie, als ihre Kinder klein waren, bemerkt, dass diese mit

Weichspüler gewaschene Wäsche überhaupt nicht vertragen, auch andere Familien möchten die Windeln der Kinder nicht damit waschen.

Bevorzugt werden Waschmittel in Öko-Qualität, die für sensible Haut geeignet bzw. nachhaltigkeitszertifiziert sind. Bezüglich der Öko-Waschmittel haben jedoch vier Befragte schlechte Erfahrungen gemacht, diese würden die Wäsche nicht richtig sauber machen bzw. würde diese nach dem Waschen schlecht riechen. Auffällig ist, dass mehrere Befragte hier verschiedene Alternativen (bis hin zu Waschnüssen und -bällen) ausprobiert haben, aber nicht dabei geblieben sind. Aus ökologischen Gründen eigentlich abgelehnte Waschmittel, die eine starke „antibakterielle“ Wirkung haben, werden von einem Haushalt im Fall einer negativen Geruchsentwicklung von Handtüchern dennoch verwendet („Muffeln ist ein K.O.-Kriterium“).

Bei der Wahl des Waschmittels ist also eine starke Verschränkung gesundheits- und umweltbezogener Motive zu erkennen, die bei Kindern im Haushalt zusätzliches Gewicht erhalten, bei einer Nichterfüllung von Sauberkeitsstandards jedoch wieder entkräftet werden. Mit der Möglichkeit, sich im Wohnprojekt im Rahmen der kollektiven Ausführung von Praktiken gegenseitig zu beobachten werden auch die von anderen BewohnerInnen genutzten Waschmittel in der Waschküche bemerkt. So schilderten Interviewte, dass diese oft nicht ökologisch seien. Die noch in Gründung befindliche UG Ökologische Lebensführung überlege laut einer Befragten, Empfehlungen bezüglich besonders nachhaltiger Waschmittel abzugeben.

Das **Vollfüllen der Waschmaschine** ist ebenfalls fast allen Interviewten ein Anliegen, aus ökologischen Gründen, aber auch, weil man generell möglichst selten waschen möchte (nach einer Interviewten ist es dabei hilfreich, über viel Kleidung zu verfügen). **Kleidung möglichst lange zu verwenden** und nicht „unnötig“ zu waschen wird von zwei Befragten explizit erwähnt. Ein Befragter meint, sich daraus einen „Sport“ zu machen. Die möglichst **geringe Dosierung von Waschmitteln** wird ebenfalls von drei Interviewten genannt. In dem Zusammenhang problematisiert eine Befragte die starke Assoziation von Sauberkeit mit Waschmittelverbrauch sowie Normen, die bezüglich des täglichen Wechsels von Kleidung existieren.

Haushalte mit Kindern unterscheiden sich beim Wäschewaschen, wie auch bei vielen anderen untersuchten Praktiken, von denen ohne Kinder. Neben der oben erwähnten zusätzlichen Motivation, ökologisches Waschmittel zu kaufen, berichten alle Befragte mit kleinen Kindern davon, sehr viel Wäsche waschen zu müssen. So findet eine Mutter, dass ihr Kind „so viel Gewand [habe], der patzt sich so oft an, das ist ein Wahnsinn irgendwie“ und ein Vater meint, dass die Wäsche der Kinder nur ca. zwölf Sekunden lang sauber bleibe. Eine weitere Interviewte erwähnt das notwendige exakte Timing des Waschens und des Aufhängens der Wäsche, womit sie „fast täglich konfrontiert“ sei. Stoffwindeln erfordern zudem recht hohe Waschttemperaturen (90 Grad).

Im Rahmen des Wohnprojekts wurde die kollektive Einrichtung der **Waschküche** mit zwei Waschmaschinen und einem Trockner geschaffen, die im Untergeschoß des Gebäudes angesiedelt ist. WP-Mitglieder, die diese nutzen wollen, können sich in eine Liste eintragen, in der 1,5 Stunden pro Waschgang vorgesehen sind. Der pro Waschgang zu zahlende Betrag kann in eine Dose geworfen werden. Die Waschmittel einiger BewohnerInnen stehen ebenfalls dort.

Eine deutliche und auch signifikante Änderung durch den Einzug in das Wohnprojekt ist bezüglich der **gemeinschaftlichen Nutzung von Waschmaschinen** feststellbar (Abbildung 68): Während sich vor dem Einzug nur 25% der Befragten die Nutzung teilten, tun dies nun 55%. 30% der Befragten teilten die Nutzung vor dem Einzug demnach nicht, danach schon. Diese Veränderung ist durch die neue materielle Infrastruktur, die im Wohnprojekt durch die Waschküche geschaffen wurde, zu erklären.

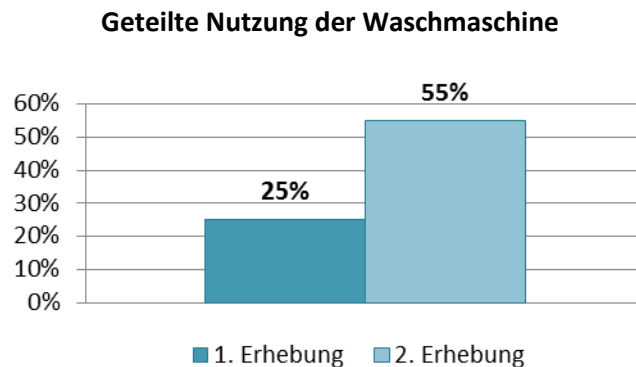


Abbildung 68: Geteilte Nutzung der Waschmaschine (n=20)

Befragt nach der **Häufigkeit der Nutzung der Waschküche** geben die meisten Befragten (insgesamt 69%) an, diese 1-3 Mal pro Monat oder öfter, also relativ regelmäßig, zu nützen (Abbildung 69). Nur gelegentlich (einmal alle zwei Monate oder seltener) nützen 31% der Befragten die Waschküche.

Wie oft nutzt Ihr Haushalt derzeit durchschnittlich die Waschmaschinen in der Waschküche?

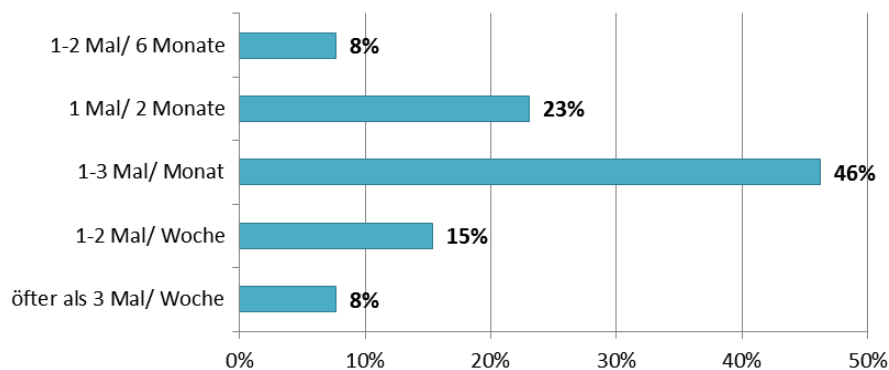


Abbildung 69: Wie oft nutzt Ihr Haushalt derzeit durchschnittlich die Waschmaschinen in der Waschküche? (n=13)

Eine Nutzerin der Waschküche vermutet im Vergleich zur Zeit vor dem Einzug nun **seltener als früher zu waschen**, da man der „Verlockung“ leichter widerstehe, kleine Wäschemengen zu waschen. Anhand der quantitativen Daten kann jedoch kein signifikanter Unterschied zwischen regelmäßigen NutzerInnen und anderen Befragten hinsichtlich der Waschküchenhäufigkeit festgestellt werden – dies könnte auch am schon vor dem Einzug von mehreren Befragten geäußerten Bemühen liegen, die Waschmaschine möglichst voll zu füllen.

Insgesamt vier qualitativ Interviewte hatten **schon vor dem Wohnprojekt eigene Erfahrung mit der Nutzung einer Waschküche**, zwei davon im Wohnkontext unmittelbar vor dem Einzug. Es ist vermutlich kein Zufall, dass diese Befragten zum Zeitpunkt der Zweiterhebung zu den *regelmäßigen* NutzerInnen der Waschküche zählen: Sie haben ihre Waschroutinen in der Vergangenheit schon einmal im Rahmen kollektiven Waschens umgestellt, daher fiel es für sie auch leichter, sich im Wohnprojekt wieder darauf einzustellen. Andere qualitativ Interviewte nutzen die Waschküche nur **für spezielle Arten von Wäsche** wie Decken, Jacken und Matratzenbezüge.

Der **Wäschetrockner** in der Waschküche wird von den meisten Befragten nicht genutzt, aus prinzipiellen Gründen, vorwiegend aber, weil aufgrund der niedrigen Luftfeuchtigkeit in den Wohnungen keine Notwendigkeit für das zusätzliche Trocknen von Wäsche besteht. Wenn er genutzt wird, dann für „schwere, große Stücke“ oder wenn „es sich mit dem Aufhängen nicht ausgeht oder wenn man schnell Wäsche braucht“.

Dass 45% der Haushalte trotz Waschküche nicht auf die eigene Waschmaschine verzichten wollen, ist nur teilweise durch die **Materialität der alten Waschmaschine**, die in die neue Wohnung mitgenommen wurde, erklärbar. Schwerer scheint die **Schwierigkeit** zu wiegen, die **kollektive Form des Wäschewaschens in den Alltag zu integrieren** – so wird der Aufwand einer notwendigen Routineänderung vom individuellen hin zu einem kollektiven Waschen als hoch eingeschätzt, insbesondere, wenn Kinder im Haushalt leben. Wie oben schon beschrieben, erschwert die Organisation, die hohe Wäschemenge und die Wäscheart das Wäschewaschen für Haushalte mit Kindern nicht nur das individuelle, sondern insbesondere auch das kollektive Wäschewaschen. Die Erledigung der Wäsche „nebenher“, also neben anderen Praktiken, ist durch die größere räumliche Distanz schwerer möglich bzw. muss zumindest anders organisiert werden.

Ganz ähnliche Gründe wie auch bezüglich des Carsharings werden bezüglich der Nicht-Nutzung der Waschküche angegeben: die nicht garantierte Verfügbarkeit der Waschmaschine und der mit der kollektiven Nutzung einhergehende Planungsaufwand. Die ständige Verfügbarkeit der individuellen Waschmaschine ermöglicht eine leichtere Integration in den Alltag, da die zeitliche Koordination mit anderen Praktiken weniger aufwändig ist (aber dennoch weiterhin existiert, da ja Wasch- und Aufhängzeiten nach wie vor berücksichtigt werden müssen).

Wie auch beim Carsharing sind die Befürchtungen der Nicht-NutzerInnen, die kollektive Einrichtung nicht spontan oder nur mit großem Aufwand nutzen zu können, bei den *NutzerInnen* jedoch nicht vorhanden. Diese sind sowohl mit der Qualität der Maschinen als auch mit der Organisationsweise der Waschküche zufrieden: Sie sei „sehr konfliktfrei“, „total einfach und unkompliziert“ und die Waschküche sei nicht „überbucht“. So ist das Eintragen in die Waschküchenliste nicht unbedingt notwendig und auch spontane Nutzung möglich bzw. wird die Nutzung nicht als aufwändig empfunden. Diese Wahrnehmung der Nicht-NutzerInnen könnte durch den antizipierten Aufwand für die Veränderung der Routinen bei kollektiver Nutzung (welche die NutzerInnen schon vollzogen haben), Ängste in Bezug auf eine zu geringe Verfügbarkeit der Waschmaschinen und die Konsequenzen für die Alltagsorganisation, aber auf Seiten der NutzerInnen auch durch einen Versuch der Reduktion kognitiver Dissonanz erklärt werden.

Wie auch bei allen anderen kollektiven Einrichtungen werden auch in der Waschküche die im Rahmen einer kollektiven Nutzung notwendigen **Regeln** nicht immer eingehalten. Auch darin zeigt sich ein Unterschied zur privaten Nutzung: Bei dieser ist es z.B. möglich, die Wäsche einfach länger in

der Maschine zu lassen, bei kollektiver Nutzung führt dies zu einer Reihe von Problemen. Die Waschgänge der anderen NutzerInnen müssen immer mitbedacht werden: etwa durch das Bereitstellen eines Behälters für die noch nicht abgeholte Wäsche oder den Verzicht auf eine Nutzung, wenn Andere zu dem Zeitpunkt schon einen Waschtermin in die Liste eingetragen haben. Wie auch eine Befragte vermutet, spielt hier die Vielzahl von anderen alltäglich zu verrichtenden Praktiken z.B. „gestresster, junger Eltern“ wahrscheinlich eine Rolle.

Auch wenn die **Materialität der Waschküche** die Etablierung einer kollektiven Waschpraktik zwar prinzipiell ermöglicht hat, so ist sie dennoch nicht in allen Aspekten ideal für eine reibungslose bzw. effiziente Durchführung der Praktik: Es fehlt aus Sicht der NutzerInnen Raum, um Wäsche aufzuhängen bzw. wird der Raum als prinzipiell zu klein wahrgenommen. In der Feedback-Runde mit WP-Mitgliedern wurden als Gründe für die Planungsentscheidung die Schwierigkeit der Planung der Waschküche sowie die zu hohen Kosten, die mit der Errichtung eines eigenen Trockenraums, auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Balkone, genannt. Auch eine eventuell zu kleine ‚Lobby‘ der zukünftigen WaschküchennutzerInnen bei der Planung des Gebäudes könnte ein Grund gewesen sein (dies wird in Interviews zumindest in Bezug auf den Vergleich der großzügigen Sauna am Dach und der zu klein geratenen Waschküche im Keller angedeutet). Die Planung der Waschküche sorgte jedenfalls schon in der Planungsphase des Projekts für viele Diskussionen.

Anhand der Planung der Waschküche wird sichtbar, wie sehr Planungsentscheidungen über materielle Gegebenheiten die Nutzung von Gemeinschaftsräumen beeinflussen. Im Rahmen der Feedback-Runde wurde erwähnt, dass im Nachhinein betrachtet einige den Teil der Gemeinschaftsräume, in dem sich auch die Waschküche befindet, anders planen würden. So störe der durch die Waschküche und den nebenan liegenden Werkstattraum verursachte Lärm manchmal Veranstaltungen in den Flex-Räumen.

Zwischen Waschpraktiken und der Materialität bzw. der Funktionalität des **Niedrigenergiehauses** hat sich eine interessante Beziehung ergeben: Die aufgrund der Wohnraumbelüftung niedrige Luftfeuchtigkeit hat zu kürzeren Trockenzeiten der Wäsche und dazu, die Wäscheständer nicht wie teilweise geplant am Balkon, sondern in der Wohnung aufzustellen, geführt.

4.12. Energiekonsum



Energiekonsum ist keine Praktik, sondern vielmehr ein Element vieler Praktiken (Gram-Hanssen 2010). Im Folgenden werden weniger die verschiedenen Praktiken analysiert, in deren Rahmen Energie konsumiert wird, sondern die technologiebezogenen, infrastrukturellen und materiellen Elemente des Energiekonsums (Wahl des Stromanbieters, Ausmaß des Energieverbrauchs, Heizsysteme, Geräte) und die Praktiken des Umgangs mit diesen Technologien bzw. des Energiesparens.

Die von den qualitativ Interviewten angegebenen **Motive**, den Energieverbrauch möglichst niedrig halten zu wollen, sind divers: Neben ökologischen gibt es auch gesundheitliche und auf das Wohlbefinden bezogene (niedrigere Temperaturen, insbesondere in den Schlafräumen, seien gesünder bzw. angenehmer; die bessere Regulationsmöglichkeiten der neuen Therme ermöglichen ein angenehmeres Raumklima) sowie politische (für einen Befragten war die Wahl von Öko-Strom eine politische Entscheidung) Gründe. Die Reduktion von Energiekosten ist ebenfalls für mehrere der Befragten ein wichtiges Motiv – ein Interviewter meint dazu, dass er nur etwas an seiner Energieversorgung ändern würde, wenn die Kosten zu hoch werden würden. Die Wahl der Heizform kann aber auch aus Überlegungen der Vorsorge erfolgen, so erzählt ein Befragter u.a. deswegen einen Holzofen zu haben, um unabhängig von Gaslieferungen aus Russland sein zu können.

Dass verschiedene Motive durchaus miteinander in ‚Konkurrenz‘ treten können, zeigt das Beispiel einer sehr umweltbewussten Befragten, die sowohl LED- als auch Energiesparlampen aus gesundheitlichen Gründen ablehnt (wegen des Blauanteils des Lichts von LED-Lampen und der Umweltschädlichkeit des Quecksilbers in Energiesparlampen) und daher nach wie vor Glühbirnen verwendet.

Bezüglich der Wahl eines **Öko-Strom-Anbieters** gab es signifikante Veränderungen mit dem Einzug in das Wohnprojekt (Abbildung 70): 90% der befragten Haushalte beziehen nun Öko-Strom im Vergleich zu 33% bei der Ersterhebung. 62% der Haushalte, die zuvor keinen Öko-Strom bezogen, tun dies nun. Sie wirken sich auch, wie im nächsten Kapitel beschrieben wird, auf die CO₂-Emissionen aus. Erklärt werden können sie durch mehrere Faktoren: Aufgrund des kollektiven Umstiegs konnten beim Stromanbieter Rabatte ausgehandelt werden, die den Bezug von Öko-Strom günstiger als den von konventionellem Strom machten. Weiters wurde der Umstieg von einzelnen WP-Mitgliedern organisiert und vorbereitet, der Aufwand (der Recherche, der Aushandlung des Preises sowie des Umstiegs) hielt sich für die meisten BewohnerInnen also in Grenzen. Drittens war es für den Umstieg aufgrund des Umzugs selbst ein günstiger Zeitpunkt: es musste ohnehin ein neuer Vertrag mit einem Stromanbieter aufgesetzt (bzw. der alte Vertrag verlängert) werden.

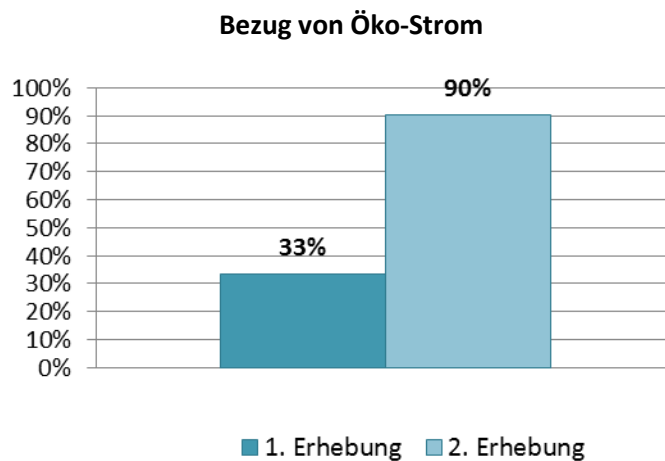


Abbildung 70: Bezug von Öko-Strom (n=21)

Signifikante Änderungen zeigten sich auch bei der **Energieeffizienzklasse der Kühl- und Gefrierkombinationen** (Abbildung 71): alle nach dem Einzug befragten Haushalte, die eine Kühl- und Gefrierkombination besitzen, verfügen über eine der Klassen A+ und höher, während vor dem Einzug nur 36% der Haushalte ein Gerät der Klasse A+ und höher besaßen. Dies liegt vermutlich nicht nur am Umzug selbst, der oft Neuanschaffungen mit sich bringt, sondern ist auch durch die starke Bewusstseinsbildung im Wohnprojekt zu diesem Thema zu erklären. Nicht signifikant, aber höher als vor dem Einzug ist die Energieeffizienz auch bei Geräten wie elektrischen Backrohren und -herden (30% bzw. 25% mehr Geräte mit einer Energieeffizienzklasse von A+ und höher) sowie Geschirrspüler (46% mehr Geräte mit einer Energieeffizienzklasse von A+ und höher).

Auch für diese Veränderung ist wahrscheinlich eine Kombination mehrerer Faktoren verantwortlich: der Umzug in eine nicht eingerichtete Wohnung, der die Neuanschaffung vieler Geräte nötig machte, die Wissensvermittlung zu energieeffizienten Geräten im Wohnprojekt und die Tatsache, dass viele neue Geräte auf dem Markt eine höhere Energieeffizienz als ältere Geräte haben.

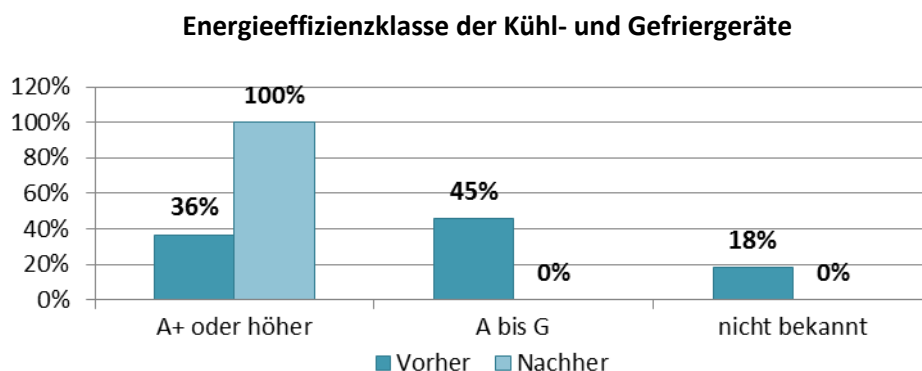


Abbildung 71: Energieeffizienzklasse der Kühl- und Gefriergeräte (n=11)

Auffällige Entwicklungen bezüglich der **Art der vorhandenen Geräte** im Haushalt sind die aufgrund des nicht vorhandenen Gasanschlusses erforderliche Umstellung der Haushalte von gasbetriebenen auf elektrische Backrohre bzw. Herde. Die Mehrheit der Befragten verfügt ansonsten über die gleichen Haushaltsgeräte wie vor dem Einzug. Wie in Kapitel 4.11 schon angeführt, kam es zu einer signifikanten Zunahme an Haushalten, die die **Gemeinschaftswaschküche** des Wohnprojekts nützen.

Doch auch der **Gefrierschrank** wird von Befragten nach dem Einzug häufiger kollektiv genutzt; der Prozentsatz der Befragten, die eine geteilte Nutzung angeben, hat sich von 6% auf 19% erhöht.

Im Bereich des **Stromverbrauchs** werden von mehreren Befragten stromsparende Maßnahmen wie Steckdosenleisten, Energiesparlampen, das Ausschalten des Lichts und energieintensiver Geräte sowie die Wahl energieeffizienter Geräte bei einer Neuanschaffung erwähnt. Diese Maßnahmen wurden auch nach dem Einzug erwähnt – hinzu gekommen ist jedoch die im Rahmen des Wohnprojekts gegen Aufpreis mögliche Installation einer Netzfreeschaltung, die den Strom für alle Räume automatisch abschaltet, wenn kein stromverbrauchendes Gerät genutzt wird. Ebenfalls erwähnt werden die Nutzung einer Zeitschaltuhr für den Router und der Umstieg auf LED-Lampen. Die Nutzung der LED-Lampen war ein diskutiertes Thema im Rahmen des Wohnprojekts, zu dem von einzelnen WP-Mitgliedern auch Informationen recherchiert wurden.

Für das Ausschalten von Steckdosenleisten und von Licht bringen nicht alle Befragten die gleiche Motivation auf: Während dies für die einen zum „Sport“ geworden ist, ist es anderen weniger wichtig bzw. verfügen diese auch nicht über Steckdosenleisten.

Weiters gibt es auch im Bereich des Stromverbrauchs Bedingungen, die von den NutzerInnen nur begrenzt beeinflusst werden können: So erwähnt eine Befragte die „Sollbruchstellen“ vieler Geräte, die eine lange Nutzung verhindern.

Nur ein Haushalt gab schon vor dem Einzug in das Wohnprojekt an, in einem Niedrigenergiehaus zu wohnen. Alle anderen Befragten wohnen also in **weniger energieeffizienten Wohnbauten**, der Großteil davon wurde zwischen 1900 und 1949 errichtet (38%), gefolgt von einem weiteren Drittel, das in von 1950-1999 errichtet wurde (Abbildung 72). Immerhin fast ein Viertel der Interviewten wohnt in Wohnhäusern, die älter als 113 Jahre sind. In neueren, ab 2000 errichteten Wohnhäusern leben nur 8% der Befragten.

Alter der vor dem Einzug bewohnten Wohngebäude

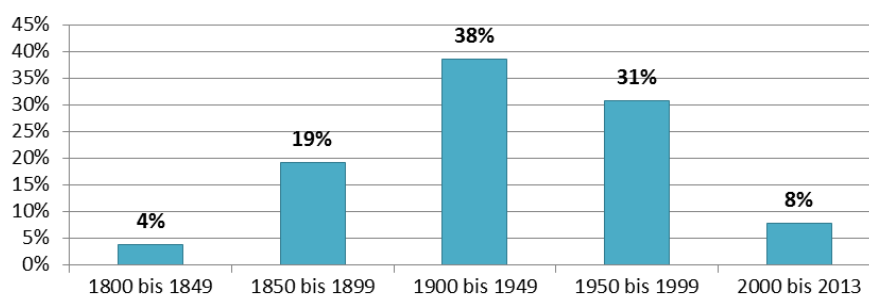


Abbildung 72: Baujahr der vor dem Einzug bewohnten Wohngebäude (n=24)

Obwohl ein größerer Prozentsatz der Befragten in älteren und potentiell sanierungsbedürftigen Gebäuden lebt, gibt nur ein Viertel der Haushalte an, dass diese in den letzten 10 Jahren saniert worden seien (Abbildung 73).

Thermische Sanierung des Wohngebäudes in den letzten 10 Jahren

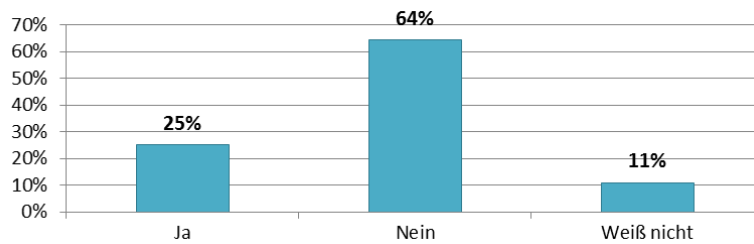


Abbildung 73: Thermische Sanierung des Wohngebäudes in den letzten 10 Jahren (n=26)

Daher ist es nicht verwunderlich, dass zum Zeitpunkt der Ersterhebung von mehreren qualitativ Interviewten **Unzufriedenheit mit der energetischen Wohnsituation** geäußert wird: undichte Fenster, alte Gasthermen, ein spürbarer Windzug, wenig Regulationsmöglichkeiten (z.B. die Existenz von nur einem Thermostat in der ganzen Wohnung), ein als unangenehm empfundenes Raumklima im Winter und eine schlechte Isolierung der Wohnung, die dazu führt, dass viel Wärmeenergie nach draußen abgegeben wird. Nur drei Befragte schildern keine Probleme dieser Art zu haben.

Mehrere Befragte erzählen auch von **Sparmaßnahmen**, die sie ergreifen um die Wärmeenergie bzw. die Kosten dafür zu reduzieren: Abschaltung bzw. Absenkung der Heizung in der Nacht oder bei längerer Abwesenheit, (Veranlassen der) Dichtung bzw. Sanierung der Fenster und Türen, der „Kampf“ um eine neue Therme vom Vermieter, eine kontinuierliche Anpassung des Thermostats (ein Befragter tut dies „sehr bewusst“ jeden Tag und abgestimmt auf den Stundenplan seiner Kinder), Verzicht auf das Beheizen bestimmter Räume und die zusätzliche Isolierung mit Vorhängen und Rollos.

Dass es trotz dieser Maßnahmen „im Gesamtergebnis einfach noch nichts bringt“, da die **baulichen und energieinfrastrukturellen Bedingungen** keine große Reduktion des Verbrauchs ermöglichen, wird von zwei Befragten als frustrierend erlebt. Auch das Rechtsverhältnis in Bezug auf die Wohnung spielt hier eine Rolle: Würde ihr die Wohnung gehören, so hätte sie wohl in bessere Fenster investiert, so eine Interviewte. Im Rahmen des Wohnprojekts ist vor dem Einzug mehr Mitbestimmung möglich als dies bei einer konventionellen Mietwohnung (auch im Neubau) der Fall ist, zudem wird beim Bau des Gebäudes auf Energieeffizienz erhöhtes Augenmerk gelegt.

Eine radikale Veränderung im Bereich des Energiebedarfs für das Wohnen ist demnach für fast alle Befragten der **Umzug in ein Niedrigenergiehaus**. 62% der Haushalte bezogen zum Zeitpunkt der Ersterhebung Gas als Energieträger für ihre hauptsächlich genutzte Heizung, 28% Fernwärme (Abbildung 74). Nach dem Einzug wird aufgrund der Dämmung des Hauses lediglich mit Fernwärme dazu geheizt.

Energieträger der Hauptheizung

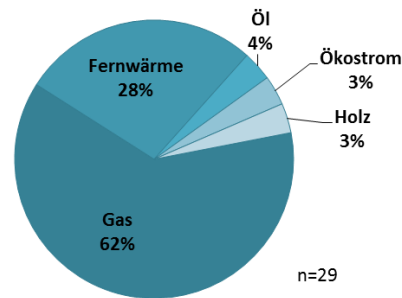


Abbildung 74: Energieträger der Hauptheizung

Generell bewerten die Befragten den **Komfort der Wohnung** mehrheitlich als höher, da diese nun dichter als die alte Wohnung sei und es nicht mehr ziehe, die Böden „angenehm“ warm seien und kein ständiger Wechsel zwischen Heizen und Abkühlen mehr nötig sei. Auch nicht mehr „für die Innenhöfe heizen“ zu müssen wird von einem Befragten positiv angemerkt.

Auch wenn das Heizen im Wohnprojekt im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation für alle Befragten primär eine Änderung der materiellen Infrastruktur (Niedrigenergiehaus, Wohnraumbelüftung, Fußbodenheizung) bedeutet, gehen mit dieser auch **neue, zu erlernende Routinen der Heizungsregulierung** einher. So mussten z.B. neue Routinen in Bezug auf das Heizen und das Öffnen der Fenster entwickelt werden, die sich je nach subjektivem Wärmebedürfnis und -empfinden unterscheiden. So erzählt eine Befragte von fehlgeschlagenen Strategien der Belüftung, die sie angewandt hat, um die Raumtemperatur zu senken, bis sie sich an die für sie ungewohnte höhere Raumtemperatur gewöhnt hat. Auch ist die Regulierung der Heizung in einem Niedrigenergiehaus nur mit Verzögerung möglich. Die subjektive Wahrnehmung des Wohnraumklimas muss(te) mit den **Heizungseinstellungen** bzw. teilweise auch mit der Installation und Aktivierung der Fußbodenheizung koordiniert werden. In manchen Haushalten wurden Heizungsschlangen für bestimmte Zimmer abgedreht oder ganz aus den Böden herausgenommen. Hinzu kommt, dass Niedrigenergiehäuser schon allein aufgrund der eingeblasenen Luft und der Dämmung eine im Vergleich zu älteren Bauten **höhere Grundtemperatur** haben. Kommt Wärme der Heizung oder durch starke Sonneneinstrahlung dazu, so ergeben sich für manche Befragte ‚automatisch‘ ungewohnt hohe Temperaturen in der Wohnung. Auch die Lüftung machte aufgrund ihres Geräuschpegels anfänglich Probleme.

Das neue System führt aber, wie dies einige Befragte schildert, auch zu **Erleichterungen** in der Alltagsorganisation: Während in den früheren Altbauwohnung mit Gastherme eine ständige Regulierung notwendig war, müsse man sich darum nun nur mehr in bestimmten Situationen (starke Temperaturwechsel) kümmern. In der Zeit nach dem Einzug waren also sowohl auf technisch-materieller als auch auf körperlicher und nutzungsbezogener Seite Adaptionsprozesse nötig. Zum Zeitpunkt der Zweiterhebung sind diese großteils, jedoch noch nicht bei allen Befragten zur völligen Zufriedenheit, abgeschlossen.

Die Wohnraumbelüftung erzeugt in den Wohnungen eine eher **niedrige Luftfeuchtigkeit**, die von mehreren Befragten als die Gesundheit bzw. das Wohlbefinden beeinträchtigend empfunden wird. Daher werden in fast allen qualitativ befragten Haushalten Luftbefeuchter eingesetzt. Hier zeigt sich also ein Rebound-Effekt, der sich durch das als negativ empfundene Raumklima ergibt, das Resultat einer eigentlich energieeffizienten Wohnraumbelüftung ist, und zu einer zusätzlichen Anschaffung von Geräten bzw. zusätzlichen Stromverbrauch führt (wie stark dieser Effekt ist, konnte jedoch nicht

berechnet werden). Subjektives Wohlbefinden und Gesundheit sind für die Befragten also in der Abwägung zu Umweltschutzmotiven wenig überraschend prioritär.

Relevant für den Heizverbrauch ist auch die gewählte **Temperatur in den Wohnungen**. Hier zeigt sich eine leichte und nicht signifikante durchschnittliche Erhöhung der Temperatur in den Schlaf- und Wohnzimmern der Befragten (um 0,9 bzw. 0,6 Grad, Abbildung 75).

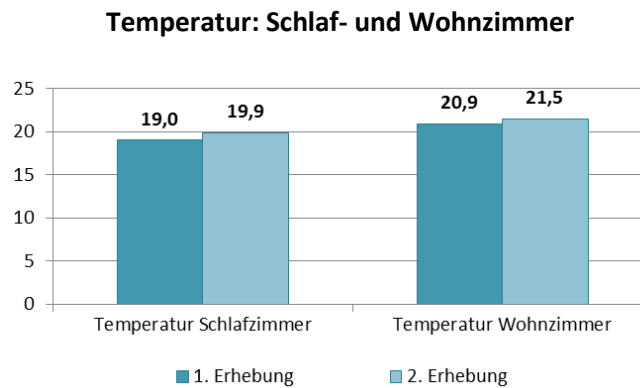


Abbildung 75: Temperatur: Schlaf- und Wohnzimmer (n=22)

Auch von qualitativ Befragten wurde geschildert, dass sie in manchen Wohnungen subjektiv als hoch empfundene Temperaturen wahrgenommen haben. Dafür könnte es mehrere Erklärungen geben, die zum einen mit der neuen materiellen Infrastruktur und der Abstimmung individueller Heizpraktiken auf diese, aber auch mit der Kollektivität des Wohnprojekts zu tun haben. Die durchschnittlich leicht höhere Temperatur könnte zum einen durch die oben beschriebenen Adaptionsprozesse sowie durch die materiellen Gegebenheiten erklärbar sein. Eine andere plausible und im Rahmen der Umweltpsychologie auch schon erforschte Erklärung ist, dass bei kollektiver Abrechnung der Anreiz sinkt, individuell auf den Heizverbrauch zu achten, da die Kosten für den Mehrverbrauch auf die Allgemeinheit aufgeteilt werden. Der Verbrauch der Fußbodenheizung kann nämlich im Wohnprojekt nicht pro Wohnung erhoben werden, was an der rechtlichen Konstruktion des Wohnprojekts als Heim liegt, innerhalb derer es üblich ist, die Heizkosten kollektiv zu erheben und abzurechnen (dadurch konnte der Bauträger auch die Kosten für die Installation von einzelnen Zählern pro Wohnung einsparen).

Eine dritte Erklärung, die jedoch durch das Datenmaterial nicht belegt werden kann, könnte – wie auch bei der Zunahme der Kurzstreckenflüge nach dem Einzug – ein ‚Rebound-Effekt‘ sein: Die vielen Bemühungen um nachhaltigeres Leben des Wohnprojekts könnten dazu geführt haben, die ökologischen Bedenken der WP-Mitglieder bezüglich eines höheren Heizverbrauchs zu reduzieren.

Beim Heizen zeigt sich also eine Wechselwirkung zwischen subjektivem körperlichem Wärmeempfinden, Normen in Bezug auf die gesundheitlich und umweltbezogen „richtige“ Temperatur und den heizungsbezogenen Routinen.

Bei den Erstinterviews geben mehrere Befragte an, dass ihnen die **Einschätzung der Höhe des Energieverbrauchs** eher schwer falle (etwa aufgrund einer nicht vergleichbaren vorherigen Wohnsituation). Alle Befragten erwarteten sich bezüglich des Monitorings des Energieverbrauchs im Kontext des Wohnprojekts eine deutliche Verbesserung, da im Wohnprojekt „Expertise“ vorhanden

sei, diese Informationen aufzubereiten. Tatsächlich werden im Rahmen des Wohnprojekts die einzelnen Haushalte vom Aufwand Informationen über den Energieverbrauch und Einsparungsmöglichkeiten finden zu müssen teilweise entlastet (sh. auch oben zum Umstieg auf Öko-Strom). Neben den Bemühungen um eine Schaffung einer energieeffizienten Infrastruktur bei der Planung des Hauses wird diese von einzelnen WP-Mitgliedern weiterhin gewartet und optimiert (dafür sind unter den WP-Mitgliedern auch berufliche Kompetenzen vorhanden). Weiters wird wie erwähnt bezüglich der Umstellung auf LED-Beleuchtung Wissen gesammelt und verbreitet.

In einzelnen Aspekten verunmöglicht die Kollektivität des Wohnprojekts aber auch die Realisierung individueller Wünsche in Hinblick auf die Energieversorgung: ein befragter Haushalt hatte Vorbehalte gegen die Fußbodenheizung (man wolle nicht „auf einer Wasserader schlafen“ bzw. wurden gesundheitliche Beeinträchtigungen befürchtet) und der Einbau eines Holzofens war nicht möglich (so sei man nach einem Interviewten nun „auf Gedeih und Verderb dem Fernwärmewerk ausgeliefert“).

Trotz der im Vergleich zu den vorherigen Wohnsituationen viel umfangreicheren Möglichkeit des Energie-Monitorings und von Energieeinsparungen im Rahmen des Wohnprojekts sieht ein Befragter noch Verbesserungsbedarf in Bezug auf die Höhe des Energieverbrauchs im Wohnprojekt. So werde zurzeit versucht, die Einschaltzeiten der Gewerbelüftung und bestimmte technische Aspekte zu optimieren. Ein Problem beim Monitoring des Verbrauchs sei, dass der Fernwärmeverbrauch nicht pro Wohnung erhoben werden kann.

4.12.1. CO₂-Bilanzen im Bereich Energiebedarf für Wohnen

Der Bereich „Energiebedarf für Wohnen“ verursacht die große Streubreite von 0,2 bis 85,1 kg CO_{2eq} pro Person und Woche und im war im Durchschnitt mit 25,8 kg CO_{2eq} **vor dem Einzug höher** als nach dem Einzug ins Wohnprojekt (17, 4 kg CO_{2eq}, sh. Tabelle 5, Abbildung 77). Die Streuung innerhalb der Haushalte ist nach dem Einzug aufgrund der gleichen Heizungsart und Warmwasseraufbereitung geringer als vor dem Einzug, wo die verschiedenen Haushalte unterschiedlich Energieträger mit unterschiedlicher Klimawirkung in Verwendung hatten (Gas, Öl, Fernwärme, Holz,...).

Die durchschnittlich **um 34,5% geringeren CO_{2eq}-Emissionen** (16,9 statt 25,8 kg CO_{2eq}) im Bereich „Energiebedarf für Wohnen“ nach dem Einzug in das Wohnprojekt liegen – neben den individuellen Effekten bzgl. der Energieträger vor dem Einzug - auch an dem geringeren Energieverbrauch nach dem Einzug für die Wohnungen (15,4% Einsparung der gesamten verbrauchten kWh (Summe) und 7,9% Einsparung pro m² Nutzfläche).

Tabelle 5: Treibhausgasemissionen im Bereich „Energie für Wohnen“ (in kg CO_{2eq} pro Person und Woche) der befragten Personen im Vergleich vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt

kg CO _{2eq} /Pers/ Woche	Min.	Max.	Mittelwert	Standardabweichung
vor dem Einzug	0.2	85.1	25.8	17.4
nach dem Einzug	12.0	32.7	16.9	4.5
Nach dem Einzug Fernwärme HGT korrigiert	12.5	34.7	17.7	4.8
Nach dem Einzug Fernwärme HGT korrigiert und mit Gemeinschaftsräumen	12.7	35.3	18.0	4.8

Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches „Energie für Wohnen“

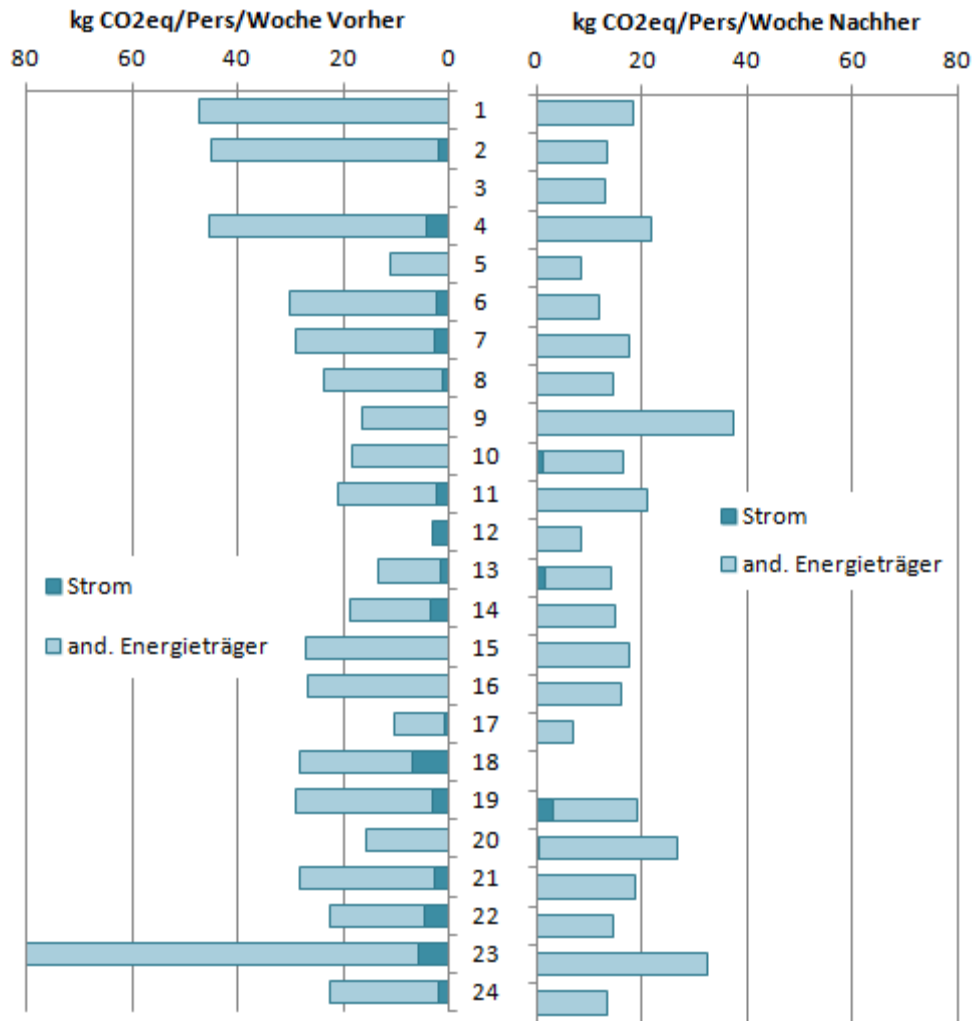


Abbildung 76: Treibhausgasemissionen (kg CO_{2eq}) des Bereiches „Energie für Wohnen“ pro Person pro Woche der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt

Wird der Bereich Fernwärme nach dem Einzug unter der Berücksichtigung der Heizgradtage (HGT) korrigiert²², so wird der Unterschied der geänderten Wohnsituation etwas geringer (31,4% geringere CO_{2eq}-Emissionen), weil nur aufgrund des milderen Winters weniger geheizt wurde. Wird nun auch der Stromverbrauch der Gemeinschaftsflächen berücksichtigt, indem der Verbrauch aliquot auf die Fläche der Wohnungen aufgeteilt wird, so ergibt sich immer noch eine deutliche Einsparung von 30,2%.

Mit dem Wilcoxon-Vorzeichen-Rang-Test wurden beim Vergleich der jährlichen THGE der Haushalte vor und nach dem Einzug signifikante Unterschiede bei den CO_{2eq}-Emissionen für Strom ($p = 0.001$)

²² Im Jahr 2014 wurden 7,6% weniger Heizgradtage gemessen als im Jahr 2013, also weniger kalte Tage, an denen geheizt werden musste.

sowie für den Stromverbrauch in kWh ($p = 0.024$) festgestellt, nicht aber – aufgrund der großen Streuung der Einzelhaushalte – für die $\text{CO}_{2\text{eq}}$ für den gesamten Bereich „Energie für Wohnen“. Die stärkeren Signifikanzen der THGE des Stroms im Vergleich zu den verbrauchten kWh ergeben sich, weil **mehr Haushalte** nach dem Einzug ins Wohnprojekt **Ökostrom** beziehen, der deutlich geringere $\text{CO}_{2\text{eq}}$ -Emissionen verursacht als der durchschnittliche österreichische Strommix.

Werden Datenlücken der Erst-Erhebung mit durchschnittlichen Werten für Österreich aufgefüllt, ergeben sich ebenso signifikante Unterschiede beim den $\text{CO}_{2\text{eq}}$ -Emissionen pro Haushalt (bei Korrektur mit HGT und Gemeinschaftsflächen $p = 0.021$; bei Korrektur mit HGT und ohne Gemeinschaftsflächen $p = 0.015$).

Keine signifikanten Unterschiede wurden im Energieverbrauch pro Haushalt festgestellt, also im Verbrauch der kWh pro Haushalt vor dem Einzug und nach dem Einzug ins Wohnprojekt. Mögliche Ursachen hierfür sind, dass die Befragten nach dem Einzug ins Wohnprojekt eine höhere Zimmertemperatur angeben (Wohnzimmer durchschnittlich $0,6^\circ\text{C}$ wärmer und Schlafzimmer durchschnittlich $1,3^\circ\text{C}$ wärmer in der Heizperiode), wobei die Temperaturunterschiede nicht signifikant sind. Eine weitere mögliche Ursache für einen niedrigeren, aber nicht signifikant niedrigeren Energieverbrauch im Wohnprojekt könnte auch die Datenbearbeitung sein: So wurde etwa für ein Drittel der Haushalte vor dem Einzug mit dem österreichischen Durchschnittswert beim Energieverbrauch gerechnet und dadurch der Energiebedarf in einem Altbau in Wien möglicherweise unterschätzt. Ein Haushalt gibt auch an, vor dem Einzug gar nicht geheizt zu haben, weil durch die schlechte Isolierung die Heizwärme der Nachbarwohnungen für Wohntemperaturen ausreichte. Zusätzlich könnte der Betrieb des Wohnprojekt-Gebäudes im ersten Jahr nach dem Einzug noch nicht optimal laufen. Aus diesem Grund wäre eine kontinuierliche Erhebung des Energiebedarfs ratsam. Aus der Literatur ist bekannt, dass es Diskrepanzen zwischen theoretischem Heizwertbedarf (HBW) pro Wohnfläche und tatsächlichem Energiebedarf gibt (Bauer 2013; Sunikka-Blank / Galvin 2012).

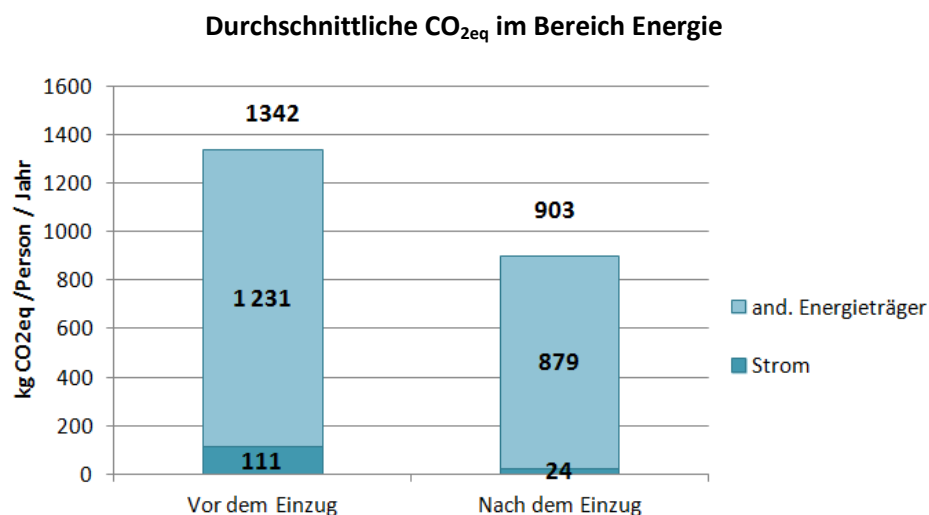


Abbildung 77: Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (kg $\text{CO}_{2\text{eq}}$) des Bereiches „Energie für Wohnen“ pro Person und Jahr vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt

Von einem WP-Mitglied wurde in Zusammenarbeit mit der denkstatt GmbH und dem Architekturbüro eine Ökobilanz für das Wohngebäude erstellt. Ein Vergleich der kalkulierten $\text{CO}_{2\text{eq}}$

pro m² NGF und Jahr des Gebäudes und der tatsächlichen CO_{2eq} ist insofern schwierig, als bei der Berechnung nicht auf dieselben Datenbanken für Emissionswerte zurückgegriffen wird und die Systemgrenzen der LCA weiter oder enger gesteckt sind (z.B. wird nur die Energie für die Heizung oder die gesamte Energie für die Wohnnutzung mit einbezogen). Tabelle 6 gibt über die entsprechenden Werte dennoch einen Überblick.

Tabelle 6 Treibhausgasemissionen pro m² NGF und Jahr in kg CO_{2eq}

	kg CO _{2eq} pro m ² und Jahr
VOR dem Einzug (Heizung, Strom, Warmwasser)	29.8
Ökobilanz (Nutzung)	9.5
NACH dem Einzug (nur Fernwärme)	12.7
NACH dem Einzug (Heizung, Strom, Warmwasser)	20.6

4.13. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung



Eine Änderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung wurde im Wohnprojekt nicht explizit angestrebt, sie wurde in der Studie aber untersucht, weil eine Kollektivierung von Versorgungsarbeit bzw. eine Aufwertung dieser Arbeit dadurch potentiell auch zu einer anderen Aufteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern führen könnte. Bei der Analyse der quantitativen Daten wurden **nur Haushalte herangezogen, in denen Erwachsene beiden Geschlechts wohnen.**

In den Interviews und Gruppendiskussionen wird deutlich, dass die Befragten (sowohl Frauen als auch Männer) über das Thema der geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung immer wieder nachgedacht haben, wenn auch die individuellen Lösungen, die in den Haushalten diesbezüglich gefunden wurden, sich ebenso voneinander unterscheiden wie auch die eigene Haltung dazu. Beides wird wesentlich durch die Lebensphasen und -situationen beeinflusst, in denen sich die Befragten zur Zeit befinden: die der alleinerziehenden Mütter, der voll erwerbstätigen Eltern, der jungen Familien, in denen der/die PartnerIn (meist die Frau) zumindest eine Zeit lang auf Erwerbsarbeit verzichtet und die Hauptverantwortung für die Betreuung der Kinder übernimmt sowie der von Paaren oder alleinlebenden Personen, deren Kinder schon älter bzw. ausgezogen sind.

So werden von **alleinerziehenden Müttern**, welche die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung übernommen haben, die Absprachen mit dem Vater der Kinder bezüglich der Übernahme von (kleinen) Teilen der Betreuungsarbeit als sehr mühsam beschrieben. Die „Letztverantwortung“ der Organisation der Betreuung liege immer bei ihnen. Eine der Befragten nimmt deutlich wahr, dass sie sich „ganz eindeutig in die betreuende Frauenrolle“ habe drängen lassen und deshalb sei diese Frage ein „sehr ((betont)) emotionelles Thema“, das auch durchaus ambivalent sei: So habe sie diese Aufteilung selbst gewünscht, um dem Kind ein fixes „Zuhause“ bieten zu können und sei auch nicht der Meinung, dass jede Arbeit „gleichwertig verteilt sein“ müsse, da die Talente verschieden verteilt seien (was auch durch gelerntes Verhalten begründet sei). Es sei für sie vor allem ein Thema des „Grenzen Setzens“ zwischen Arbeit, Beruf, Kind und Freizeit, das „sehr komplex“ sei. Im Alltag versuche sie, „zu spüren was ich will“ und dies dann auch zu kommunizieren. Die andere alleinerziehende Befragte sieht den Vorteil, allein für alles verantwortlich zu sein darin, dass die Verhältnisse „klarer“ seien, während in anderen Beziehungen die Aufteilung der Arbeit nicht so klar und daher potentiell konfliktbeladen sei.

In Bezug auf die anderen untersuchten Praktiken sind die alleinerziehenden Befragten die Hauptverantwortlichen. Dies bedeutet auch, dass sie bei bestimmten Tätigkeiten wie der WP-Arbeit auf die Teilnahme an abendlichen Treffen manchmal verzichten müssen oder externe Betreuung für die Kinder organisieren müssen.

Befragte Paare ohne oder mit älteren Kindern beschreiben die Aufteilung der unbezahlten Versorgungsarbeit als relativ ausgewogen, auch wenn, wie in zwei Interviews deutlich wurde, die Wahrnehmung der Aufteilung manchmal subjektiv unterschiedlich sein kann. Eine Befragte vermutet, dass es bei der Aufteilung der Hausarbeit ähnlich sein könnte wie bei den finanziellen Ausgaben für den Haushalt, bei denen sie nach einer Beobachtungsphase festgestellt habe, dass beide Partner, ohne es abgesprochen zu haben, ca. gleich viel Geld ausgeben. Die Aufteilung zwischen den PartnerInnen stellt nach den Schilderungen eines Interviewten ein System dar, bei dem „die Linie genau in der Mitte“ sei und ein Überschreiten dieser Linie (also die Beanspruchung oder Abgabe bestimmter Aufgaben vom/an den/die Andere/n) zu Problemen führe.

Bezüglich der anderen untersuchten Praktiken ist hier festzustellen, dass die Arbeiten entweder abwechselnd übernommen werden, was Absprachen nötig macht, oder sie werden stärker von nur einer/m PartnerIn wahrgenommen, wofür im Gegenzug der/die andere PartnerIn eine andere Tätigkeit häufiger übernimmt. Bei zweiter Option fallen die jeweils vorhandenen Kompetenzen und Interessen ins Gewicht, nach denen die Arbeiten verteilt werden. Bei erster Option (z.B. bei gegenseitige Abstimmung bezüglich der Kinderbetreuung) ist zusätzliche Planungsarbeit erforderlich. So erzählt eine Familie, die Betreuungstermine der Kinder über einen Google-Kalender zu koordinieren und zwei Monate im Voraus festzulegen.

Im Gegensatz zu alleinerziehenden Haushalten kann z.B. bezüglich der WP-Arbeit die Teilnahme an den Treffen abwechselnd erfolgen (was durch die Mitarbeit der Eltern in verschiedenen AGs erleichtert wird). Der Nachteil daran ist die aus Sicht von zwei Befragten sehr reduzierte Zeit, die für die Paarbeziehung selbst übrig bleibe.

Eine **ältere Befragte** kennt diese Aushandlungen auch aus ihrer Kindererziehungszeit. So habe sie viele „Überlegungen“ angestellt, „diese Mannsbilder“ dazu zu bringen „sich da einzuklinken, dass das

nicht alles an mir hängen bleibt“. Sie habe sich auch bemüht, die dafür nötigen Fähigkeiten auch ihren Söhnen zu vermitteln, was gelungen zu sein scheint, da ein Sohn, der inzwischen auch eine Familie hat, nun der „perfekte Hausmann“ sei. Sie möchte sich mit diesem für sie belastenden Thema jedoch nicht mehr auseinandersetzen und möchte auf keinen Fall wieder in die Rolle der Hausfrau kommen, die sie „absolut nicht will“, weswegen sie auch mit ihrem Partner nicht „unter einem Dach leben“ möchte.

Interessanterweise erzählen **Paare, die derzeit junge Kinder haben** eher von einer traditionellen Rollenaufteilung als Befragte, deren Kinder schon älter sind. Hier übernehmen die Väter meist am Abend oder am Wochenende Kinderbetreuungsaufgaben, manchmal werden auch stärkere Verantwortlichkeiten nach Kind aufgeteilt. Das Kochen und Wäschewaschen ist in diesen Familien auch stärker im Verantwortungsbereich der Frauen. Dass diese Aufteilungen von den vorhandenen Interessen und Kompetenzen relativ unabhängig sind, zeigt z.B., dass bei zwei Haushalten mit jüngeren Kindern und traditioneller Aufteilung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung der männliche Partner lieber koche bzw. über mehr Wissen als die Partnerin darüber verfüge, jedoch nur selten bzw. eher am Wochenende koche.

Zwei Befragte schildern, dass die Wahl einer traditionelleren Rollenaufteilung vor allem aus finanziellen bzw. erwerbsarbeitsbedingten Gründen erfolgte (z.B. zu geringes Einkommen, wenn auch der Vater in Karenz ginge, und zeitlich hohe Ansprüche der Erwerbsarbeit des Vaters). In beiden Fällen habe es „die Situation nicht ermöglicht“ die Aufteilung anders zu gestalten. Sie sehen diese Aufteilung als problematisch an, da sie selbst eine „gleichberechtigte“ Aufteilung der Haushaltsarbeit als wichtig erachten. So reagieren sie mit „schlechtem Gewissen“ und Verärgerung darauf.

Interessant ist, dass auch zum Zeitpunkt der zweiten Interviews die Situation bezüglich der geschlechtsspezifischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung bei den drei jungen interviewten Familien gleich geblieben ist, obwohl in zwei Fällen beim Erstinterview der Plan, in der nahen Zukunft die Aufteilung anders vorzunehmen (Erwerbstätigkeit der Frauen und Stundenreduktion bei den Männern), geschildert wurde.

In zwei befragten Haushalten gingen jedoch in der Vergangenheit auch Väter eine Zeit lang in Karenz. Ein Befragter erzählt, dass sie dabei sie „monetär“ und „karrieremäßig (...) auf viel verzichtet“ hätten. Dennoch hat der Rollentausch, der „wahnsinnig gut getan“ habe, dazu geführt, dass beide Elternteile eine längere Zeit die Hauptzuständigkeit für die Erwerbsarbeit und die Kinderbetreuung selbst erfahren haben. Dadurch sei es aus Sicht der Mutter ermöglicht worden, dass der Partner „nie mehr ganz aussteigen wird aus dem Haushalt, wie es oft passiert“.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich der **Erwerbstätigkeit** zeigen sich auch in den quantitativen Daten. So waren 42% der befragten Frauen zum Zeitpunkt der Ersterhebung nicht erwerbstätig, zum Zeitpunkt der Zweiterhebung waren es 18%. Die befragten Männer waren sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweiterhebung alle erwerbstätig (Abbildung 78).

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit

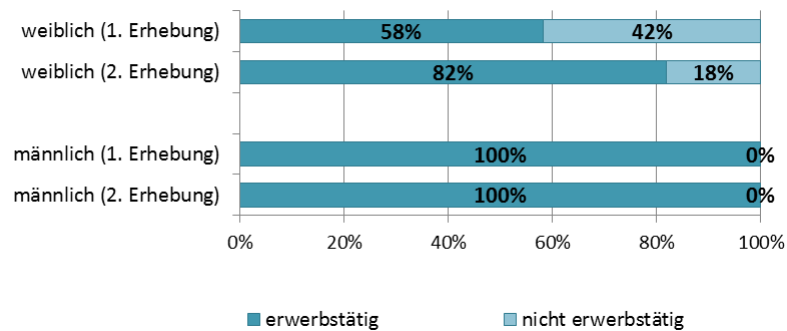


Abbildung 78: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit (n=23 bzw. 21)

Dass Kinderbetreuung in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Frauen einen großen Einfluss hat, ist auch bei den Mitgliedern des Wohnprojekts bemerkbar: Mit 71% deutlich mehr Frauen mit Kindern unter 12 Jahren im Haushalt im Vergleich zu allen Frauen (42%) waren zum Zeitpunkt der Ersterhebung nicht erwerbstätig. Dies verändert sich jedoch stark nach dem Einzug in das Wohnprojekt: Nun sind nur mehr 33% der Frauen nicht erwerbstätig (Abbildung 79). Dies hat vermutlich mit dem Wiedereinstieg in das Arbeitsleben nach der Karenz zu tun. Auch in diesen Haushalten waren alle Männer sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweiterhebung erwerbstätig.

Das Geschlecht hat bei den Daten der Ersterhebung einen signifikanten Einfluss auf die Erwerbstätigkeit, bei den Daten der Zweiterhebung nicht, da die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bezüglich der Erwerbstätigkeit zum Zeitpunkt der Zweiterhebung geringer geworden sind. Dies ist sowohl bei den Haushalten mit Kindern als auch bei allen Haushalten der Fall.

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit (nur Haushalte mit Kind/ern)

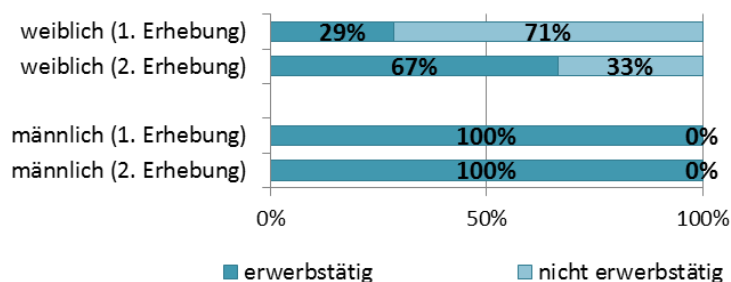


Abbildung 79: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit (nur Haushalte mit Kind/ern; n=13 bzw. 12)

Es ist jedoch nicht nur entscheidend für die Arbeitsteilung im Alltag, *ob* Männer und Frauen erwerbstätig sind, sondern auch, in welchem **Ausmaß** sie dies sind. Betrachtet man die allgemeinen Durchschnittsangaben zum Arbeitsausmaß, so ist feststellbar, dass Frauen durchschnittlich weniger Stunden/Woche arbeiten als Männer (Abbildung 80): Frauen sind sowohl zum Zeitpunkt der Erst- als auch der Zweiterhebung seltener über 30 Stunden/Woche beschäftigt als Männer (36% gegenüber 64% und 75% gegenüber 90%). Diese Unterschiede sind jedoch nicht signifikant, sie könnten also

auch zufällig zustande gekommen sein.²³ Es ist jedoch auch hier festzustellen, dass mit dem Einzug in das Wohnprojekt das Ausmaß der Erwerbsarbeitszeit zugenommen hat.

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit

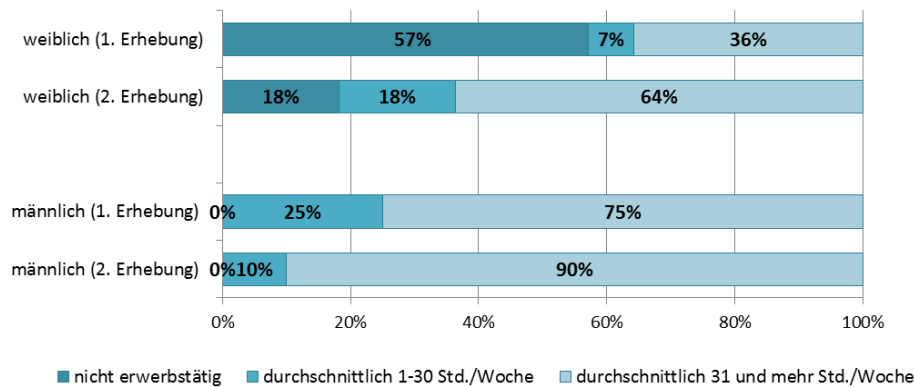


Abbildung 80: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit (n=26 bzw. 21)

Betrachtet man Haushalte *mit Kindern*, so verstärkt sich der geschlechtsspezifische Unterschied (Abbildung 81): 10% der Frauen gaben zum Zeitpunkt der Ersterhebung an, mehr als 30 Stunden pro Woche zu arbeiten, zum Zeitpunkt der Zweiterhebung keine Frau, während Männer zum Zeitpunkt der Ersterhebung zu 75% über 30 Stunden arbeiteten und zum Zeitpunkt der Zweiterhebung zu 50%. Signifikant sind diese geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Haushalten mit Kindern sowohl bei den Erst- als auch bei den Zweiterhebungsdaten.

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit (nur Haushalte mit Kind/ern)

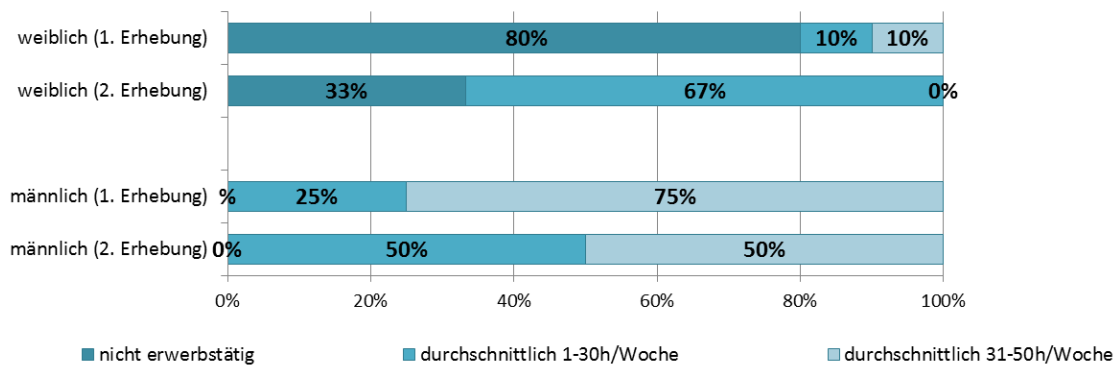


Abbildung 81: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit (nur Haushalte mit Kind/ern, n=18 bzw. 12)

²³ Die Prozentsätze der hier dargestellten Nicht-Erwerbstätigen unterscheiden sich etwas von denen der in Abbildung 78 dargestellten, da es bei der Angabe der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit einige fehlende Werte gibt.

Diese Ergebnisse sind im Kontext der für Österreich verfügbaren Daten nicht erstaunlich. Insbesondere in der Phase der Karenzzeit bleiben vorwiegend Frauen nicht nur, aber auch aus ökonomischen Gründen, oft bei den Kindern. So ist laut einer neuen OECD-Studie (OECD 2015) in Österreich der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern einer der größten im OECD-Raum: Der Stundenlohn von Frauen war 2012 durchschnittlich um 23% geringer als der von Männern. Dieser Lohnunterschied führt dazu, dass die Inanspruchnahme der Karenz durch die Väter oft auch mit finanziellen Verlusten verbunden ist.

Auch die im Rahmen der Studie ermittelte geringere Erwerbsarbeitszeit von Frauen ist in Österreich verbreitet: 85% der österreichischen Männer arbeiten Vollzeit, jedoch nur 50% der Frauen (ebd.).

Insbesondere in der Zeit, in der Kinder geboren werden, ziehen sich Frauen aus der Erwerbsarbeit stärker zurück: 2014 waren 90% der kinderlosen jungen Männer und 91% der kinderlosen jungen Frauen erwerbstätig, nach Geburt eines Kindes waren es 95% der jungen Väter und 76% der jungen Mütter. In fast 70% der Familien mit Kindern unter zwei Jahren gibt es nur einen erwerbstätigen Elternteil und in nur 20% der Familien mit Kindern unter fünf Jahren gibt es zwei voll erwerbstätige Eltern (OECD 2015, S. 31f.). Auch diesbezüglich ist in Österreich die nach den Niederlanden höchste Quote von allen OECD-Staaten festzustellen. Dies führt auch dazu, dass Frauen deutlich öfter unbezahlte Kinderbetreuungsarbeit übernehmen: 82% der Frauen bleiben zu Hause, wenn ihr Kind krank ist, 72% geben an, hauptsächlich für die Betreuung der Hausübungen zuständig zu sein und 63% fahren ihre Kinder zur Schule. Die StudienautorInnen führen u.a. mangelnde Betreuungsplätze und Ganztagschulen, das Steuersystem und die geringe Inanspruchnahme der Karenz durch Väter als Gründe für diese Verhältnisse an.

Die Organisation von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit entscheidet wesentlich darüber, wie die **Aufteilung bezüglich anderer häuslicher Tätigkeiten** aussieht. Dies zeigen die quantitativen Daten der Studie deutlich. Vergleicht man etwa die **Häufigkeit der Essenzubereitung mittags in den letzten 7 Tagen** der Haushalte mit und ohne Kinder, wird sichtbar, dass Frauen sowohl bei der Erst- als auch bei der Zweiterhebung häufiger daheim mittags gekocht haben als Männer (durchschnittlich 4 Mal/Woche zum Zeitpunkt der Ersterhebung und 3 Mal/Woche zum Zeitpunkt der Zweiterhebung). Männer kochten zum Zeitpunkt der Ersterhebung zwei Mal/Woche, zum Zeitpunkt der Zweiterhebung ein Mal/Woche (Abbildung 82). Diese Unterschiede sind signifikant.

Dass sich die Anzahl an mittags gekochten Essen insgesamt etwas reduziert hat, könnte an den gemeinschaftlichen Essen liegen, die auch mittags (5 Mal in der Woche) im Wohnprojekt stattfinden. An diesen nimmt die Hälfte der Personen der Haushalte, in denen Erwachsene beiden Geschlechts wohnen, durchschnittlich 1-4 Mal/Woche teil, weitere 11% besuchen ihn 1x/Monat bis 1x alle 6 Monate. 39% haben den Mittagstisch noch nie besucht (Abbildung 83).

Auch **Wäsche** wird von Frauen häufiger **gewaschen** als von Männern (Abbildung 82): während bei der Ersterhebung Frauen in der Woche durchschnittlich drei Mal Wäsche wuschen und bei der Zweiterhebung 4 Mal, so machten dies Männer zu beiden Erhebungszeitpunkten durchschnittlich einmal in der Woche. Auch diese geschlechtsspezifischen Unterschiede sind nach T-Test signifikant.

Die Anzahl der durchgeführten Waschgänge hat sich im Vorher-Nachher-Vergleich bei den Frauen leicht erhöht, jedoch nicht signifikant. Wie in Kapitel 4.11 schon beschrieben, nützen jetzt jedoch deutlich mehr Haushalte als früher gemeinschaftlich geteilte Waschmaschinen (also die

Waschküche). Diese Änderung im Nutzungsverhalten schlägt sich jedoch nicht in einer veränderten geschlechtsspezifischen Aufteilung der Wascharbeit nieder.

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich: Wie viel Mal haben Sie in den letzten 7 Tagen...

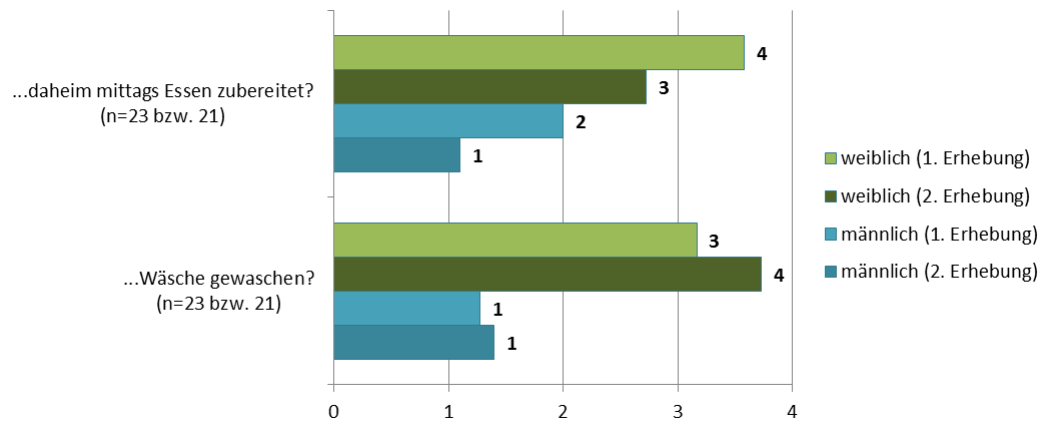


Abbildung 82: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich: Wie viel Mal haben Sie in den letzten 7 Tagen...

Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme am Mittags- und Abendtisch

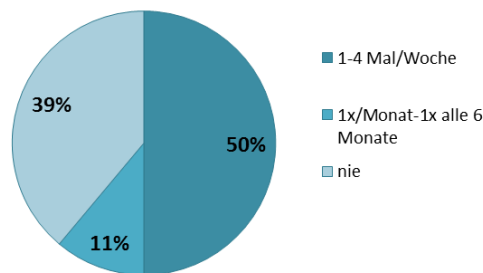


Abbildung 83: Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme am Mittags- und Abendtisch (n=18)

Eine wichtige erhobene Praktik war die der **Kinderbetreuung**. Gefragt nach der Zeit, die die Befragten mit aktiver und passiver Kinderbetreuung verbringen, antworteten die befragten Männer und Frauen mit Kind/ern im Haushalt teilweise sehr unterschiedlich, wobei diese Unterschiede (vermutlich auch aufgrund der geringen Stichprobengröße) jedoch nicht signifikant sind. Da sie dennoch teilweise sehr deutlich sind, werden sie in Abbildung 84 dargestellt. So verbrachten die befragten Frauen in den letzten 7 Tagen zum Zeitpunkt der Ersterhebung durchschnittlich 32 Stunden mit der aktiven Betreuung von Kindern (Durchführen gemeinsamer aktiver Tätigkeiten wie z.B. Spielen, Gespräche, Lernen, Vorlesen, Besuche, Ausflüge, zu Bett bringen...), zum Zeitpunkt der Zweiterhebung 35 Stunden. Männer verbrachten im gleichen Zeitraum 16 bzw. 11 Stunden auf diese Weise mit ihren Kindern.

Bezüglich der Zeit, die für passive Kinderbetreuung aufgewandt wurde (Aufpassen auf Kinder, während gleichzeitig andere Tätigkeiten wie Haushaltsarbeit verrichtet werden, außerhalb der eigenen Schlafenszeit), zeigen sich ähnliche geschlechtsspezifische Unterschiede, auch hier verbringen Männer ca. halb so viel Zeit mit ihren Kindern im Rahmen einer „passiven“ Betreuung als Frauen. Bei den großen Unterschieden zwischen den Geschlechtern bezüglich der Kinderbetreuung spielt die oben schon genauer beschriebene Erwerbstätigkeit eine sicher entscheidende Rolle.

Die Zeit, die Frauen mit aktiver und passiver Betreuung verbringen hat sich mit dem Einzug in das Wohnprojekt leicht erhöht hat und ist bei den Männern leicht gesunken. Das Setting des Wohnprojekts selbst scheint die Zeit, die mit Kinderbetreuung verbracht wird, also quantitativ nicht reduziert zu haben, dennoch hat sich, wie in den qualitativen Interviews ausführlich geschildert wurde, die Art der Kinderbetreuung durch das Leben im Wohnprojekt stark verändert (sh. Kapitel 4.8).

Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Zeit (Stunden), die in den letzten 7 Tagen mit aktiver und passiver Kinderbetreuung verbracht wurde

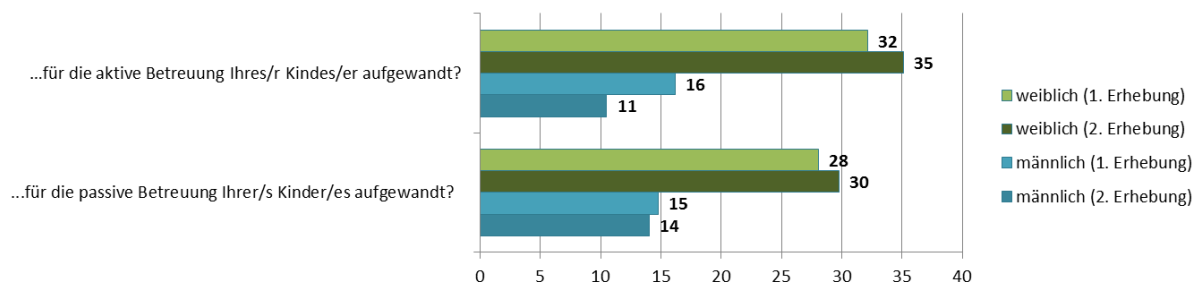


Abbildung 84: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Zeit (Stunden), die in den letzten 7 Tagen mit aktiver und passiver Kinderbetreuung verbracht wurde (n=13 bzw. 12)

Eine weitere Möglichkeit des Vergleichs ist es, die nur **von Frauen genannten Zeit- bzw. Häufigkeitsangaben im Vorher-Nachher-Vergleich** in Bezug auf signifikante Unterschiede zu untersuchen. Die Zeit, die von Frauen, die in Haushalten mit einem Mann leben, mit Nachbarschaftskontakten verbracht wird, ist signifikant gestiegen, dies gilt jedoch für das gesamte Sample – auch Männer verbringen jetzt mehr Zeit mit ihren NachbarInnen. Ist außerdem ein Kind im Haushalt, wird von Frauen signifikant mehr Zeit mit dem Waschen von Wäsche verbracht (3 statt 4 Mal/Woche).

Auch diese Ergebnisse sind durchaus „typisch“ für Österreich: Laut einer österreichweiten, repräsentativen Erhebung aus dem Jahr 2009 hat sich der Anteil der Männer, der sich an Hausarbeit generell beteiligt, zwar von einem Viertel Anfang der 1980er Jahre auf ca. drei Viertel erhöht. Dennoch übernehmen Frauen immer noch einen Großteil, nämlich zwei Drittel, der unbezahlten Arbeit, während Männer 61% der bezahlten Arbeit leisten (Statistik Austria 2009, S. 29ff.).

Der Einfluss des Arrangements von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung auf die Durchführung aller anderen Praktiken ist auch in den qualitativen Interviews bemerkbar (sh. dazu auch die Schilderungen nach Haushaltstyp am Anfang des Kapitels). Liegt die Kinderbetreuung stärker bei der Frau bzw. arbeitet diese weniger, so übernimmt sie auch z.B. die Praktiken des Kochens, der Nahrungsbesorgung und des Wäschewaschens häufiger. Eine Befragte meint dazu, dass sie in „jüngeren Jahren“ für eine gleiche Aufteilung der Versorgungsarbeit „gekämpft“ habe, aber inzwischen festgestellt habe, dass das nur „Sinn macht, wenn beide berufstätig sind“.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Arbeitsverteilung zwischen Männern und Frauen mit dem Einzug in das Wohnprojekt bestehen geblieben sind. Auch ist der Umfang der Arbeit, den Frauen mit den untersuchten Praktiken

verbringen, nicht signifikant weniger geworden. Die Verteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern (vor allem, wenn Kinder im Haushalt sind), ist sicher ein wichtiger Erklärungsfaktor, wobei zu bemerken ist, dass die Erwerbstätigkeit der Frauen mit dem Einzug zugenommen hat, die Arbeitsaufteilung bei den anderen Praktiken jedoch relativ gleich geblieben ist. Eine schon ältere Studie von Schneider (1992) über gemeinschaftliche Wohnprojekte kam zu dem Ergebnis, dass dort die gegenseitige Unterstützung bei der Kindererziehung unter den weiblichen BewohnerInnen weit besser funktionierte als die ebenfalls angestrebte Umverteilung von Versorgungsarbeit (einschließlich Kinderbetreuung) zwischen weiblichen und männlichen PartnerInnen. Dass auch diese bewussten Versuche der Neuorganisation der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung scheiterten, weist darauf hin, dass in Bezug auf diese Frage andere, stärkere gesellschaftliche Kräfte wirken, denen der Rahmen eines Wohnprojekts nur wenig entgegensetzen kann.

4.13.1. Wahrnehmung geschlechtlicher Arbeitsteilung im Kontext des Wohnprojekts

Im Wohnprojekt ist das Thema der Aufteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern aus Sicht der Befragten zwar existent, jedoch nicht immer präsent. Es werde „gelegentlich angesprochen“, manchmal auch darüber „gelacht“ bzw. sei es ein „geheimes Thema“, das immer wieder einmal „aufflackert“. In den Anfängen des Wohnprojekts sei es stärker diskutiert worden, dann sei es aber „immer mehr untergegangen“.

Konkret ist das Thema Gender immer wieder in Bezug auf die **Verteilung von bestimmten Aufgaben im Rahmen der WP-Arbeit** ein Thema. So wird bei der Besetzung der AG-Leitungen darauf geachtet, dass diese auch immer wieder Frauen übernehmen (damit dann auch der Leitungskreis ausgewogen besetzt ist). Auch beim Putzen der Stockwerke müssen sich alle WP-Mitglieder, auch Männer, für Putzdienste eintragen. Es gebe laut einer Befragten auch bestimmte „kämpferische“ WP-Mitglieder, die immer wieder darauf schauen, dass z.B. beim Putzen und beim Aufräumen nach den Wohnprojekt-Treffen genügend Männer beteiligt sind.

Dennoch werden bei der Aufteilung der WP-Arbeiten von mehreren Befragten auf der einen Seite **geschlechtsstereotype Verhaltensweisen** beobachtet: Es seien mehr Männer in ‚männlich‘ besetzten Gruppen (Bautechnik, Werkstatt, IT) und mehr Frauen in ‚weiblich‘ besetzten Gruppen (Gemeinschaft, Solidarität, Moderation, Küche bzw. Kochen für gemeinschaftliche Essen). Diese Einschätzungen konnten anhand der Analyse der Gemeinschaftszeitdatenbank jedoch nicht bestätigt werden (sh. Kapitel 4.7). Dies könnte auch daran liegen, dass die Einschätzung der Verteilung der Arbeiten durch die Tatsache erschwert wird, dass im Wohnprojekt mehr Frauen als Männer leben. Es werden von den Interviewten auch Situationen, in denen geschlechtsstereotype Verhaltens- und Denkweisen offensichtlich werden, beschrieben (z.B. in Bezug auf das Bauen eines Regals durch Frauen, das gemeinschaftliche Putzen und das Antworten auf kinderbetreuungsbezogene Mails).

Auf der anderen Seite werden auch – je nach Einschätzung mehr oder weniger häufige – **„Ausnahmen“** beobachtet: kochende Männer beim Mittagstisch, in der Werkstatt arbeitende Frauen, eine weibliche IT-Expertin, ein besonders gründlich putzender Mann, mehrere Männer, die Kinderbetreuungsaufgaben übernehmen und Männer, die in der Waschküche Wäsche waschen. Dieses oft sehr bewusste „atypische“ Verhalten werde im Wohnprojekt nach einer Befragten „besonders positiv wahrgenommen“.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Verteilung der **beobachtbaren Versorgungsarbeit** der WP-Mitglieder werden von den Befragten ebenfalls ambivalent wahrgenommen.

Es gebe „viele klassische Familien“, bei denen die Frauen mehrere Jahre daheim bleiben sowie eine eher traditionelle bzw. „konservative“ Arbeitsaufteilung in einigen Haushalten des Wohnprojekts (dies bestätigen auch die quantitativen Daten, sh. oben); es gebe aber auch ein bis zwei Familien, bei denen die Frau die Haupterwerbsrolle übernehme. Wenn die Versorgungsarbeit nicht durch die stärkere Erwerbstätigkeit eines Partners beeinflusst werde, sei sie „sehr gleich verteilt“. Eine Befragte nimmt die Aufteilung der Versorgungsarbeit, die sie beobachten kann, als deutlich anders als jene wahr, die sie aus ihrer eigenen Vergangenheit kenne: Männer würden auch kochen bzw. gebe es „sehr aktive Väter“. So meinen mehrere Befragte, dass das Wohnprojekt „über dem Durchschnitt in Österreich“ sei, was die Verteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern angehe: da „brauchen wir uns nicht stressen“.

Die Interviewten sehen die WP-Mitglieder also einerseits als überdurchschnittlich sensibilisiert für diese Thema an (eine gleichere Aufteilung sei für viele eine „Selbstverständlichkeit“ und durch die Struktur des Wohnprojekts finde „weibliche“ Versorgungsarbeit stärker in der Gemeinschaft statt und bekomme dadurch mehr Aufmerksamkeit), andererseits denkt eine Befragte, dass dieses größere Bewusstsein nicht bedeute, dass man dies im Alltag auch „durchhalten“ könne. Dafür sei aus ihrer Sicht „die Erziehung“ verantwortlich, weswegen es noch „zwei, drei Generationen“ brauche, bis sich da etwas verändern könne.

4.13.2. Hindernisse bezüglich der geschlechtsspezifischen Umverteilung von Arbeit

In den Interviews wurden immer wieder **Interesse und Kompetenz** der PartnerInnen als entscheidend für die Verteilung von Haushaltsarbeit angeführt. Interesse und Kompetenz sind jedoch erlernt, was dazu führt, dass die Verteilung der Arbeit dann durchaus auch wieder traditionellen Mustern entsprechen kann (z.B. Übernahme des Nähens und Kochens durch die Frau). Teil der für die Hausarbeit nötigen Kompetenzen ist nicht nur die Durchführung, sondern auch die – ebenfalls erlernte – Wahrnehmung der anfallenden Arbeit sowie die Ansprüche, die man an sie stellt. So meint eine Interviewte, dass ihr Partner den Schmutz in der Wohnung nicht sehe und dass sie ein größeres „Sauberkeits- und Ordnungsbedürfnis“ als er habe.

Auch manche weibliche Interviewte gaben an, sich für technische oder handwerkliche Dinge nicht zu interessieren bzw. keinen Zugang dazu zu haben und froh darüber zu sein, wenn hier interessierte Männer einspringen. So meint eine Befragte: „Nur wegen der Balance soll ich mich da rauf stellen [und Bohren] und etwas machen, was ich gar nicht gerne mache?“ Da man den Personen ja nicht vorschreiben könne, was sie gerne machen sollen, erachten einzelne Befragte ein bewusstes Bemühen um eine stärkere Gleichverteilung von Arbeit „nicht zielführend“ sei bzw. sollte diese „nicht um jeden Preis“ erzwungen werden. Zwei ältere weibliche Interviewte können sich über geschlechtsstereotype Verhaltensweisen inzwischen „nicht mehr aufregen“. Die stärkere Tendenz von einzelnen Personen zu geschlechtsspezifisch typischen Arbeiten könne man nach einem Befragten zwar problematisieren, aber „warum soll man nicht das tun, was einen freut?“

Das Alleineleben ist sowohl für Frauen als auch für Männer eine Möglichkeit, Kompetenzen zu erwerben, die ihnen in ihrer Erziehung nicht vermittelt wurden. Ein Befragter meint dazu, dass es auch „Bestandteil einer erwachsenen Lebensführung“ sei, bestimmte haushaltsbezogene Kenntnisse zu haben. Einen wesentlichen Lernprozess scheint zwei befragten Männern auch die von ihnen

beanspruchte Karenzzeit ermöglicht zu haben. So habe ein Befragter in dieser Zeit gar nicht die Möglichkeit gehabt, auf seine Partnerin zu warten, damit sie Aufgaben übernehme: „Das Kind geht vor“ in einer solchen Situation. Daher habe ein Interviewter nun die „Gewissheit“, dass es bei ihm „nicht am Können liegt“, wie dies oft in Bezug auf die Nicht-Übernahme stereotyp weiblicher Tätigkeiten im Haushalt vorgebracht werde. Dies bedeute aber auch, dass er durchaus „empfindlich“ reagiere, wenn ihm ‚typisch weibliche‘ hausarbeitsbezogene Kompetenzen abgesprochen werden, weil er ein Mann sei.

Der Rahmen des Wohnprojekts könnte potentiell einer sein, in dem in der Vergangenheit geschlechtsspezifisch vermittelte Kompetenzen auch an das jeweils andere Geschlecht weitergegeben werden. So hätte sich eine Gruppendiskussionsteilnehmerin sehr auf einen angekündigten „Bettbauworkshop“ gefreut, um hier dazuzulernen. Das Problem dabei sei jedoch, dass viele andere Aufgaben des Wohnprojekts „Zeit fressen“ und für solche „Hobbydinge“ dann oft die Zeit fehle.

Interessant ist, dass es trotz dieser Lernprozesse passieren kann, **wieder in angelernte Muster zurückzufallen**, da die Affinität zu diesen Tätigkeiten nicht ausreichend gegeben ist. So beschreibt eine Befragte, dass sie, als sie mit ihrem Partner zusammen gezogen sei, „klassisch“ aufgehört habe Bohrarbeiten zu übernehmen: „Aber irgendwann hab‘ ich mir gedacht, ich muss den Videorecorder nicht programmieren können und wenn er sich gern mit der depperten Mauer herumärgert, muss ich auch keine Löcher bohren.“ In Paarbeziehungen ist es dann also möglich, wieder die Dinge zu tun, die einem „weniger unangenehm“ sind, wie ein Befragter es ausdrückt, zu denen man also eine größere Affinität hat. Auch bezüglich der WP-Arbeit nehmen zwei GruppendiskussionsteilnehmerInnen (zum Teil auch an sich selbst) die Tendenz wahr, bestimmte Tätigkeiten Männern zu überlassen, etwa das Heben schwerer Gegenstände, das Arbeiten mit Werkzeug und IT-Fragen – auch, wenn sie selbst über die dafür nötigen Fähigkeiten verfügen, diese aber nicht „dauernd“ anwenden.

Die geschlechtsspezifisch ‚ungleich‘ verteilten Kompetenzen und Interessen stellen auch bezüglich der **WP-Arbeit** ein Hindernis bei der Gleichverteilung der Arbeiten auf die weiblichen und männlichen Mitglieder dar. So beschreibt ein Befragter die Suche nach einer weiblichen Nachfolge einer AG, bei der die Arbeit nicht nur Interesse an technischen Dingen voraussetze, sondern auch eine „gewisse Geduld und Detailverliebtheit“. Vor allem Letzteres sei bei den weiblichen Mitgliedern aus seiner Sicht nicht so stark ausgeprägt. Da der Einsatz der geschlechtsspezifisch geprägten mitgebrachten Kompetenzen der WP-Mitglieder bei vielen Wohnprojekt-Tätigkeiten wichtig ist, wäre es kontraproduktiv, die kompetenten Personen nicht für diese einzusetzen. So erzählt eine Interviewte, dass es nicht „pragmatisch“ wäre, etwa einen Mann, der handwerkliche Erfahrung habe, bei einem Workshop zum Nachtkasten-Bauen für das Kochen einzuteilen. Eine Gruppendiskussionsteilnehmerin bringt dieses Hindernis in folgender Aussage auf den Punkt: „Das sind mitgebrachte Kompetenzen und so leicht erwirbst du die nicht. Das ist zum Hinternbeißen, aber es ist so“.

Neben der Schwierigkeit, anerzogene Verhaltensweisen und Affinitäten abzulegen bzw. sich neue anzueignen, nennen die Befragten auch **politische, ökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen**, die sich ändern müssten, um Gleichberechtigung zu ermöglichen.

So wird von den Interviewten das Problem der schwierigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehrfach erwähnt: In Teilzeit zu arbeiten bedeute meist auch finanzielle und karrierebezogene Einbußen und der Wiedereinstieg nach der Karenz ist sowohl für Frauen als auch für Männer meist ein Problem. Väterkarenz bzw. die Übernahme von Betreuungspflichten durch Väter werden von vielen Unternehmen in Österreich noch nicht akzeptiert. Gleichzeitig bemerken Befragte auch ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Erwerbsarbeitszeiten zwischen den Geschlechtern (Teilzeit auf der einen und lange Arbeitszeiten auf der anderen Seite).

Eine Interviewte sieht jedoch insbesondere bei jungen Männern (etwa solchen, die im Wohnprojekt wohnen) einen kulturellen Wandel: Mit Weiblichkeit assoziierte Arbeiten sind für diese „ganz normal“, auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch sie eher „den Rahm abschöpfen von der Familienarbeit, sprich Kinder und Kochen“.

Eine Befragte meint, dass man hier „weniger in der Auseinandersetzung zwischen Männern und Frauen ansetzen muss, sondern überhaupt in der Konzeption von Gesellschaft und von der Verteilung zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit“.

Wie mehrere Interviewte u.E. richtig anmerken, stellt das Wohnprojekt nur ein „Mikrokosmos in der Welt“ dar und ist keine „völlige Ausnahme-heile-Welt“. Anhand der Ergebnisse ist erkennbar, dass über das Wohnprojekt hinaus reichende gesellschaftliche Strukturen wie die geschlechtsspezifische Organisation der Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung bzw. damit verbundene ökonomische Benachteiligungen, aber auch Rollenbilder und im Rahmen der Erziehung vermittelte Kompetenzen und Interessen stärker wirken als die kollektiven Einrichtungen des Wohnprojekts. Die Bemühungen im Rahmen des Wohnprojekts können daher nur „einen kleinen Tropfen“ in Bezug auf eine geschlechtergerechtere Arbeitsteilung darstellen, wie dies eine Befragte ausdrückt. Hier wäre auch die Politik gefragt gestaltend einzugreifen.

4.14. Die Umsetzung von und das Bewusstsein über ökologische Nachhaltigkeit

Die Befragten positionieren sich unterschiedlich in Bezug auf die Umsetzung von Nachhaltigkeit im Wohnprojekt bzw. im eigenen Alltag. So gibt es verschiedene Sichtweisen hinsichtlich der Frage, inwieweit sich die Einzelnen einbringen sollen oder wollen, um die Vision eines nachhaltigen Lebens zu verwirklichen – also konkret: in welchem Ausmaß sie bereit sind auf weniger nachhaltiges Alltagshandeln zu verzichten bzw. sich nachhaltigere Praktiken anzueignen – und wie stark das Wohnprojekt diese Entscheidungen aktiv beeinflussen soll. Je nach eigener Einstellung zu diesem Thema ist auch die Bewertung des wahrgenommenen Engagements der WP-Mitglieder unterschiedlich. Diese Fragen werden vermutlich im Wohnprojekt weiterhin diskutiert werden, so befindet sich die UG „Ökologische Lebensführung“ im Aufbau, die Tipps rund um eine nachhaltige Lebensweise ausarbeiten soll (z.B. zu den Themen Waschmittel, Nutzung des Müllraums und Heizen).

Eine Gruppe von Befragten beurteilt den derzeitigen Umgang des Wohnprojekts mit der Frage des nachhaltigen Handelns insofern als sehr konstruktiv, als dass es jeder/m selbst überlassen sei, in welchem Umfang er/sie nachhaltiges Handeln verwirklichen möchte und es bei weniger nachhaltigem Handeln auch keine direkten Sanktionen gebe. Es herrsche im Wohnprojekt „**keine Öko-Diktatur**“ und es sei „nicht orthodox“ in Bezug auf die Werthaltungen und Verhalten der WP-Mitglieder. So dürfe man „mit dem Auto fahren, man darf religiös sein oder auch nicht, Fleisch essen

oder auch nicht“. Auch wenn es „schon eine Linie in Richtung ökologisch“ gebe, so sei diese „nicht wahnsinnig zwanghaft“. Eine Interviewte stellte fest, dass sogar die „Wunderwuzzis an Nachhaltigkeit“ im Wohnprojekt „auch nur mit Wasser kochen“. Ein Befragter lehnt äußeren Zwang in Bezug auf die Umsetzung von Nachhaltigkeit im Alltag ab. Es sei wichtiger – „wie bei Kindern“ – über Vorbilder zu lernen und „nach eigener Einsicht“ zu handeln und nicht, „weil man es so macht“. Ihm sei auch in dieser Hinsicht „Diversität“ im Wohnprojekt wichtig. Man müsse daher nicht „der ur Bio-Freak“ oder „Öko-Freak“ sein um hier leben zu können, was ein Befragter als eine „Stärke des Hauses“ sieht. Dennoch sei die „Trägheit“ bei der Umsetzung nachhaltigkeitsbezogenen Wissens aus Sicht einer Interviewten bei den WP-Mitgliedern „eine Spur kleiner“ als im Durchschnitt, da sie eine „engagierte Truppe“ seien.

Gleichzeitig nehmen viele Befragte dennoch eine Beeinflussung des eigenen Verhaltens durch das Wohnprojekt in Richtung Nachhaltigkeit wahr. Ein sehr direkter Weg der Beeinflussung ist die **Vermittlung von Wissen** durch andere WP-Mitglieder. Diese Wissensvermittlung geht, wie im Kapitel 4.6 genauer geschildert, jedoch weit über direkt nachhaltigkeitsbezogene Themen hinaus. Sie erfolgt dabei nicht nur in Gesprächen, sondern auch über die Beobachtung des Verhaltens anderer WP-Mitglieder. Die oben erwähnte in Planung befindliche UG „Ökologische Lebensführung“ ist eine „institutionalisierte“ Form dieser Wissensvermittlung, die die kollektive Organisation z.B. von Produkten sowie die Verbreitung von Informationen an möglichst alle potentiell Interessierten ermöglichen soll.

Einige Befragte übernehmen im Wohnprojekt dabei eher die Rolle der **Wissensvermittlerinnen**, andere profitieren eher vom vermittelten Wissen und wieder andere erleben sich in beiden Rollen. Manche Mitglieder äußern schon vor dem Einzug den expliziten Wunsch, das Verhalten der zukünftigen MitbewohnerInnen zu beeinflussen. So hoffen zwei Befragte, dass sie durch ihr ernährungsbezogenes Engagement andere WP-Mitglieder, die „noch nicht so bereit sind“ und „noch in einer anderen Welt unterwegs“ seien, auch zu nachhaltigeren Verhaltensweisen „bewegen“ zu können (etwa durch das Mitbringen bestimmter Speisen zu den Großgruppentreffen). Beispiele für nachhaltigkeitsbezogenes Wissen, das von Befragten konkret weitergegeben wurde, sind: Wissen zu LED-Lampen, Luftbefeuchtern, Mikroorganismen für die Kompostierung, Mülltrennung, Regenwurmkompost und zum Verwenden von alternativen Reinigungsmittel, Ernährungssouveränität, Mobilität oder biologischen bzw. fairen Marken.

Aus der Perspektive der tendenziell eher ‚**Lernenden**‘ wird geschildert, dass es im Wohnprojekt immer Menschen gebe, die zu ökologischen Themen noch informierter seien als man selbst. Dadurch erspare man sich die als mühsam empfundene Recherchearbeit sowie oftmals auch die individuelle Besorgung von Produkten. Die Wissensvermittlung im Wohnprojekt erfolge nach einer Befragten „ohne Gesichtsverlust“ des Fragenden und ermögliche auch eine Begleitung über einen längeren Zeitraum (z.B. beim Erlernen des Umgangs mit der neuen Heizung).

Dass sich dieses Wissen auch in Kaufentscheidungen bzw. veränderten Praktiken umsetzt, ist aus den Schilderungen mehrerer Befragter zu schließen, so werden z.B. alternative Putztücher, Bokashi-Kübel, Regenwurmkompost sowie bestimmte LED-Lampen nun in mehreren Haushalten verwendet.

Die Wirkung dieser Wissensvermittlung auf das eigene Handeln hängt vom Wissensstand der WP-Mitglieder ab. Die schon vor dem Einzug gut informierten Befragten nehmen keine starke Veränderung hinsichtlich ihres nachhaltigen Handelns wahr, es habe sich für sie jedoch das „Feld (...)“

vergrößert, wo ich mich austoben kann“. So profitieren von eigenen Recherchen nun auch andere WP-Mitglieder.

Die Beeinflussung des eigenen Handelns erfolgt jedoch auch durch den sozialen Kontext selbst, in dem individuelles Verhalten ‚beobachtbar‘ wird und sich im Zusammenleben bestimmte nachhaltigkeitsbezogene Normen ausbilden. Dieser nach einem Befragten **„ökologische Standard“** wirke demnach auch ins Private hinein, da man vom „Gesamtmilieu“ beeinflusst werde. So meint ein Interviewter, dass dadurch, dass das „Haus als Ganzes stärker aufs Ökologische achtet“, er auch selbst stärker darauf achte. Eine andere Interviewte bemerkt die ‚Wirkung‘ des Wohnprojekts auf das eigene Handeln daran, dass sie ökologische Aspekte im Alltag immer stärker „automatisch“ mitdenke. So könne sie es sich nicht vorstellen (sie würde sich dabei „blöd“ vorkommen), mit ungetrenntem Müll durch das Wohnprojekt zu gehen oder einen "vollchemischen" Weichspüler in die Waschküche zu stellen – obwohl sie weiß, dass sie da "niemand antippen" würde. Ein anderes Beispiel ist, dass im Rahmen des Wohnprojekts Vegetarismus schon fast „Normalität“ sei, während man sich außerhalb des Wohnprojekts als VegetarierIn immer ein bisschen rechtfertigen oder davon ausgehen müsse, nichts zu essen zu bekommen. So würde das Kochen von Fleischgerichten bei den gemeinschaftlichen Essen eher als problematisch wahrgenommen, da dadurch viele Leute von der Teilnahme ausgeschlossen werden.

Während die meisten Befragten diese Beeinflussung des eigenen Handelns durch das Wohnprojekt unproblematisch finden und sogar begrüßen, wird die damit verknüpfte implizite Erwartungshaltung von einer Interviewten stärker wahrgenommen. Sie spüre manchmal einen **„Widerstand“** in Bezug auf „Sachen, die man muss“. So finde sie ihre eigenen Ansprüche in Bezug auf nachhaltiges Handeln als „gut genug“. Sie esse nach wie vor Fleisch und buche „den Urlaub, den ich will“. Das mache sie „nicht so oft“ und müsse das „nur selbst verantworten“ und nicht „vor der Gruppe“.

Andere Befragte denken hingegen, dass in Bezug auf Nachhaltigkeit (zumindest in manchen Bereichen) noch eine **stärkere Bewusstseinsbildung** nötig wäre. Genannt werden hier Bereiche wie Ernährung (Wahl des Gemüses bei Gemeinschaftsessen), Wäschewaschen (Wahl der Waschmittel), die Einstellung der Heizung sowie die Mülltrennung (sh. dazu die entsprechenden Kapitel oben). Insbesondere zwei Interviewte sind erstaunt, dass nicht, wie von ihnen erwartet, alle BewohnerInnen ein ähnliches Engagement wie sie in Bezug auf ökologische Nachhaltigkeit aufweisen – manche würden das „von Scheitel bis zur Sohle“ tun, andere nicht. Eine Befragte meint, dass sie sich daher hinsichtlich ihrer Ansprüche an Andere bzw. ihrer Ideen, die sie gerne umsetzen würde, manchmal „bremsen“ müsse, was sie eigentlich nicht wolle. Ihre Meinung sei bisher gewesen, dass das, was „der Welt gut tut und was uns gut tut (...) faktisch für jeden gut“ sei. Sie hätte hier jedoch einen „Tunnelblick“ in Bezug darauf gehabt, wie das jede/r Einzelne für sich definiere. Diese Erkenntnis sei für sie „ein Genickschlag“ gewesen.

Ein Interviewter vermisst im Wohnprojekt Bewusstsein für eine ökologische Lebensführung, die über einzelne nachhaltige Handlungen hinausgehe. Ihm gehe es dabei um Fragen wie: „Wie gehe ich geistig mit mir und meinem Leben um, wie verarbeite ich Schwierigkeiten und wie gehe ich mit Konflikten um?“ Nachhaltigkeit sei mehr als sich nur um gesunde Ernährung zu kümmern, es gehe dabei auch um eine generelle Haltung zum Leben.

4.15. Bewertung und alltägliches Arrangement kollektiver und individueller bzw. bezahlter und unbezahlter Arbeit

Im Rahmen des Wohnprojekts werden Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschaftsarbeit (siehe die Definitionen dazu in Kapitel 1.3, HBS 2000, Brandl/Hildebrandt 2002) der WP-Mitglieder neu arrangiert. Wie die Befragten mit diesen neuen Arrangements umgehen, soll im folgenden Kapitel geschildert werden, ebenso wie ihre Haltungen zu den Anforderungen und Bedeutungen dieser Arbeitsformen in allgemeiner Hinsicht, aber auch in ihrem eigenen Leben.

Die eigene **Erwerbsarbeit** wird zum Teil mit „Begeisterung“ wahrgenommen, zum Teil aber auch als belastend erlebt. Die Bewertung ist auch abhängig von den Arbeitsverhältnissen und dem teilweise sehr unterschiedlichen Stundenausmaß der Erwerbsarbeit (sh. dazu auch die Daten in Kapitel 4.1). Mehrere Befragte assoziieren mit dem Begriff der (Erwerbs-)Arbeit eher Negatives wie „Zwang“ und „Pflicht“ und würden sich wünschen, wenn diese eher mit Begriffen wie „Sinn“ und „Begeisterung“ verbunden bzw. weniger stark an die Einkommensgenerierung gekoppelt wäre. So streben mehrere Befragte **sinnerfüllte** Arbeit an, die weniger mit Pflichterfüllung, sondern mehr mit Freude am Tun assoziiert ist. Auch die strenge Unterteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit wird kritisiert. Zwei Interviewte bevorzugen daher die Formulierung „tätig sein“.

Nach einem Befragten sei es in unserer Gesellschaft vor allem wichtig eine Arbeit zu haben, egal welche und egal, wie sinnvoll oder schädlich sie sei – der Mensch sei „zum Arbeitstier degradiert“ worden. Die **Reduktion** der tendenziell „schädlichen“ und nicht sinnerfüllten Erwerbsarbeit wäre aus Sicht von zwei Interviewten auch möglich: Man könne die Arbeit anders verteilen bzw. durch ein bedingungsloses Grundeinkommen auch Arbeiten ermöglichen, mit denen man derzeit kein Einkommen erzielen könne, die aber „Freude“ machen bzw. „von Herzen kommen“. Eine Interviewte erwähnt das Modell der „Teilzeit für alle“ (der Plan eine Norm-Erwerbsarbeitszeit im Ausmaß von 25 Stunden in der Woche einzuführen), wie es in Holland angedacht und auch untersucht wurde.

Die „**Muße**“ und die **unbezahlte Versorgungsarbeit**, die oft nicht geschätzt oder gesehen werde und die Grundlage der bezahlten darstelle, sollte nach mehreren Befragten im Vergleich zur Erwerbsarbeit einen höheren Stellenwert bekommen. Die Wertschätzung der Versorgungsarbeit sei nach einem Befragten ein individueller „Lernprozess“. Eine Befragte wurde vor dem Einzug in das Wohnprojekt selbst aktiv, um die Versorgungsarbeit „aus dem Eck rauszuholen“: Sie ist Teil eines „Putzrudels“, das sich alle 6-7 Wochen trifft und in der Wohnung eines Mitglieds putzt. Danach werde gemeinsam gegessen.

Die Balance zwischen Erwerbs- und Versorgungsarbeit ist auch sowohl vor als auch nach dem Einzug in das Wohnprojekt ein Thema bei den Befragten. So nahm eine Interviewte die Versorgungsarbeit immer als ein wertvolles „Gegengewicht“ zur Erwerbsarbeit wahr, was auch manchmal deren Einschränkung bedeute.

Gemeinschaftsarbeit unterscheide sich nach einer Befragten darin von der Erwerbsarbeit, dass sie bei erster immer wieder Dinge ausprobieren, die sie noch nicht könne, was „spannend“, aber manchmal auch „energieraubend“ sein könne. Für eine Befragte mache die Gemeinschaftsarbeit das Leben „vielfältiger und spannender“. Sie habe sich „immer schon“ engagiert, da sie in einer Familie aufgewachsen ist, in der solches Engagement „normal“ war. Viele Menschen bewegen sich jedoch

nie außerhalb von Familie und Erwerbsarbeit und haben auch oft gar keine Vorstellung davon, wie viel Arbeit z.B. das ehrenamtliche Betreiben eines Fußballvereins bedeute, so eine Befragte. Gemeinschaftsarbeit ermögliche es nach einem Befragten, mehr „von sich selbst weg“ zu kommen, indem man erlebe, wie es sei, etwas für Andere zu tun. Dies sei mit der üblichen Erfahrung „im normalen Wohnen und Leben“, für eine Dienstleistung „einen Geldschein“ hinzulegen, nicht zu vergleichen. Vor allem in der Zweiterhebung wurde von mehreren Befragten die Schwierigkeit des Arrangements der Gemeinschaftsarbeit mit Erwerbs- und Versorgungsarbeit geschildert, sh. dazu weiter unten auch die Strategien des Umgangs mit dieser Situation. Im Kapitel 4.7 wird auf die Bedeutung der WP-Arbeit im Leben der Befragten genauer eingegangen.

Als wichtig, um die Arbeit auch als **belohnend** zu empfinden, erwähnen die Befragten zwei Aspekte: die Anerkennung durch andere (was im Rahmen des Wohnprojekts besonders gut gelänge) und der „Dialog“, der zwischen einem selbst und dem Ding entstehe, wenn man kreativ arbeite oder etwas repariere, bei dem das Tun selbst bzw. das Endprodukt an sich Freude mache. **Belastend** würden die Arbeiten dann, wenn sie zu viel werden, wenn „niemand wahrnimmt, was man da eigentlich leistet“ und wenn sie „zur Isolierung beitragen“ bzw. man sich „nicht mehr als Teil von irgendeiner Gruppe“ wahrnehme. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage des **Zwangs und der Freude bei der Arbeit**. Während eine Diskutantin den Zwang ablehnt, meint eine andere, dass auch notwendige Arbeit (zu der man also „gezwungen“ sei), Freude machen könne, wenn man die richtige Haltung dazu einnehme.

Die GruppendiskussionsteilnehmerInnen sehen im Rahmen des Wohnprojekts Potential für eine **Neubewertung von unbezahlter Arbeit**. Durch das System der Wohnprojekt-Stunden (sh. Kapitel 2) werde jede Art von Arbeit gleich viel wert, auch „übersehene Arbeiten“. Kollektivierte Versorgungsarbeit ermögliche es, die Arbeit nach Talenten, Interessen und Fähigkeiten aufzuteilen, den „Müßiggang“ zu fördern (individuelles Kochen ist nicht mehr so oft notwendig) und mache mehr Freude als die individuelle Erledigung. So wurde im Kontext des Wohnprojekts die „Minga“ geschaffen – ein halbjährlich stattfindender Putz- und Reparaturtag mit anschließendem gemeinsamen Essen im Wohnprojekt –, die notwendige Arbeit des Wohnprojekts durch ein gemeinschaftliches Ritual zu einem positiven und auch gemeinschaftsfördernden Erlebnis macht, das von manchen WP-Mitgliedern gegenüber den offiziellen Gemeinschaftswochenenden sogar bevorzugt wird. Weiters könne man sich vom Markt „freispielen“, indem man bestimmte Dienstleistungen nicht zukaufen müsse, weil man sie füreinander erledigt. Bedingung für all diese potentiellen Erleichterungen bei der Durchführung ist die soziale und räumliche Struktur des Wohnprojekts.

4.15.1. Strategien des Arrangements kollektiver und individueller Praktiken

Mehrere Befragte beschreiben Gefühle von Stress bzw. zeitlicher Bedrängung hinsichtlich des Arrangements verschiedener individueller und kollektiver Praktiken. Southerton (2003) erklärt in seiner Studie den von vielen Menschen erlebten „time squeeze“ dadurch, dass versucht wird, verschiedene Praktiken in bestimmten Zeitfenstern zu koordinieren (in „hot spots“) um auf diese Weise „cold spots“, also Zeiten der Erholung und der Fürsorge für andere Menschen, zu schaffen und andererseits dadurch, dass die Notwendigkeit, persönliche Zeitpläne erstellen zu müssen, um diese mit denen der sozialen Netzwerke zu koordinieren, zunimmt. Das Problem liege nach Southerton

(ebd.) weniger darin, dass mehr als früher zu tun wäre, sondern darin, dass in bestimmten, von anderen Menschen oder Institutionen festgelegten, Zeitfenstern viele Praktiken auf einmal zu erledigen seien (Multitasking), also in der Ansammlung von Praktiken in zu kleinen Zeitfenstern.

Zeitliche Bedrängnis sei somit das Resultat der Inkompatibilität zwischen dem Ausmaß an Aufgaben in einem Zeitabschnitt und der raum-zeitlichen Koordination von Netzwerken bzw. drücke den Verlust der Kontrolle über diese verschiedenen zeitlichen Rhythmen aus. Erschwert wird dies durch im Rahmen der Individualisierung und Flexibilisierung von Erwerbsarbeit stattfindende Prozesse der kollektiven Deroutinisierung: Kollektive, institutionell vorgegebene Rhythmen existieren zwar nach wie vor, müssen aber mit den sich diversifizierenden individuellen Rhythmen koordiniert werden.

Das Gefühl des „time squeeze“ wird verstärkt, wenn Koordination mit mehreren Personen nötig ist – was auch die von Haushalten mit Kindern teilweise als belastend beschriebene tägliche Organisation verschiedenster Praktiken erklärt –, wenn andere Rhythmen des Kontexts nicht planbar sind und wenn eine hohe Mobilität gegeben ist, da durch diese eine zusätzliche Koordination der Bewegung in Zeit und Raum notwendig wird. Um mit dieser grundsätzlichen Problematik umzugehen, können verschiedene Strategien angewandt werden: von der Erstellung von To-Do-Listen bis zum Einsatz von zeitsparenden bzw. -verschiebenden Geräten und dem Erstellen von gemeinsamen Zeitplänen (z.B. mit dem Google Kalender, wie dies auch ein befragter Haushalt berichtet). Eine weitere, von mehreren Befragten geschilderte Strategie, ist die der „Abgrenzung“, die im Folgenden geschildert werden soll.

Dass die Logiken der vielen alltäglichen Praktiken um die von den AkteurInnen verfügbare Zeit konkurrieren, zeigt die große Bedeutung des Wortes „**Abgrenzung**“ in den Erzählungen vieler Befragter. Es wird vor allem in Bezug auf die WP-Arbeit verwendet, aber auch das inoffizielle Wohnprojekt-Leben, also die nachbarschaftlichen Kontakte, ist davon betroffen (diese beiden Bereiche sind ohnehin nicht klar voneinander abgrenzbar, da viel WP-Arbeit auch das nachbarschaftliche Zusammenleben betrifft). Dabei geht es im Wesentlichen darum, den von Vernachlässigung bedrohten Praktiken wieder die für ihre Durchführung nötige Zeit zuzugestehen, indem der Gemeinschaft ein deutliches Signal der Nicht-Verfügbarkeit gegeben wird.

Die **Wohnung** übernimmt bei diesen Bemühungen eine zentrale Funktion: Sie stellt einen Ort dar, an dem Abgrenzung möglich ist – hier kann man sich auch mit Aktivitäten beschäftigen, die nichts mit dem Wohnprojekt oder mit der Nachbarschaft zu tun haben. Daran wird gut sichtbar, wie räumliche und soziale Strukturen miteinander verwoben sind: Die Konzentration vieler alltäglicher Praktiken und sozialer Kontakte an einem Ort hat einerseits Vorteile (kürzere Wege, weniger Organisationsarbeit), aber auch den Nachteil, dass man räumlich sehr auf das Haus beschränkt bleibt. Der Rückzug in die Wohnung, aber auch das „Hinauskommen“ aus dem Wohngebäude ist für manche Befragte auch psychologisch wichtig – man bewegt sich dabei nicht nur räumlich vom Wohnprojekt bzw. seinen gemeinschaftlich genutzten Bereichen weg, sondern auch sozial, also auch von der mit ihm assoziierten Gemeinschaft bzw. den gemeinschaftsbezogenen Praktiken. Fehlt diese räumlich-soziale Abwechslung, entsteht das Gefühl von Eingegrenztheit bzw. anderen wichtigen Praktiken nicht genug Zeit und eigenen Raum geben zu können.

Auch wenn die Balance zwischen Gemeinschaftlichkeit und Privatheit in Bezug auf **nachbarschaftlichen Kontakt** aus Sicht vieler Befragter gelingt (bei der WP-Arbeit, zu der man ja auch „verpflichtet“ ist, scheint dies schwerer zu fallen) und sich manche Befragte durchaus noch mehr Kontakt wünschen würden, deuten Formulierungen wie „Willensakt“ in Bezug auf die Abgrenzungsbemühungen und „Zeitloch“ in Bezug auf die schwere Plan- und Vorhersehbarkeit (und

somit Kontrollierbarkeit) der Zeit, die nachbarschaftlicher Kontakt in Anspruch nimmt, darauf hin, dass die Abgrenzung für einige Befragte durchaus eine permanente, auch emotionale Herausforderung darstellt, die mit einem individuellen Austesten der eigenen Grenzen der Offenheit nach „außen“ einhergeht. In Bezug auf nachbarschaftlichen Kontakt werden von den Interviewten verschiedene Strategien der Abgrenzung genannt: Die Tür nicht zu öffnen, bei Gesprächen kurz angebunden zu sein (bzw. sich erst gar nicht darauf einzulassen), „mit der Uhr“ zu arbeiten (Schaffung klarer zeitlicher Grenzen zwischen den gemeinschaftlichen und nicht-gemeinschaftlichen Praktiken) oder mehr Zeit dafür einzuplanen.

In Bezug auf die in ihren Ausmaßen und Anforderungen von einigen Befragten als belastend erlebte **gemeinschaftliche Arbeit** werden ganz verschiedene individuelle und kollektive Strategien angewandt, um mit den erlebten Ambivalenzen und Herausforderungen umzugehen. In **organisatorischer** Hinsicht wurde und wird mit dem Schaffen von bezahlten Stellen, der Möglichkeit der Karenzierung von WP-Arbeit, Budgetprozessen und Stundenabrechnungen (um das Ausmaß und die Verteilung der Arbeit und des Budgets zu eruieren und auf dessen Basis Entscheidungen hinsichtlich der als notwendig definierten Arbeit zu treffen), Diskussions- und Reflexionsprozessen hinsichtlich der Arbeitsweise des Wohnprojekts und des Umgangs mit Überlastungen sowie mit Umstrukturierungen bzw. der Zusammenlegung von Arbeitsgruppen reagiert. Auf **individueller** Ebene stellen der Ausstieg aus AGs bzw. das Zurücklegen von Funktionen und der Verzicht auf Mitarbeit bei bestimmten Aktivitäten, das individuelle Erlernen der Einschränkung der WP-Arbeit auf fixe „Orte und Zeiten“ (was aufgrund der räumlichen und sozialen Nähe im Wohnprojekt eine Herausforderung darstellt), individuelle Prioritätensetzung, das Bündeln der Arbeit, die Akzeptanz nur langsamen Arbeitsfortschritts, das Verschieben von Arbeiten auf einen späteren Zeitpunkt und die Reduktion der Versorgungsarbeit Strategien dar. Eine sowohl für die Erwerbs- als auch die Gemeinschaftsarbeit wichtige Strategie ist das in der einer Diskussion erwähnte „Vertrauen, dass andere auch was erledigen“, also die Fähigkeit zur Delegation und Kooperation. Dazu gehört, klar zu kommunizieren, was man beitragen kann und was nicht.

Auch Strategien der emotionalen Distanzierung werden geschildert. So wehrt sich eine Befragte gegen die Vorstellung, dass nur die WP-Mitglieder, die besonders viele Stunden leisten, berechtigt seien „sich integriert zu fühlen“. Neben der emotionalen Distanzierung von (unterstellten) Ansprüchen in Bezug auf das Ausmaß der Arbeitsleistung wird hier eine von mehreren BewohnerInnen geteilte Kritik an bestimmten dominanten Strukturen und Denkmustern der Erwerbsarbeit geäußert, die sich durch die ‚Hintertür‘ in die WP-Arbeit einschleichen. Auch der Vergleich mit anderen, „noch weniger“ arbeitenden BewohnerInnen einer anderen Befragten dient dazu, sich selbst ‚trotz‘ vergleichsweise geringerer Arbeitsleistung als ‚gutes‘ Mitglied des Wohnprojekts fühlen zu können (zumindest relativ zu denen, die noch weniger tun) und ist als Denkmuster auch in der Welt der Erwerbsarbeit verbreitet.

Wie oben erwähnt, wird das Arrangement von Versorgungs-, Erwerbs- und Gemeinschaftsarbeit von mehreren Befragten als schwierig beschrieben. Dies führt teilweise auch zu einer **Reduktion der Versorgungsarbeit**. So gebe es bei einer Befragten hinsichtlich der Durchführung dieser Arbeit keine Regelmäßigkeiten mehr, das private Kochen spiele bei ihr z.B. kaum mehr eine Rolle. Diese Reduktion kann jedoch auch bewusst erfolgen: So stellt die Versorgungsarbeit bei mehreren Befragten einen „Puffer“ dar, wenn die Zeiterfordernisse anderer Praktiken zu groß werden. Diese kann auf zwei verschiedene Arten vorgenommen werden: erstens durch die zeitweise Vernachlässigung der

Anforderungen dieser Arbeit, indem man sie nicht sofort, besonders schnell oder nicht vollständig erledigt, oder zweitens durch das Anstellen einer Haushaltshilfe.

Zweiteres nahmen zum Zeitpunkt der Erst- und der Zweiterhebung 30% der Befragten mindestens ein halbes Jahr lang und 52% entweder im Jahr der Erst- oder dem der Zweiterhebung in Anspruch. Eine Befragte meint dazu, dass es in ihrer WG mit einem ebenfalls sehr engagierten Mitbewohner so eine Unterstützung „dringend braucht“, da ihr ansonsten „die Kraft ausgehen“ würde.

Ersteres verlangt nach einigen Interviewten das Ausblenden bestimmter Erfordernisse der Versorgungsarbeit (besonders beim Putzen) bei gleichzeitiger Bewahrung der eigenen Sauberkeitsstandards auf bestimmten „Inseln“ in der Wohnung (z.B. Küchenzeile, Bett oder Tisch). Hier sind der „Mut zur Lücke“ sowie die Fähigkeit, sich „abgrenzen“ zu können bzw. auch bei liegengeliebener Arbeit „entspannt“ zu bleiben, wichtige Fähigkeiten. Dieser Zustand bleibe nach zwei Gruppendiskussionsteilnehmerinnen so lange bestehen, bis man wieder genug „Energie“ habe oder mit der Situation in der Wohnung zunehmend unzufrieden sei.

Diese Strategie wird vermutlich gewählt, weil es zwar gesellschaftliche Normen in Bezug auf die „richtige“ Erledigung dieser Tätigkeiten gibt, diese aber einerseits in den letzten Jahrzehnten weniger strikt wurden und andererseits deren Einhaltung auch schwerer überprüfbar ist – so ist man vor allem selbst z.B. mit einer unaufgeräumten Wohnung konfrontiert, während die Nicht-Einhaltung einer Verpflichtung in Erwerbs- oder WP-Arbeit von anderen Menschen meist bemerkt und eventuell auch kritisiert wird. Die Versorgungsarbeit ist daher also ein Bereich, in dem in Bezug auf die Erfüllung von Normen eine gewisse Flexibilität herrscht. Da diese aber dennoch internalisiert sind und eine zu lange Nicht-Erledigung auch negative Konsequenzen für die Alltagsorganisation hat, ist auch der Aufschub der Versorgungsarbeit nur für eine begrenzte Zeit möglich. Befragte schildern daher auch, es zu „genießen“, sich dieser Arbeit wieder widmen zu können.

5. Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen

In diesem Kapitel werden zusammenfassend zentral erscheinende und mehrere Praktiken betreffende Erkenntnisse dargestellt und analysiert. Zum einen soll auf die sozial innovativen Aspekte des Wohnprojekts eingegangen werden, die an mehreren Stellen im Datenmaterial sichtbar wurden. Im Anschluss werden die Ergebnisse der CO₂-Analyse im Kontext der Literatur interpretiert. Weiters wird versucht, die möglichen Gründe für Kontinuitäten in den Ausübungsformen von Praktiken im Vorher-Nachher-Vergleich, ebenso wie die Hinweise auf Voraussetzungen für Veränderungen von Praktiken darzustellen. Abschließend soll auf die grundsätzlichen, nicht vermeidbaren Widersprüche beim Versuch, individualisierte Lebensweisen zu kollektivieren, eingegangen werden.

5.1. Aspekte sozialer Innovation des Wohnprojekts

Soziale Innovation als Teil eines transformativen sozialen Wandels kann als eine neue Kombination oder Rekonfiguration von Praktiken bzw. Elementen dieser Praktiken verstanden werden – indem die Stabilität und Veränderung der Praktiken-Elemente beschrieben werden, können auch die Entwicklung der Praktiken und somit Prozesse der Transformation aufgezeigt werden. Transformativer sozialer Wandel ist eine Reaktion in Form reflexiven Lernens in Bezug auf Praktiken, die „obsolet“ werden. (Shove et al. 2012, Butzin et al. 2014, Jaeggi 2013)

Sozial innovativ an Wohnprojekten ist die Neugestaltung bestimmter Elemente von alltäglichen Praktiken und die damit verbundene Änderung von Routinen. Wie unten genauer geschildert, haben die Veränderungsprozesse der praktikenbezogenen Elemente im Kontext des Wohnprojekts zwei Zielrichtungen: einerseits die Kollektivierung vormals individuell ausgeübter Praktiken und andererseits deren nachhaltigere Gestaltung (diese Aspekte hängen teilweise miteinander zusammen). Die Veränderungen der Elemente bzw. des sozialen Settings bestimmter Praktiken schaffen neue Arten von Beziehungen zwischen AkteurInnen bzw. Elementen von Praktiken. Das Wohnprojekt stellt eine Nische bzw. ein Experimentierfeld dar, in denen diese neuen Ausübungsformen von Praktiken erprobt werden. Unter die veränderten Elemente fallen auch sozio-materielle Bedingungen, die üblicherweise von Individuen gar nicht oder nur mit sehr großem Aufwand veränderbar sind und z.B. nicht-nachhaltige performances von Praktiken oft fördern und reproduzieren (Whitford 2002). Daher stellt die kollektive Anstrengung des Wohnprojekts, diese Bedingungen bewusst zu verändern, ein sozialwissenschaftlich interessantes Experiment dar.

Konkret werden im Rahmen des Wohnprojekts Aspekte des sozialen Settings, in dem alltägliche Praktiken ausgeübt werden, der Umgang mit dem und die Art des Material(s) sowie know-how- und bedeutungsbezogene Elemente verschiedener Praktiken modifiziert. Da diese Elemente und Rahmenbedingungen stark miteinander verknüpft sind, werden sie im Folgenden auch hinsichtlich ihrer Beziehungen zueinander dargestellt.

Zum einen verändert sich **das soziale Setting des Wohnprojekts** im Vergleich zu individualisierten Wohnsituationen radikal. Während in den alten Nachbarschaften der BewohnerInnen vorwiegend typisch städtische, anonyme Nachbarschaftsbeziehungen vorherrschten, ist das Zusammenleben im Wohnprojekt nun von einem Gemeinschaftsgefühl geprägt und die Kontaktformen sind diversifizierter; so sind sie nicht mehr nur auf übliche nachbarschaftliche Aktivitäten wie Grüßen, Gespräche oder Hilfe in Notsituationen beschränkt, sondern nehmen Züge freundschaftlicher oder familiärer Beziehungen an bzw. involvieren Praktiken der Versorgungsarbeit (Kochen, Putzen, Gartenarbeit). Diese Gemeinschaft ist u.a. ein Produkt der gemeinsamen, sehr intensiven Arbeit an der Planung und der Verwaltung des Wohnprojekts sowie der Schaffung der dafür notwendigen sozialen Strukturen. Personen, die diese Art von Gemeinschaftlichkeit nicht suchen bzw. nicht bereit sind, sich dieser ein Stück weit „auszusetzen“ und Zeit in ihren Aufbau zu investieren, sind somit von der Teilnahme an einem solchen Projekt von vornherein ausgeschlossen. Der soziale Kontext des Projekts spielt bei der Verwirklichung der Vision eines nachhaltigeren Lebens eine wichtige Rolle. So kommt die Studie von Ornetzeder et al. (2008) zum Schluss, dass bei dem untersuchten ökologisch orientierten Wohnprojekt neben der Infrastruktur auch das soziale Klima zur Bestärkung umweltbewusster/n Haltungen *und* Handelns geführt habe (negative Korrelation zwischen sozialer Kohäsion bzw. dem Ausmaß sozialer Kontakte und CO₂-Emissionen).

Weiters werden im Rahmen des Wohnprojekts neue **materielle Elemente** geschaffen: Ein nach Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gestaltetes Haus (Niedrigenergiehaus, Photovoltaikanlage), die Schaffung einer Reihe von Gemeinschaftseinrichtungen wie Küche, Waschküche, Fahrradraum, Mobilitätssharing, eines gut zugänglichen Müllraums mit Containern für fast alle Müllsorten und einer Food-Coop sowie die Bereitstellung des für die kollektive Ausübung erforderlichen Materials wie z.B. ein Lastenrad, Fahrradwerkzeug, Küchen-, Waschküchen-, Lagerraum- und Fahrradraumeinrichtung. Diese materiellen Elemente erlauben die kollektive und nachhaltigere

Ausübung vormals individuell organisierter Praktiken sowie räumliche Nähe und somit die Möglichkeit für intensive Beziehungen der ‚Ausübenden‘ dieses Experiments. Da die zukünftigen BewohnerInnen das Gebäude mit der Hilfe von ArchitektInnen geplant haben, konnten so schon von Anfang an nachhaltigkeitsfördernde Infrastrukturen geschaffen werden.

Die soziale und räumliche Struktur, der Auswahlprozess der Mitglieder und die Planungsgeschichte des Wohnprojekts führen dazu, dass bestimmte **wissens- und bedeutungsbezogene Elemente** nachbarschaftlichen Kontakts verändert werden: Dazu zählen die tendenzielle Homogenität der WP-Mitglieder in Bezug auf Werte, Interessen, Milieuzugehörigkeit bzw. Offenheit gegenüber nachbarschaftlichen Kontakt, Informiertheit bzw. Vertrautheit in Bezug auf die NachbarInnen sowie die Schaffung „neutraler“ Räume (als sowohl materielles als auch bedeutungsbezogenes Element) und sozialer „Anlässe“ für nachbarschaftliche Aktivitäten. Diese neuen Elemente fördern die Intensität nachbarschaftlichen Kontakts und verändern seine Qualität. Ein wichtiges bedeutungsbezogenes Element, das im Rahmen des sozialen Kontexts immer wieder reproduziert wird, ist das des „nachhaltigen Lebens“. Shove/Pantzar (2005) betonten die Schaffung von neuen Bedeutungen als wesentlich bei der Entstehung neuer Praktiken (so war es bei der Etablierung des „Nordic Walking“ zentral, das Gehen mit Stöcken neu zu definieren). Auch wenn für viele BewohnerInnen Nachhaltigkeit schon vor dem Einzug ein wichtiger Wert war, so bekommt dieser im Rahmen des Wohnprojekts eine zentralere Bedeutung im Alltag.

Das neue soziale und räumliche Setting bzw. die beschriebenen veränderten Elemente ermöglichen gegenseitige **Hilfestellungen**, die sehr persönliche Unterstützung in physisch oder psychisch schwierigen Situationen oder kleine Aushilfen bei der Alltagsbewältigung umfassen. Weiters gestatten sie – im Vergleich zu konventionellem Wohnen – eine viel leichtere **Verbreitung von Wissen**. Dieses nicht nur nachhaltigkeitsbezogene Wissen wird in Arbeitsgruppen erarbeitet, gebündelt, umgesetzt und an andere WP-Mitglieder weitergegeben. Außerdem wird viel Wissen informell durch nachbarschaftliche Gespräche, aber auch durch eine Art „Vorbildwirkung“ der NachbarInnen vermittelt. Die im Wohnprojekt vorhandenen Kompetenzen werden auch im Rahmen von nachbarschaftlichen Hilfestellungen und der WP-Arbeit gezielt eingesetzt. Der unaufwändige Zugang zu Wissen rund um eine nachhaltigere Gestaltung des eigenen Alltags kann diese erleichtern (wenn auch die Umsetzung dieses Wissens eine weitere Hürde darstellt).

Die soziale Struktur des Wohnprojekts ermöglicht somit die individuelle **Erweiterung der für verschiedene Praktiken erforderlichen Kompetenzen**. Voraussetzung dafür ist eine hohe **Lernbereitschaft** auf Seiten der WP-Mitglieder, sowohl in Bezug auf konkrete inhaltliche Aufgaben als auch in Bezug auf die gemeinschaftliche Organisation des Wohnprojekts, für die diverse soziale Kompetenzen wie Selbstreflexion, Empathie, die Zurücknahme stark individualistischer Denk- und Handlungsmuster sowie das Erlernen damit verbundener neuer Routinen nötig sind.

Weiters verlangt das Wohnprojekt von seinen Mitgliedern eine **hohe Reflexivität** in Bezug auf die Neuorganisation bestimmter Teilbereiche nachhaltigkeitsrelevanter Praktiken sowie in Bezug auf die Gestaltung und Organisation des Zusammenlebens. Schon vor dem Einzug ist bei vielen Befragten ein reflexiver Umgang mit Alltagspraktiken beobachtbar, so wird versucht, diese immer wieder zu optimieren. Die Reflexion, die sich zuvor auf den eigenen Haushalt bzw. die Familie gerichtet hat, richtet sich nun teilweise auch auf das Wohnprojekt als Ganzes. Im kollektiven Kontext werden nun Probleme aufgegriffen, die schon in den individuellen Haushalten bestanden haben, etwa die Alltagsorganisation nachhaltigen, gesunden Kochens bzw. alternativer Nahrungsbeschaffung. Die WP-Mitglieder haben also schon von sich aus bestimmte Verbindungen zwischen Bedeutungen,

Kompetenzen und Material verschiedener Praktiken problematisiert (etwa indem diese hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit evaluiert wurden) und somit eine kritische Distanz zu ihnen aufgebaut (vgl. Hargreaves (2011) zur von ihm untersuchten Verhaltensänderungsinitiative).

Dass Lernen und Reflexivität im Wohnprojekt so hoch geschätzt werden, sagt auch etwas über die WP-Mitglieder selbst aus: Wissenserwerb und Kompetenzerweiterung werden als Teil der persönlichen Weiterentwicklung definiert (im Gegensatz zu Milieus, in denen diese Werte weniger dominant sind). Neben der Milieuzugehörigkeit bzw. der Identifikation mit einem „Selbstverwirklichungs-Diskurs“ könnte hier auch die Sozialisation vieler Mitglieder in einem akademischen Kontext (83% der quantitativ Befragten haben einen höheren Bildungsabschluss) eine Rolle spielen, in dem Wissenserwerb als eine Tugend bzw. Selbstzweck gilt.

Die Kehrseite des hohen Stellenwerts von Lernen und Reflexivität im Wohnprojekt ist jedoch potentielle individuelle **Überforderung**, z.B. wenn es sich um die Erledigung „notwendiger“ Aufgaben der Gemeinschaftsarbeit mit hohen zeitlichen oder kompetenzbezogenen Ansprüchen handelt.

Die kollektive Organisation des Wohnprojekts, das Wissen über die Mitglieder und Normen einer generellen Offenheit den NachbarInnen und dem Lernen gegenüber erlauben es, dass Informationen und damit verbundene Unterstützung relativ frei im Wohnprojekt fließen können. Somit werden Wohnprojekte auch zu **Lernorten**, an denen man durch direkte Wissensvermittlung, aber auch durch das „Abschauen“ von Anderen nachhaltigere Verhaltensweisen in den eigenen Alltag integrieren kann.

Neben dem **Austausch** von Wissen ist auch der **von Dingen** (als die verschiedene Praktiken konstituierenden materiellen Elemente) im Wohnprojekt leichter möglich als in individualisierten Wohnsituationen. Die Kollektivität des Wohnprojekts ermöglicht somit eine „economy of sharing“ bzw. die Realisierung des Prinzips „Nutzen statt Besitzen“, wodurch der Ressourcenverbrauch reduziert und Müllvermeidung gefördert werden kann: etwa in Form des Verschenkens und Verborgens sowie der kollektiven Nutzung von Dingen, die nicht mehr gebraucht (z.B. Kinderfahrräder) bzw. nicht notwendigerweise individuell besessen werden müssen (z.B. Werkzeug), und des Tätigens gemeinsamer Anschaffungen (z.B. Lastenrad). All diese Formen des Austauschs bzw. kollektiven/r Erwerbs bzw. Nutzung von Gegenständen haben (neben individueller finanzieller Entlastung) zum einen ressourcenschonende Effekte und ermöglichen zum anderen durch Bereitstellung des materiellen Elements bestimmte nachhaltige Praktiken für die BewohnerInnen erst bzw. erleichtern sie (z.B. Fahren mit dem Lastenrad, Teilnahme an Car-Sharing, Food-Coop, gemeinschaftliches Essen und Nutzung der Waschküche, Erleichterungen beim Fahrradfahren durch Werkzeug und Fahrradraum usw.).

Diese neuen, intensiveren Arten von Unterstützung und Austausch, die im Rahmen des Wohnprojekts möglich werden, entlasten die Befragten somit auf mehreren Ebenen: in emotionaler Hinsicht (das Wissen, dass, wenn man jemanden brauche, immer jemand da sei), in finanzieller Hinsicht (Einsparungen durch kollektive Nutzung und Verleihen von Gegenständen, Inanspruchnahme von Rabatten und Kompetenzen im Wohnprojekt), in alltagsorganisatorischer Hinsicht (z.B. durch kollektive Besorgungen, die Verkürzung von Wegen z.B. für die Organisation von Kinderbetreuung und die Inanspruchnahme von Kompetenzen anderer BewohnerInnen) sowie in ökologischer Hinsicht (Verwirklichung des Prinzips „Nutzen statt Besitzen“, Ressourcenschonung, kürzere Wege).

5.2. Schlussfolgerungen in Bezug auf die CO₂-Analyse

Schon im Jahr 1979 erkannte man auf der UN-Klimakonferenz in Genf, dass der sich abzeichnende Klimawandel globale Maßnahmen erfordert. Im Jahr 1997 einigte man sich schließlich in Japan im sogenannten Kyoto-Protokoll auf völkerrechtlich verbindliche Zielwerte zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen. Im Jahr 2005 ratifizierten 55 Nationen, die gemeinsam für über 55 % der weltweiten Treibhausgasemissionen (THGE) verantwortlich sind, das Protokoll, mit dem Ziel, bis zum Jahr 2012 weltweit 5,2 % weniger Treibhausgase auszustoßen als im Jahr 1990. Innerhalb der Europäischen Union sollten die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 8 %, in Österreich um 13 % gesenkt werden. Dieses Ziel wurde deutlich verfehlt: Im Jahr 2011 wurden in Österreich 82,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent (CO_{2eq}) Treibhausgase emittiert – um 6 % mehr als 1990 (UBA 2013). Diese Zahlen entsprechen etwa 27 kg CO_{2eq} pro Kopf und Tag. Würde jeder Mensch in Österreich täglich etwa 5 kg CO_{2eq} einsparen (weniger ausstoßen), könnte das Kyoto-Ziel erreicht werden.

Die befragten Personen im Wohnprojekt hatten eine durchschnittlich **um 1,24 kg pro Person pro Tag reduzierte CO₂-Bilanz**. Die befragten Haushalte in der vorliegenden Studie reduzierten die THGE der drei Bereiche „Ernährung“, „Energiebedarf für Wohnen“ und „Mobilität“ **um 17,3%** im Vergleich zur Situation vor dem Einzug ins Wohnprojekt. Das ist eine deutliche Einsparung, wenngleich die Unterschiede aufgrund der großen Streuung der Einzelhaushalte nicht signifikant sind. Die Reduktion ist wesentlich durch die geringeren CO_{2eq}-Emissionen im Bereich Energiebedarf fürs Wohnen bedingt.

Die CO₂-Teilbilanz für den Bereich „**Energiebedarf für Wohnen**“ reduzierte sich am deutlichsten (**minus 34,5%**). Dies ist u.a. (neben Witterungseinflüssen und dem Wechsel von Energieträgern) auch auf einen niedrigeren Energieverbrauch und somit auf das energieeffizientere Gebäude des Wohnprojekts zurückzuführen. Vergleicht man den durchschnittlichen Stromverbrauch pro Haushalt, so reduzierte sich dieser um 31,4%. Es ist auch durch andere Studien belegt, dass Wohnprojekte durch effiziente und meist moderne und kompakte Bauweise und moderne Versorgung mit Energie Einsparungen erzielt werden können (z.B. Sundberg 2014, Harmaajärvi 2000).

Im Bereich **Mobilität** ist entscheidend, ob die Gemeinschaften im städtischen oder ländlichen Gebieten angesiedelt sind (z.B. Holden 2004). In ländlichen Gegenden ist es schwieriger, bei der Mobilität Einsparungen im Vergleich zum Durchschnitt oder zu Gemeinschaften im städtischen Umfeld zu erlangen. Obwohl alle befragten Personen auch schon vorher in Wien gelebt haben, wurden durchschnittlich **16,6% weniger** Treibhausgasemissionen nach dem Einzug ins Wohnprojekt im Bereich „Mobilität“ verursacht. Dies ist hauptsächlich auf die reduzierte Anzahl der Autokilometer zurückzuführen. Es wurden nur rund 88.000 km in Summe mit dem Auto gefahren, während es vor dem Einzug rund 155.000 km waren. Diese beeindruckende Reduktion der gefahrenen Autokilometer schlägt sich in der Bilanz für den gesamten Bereich der Mobilität wenig durch, da die erhöhte Anzahl der Flüge einen großen Impact auf die CO₂-Bilanz hat (in Summe 69 Kurzstreckenflüge nach dem Einzug im Vergleich zu 22 Kurzstreckenflügen vor dem Einzug). Die Bewohner und Bewohnerinnen des Wohnprojekts liegen aber auch bei den Flügen weit unter den österreichischen Vergleichsdaten (GfK 2013).

Auch andere Studien über Wohnprojekte haben gezeigt, dass die Flugmobilität die im Rahmen dieser Projekte erzielten nachhaltigen Effekte teilweise deutlich reduziert. Tinsley/George (2006)

untersuchten u.a. die Mobilität in der dem Wohnprojekt Wien in einigen Aspekten sehr ähnlichen „Findhorn Foundation and Community“ in Schottland, sie verwendeten dabei jedoch die Methode des Ökologischen Fußabdrucks (Wackernagel/Beyers 2010), der die von den BewohnerInnen genutzte Energie und Rohstoffe sowie deren Müll in ein Maß umrechnet, das die Fläche angibt, die für Produktion dieser Ressourcen bzw. die Absorption des Mülls benötigt wird. Der durchschnittliche Fußabdruck der Community pro Person ist um fast die Hälfte geringer als der durchschnittliche Fußabdruck pro Person in Großbritannien bzw. Schottland. Die Flugmobilität hingegen ist doppelt so hoch wie die des schottischen Durchschnitts. Da jedoch in anderen Bereichen der Mobilität große Einsparungen erzielt wurden – so macht das Ausmaß der Automobilität nur 6% der durchschnittlichen Automobilität in Schottland aus – liegt der gesamte Footprint im Bereich der Mobilität deutlich unter dem des schottischen Durchschnitts. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie gehen in eine ganz ähnliche Richtung: Die *gesamten* CO₂-Emissionen im Bereich der Mobilität konnten reduziert werden, die der *Flugmobilität* jedoch nicht.

Ornetzeder et al. (2008) verglichen die ebenfalls in Wien lokalisierte „Autofreie Mustersiedlung“, in der die BewohnerInnen verpflichtet wurden, kein Auto zu besitzen, in einer Fallstudie mit einem ähnlichen Referenzprojekt, das rund um das Thema des frauengerechten Wohnens organisiert wurde und keinen Fokus auf ökologische Belange hat. Resultat der Studie ist, dass die BewohnerInnen der „Autofreien Mustersiedlung“ tatsächlich größtenteils öffentliche Verkehrsmittel nutzen, während im Referenzwohnbau das Auto das hauptsächlich genutzte Verkehrsmittel ist. Erstere fliegen jedoch etwas häufiger als zweite: im autofreien Wohnbau werden 64% der CO₂-Emissionen durch Flugmobilität verursacht, im Referenzwohnbau 43%. Die durch Flugmobilität erzeugten Emissionen sind mehr als doppelt so hoch wie die für Überlandtransport und Energie. Der Analyse zufolge ist jedoch ein Rebound-Effekt auszuschließen: Das Geld, das durch den Nicht-Besitz eines Autos eingespart wurde, ist nicht systematisch in Ausgaben für Flugmobilität geflossen. Den größten Impact auf die Reduktion der gemessenen CO₂-Emissionen hatte der Verzicht auf ein Auto (so wies die „Autofreie Mustersiedlung“ in Bezug auf Überlandtransport weniger als die Hälfte der Emissionen des Referenzwohnbaus auf), gefolgt von der Wahl von Ökostrom. Auch in der vorliegenden Studie haben diese beiden Faktoren entscheidend zur Reduktion der CO₂-Emissionen beigetragen.

Die CO_{2eq}-Teilbilanz für der „**Ernährung**“ erhöhte sich nach dem Einzug ins Wohnprojekt **um 21,9%**. Ernährungsweisen schwanken individuell sehr stark und können auch von Woche zu Woche schwanken, daher sind diese Ergebnisse nicht eindeutig mit einer generellen Änderung der Ernährungsgewohnheiten durch den Einzug ins Wohnprojekt in Verbindung zu bringen. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben im Bereich Ernährung im europäischen Vergleich niedrige THGE, was hauptsächlich auf die fleischreduzierte Ernährung zurückzuführen ist.

Die Daten der befragten Personen zur Menge konsumierter Lebensmittel in einer Woche, verursachen durchschnittlich **517 kg CO_{2eq} pro Person** hochgerechnet auf **ein Jahr vor dem Einzug ins Wohnprojekt** und **630 kg CO_{2eq} pro Person und Jahr nach dem Einzug ins Wohnprojekt**. Die höhere CO₂-Bilanz nach dem Einzug ist auf einen höheren Fleischkonsum in der Woche der Befragung zurückzuführen.

Der errechnete **österreichische Durchschnitt beträgt 1050 kg CO_{2eq}/Person/Jahr** und ist somit deutlich höher als jener der Bewohner. Der weltweite Durchschnitt der ernährungsbedingten THGE liegt im Jahr 2009 bei 340 kg CO_{2eq} pro Person und Jahr (Tilman/Clark 2014). Zahlen aus Europa liegen aufgrund des hohen Fleischkonsums und vergleichsweise geringen pflanzlichen Anteil an der

Ernährung deutlich höher als der globale Durchschnitt. Zum Beispiel werden für Schweden von Wallen et al. (2004) 904 kg CO_{2eq} pro Person und Jahr für den Bereich Ernährung berechnet, von Sundberg (2014) in einem Cohousing-Projekt sogar über 1500kg. Von Risku-Norjaa et al. (2009) wurden 1692 kg CO_{2eq}/Person/Jahr für die durchschnittliche aktuelle Ernährung in Finnland berichtet und in England sind es 887 kg CO_{2eq} für eine durchschnittliche Ernährungsweise (Macdiarmid et al. 2012).

Das heißt, die befragten Personen liegen im Bereich Ernährung über dem weltweiten Durchschnitt, aber deutlich unter den europäischen Vergleichszahlen und deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt.

In der Literatur sind Studien zu Wohnprojekten und deren Auswirkungen auf den ökologischen Fußabdruck (Wackernage/Rees 2010) zu finden (Tinsley/George 2006, Holden 2004, Giratalla 2004), selten jedoch werden Life Cycle Assessments mit der Berechnung des Global Warming Potential durchgeführt (z.B. Sundberg 2014). Es konnte keine Studie im Zuge der Literaturrecherche gefunden werden, die einen Vorher-Nachher Vergleich (vor und nach dem Einzug in ein Wohnprojekt) untersucht. Diese Studie ist daher einmalig, indem die Veränderung nach dem Einzug in ein Wohnprojekt vergleichend zu der Situation davor erhoben wurde und mehrere ökologisch relevante Praktiken hinsichtlich Klimawirksamkeit analysiert wurden.

CO₂-Bilanzen sind eine geeignete Methode, um ökologisch relevante Praktiken insbesondere vor dem Hintergrund des Klimaschutzes zu analysieren. Das Besondere an der vorliegenden Studie sind der Vorher-Nachher Vergleich (vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt) sowie die genauen CO₂-Bilanzen mittels detaillierter Primärdaten und Angaben der BewohnerInnen über drei wesentliche Bereiche (Energie für Wohnen, Mobilität und Ernährung), die somit einen wesentlichen Ausschnitt des CO₂-Fußabdruckes von Haushalten erfassen.

Es wäre wichtig, eine weitere Befragung nach einer längeren Wohndauer im Wohnprojekt durchzuführen, um die Situation nach der Umstellungs- und Eingewöhnungsphase in der neuen Wohnsituation erfassen zu können. Die Erhebungen im Zuge des Projekts waren noch sehr von der Test-, Eingewöhnungs- und Optimierungsphase beeinflusst. Es werden weitere Einsparungen erwartet, da mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass der Betrieb und die Organisation im Wohnprojekt optimiert werden (z.B. der ganzjährige Betrieb der PV-Anlage). Darüber hinaus sollte bei der Ernährung ein längerer Zeitraum beobachtet werden, um starke Schwankungen zwischen einzelnen Wochen zu eliminieren. Ein gesamtes Jahr wäre optimal, damit aussagekräftigere Daten vorliegen, ohne die erhobenen Wochendaten auf ein Jahr aggregieren zu müssen. Damit wären auch Aussagen zu saisonaler Ernährung und damit verbundenen Treibhausgasemissionen möglich (Winter vs. Sommer, saisonales Gemüse vs. importiertes Gemüse oder Gemüse aus beheizter Glashaushausproduktion).

5.3. Gründe für Kontinuitäten

Die nur wenigen quantitativ signifikanten Ergebnisse sind u.E. auf mehrere Faktoren zurück zu führen.

Zum einen war das Verhalten der Befragten in mehreren Aspekten **schon vor dem Einzug** in das Wohnprojekt im Vergleich zur österreichischen Durchschnittbevölkerung **nachhaltiger** (z.B. in Bezug

auf den Autobesitz und den Fleisch- bzw. Gemüsekonsum). Die CO₂-Analyse sagt also nichts über die Höhe der CO₂-Emissionen im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt aus, sondern nur über eine Veränderung der Emissionen durch den Einzug in das Wohnprojekt der in Teilaspekten schon vor dem Einzug sensibilisierten WP-Mitglieder.

Weiters bilden die CO₂-Emissionen **nur einen Aspekt ökologischer Nachhaltigkeit** ab. Nicht quantitativ erhoben wurden z.B. Einsparungen bezüglich des Ressourcenverbrauchs, der angesichts der kollektiven Nutzung von Einrichtung und Gegenständen durchaus reduziert worden sein könnte.

Außerdem ist generell anzumerken, dass die quantitativen und qualitativen Daten nur eine **Momentaufnahme** eines andauernden Prozesses darstellen. Auch in den Interviews wurde immer wieder angemerkt, dass viele Möglichkeiten, die das Wohnprojekt bietet, noch nicht umfassend in die Alltagsroutinen übernommen wurden (z.B. Besuch des Mittag- und Abendtisches, Teilnahme an der Food-Coop und am Mobilitätssharing, Annahme nachbarschaftlicher Hilfe bei der Kinderbetreuung), wobei es hier starke Unterschiede zwischen den Befragten gibt.

Auch aus statistischer Sicht ist einschränkend anzumerken, dass die **geringe Größe der Stichprobe** sowie eine fallweise **große Streuung** in den Angaben dazu beigetragen haben könnte, dass sich die Unterschiede zwischen den Variablen im Vorher-Nachher-Vergleich als nicht signifikant erwiesen (vgl. Diekmann 2004, S. 595 f.).

Eine weitere Erklärung für die geringe Veränderung der alltäglichen Praktiken, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird, ist der nicht von allen BewohnerInnen im gleichen Ausmaß leistbare Aufwand, der mit der **Integration dieser neuen Praktiken in den Alltag** verbunden ist. Unter anderem in Reaktion auf die generelle Schwierigkeit der individuellen nachhaltigeren Gestaltung verschiedener Praktiken schafft das Wohnprojekt bewusst **soziale und materielle Strukturen**, die die alltägliche **Integration bzw. die Organisation nachhaltiger Praktiken erleichtern** sollen. So geht mit der Schaffung einer für die Ausübung der alternativen Praktiken notwendigen materiellen und kollektiv nutzbaren Infrastruktur im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation eine Verkürzung der Wegzeiten bei der Ausführung der alternativen Praktiken einher (z.B. bei der Müllentsorgung oder beim Bezug von regionalen, saisonalen bzw. biologischen Lebensmitteln). Weiters wird durch die kollektive Organisation und Wissenserarbeitung der organisatorische Aufwand sowie die Aneignung des dafür notwendigen Wissens für die einzelnen Haushalte bei der Übernahme der alternativen Praktiken reduziert (wie eine Befragte anmerkt, erarbeite sie nachhaltigkeitsbezogenes Wissen nun nicht mehr für sich alleine, es können nun auch viele andere Personen davon profitieren). Wie oben geschildert, wird auch der potentiell ressourcenschonende Austausch von Dingen sowie deren kollektive Nutzung durch die geschaffene räumliche und soziale Nähe im Vergleich zu vereinzelt Wohnsituationen erleichtert. Außerdem ermöglicht die Kollektivität des Wohnprojekts auch die Inanspruchnahme von Rabatten, was individuellen Haushalten nicht möglich wäre und zur finanziellen Entlastung (etwa bei der Wahl von Öko-Strom) beiträgt.

Trotz dieser die alltägliche Ausübung der Praktiken erleichternden Faktoren gelingt die Integration der alternativen Praktiken in den Alltag der WP-Mitglieder nur zum Teil. Dies hat mehrere Gründe.

Erstens müssen auch nach dem Einzug in das Wohnprojekt die nachhaltigkeitsrelevanten Praktiken mit den zeitlich, emotional und anforderungsbezogen **dominanten Praktiken der Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung koordiniert** werden. So geben diese bestimmte zeitliche und räumliche bzw. materielle Anforderungen vor, die nicht immer mit denen der neuen Praktiken übereinstimmen müssen (konkret wurden hier Schwierigkeiten bei der Vereinbarung dieser beiden Praktiken mit den

gemeinschaftlich organisierten Praktiken der Nahrungsbesorgung, des Kochens bzw. Essens, des Wäschewaschens, des Carsharings, des nachbarschaftlichen Kontakts und der WP-Arbeit geschildert). Schon vor dem Einzug verhinderte die Schwierigkeit des individuellen Arrangements verschiedener Praktiken die Rekrutierung von Befragten durch „alternative“, also potentiell nachhaltigere, aber mit spezifischem, meist vergleichsweise höherem Aufwand und weniger flexiblen Routinen verbundene, Praktiken wie die einer Food-Coop, der regelmäßigen Abholung eines Ernteanteils oder der Carsharing-Dienste (diese „alternativen“ Praktiken sind ja auch außerhalb eines Wohnprojektkontextes den WienerInnen zugänglich). Je nach individueller Erwerbs- und Lebenssituation, Prioritätensetzung bzw. Bereitschaft, Routineänderungen auf sich zu nehmen, variieren sowohl vor als auch nach dem Einzug die Grade, mit denen neue, nachhaltigere Ausführungsformen von Praktiken in den Alltag der WP-Mitglieder integriert werden können. Dass einige Befragte im Wohnprojekt über flexible Erwerbsarbeitszeiten verfügen, wird auch in den Interviews als Erleichterung z.B. bei der Ausführung der WP-Arbeit beschrieben.

Neben Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung gibt es aber auch **Dynamiken anderer Praktiken, die „von außen“ auf das Wohnprojekt einwirken** und die Vorteile, die durch kollektive Einrichtungen geschaffen werden können, schmälern bzw. die Organisation der gemeinschaftlichen Arbeit erschweren. Dazu zählen finanziell und rechtlich relevante Teile der WP-Arbeit (z.B. Hausverwaltung, Vermietung der Gemeinschaftsräume), die in ihrer „Eigendynamik“ und aufgrund der Art der Konsequenzen, die eine Nicht-Erledigung dieser Arbeit hätte, die Art und das Ausmaß von Teilen der gemeinschaftlichen Arbeit stark beeinflussen (sh. dazu auch die Diskussion zu „notwendiger“ Arbeit weiter unten). Der Bauträger des Gebäudes bestand darauf, dass von einigen WP-Mitgliedern im Ecklokal des Gebäudes nicht wie geplant ein Café, sondern ein Greißler eröffnet wird. Dieser muss nun zumindest die Miete für die Lokalfäche erwirtschaften. Diese Dynamik führt nun dazu, dass der Greißler in einem wirtschaftlichen Konkurrenzverhältnis zur Food-Coop des Wohnprojekts steht. Um dieses zu mildern, wird die Angebotspalette der Food-Coop zur Zeit noch eher klein gehalten, wobei von mehreren Befragten Wünsche nach einer Erweiterung des Angebots geäußert wurden, das für die WP-Mitglieder außerdem günstiger wäre als das beim Greißler verfügbare (da die Food-Coop den Zwischenhandel umgehen kann und keine Miete bezahlen muss). In der ganzen Wohnumgebung und auch im Wohnprojekt immer wieder auftretende Diebstähle von Fahrrädern führten weiters dazu, dass der das Radfahren für viele Befragte im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation sehr erleichternde Fahrradraum von manchen WP-Mitgliedern nur mehr eingeschränkt benutzt wird. So erzählt eine Befragte, dass sie ihr teures Rad nun doch wie früher wieder in die Wohnung mitnehme. Eine durch die Praktiken der Müllabfuhr bedingte Vorschrift, dass ein Müllraum mit einem Glascontainer kein Dach haben darf, da dieser sonst nicht entleert werden kann, hat dazu geführt, dass auf einen solchen verzichtet wurde und somit von den WP-Mitgliedern doch etwas längere Wege für die Entsorgung von Glas zurückgelegt werden müssen. Ein letztes Beispiel betrifft die rechtliche Konstruktion des Wohnprojekts als Heim, die die Errichtung großer Gemeinschaftsflächen rechtlich ermöglicht. In Heimen ist die kollektive Abrechnung der Heizkosten üblich, worauf der Bauträger aus Gründen der Kostenersparnis – so konnte er dadurch auch auf den Einbau haushaltsbezogener Zähler für die Fußbodenheizung verzichten – bestand. Die kollektive Abrechnung hat nun zur Konsequenz, dass das Wohnprojekt nicht, wie gewünscht, ein umfassendes Monitoring bezüglich des Heizverbrauchs anstellen kann. Weiters stellt sie ein potentielles Konfliktpotential dar und könnte auch zu einem Rebound-Effekt führen (sh. unten und in Kapitel 4.12).

Zweitens erfordern die durch das Wohnprojekt ermöglichten alternativen Praktiken das **Erlernen neuer Routinen**, was von den einzelnen WP-Mitgliedern Zeit, Motivation und Aufwand erfordert. Immer wieder wird in den Interviews erwähnt, sich an bestimmte Abläufe noch gewöhnen zu müssen bzw. werden die damit verbundenen Lernprozesse beschrieben. Auch Gram-Hanssen (2010) beschreibt in ihrer Studie über Standby-Konsum Prozesse der „cultivation“ (vgl. auch Shove 2003), also der Bewusstwerdung von Routinen – die auch im Rahmen des Wohnprojekts stattfindet – die jedoch in Prozesse der „naturalisation“, also der Routinisierung neuer Verhaltensweisen, übergehen müssen. Diese Übergänge sind jedoch nicht immer reibungslos möglich. Halkier (2012) beschreibt in Bezug auf „ökologisierte“ Praktiken des Essens verschiedene Formen des Verhältnisses von Reflexivität und Routinisiertheit: so kann Reflexivität (also die Problematisierung des Essens in umweltbezogener Hinsicht) in Routinen integriert werden und somit immer wieder präsent sein, Routinisierung kann auch eine Befreiung von Reflexivität bedeuten (wenn die Verantwortung für umweltbewusstes Handeln abgewiesen wird) oder das Verhältnis von Reflexivität und Routinen kann als konflikthaft wahrgenommen werden (etwa wenn etablierte Routinen des Essens in Frage gestellt, jedoch nicht geändert werden können).

Drittens beruhen die meisten durch das Wohnprojekt geförderten nachhaltigkeitsrelevanten Praktiken auf einer kollektiven Nutzung verschiedener Einrichtungen. Diese erfordert gemeinsam geteilte Zeitabläufe und Aufenthaltsorte sowie die Akzeptanz geringerer Flexibilität. Während Praktiken wie Autofahren, Nahrungsbeschaffung oder Kochen in den alten Wohnsituationen vergleichsweise zeitlich und räumlich flexibel durchgeführt werden konnten, ist diese Flexibilität bei der kollektivierte Form dieser Praktiken (Carsharing, Food-Coop, Mittags- oder Abendtisch) nur eingeschränkt möglich. Das **Abstimmen von individuellen und kollektiven Rhythmen aufeinander** stellt angesichts der Individualisierung, der Differenzierung von Lebensstilen bzw. der Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, durch die es immer weniger kollektive, für große Bevölkerungsgruppen ähnliche, Lebensrhythmen gibt, eine individuell zu meisternde Herausforderung dar (vgl. u.a. Southerton 2003, sh. auch genauer in Kapitel 4.15). Der Zusammenschluss der Mitglieder des Wohnprojekts erfolgte auf freiwilliger Basis, es gibt daher keinen gesellschaftlich von außen auferlegten Zwang die Rhythmen zu koordinieren, dennoch versuchen viele WP-Mitglieder sich auf bestimmte kollektive Rhythmen einzulassen und ihren Alltag danach zu strukturieren. Auch die steigende Mobilität und die tendenziell größere Relevanz einer Vielzahl von Orten im Alltag spielen in diesen Zusammenhängen eine Rolle, wobei im Rahmen des Wohnprojekts durch das Zusammenleben an einem Ort eine Art Entdifferenzierung stattfindet.

Viertens kommt im Vergleich zu individueller bei kollektiver Nutzung die Notwendigkeit hinzu, **Nutzungsregeln** festzulegen, die von allen Ausführenden in ihre individuellen Routinen integriert werden sollten (z.B. Regeln für die Nutzung der Küche, der Waschküche, des Carsharings und des Müllraums). Bei individueller Nutzung können die Regeln weiter interpretiert werden bzw. implizit bleiben, während bei kollektiver Nutzung diese für alle NutzerInnen verbindlich gelten und daher auch explizit formuliert und festgelegt werden müssen. Ein Beispiel dafür ist das Zurücklegen von Küchenutensilien an den vorgesehenen Ort in der Gemeinschaftsküche, damit diese von anderen NutzerInnen leicht auffindbar sind, während dies in der eigenen Küche nach eigenem Belieben entschieden werden kann. Selbst wenn die Integration der Regeln in die individuellen Routinen gelingt, müssen diese, wie oben beschrieben, auch mit denen anderer Praktiken im Alltag vereinbar sein. Dies gelingt nicht immer allen BewohnerInnen, was teilweise zu Konflikten bzw. Diskussionen

führt, z.B. in Bezug auf die Nutzung der Waschküche, der Küche und des Müllraums. Im Kontext des Wohnprojekts kommt als potentielle Herausforderung hinzu, dass es keine offizielle Instanz gibt, die Regelübertretungen sanktioniert (wie dies eine Hausverwaltung in einem konventionellen Wohnbau wäre). Wahrgenommene Probleme bei der Nutzung werden jedoch in den Arbeitsgruppen besprochen und auf die Einhaltung der Regeln wird hingewiesen. Auch einzelne WP-Mitglieder machen andere manchmal auf Regelübertretungen aufmerksam. Ein nicht unwesentlicher Aspekt ist im Rahmen des Wohnprojekts sicher die explizite, aber auch die internalisierte soziale Kontrolle, die aufgrund der intensiven Beziehungen der NachbarInnen untereinander und der vielen Gelegenheiten des Austauschs umfassender wirkt als in konventionellen Nachbarschaften.

Bei der **kollektiven Nutzung von Material**, also z.B. von Autos oder Waschmaschinen, wird die Schwierigkeit zeitlicher Abstimmung kollektiver und individueller Praktiken in Kombination mit verbindlichen Nutzungsregeln besonders deutlich. Im Vergleich zur individuellen ist bei kollektiver Nutzung die Verfügbarkeit des Materials nicht jederzeit gegeben, außerdem muss diese meist vorab geplant werden (Eintragen in den Waschküchenplan, Ausleihen des Autos), was auch explizit als Hinderungsgrund für die Nutzung angegeben wird. Die damit verbundene geringere Flexibilität führt im Alltag zu Problemen des Arrangements mit anderen Praktiken (z.B. der Kinderbetreuung). Von den NutzerInnen selbst werden der für die kollektive Nutzung nötige Aufwand sowie die geringe Verfügbarkeit des Materials jedoch nicht problematisiert.

5.4. Hinweise auf Voraussetzungen für Veränderungen

Während die oben geschilderten Faktoren eine Erklärung für die nur wenigen deutlichen quantitativen Veränderungen sein könnten, geben die signifikanten quantitativen Ergebnisse Hinweise auf **Faktoren bzw. Kombinationen von Faktoren**, die vermutlich besonders **stark zu Änderungen beitragen**.

Dazu zählt zum einen die materielle Infrastruktur, die sich z.B. durch die Schaffung der Waschküche im Wohnprojekt für die meisten (nicht für alle) WP-Mitglieder verändert hat und für diese eine neue Ausführungsform der Praktik des Wäschewaschens ermöglicht hat. Ca. ein Drittel mehr Haushalte als zuvor (insgesamt 55%) nutzen nun eine Waschküche und ca. 70% davon regelmäßig, also 1-3 Mal pro Monat oder öfter. Die Nutzung der Waschküche bringt für die NutzerInnen neben einer Kosten- auch eine Platzersparnis in der Wohnung; auch das Motiv der umweltschonenden Effekte der Ressourcenteilung könnte hier eine Rolle gespielt haben. Das Zusammenspiel aus materiellen Faktoren und verschiedenen Motiven der Nutzung hat zur Akzeptanz dieser kollektiven Einrichtung bei einem Teil der BewohnerInnen geführt. Auch die Food-Coop wird trotz zum Zeitpunkt der Zweiterhebung noch kurzer Laufzeit von der Hälfte der Befragten angenommen, auch wenn deren Nutzung keine signifikante Zeit- oder CO₂-Ersparnis bezüglich der Nahrungsbeschaffung bzw. der Art der konsumierten Lebensmittel mit sich gebracht hat. Neben der Schaffung der materiellen Infrastruktur spielen bei dieser hohen Akzeptanz vermutlich auch kürzere Wege für die Nahrungsbeschaffung und geringerer Aufwand im Vergleich zur Teilnahme bei konventionellen Food-Coops eine Rolle.

Eine weitere signifikante Veränderung durch den Einzug in das Wohnprojekt, die sich auch auf die CO₂-Emissionen im Bereich Energie signifikant auswirkt, ist der deutlich häufigere Bezug von Öko-Strom: Der Anteil der Haushalte mit Öko-Strom hat sich von 33% auf 90% erhöht. Diese starke Veränderung hat mehrere Gründe: Aufgrund des kollektiven Umstiegs konnte beim Stromanbieter ein Rabatt ausgehandelt werden, der den Bezug von Öko-Strom günstiger als den von

konventionellem Strom machte. Weiters wurde der Umstieg von einzelnen WP-Mitgliedern organisiert und vorbereitet, der Aufwand (der Recherche, der Aushandlung des Preises sowie des Umstiegs) hielt sich für die meisten BewohnerInnen also in Grenzen. Drittens war es für den Umstieg aufgrund des Umzugs selbst ein günstiger Zeitpunkt: es musste ohnehin ein neuer Vertrag mit einem Stromanbieter aufgesetzt (bzw. der alte Vertrag verlängert) werden.

Signifikant erhöht hat sich auch die Energieeffizienz der Kühl- und Gefrierkombinationen (höher, aber nicht signifikant, ist diese auch bei Geschirrspülern und Backrohren bzw. Herden). Hier ist ebenfalls eine Kombination mehrerer Faktoren wahrscheinlich: der Umzug in eine nicht eingerichtete Wohnung, der die Neuanschaffung vieler Geräte nötig machte, die Wissensvermittlung zu energieeffizienten Geräten im Wohnprojekt und die Tatsache, dass viele neue Geräte auf dem Markt eine höhere Energieeffizienz als ältere Geräte haben.

Weiters wird signifikant öfter Bio-Fisch oder -Fleisch konsumiert, was u.a. auch durch den Wissensaustausch im Wohnprojekt zu Bezugsmöglichkeiten ermöglicht wurde.

Bezüglich der Nachbarschaft ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht die deutlichste Veränderung im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation feststellbar. Sich mehrmals pro Woche mit den NachbarInnen auszutauschen ist üblich geworden, während es zuvor eine Ausnahme darstellte: Vor dem Einzug hatten 12% aller Befragten mehrmals pro Woche oder täglich Kontakt mit ihren NachbarInnen, danach alle. Auch die dafür aufgewandte Zeit ist signifikant angestiegen: von zuvor durchschnittlich 0,6 Stunden in den letzten 7 Tagen auf 4,3 Stunden. Wie oben genauer beschrieben, hat sich das soziale Setting der Nachbarschaft im Vergleich zur vorherigen Wohnsituation radikal verändert und im Rahmen des Wohnprojekts konnten verschiedene soziale und materielle nachbarschaftsfördernde Faktoren realisiert werden.

Die Daten deuten jedoch auch auf **Rebound-Effekte** hin, etwa in den Bereichen des Fliegens oder Heizens. Im Vorher-Nachher-Vergleich ist eine deutliche Zunahme von Kurzstreckenflügen bemerkbar (die Anzahl der Langstreckenflüge ist gleich geblieben). So hat die Anzahl der privaten Kurzstreckenflüge, die die Befragten im Vorjahr machten, deutlich zugenommen: 73% der Befragten flogen im Jahr 2012 gar nicht, jedoch nur 36% im Jahr 2014. Dafür könnte es verschiedene Erklärungen geben: die relativ intensive Zeit vor dem Einzug in das Projekt und finanzielle Überlegungen (da der Einzug mit Kosten verbunden war) könnten zum Verzicht auf längere Urlaube und somit auf Flugreisen geführt haben, aber auch die Möglichkeit eines Rebound-Effekts ist nicht auszuschließen: Die vielen Bemühungen um nachhaltigeres Leben des Wohnprojekts könnten dazu geführt haben die ökologischen Bedenken der WP-Mitglieder bezüglich des Fliegens zu reduzieren und damit indirekt das individuelle Fliegen zu fördern.

Ein durch die Materialität (mit)erzeugter Rebound-Effekt ist die bei Niedrigenergiehäusern oft vorkommende niedrige Luftfeuchtigkeit in den Wohnräumen, die von mehreren BewohnerInnen als die Gesundheit bzw. das Wohlbefinden beeinträchtigend empfunden wird und die dazu geführt hat, dass viele WP-Mitglieder nun einen teilweise permanent laufenden Luftbefeuchter in den Wohnungen stehen haben. Hier zeigt sich also ein Rebound-Effekt, der sich durch das als negativ empfundene Raumklima ergibt, das Resultat einer eigentlich energieeffizienten Wohnraumbelüftung ist, und zu einer zusätzlichen Anschaffung von Geräten bzw. zusätzlichen Stromverbrauch führt (wie stark dieser Effekt ist, konnte jedoch nicht berechnet werden). Subjektives Wohlbefinden und Gesundheit sind für die Befragten also in der Abwägung mit Umweltschutzmotiven, wenig überraschend, prioritär.

Wie an der Schilderung dieser Ergebnisse deutlich wird, sind signifikante Veränderungen meist auf ein Zusammenspiel verschiedener Elemente, Kontexte und Beziehungen von Praktiken zurückzuführen; seien sie materieller, sozialer, finanzieller oder alltagsorganisatorischer Art bzw. die Änderung des sozialen Settings sowie die Umzugssituation betreffend. Was ebenso auffällt, sind verschiedenste **Motivallianzen**, die notwendig zu sein scheinen, um Verhalten langfristig zu ändern (Littig 1995) – das Motiv des Umweltschutzes stellt bei der Wahl nachhaltigerer bzw. bei der Ablehnung weniger nachhaltiger Ausführungsformen von Praktiken nur eines neben anderen Motiven dar. Dies wurde in den qualitativen Interviews bei mehreren nachhaltigkeitsrelevanten Praktiken deutlich. So wird das Fahrradfahren vorrangig aufgrund der damit verbundenen Möglichkeit der flexiblen, individuellen, als freudvoll erlebten und schnellen Fortbewegung an frischer Luft und aufgrund gesundheitlicher Vorteile geschätzt und die öffentlichen Verkehrsmittel werden auch aus Gründen der Bequemlichkeit, der Kraft- und Kostenersparnis und der Schnelligkeit gewählt. Beim Autofahren und Fliegen werden auch eher nicht-umweltbezogene Gründe für die *seltene* Nutzung erwähnt: In Bezug auf das Auto werden die hohen Kosten, die Mühen der Parkplatzsuche, die geringe Notwendigkeit der Nutzung eines Autos in der Stadt oder geringe Fahrkompetenzen bzw. -affinität und in Bezug auf das Fliegen die langen Warte- und Wegzeiten sowie mangelnder Komfort angeführt. Die Wahl von biologischen, regionalen und saisonalen Lebensmitteln bzw. von alternativen Formen der Nahrungsbeschaffung (Märkte, kleinere Bioläden, Food-Coops) werden ebenso nicht ausschließlich aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten gewählt: Wichtig sind für die Befragten bei der Bevorzugung dieser Einkaufsformen bzw. der teilweisen Ablehnung des Einkaufs im Supermarkt auch eine generelle Kritik an städtischer Anonymität bzw. an der gesellschaftlichen Organisation des Konsums, der Wunsch nach einem besonderen Einkaufserlebnis, nach gesunden und als geschmackvoll erlebten Lebensmitteln sowie vermutlich auch die größere milieu- bzw. wertbezogene Ähnlichkeit der KonsumentInnen dieser alternativen Einkaufsformen. Auch politische Gründe, nämlich die Unterstützung von BäuerInnen, die von den Handelsketten großem Preisdruck ausgesetzt sind, werden genannt. Das gemeinschaftliche Kochen und Essen wird vorwiegend aus Gründen der Zeitersparnis sowie der dort möglichen Gemeinschaftlichkeit geschätzt, auch beim individuellen Kochen sind Faktoren wie Geschmack und Gesundheit vorrangig. Wie oben erwähnt, wird die Waschküche auch aus Gründen der Kosten- und Platzersparnis genutzt und der Heizverbrauch wird auch aus gesundheitlichen und kostenbezogenen Gründen von manchen Befragten eher niedrig gehalten. In Bezug auf Ressourcenverbrauch (z.B. von Energie) wird von manchen Interviewten eine enge Verknüpfung zwischen Sparsamkeit (im Sinne einer Reduktion von Konsum) und Umweltbewusstsein hergestellt: So seien diese nach einer Befragten ein „Geschwisterpaar“: Eines sei ohne das andere nicht möglich (sh. auch Gram-Hanssen 2010).

Eine Motivallianz ist auch bei der grundsätzlichen Entscheidung für den Einzug in das Wohnprojekt zu beobachten: Alle Befragten gaben den Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Zusammenleben als einen der Hauptgründe für den Einzug in das Wohnprojekt an, der Aspekt der Ermöglichung eines nachhaltigeren Lebens ist für die Befragten hingegen unterschiedlich wichtig und nicht immer entscheidend für den Einzug gewesen (sh. Kapitel 4.1.1).

Dieses Zusammenspiel verschiedenster materieller, sozialer, wissens- und bedeutungsbezogener Elemente wurde auch in anderen praxistheoretisch fundierten Studien als wichtig für die Veränderung von performances von Praktiken festgestellt – funktioniert dieses nicht, ist auch eine

Veränderung nicht möglich (vgl. die von Gram-Hanssen 2010 bzw. Hargreaves 2011 untersuchten Verhaltensänderungsinitiativen in Bezug auf Energiekonsum und Praktiken am Arbeitsplatz).

5.5. Widersprüche der Kollektivierung individualisierter Lebensweisen

Die beschriebenen Schwierigkeiten, kollektive Praktiken individuell mit anderen alltäglichen Praktiken zu koordinieren, weisen auf Ambivalenzen hin, die (vermutlich allen) Wohnprojekten prinzipiell zugrunde liegen und auf den Versuch der Kollektivierung individualisierter Lebensstile im Rahmen von Wohnprojekten zurückzuführen sind.

Im Rahmen des Wohnprojekts wird eine **Kollektivität** von Personen geschaffen, deren Alltag von Phänomenen der **Individualisierung und Flexibilisierung** geprägt ist. Dies betrifft deren Erwerbsarbeit, aber auch verschiedene, z.B. nachhaltigkeits- und gemeinschaftsbezogene Werthaltungen und Lebensstile.

Auch wenn die Mitglieder des Wohnprojekts in vielerlei Hinsicht heterogen sind – etwa in Bezug auf Lebensphasen oder berufliche Hintergründe – und diese Heterogenität von den Interviewten auch sehr geschätzt wird, so ist für das Gelingen des Projekts in gewissen Aspekten Homogenität der BewohnerInnen notwendig. Diese existiert etwa hinsichtlich allgemeiner Werthaltungen, einer hohen Reflexivität bezüglich der eigenen Lebensführung, bestimmter Kompetenzen in Bezug auf abstraktes Planen und den Umgang mit Computern sowie die Bereitschaft, viel Zeit in die Gemeinschaftsarbeit sowie in die Veränderung individueller Routinen zu investieren. Außerdem erfordert die Kollektivität des Wohnprojekts Homogenität in Bezug auf die Einhaltung von Regeln und Normen im Rahmen kollektiver Praktiken. Neben dem Konsens der Wertschätzung von Nachhaltigkeit und gemeinschaftlichem Zusammenleben im Wohnprojekt vereint viele Befragte, wie oben geschildert, auch die Ablehnung städtischer Anonymität in verschiedenen Kontexten, z.B. der Nachbarschaft oder des Konsums. Die Mitglieder des Wohnprojekts stellen also eine werte- und milieubasierte „Gesinnungsgemeinschaft“ dar. Die beschriebene Homogenität wird u.a. durch den Auswahlprozess des Wohnprojekts bzw. die Selbstselektion der Mitglieder bei der Bewerbung hergestellt. Diese Ähnlichkeiten der Mitglieder ermöglichen die von den Befragten beschriebenen Gefühle von Gemeinschaft, Geborgenheit, Inklusion, Akzeptanz, gegenseitigen Vertrauens sowie den intensiven nachbarschaftlichen Kontakt und somit die kollektive Organisation vormals privat organisierter Praktiken. Zudem beeinflusst das Leben im Wohnprojekt in großem Ausmaß den Alltag der BewohnerInnen – auf jeden Fall in den Bereichen der Nachbarschaft und der WP-Arbeit, jedoch oft auch bezüglich anderer alltäglicher Praktiken (je nachdem, wie sehr die BewohnerInnen die kollektiven Angebote annehmen).

Die Bereitschaft der WP-Mitglieder, das eigene Leben in einem kollektiven Kontext teilweise neu zu organisieren, steht jedoch in einem scheinbaren Widerspruch zu einem eher durch die Individualisierung geprägten Selbstverständnis vieler BewohnerInnen: „Orthodoxien“ werden tendenziell abgelehnt, die „Diversität“ wird hochgehalten und die BewohnerInnen sollen „aus eigener Einsicht“ bzw. durch das Lernen von Vorbildern und nicht aufgrund äußeren Zwangs ihr Verhalten ändern. Selbstverwirklichung wird angestrebt, worauf neben der Milieuzugehörigkeit vieler WP-Mitglieder auch die große Bereitschaft vieler WP-Mitglieder, in verschiedenen Bereichen dazulernen, hinweist. Dass Selbstverwirklichung in einem kollektiven Rahmen nie ganz gelingen kann, wird auch von einigen WP-Mitgliedern bemerkt und reflektiert: So meint ein Befragter, dass die

Mitglieder des Wohnprojekts „lernen müssen, dass sich nicht jeder selbst verwirklichen kann. Weil wenn man das tut, sind wir einzelne, atomisierte Individuen, die sich nicht zusammen tun“.

Die Entscheidung dafür, Mitglied im Wohnprojekt zu werden, ist gleichzeitig eine bewusste Entscheidung für eine Beeinflussung vormals individuell durchgeführter Praktiken durch eine neue Kollektivität. So wird in den Bereichen der kollektiven Wissensvermittlung von manchen Befragten Beeinflussung durchaus gewünscht (wenn es z.B. um das Bündeln und die kollektive Zurverfügungstellung von Wissen geht, das die Grundlage für individuelle nachhaltigkeitsbezogene Entscheidungen sein kann). Hinter dieser Bereitschaft steht vermutlich auch die von vielen Menschen erlebte Belastung der individuellen Organisation des Lebens, insbesondere, wenn man dieses nachhaltiger gestalten möchte. Der „Gestaltungszwang“ in Bezug auf das eigene Leben, der dem/der Einzelnen auferlegt wird und der mit der Individualisierung einhergeht bzw. der Wunsch, durch kollektive Organisation teilweise entlastet zu werden, könnten also durchaus auch implizite Gründe mancher WP-Mitglieder für den Einzug in das Wohnprojekt sein. Die Mitglieder des Wohnprojekts streben vor dem Hintergrund ihres individualisierten Lebens also eine teilweise „Entindividualisierung“ bzw. Entdifferenzierung ihres Lebens an. Dies zeigt sich z.B. auch in der von mehreren Befragten geschilderten Ablehnung städtischer Anonymität im nachbarschaftlichen Zusammenleben und bei der Nahrungsbeschaffung.

Es sind daher auf kollektiver, aber auch auf individueller Ebene **Ambivalenzen zwischen individualistischen Werten wie dem der Selbstverwirklichung und dem Wunsch nach Gemeinschaft**, der für viele WP-Mitglieder eine Hauptmotivation für den Einzug darstellt, festzustellen. In diesen Auseinandersetzungen zeigen sich Schwierigkeiten der Durchsetzbarkeit individualistischer Werte in einem teilweise entindividualisierten, weil kollektiv organisierten, Kontext wie dem Wohnprojekt. Diese der Konstruktion gemeinschaftlicher Wohnformen notwendigerweise zugrundeliegenden Widersprüche zeigen sich in verschiedenen in den Erzählungen der Befragten geschilderten Kontexten. Im Folgenden werden dafür ein paar Beispiele genannt.

Ein Beispiel wurde schon oben genauer beschrieben: die Schwierigkeiten der **Koordination** von Rhythmen und Anforderungen **kollektiver und individueller** sowie **neuer und alter**, aber nach wie vor dominanter (wie z.B. der Erwerbsarbeit und der Kinderbetreuung), **Praktiken**.

Ein weiteres Beispiel betrifft die schon beschriebene gleichzeitige (notwendige) **Homogenität** und **Heterogenität** der BewohnerInnen, die beide wichtige, sich aber teilweise auch widersprechende Funktionen im Wohnprojekt einnehmen. Zum einen wird Heterogenität bewusst angestrebt und geschätzt, da sie auch zu verschiedenen Formen von Allianzen und Synergien führen kann, etwa bezüglich der Kinderbetreuung durch ältere NachbarInnen, der Unterstützung bei altersbedingten Einschränkungen durch Jüngere, des „inspirierenden“ Zusammentreffens von Jung und Alt sowie bezüglich der für die Durchführung der WP-Arbeit, nachbarschaftliche Unterstützung und eigene Lernerfahrung förderliche Vielfalt an Kompetenzen. Zum anderen wird Heterogenität jedoch auch problematisiert, etwa wenn sie dazu führt, dass gegen implizite (und nicht immer einheitlich definierte) bzw. explizite **Normen des Wohnprojekts**, wie die des nachhaltigen Lebens, des „richtigen“ (Ausmaßes des) Engagements bezüglich der WP-Arbeit oder die der gemeinschaftlichen Nutzung von kollektiven Einrichtungen verstoßen wird. Während auf einer allgemeinen Werteebene die Nachhaltigkeit als prinzipiell wichtiger Wert bei vermutlich allen WP-Mitgliedern existiert, unterscheiden sich die BewohnerInnen teilweise hinsichtlich der konkreten Umsetzung dieser Werte in alltäglichen Praktiken. Trotz der hohen Wertigkeit der Gemeinschaftlichkeit für die BewohnerInnen

gibt es im Alltag verschiedene Vorstellungen davon, wie die gemeinsam geschaffenen kollektiven Einrichtungen „richtig“ genutzt werden (Beispiele dafür sind die Waschküche und der Müllraum). Die verschiedenen Haltungen der BewohnerInnen zu diesen Normen (so wird auf diese von manchen Befragten auch mit innerem Widerstand reagiert) werden teilweise aus Gründen abweichender individueller Werte, aber auch aus Gründen der individuellen Überforderung in der Alltagsorganisation bei der Erfüllung dieser Normen angenommen.

Bedingt durch den sozialen Kontext werden vormals individuell durchgeführte haushaltsbezogene Praktiken im kollektiven Rahmen **beobachtbar**. Diese nun mögliche gegenseitige Beobachtung hat ambivalente Konsequenzen: Anhand dieser wird die Einhaltung eigener bzw. kollektiver Normen „nachhaltigen Lebens“ durch die NachbarInnen teilweise problematisiert (z.B. der Kauf von nicht biologisch zertifizierten Lebensmitteln für das gemeinschaftliche Kochen, das Ausmaß der Wärmenutzung, die Wahl der Waschmittel). Weiters ermöglicht die gegenseitige Beobachtung aber auch das Lernen von nachhaltigkeitsbezogen sehr engagierten WP-Mitgliedern, was motivierend sein und die eigenen Versuche nachhaltigen Handelns unterstützen kann.

Die Widersprüche zwischen individualistischen Werten der Selbstverwirklichung und kollektiver Organisation bzw. kollektiven Werten manifestieren sich anschaulich in der **Diskussion rund um als sinnvoll erlebte und notwendige Arbeit**.

Die Kollektivität des Wohnprojekts erzeugt Arbeit, die ‚notwendig‘ wird, in verschiedenen Dynamiken, die von den Mitgliedern schwer beeinflussbar sind. Eine dieser Dynamiken ist das Resultat von Gruppenprozessen und damit verbundener Normen. So scheinen der von manchen Befragten beschriebene „Mythos“ des Wohnprojekts der besonders effizienten Erledigung von Aufgaben (in Zusammenhang mit einem von einer Befragten vermuteten „Selbständigen-Ethos“, der durch die vergleichsweise hohe Anzahl von selbständig Arbeitenden im Wohnprojekt erklärbar ist) und die soziokratische Organisation des Wohnprojekts (eventuell vermeidbare) Arbeit zu erzeugen. Weiters transferiert der ausgeprägte Wunsch vieler Mitglieder, in möglichst vielen Bereichen mitbestimmen zu können (Kauf des Hauses, Übernahme der Hausverwaltung) Zwänge von „außen“ in das Wohnprojekt im Hinblick auf die rechtliche, finanzielle und organisatorische Abwicklung dieser Prozesse. Weiters können insbesondere Aufgaben mit finanziellen Aspekten rasch eine „Eigendynamik“ entwickeln (Vermietung der Flex-Räume, Betreiben des Salons am Park, Hausverwaltung, Haustechnik...). Auch immer wieder anfallende Tätigkeiten wie das Putzen des Hauses erfordern Organisation und regelmäßigen Aufwand, der zu leisten ist, wenn gewisse Sauberkeitsstandards eingehalten werden sollen. Diese teilweise „hereingeholten“, aber auch von vornherein existierenden Zwänge (etwa die Notwendigkeit der ausgeglichenen Finanzierung des Wohnprojekts) erzeugen „notwendige“ Arbeiten insofern, als dass eine Nicht-Erledigung zum Scheitern des Projekts, zu finanziellen Einbußen der Mitglieder oder zu Schwierigkeiten in Bezug auf die Verwaltung des Hauses geführt hätte. Auch wenn es hier Spielräume gibt – so können bis zu einem gewissen Grad auch Einbußen z.B. finanzieller oder sauberkeitsbezogener Art hingenommen werden –, ab einem gewissen Punkt würde eine Vernachlässigung dieser Arbeit zu einem kollektiven Problem werden. Das Ausloten der „notwendigen“ Arbeit sowie der Arbeitsweise, mit der diese Aufgaben erledigt werden soll, ist Teil eines Diskussions- und Aushandlungsprozesses, der derzeit noch im Gange ist.

Sinnerfüllte Arbeit wird hingegen von den Befragten, teilweise im Gegensatz zur Erwerbsarbeit, weniger mit Pflichterfüllung, sondern mehr mit Freude am Tun assoziiert. Es geht hier also auch um eine Abgrenzung der Wohnprojekt- zur Erwerbsarbeit. Bei der Konzeption von sinnerfüllter Arbeit

spielen Werte der Selbstverwirklichung, die im Rahmen von Individualisierungsprozessen eine größere Ausbreitung gefunden haben, eine Rolle. Beispiele für genannte sinnvolle Arbeit sind Tätigkeiten, die Kreativität, Gemeinschaftlichkeit, das Feiern, das Entwickeln von neuen Ideen ohne Fokus auf Realisierbarkeit, stark positives Feedback (z.B. durch Kinder), das Verwirklichen von Zielen, die von einem geteilten Idealismus getragen werden, oder aber auch eine gemeinschaftliche Erledigung sehr „konkreter“, stärker der Versorgungsarbeit zurechenbarer, Arbeiten (auch in Abgrenzung zur Dominanz der kopflastigen Planungsarbeit des Wohnprojekts), beinhalten. Als wichtig, um die Arbeit auch als sinnvoll zu empfinden, werden in der Gruppendiskussion zwei Aspekte erwähnt: die Anerkennung durch Andere (die im Rahmen des Wohnprojekts ganz besonders gut gelänge) und der „Dialog“, der zwischen einem selbst und dem Ding entstehe, wenn man kreativ arbeite oder etwas repariere, bei dem das Tun selbst bzw. das Endprodukt an sich Freude mache. Durch die im Rahmen des Wohnprojekts ermöglichte Gemeinschaftlichkeit kann notwendige, in anderen Kontexten als mühsam erlebte, Arbeit jedoch auch zur sinnerfüllten Arbeit werden (sh. die Beschreibung des als freudvoll erlebten gemeinschaftlichen Putzens in Kapitel 4.15).

Die kollektiv produzierte „notwendige“ Arbeit kann, aber muss nicht immer als „sinnerfüllt“ erlebt werden. Es ergibt sich also ein Widerspruch zwischen der notwendigen und der angestrebten „sinnerfüllten“ Arbeit im Wohnprojekt, die man freiwillig wahrnimmt. Eng verbunden mit der Frage der Sinnhaftigkeit ist also auch die **Freiwilligkeit** der Arbeit, die insbesondere in einem gemeinschaftlichen Kontext nicht absolut gegeben sein kann. Im Vergleich zur Erwerbsarbeit besteht die Verpflichtung der Erledigung der Arbeit nicht gegenüber einem/r ArbeitgeberIn, sondern gegenüber einer Gemeinschaft. Insofern ist die dafür nötige WP-Arbeit in manchen Bereichen keineswegs ein rein freiwilliges Engagement, auch wenn theoretisch der Ausstieg aus dem Projekt jederzeit möglich ist. Die in einer Gruppendiskussion geäußerte Sichtweise, dass „Engagement“ nicht zur „Verpflichtung“ werden sollte, bringt diese Widersprüche noch einmal auf den Punkt.

Ganz konkret führen diese Ambivalenzen zu einer Schwierigkeit der **Verteilung** bestimmter Arten **von gemeinschaftlicher Arbeit**, für die es unter den WP-Mitgliedern zu wenig Interesse oder Kompetenzen gibt bzw. deren „Integrationsfähigkeit“ in den Alltag sich als schwierig erweist. In der Welt der Erwerbsarbeit werden solche „notwendigen“ Arbeiten gemäß den zugeschriebenen Aufgabenbereichen einfach verteilt, während das Wohnprojekt von der Selbstverpflichtung seiner Mitglieder angesichts der zu erledigenden Aufgaben abhängig ist. Neben der Schwierigkeit der Verteilung bestimmter Arten der Arbeit wurde auch das Ausmaß der zu erledigenden Aufgaben von vielen WP-Mitgliedern insbesondere im Jahr nach dem Einzug als zu hoch empfunden.

Die Diskrepanz zwischen gemeinschaftlicher Verpflichtung und individueller Freiwilligkeit bringt ein Interviewter schon in der ersten Gruppendiskussion zur Sprache, indem er meint, dass man beim Übernehmen unangenehmer Arbeiten zwar in „der Selbstverwirklichung beschnitten“ werde, aber im Rahmen dieser „Lernprozesse (...) vielleicht letztendlich drauf [komme], dass man dann irgendwie daran wachsen kann“. Hiermit stellt der Interviewte die Möglichkeit in den Raum, dass die individuelle, freiwillige Wahl im Wohnprojekt zwar nicht immer realisierbar sei, die gemeinschaftliche Verpflichtung selbst aber einen „emotionalen Mehrwert“ habe, der in einem stärker individualisierten Leben nicht erzielbar sei.

Die oben beschriebenen Ambivalenzen resultieren aus den individualisierten Lebensweisen, die die Mitglieder des Wohnprojekts in das Projekt „mitbringen“. Dynamiken anderer dominanter gesellschaftlicher Praktiken, wie die der Erwerbsarbeit, erschweren die Umsetzung einer nachhaltigeren Gestaltung des Alltags. Doch auch andere Einflüsse „von außen“, wie rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge, wirken auf das Wohnprojekt. Trotz der radikalen Veränderungen im Rahmen des Wohnprojekts materieller und know-how-bezogener Elemente sowie des sozialen Settings von Praktiken (sh. Kapitel 5.1) ist eine Nische, wie das Wohnprojekt eine ist, immer anderen gesellschaftlich dominanten Praktiken „ausgesetzt“ – eine totale Abkapselung ist unmöglich. Dieses Dilemma kann nicht auf dem Level der Nische gelöst werden, sondern verlangt grundsätzliche Veränderungen auf der Regime-Ebene (z.B. in Bezug auf die gesellschaftliche Organisation bezahlter und unbezahlter Arbeit).²⁴ Bei der Betonung der Wichtigkeit von Nischen für gesellschaftlichen Wandel muss dies beachtet werden. Eventuell liegt der diesbezügliche Beitrag gemeinschaftlicher Wohnprojekte auch stärker darin, ein Lernort zu sein, an dem Erfahrungen mit alternativen und nachhaltigeren Wegen der Alltagsgestaltung gemacht, ausgetauscht und weiter verbreitet werden. In diesem Sinne sind Wohnprojekte „Laboratorien“ der sozialen Transformation und weniger deren (alleiniger) Ausgangspunkt.

²⁴ So merken Shove/Walker (2007) an, dass soziale Transition ein Set an verbundenen Veränderungen ist, die einander verstärken und gleichzeitig in verschiedenen Bereichen stattfinden. Deren Entwicklung erfolge in Form einer multikausalen ko-evolutionären Spirale. Grundlegende soziale Veränderungen müssen also nicht notwendigerweise aus einer Nische heraus erfolgen.

6. Literatur

Amelung, N.; Mayer-Scholl, B.; Schäfer, M.; Weber, J. (Hrsg.) (2008): Einstieg in nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main, Wien: Lang.

Bauer, E. (2013) Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit – Investition- und Nutzungskosten in Wohngebäuden gemeinnütziger Bauvereinigungen unter besonderer Berücksichtigung energetischer Aspekte. Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen. <http://www.gbv.at/Document/View/4345>

Blinkert, B. (1997): Aktionsräume von Kindern auf dem Land. Eine Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz. Pfaffenweiler: Centaurus.

Brand, K.-W. (2011): Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In: Groß, M. (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 173-198.

Brandl, S.; Hildbrandt, E. (2002): Zukunft der Arbeit und soziale Nachhaltigkeit. Zur Transformation der Arbeitsgesellschaft vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsdebatte. Opladen: Leske+Budrich.

Brandl, S. (2008): Arbeit und Nachhaltige Entwicklung. In: Amelung, N.; Mayer-Scholl, B.; Schäfer, M.; Weber, J. (Hrsg.) (2008): Einstieg in nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main, Wien: Lang, S. 112-122.

Brunner, K.-M.; Spitzer, M.; Christanell, A. (2011): Energiekonsum und Armut. In: Mikl-Horke, G. (Hrsg.) (2011): Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft. Marburg: Metropolis Verlag, S. 319-348.

Buck, J.; Villines, S. (2007): We the people – Consenting to a Deeper Democracy - A Guide to Sociocratic Principles and Methods. Sociocracy.info Press.

Butzin, A.; Davis, A.; Domanski, D.; Dhondt, S.; Howaldt, J.; Kaletka, C.; Kesselring, A.; Kopp, R.; Millard, J.; Oeij, P.; Rehfeld, D.; Schaper-Rinkel, P.; Schwartz, M.; Scopetta, A.; Wagner-Luptacik, P.; Weber, M. (2014): Theoretical approaches to social innovation – A critical literature review. Dortmund: SI-Drive.

Diekmann, A. (2004): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 18.

Döge, P. (2008): Nachhaltigkeit fängt bei der Hausarbeit an. Die Zukunft der Arbeit im Lichte Nachhaltiger Entwicklung. In: Amelung, N. / Mayer-Scholl, B. / Schäfer, M. / Weber, J. (Hrsg.) (2008): Einstieg in nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main, Wien: Lang, S. 123-134.

Ecoinvent Centre (2007): Ecoinvent data v2.0 final reports Ecoinvent 2000 No. 1-25, Dübendorf: Swiss centre for Life Cycle Inventories.

Empacher, C.; Wehling, P. (2002): Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren. ISOE Studientexte Nr. 11. Frankfurt/Main: ISOE.

Europäische Kommission (2011) : Europe 2020 targets.

URL: http://ec.europa.eu/europe2020/reaching-the-goals/targets/index_en.htm [Zugriff: 30.01.2012]

Eurostat (2015): Municipal waste. URL: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Municipal_waste_statistics [Zugriff: 21.08.2015]

Finkbeiner, M. (2009): Carbon footprinting—opportunities and threats. In: International Journal of Life Cycle Assessment 14:91–94 DOI 10.1007/s11367-009-0064-x

GEMIS 4.42 (2007): Globales Emissions-Modell Integrierter Systeme, Version 4.42.

GEMIS 4.5 (2007): Globales Emissions-Modell Integrierter Systeme, Version 4.5.

GfK (2013): Flugbarometer 2013.

https://gfk.com/at/Documents/presse/2013/Pressemeldungen%202013/GfK_AUA_Slides_Austrian%20Flugbarometer_2013.pdf (26.10.2015)

Giratalla, W. (2004): Assessing the environmental practices and impacts of intentional communities: an ecological footprint comparison of an ecovillage and cohousing community in southwestern british Columbia. Master Thesis, University of British Columbia. 89p.

Goedkoop, M.; De Schryver, A.; Oele, M. (2008): Introduction to LCA with SimaPro 7. In: Pré Consultant. 82pp.

Gram-Hanssen, K. (2010): Standby consumption in households analyzed with a practice theory approach. *Journal of Industrial Ecology*, 14(1), 150-165.

Gram-Hanssen, K. (2011): Understanding change and continuity in residential energy consumption. *Journal of Consumer Culture*, 11(1), 61-78.

Grunwald, A. (2002): Die Realisierung eines Nachhaltigen Konsums – Aufgabe des Konsumenten? In: Scherhorn, G.; Weber, C. (Hrsg.): *Nachhaltiger Konsum*. München: oekom Verlag, S. 433-442.

Grunwald, A.; Kopfmüller, J. (2006): *Nachhaltigkeit*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

Häußermann, H.; Siebel, W. (1996): *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim/München: Juventa.

Halkier, B. (2009): Suitable cooking? Performances and positionings in cooking practices among Danish women. *Food, Culture & Society*, 12(3), 357-377.

Halkier, B. (2012): *Consumption challenged: food in medialised everyday lives*. Ashgate Publishing, Ltd..

Hargreaves, T. (2011): Practice-ing behaviour change: Applying social practice theory to pro-environmental behaviour change. *Journal of Consumer Culture*, 11(1), 79-99.

Hargreaves, T.; Longhurst, N.; Seyfang, G. (2013): Up, down, round and round: connecting regimes and practices in innovation for sustainability. In: *Environment and Planning*, 2013, volume 45, 402 – 420.

Harmaajärvi, I. (2000): EcoBalance model for assessing sustainability in residential areas and relevant case studies in Finland. *Environmental Impact Assessment Review* 20: 373-380.

HBS (Hans Boeckler Stiftung) (Ed.) (2001): *Pathways to a Sustainable Future. Results from the Work & Employment Interdisciplinary Project*. Düsseldorf: Setzkasten.

Hinton, E. (2010): Review of the literature relating to comfort practices and socio-technical systems. *Environment, Politics and Development*, Working Paper 35. London.

HBS (Hans Böckler Stiftung) (Hrsg.) (2000): *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

Holden, E. (2004): Ecological footprints and sustainable urban form. *Journal of Housing and the Built Environment* 19: 91-109.

Hüttenmoser, M. (1996): Kein schöner Land. Ein Vergleich städtischer und ländlicher Wohnumgebungen und ihre Bedeutung für den Alltag und die Entwicklung der Kinder. «Und Kinder, 54, 21-49.

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007a): Climate Change 2007. IPCC Fourth Assessment Report. The Physical Science Basis.

URL: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_and_data_reports.shtml [Zugriff: 01.02.2012]

IPCC (2007b): Climate Change 2007: Mitigation of Climate Change. (Working Groups I, II, III). <http://www.ipcc.ch> (11. 6. 2007)

IPCC (2013): Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA, 1535 pp. http://www.climatechange2013.org/images/report/WG1AR5_ALL_FINAL.pdf (17.03.2014)

ISO 14040 (2006): International Standard: Environmental management – Life cycle assessment – Principles and framework. Second edition 2006-07-01.

ISO 14044 (2006): International Standard. Environmental management – Life cycle assessment – Requirements and guidelines. First edition 2006-07-01.

Jaeggi, R. (2013): Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp.

Jonas, M. (2016): Transition or Transformation of Practices and Sociomaterial Orders? In: Michael Jonas, Lorenz Lassnigg, Beate Littig, Angela Wroblewski (Eds), Praxeological Political Analysis, Routledge (forthcoming)

Jurczyk, K.; Schier, M.; Szymenderski, P.; Lange, A.; Voß, G. (2009): Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie: Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma.

Köppl, A.; Wüger, M. (2007): Determinanten der Energienachfrage der privaten Haushalte unter Berücksichtigung von Lebensstilen, Wien: WIFO.

Leitner, M.; Maerki, D. O.; Schikowitz, A. (2010): Zum Verhältnis von Wohnzufriedenheit und Gemeinschaftseinrichtungen an jüngeren Beispielen im geförderten Wiener Wohnbau. Studie für die Magistratsabteilung 50 (Wohnbauforschung) der Stadt Wien. Endbericht. Wien: das Fernlicht.

Littig, B. (1995): Die Bedeutung von Umweltbewusstsein im Alltag. Oder: Was tun wir eigentlich, wenn wir umweltbewusst sind? Frankfurt am Main u.a.: Peter-Lang-Verlag.

Littig, B. (1998): Nachhaltige Entwicklung: Für Frauen, gegen Frauen, von Frauen? Konzepte nachhaltiger Entwicklung aus frauenpolitischer Sicht. In: Littig, B. (Hrsg.): Ökologie und soziale Krise. Wie zukunftsfähig ist Nachhaltigkeit? Wien: Verband Wiener Volksbildung, S. 140-160.

Littig, B. (2001): Feminist Perspectives on Environment and Society. London et al.: Pearson Education.

Littig, B. (2002): The case for gender-sensitive socio-ecological research. In: Work, employment and society 16/1, 2002, S. 111-132.

Littig, B.; Grießler, E. (2004): Soziale Nachhaltigkeit. In: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte (Hrsg.): Informationen zur Umweltpolitik, 160. Wien.

Littig, B.; Grießler, E. (2005): Social sustainability: a catchword between political pragmatism and social theory. In: International Journal of Sustainable Development 8, Nr 1/2, S. 65-79.

- Littig, B.; Spitzer, M. (2011): Arbeit neu. Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich. Hans-Böckler-Stiftung. Arbeit und Soziales, 229. Düsseldorf.
- Macdiarmid, J.; Kyle, J.; Horgan, G. W.; Loe, J.; Fyfe, C.; Johnstone, A.; McNeil, G. (2012): Sustainable diets for the future: can we contribute to reducing greenhouse gas emissions by eating a healthy diet? In: American Journal of Clinical Nutrition 96:632–9.
- McCamant, K.; Durrett, C. (1994): Cohousing. A Contemporary Approach to Housing Ourselves. Berkeley: Ten Speed Press.
- Michelson, W. (1993): Grounding time-use in microspace: Empirical results. Social indicators research, 30(2-3), 121-137.
- Notz, G. (2003): Nachhaltiges Wirtschaften und die Bedeutung für ein zukunftsfähiges Geschlechterverhältnis. In: Linne, G.; Schwarz, M. (Hrsg.): Handbuch Nachhaltige Entwicklung. Opladen: Leske+Budrich, S. 423-432.
- OECD (2015): OECD Economic Surveys: Austria 2015, OECD Publishing, Paris.
- Ornetzeder, M.; Hertwich, E. G.; Hubacek, K.; Korytarova, K.; Haas, W. (2008). The environmental effect of car-free housing: A case in Vienna. Ecological Economics, 65(3), 516-530.
- PCF (2009): Product Carbon Footprinting – Ein geeigneter Weg zu klimaverträglichen Produkten und deren Konsum? – Ergebnisbericht. <http://www.pcf-projekt.de>
- Reckwitz, A. (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken: Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie 32/4, 2003, S. 282-301.
- Risku-Norjaa, H.; Kurppab, S.; Heleniusc, J. (2009): Impact of consumers' diet choices on greenhouse gas emissions. In: Koskela, M.; Vinnari, M. (eds.) Future of the consumer society. Proceedings of the Conference "Future of the consumer society" 28-29 May 2009. Tampere, Finland.
- RollAMA (2014): Marktentwicklung. URL: http://www.ama-marketing.at/home/groups/7/Marktentwicklung_bio.pdf (letzter Zugriff: 30.10.2015)
- Røpke, I. (2009): Theories of practice – New inspiration for ecological economic studies on consumption. In: Ecological Economics 68, 2009. Amsterdam: Elsevier Science, S. 2490-2497.
- Schatzki, T. (2002): The Site of the Social. A philosophical account of the constitution of social life and change. Pennsylvania State University Press, State College, PA.
- Schneider, U. (1992): Neues Wohnen-alte Rollen?: Der Wandel des Wohnens aus der Sicht von Frauen. Centaurus-Verlag-Ges.
- Shove, E. (2003): Comfort, Cleanliness and Convenience. The Social Organization of Normality. Oxford/New York: Berg.
- Shove, E. (2010): Beyond the ABC: climate change policy and theories of social change. Environment and planning. A, 42(6), 1273-1285.
- Shove, E.; Pantzar, M. (2005): Consumers, Producers and Practices. Understanding the invention and reinvention of Nordic Walking. In: Journal of Consumer Culture 5, 2005, S. 43-64.
- Shove, E.; Pantzar, M.; Watson, M. (2012): The Dynamics of Social Practise. Everyday Life and how it changes. Los Angeles: Sage.
- Shove, E.; Walker, G. (2010): Governing transitions in the sustainability of everyday life. Research policy, 39(4), 471-476.

Schultz, I. (Hg.) (1993): GlobalHaushalt. Globalisierung von Stoffströmen - Feminisierung von Verantwortung. Frankfurt am Main: IKO.

Southernton, D. (2003): 'Squeezing time': Allocating practices, coordinating networks and scheduling society. Time & Society, 12 (1), 5-25.

Statistik Austria (2009): Zeitverwendung 2008/09. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede. Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst. Wien.

Statistik Austria (2011a): Konsumerhebung 2009/10. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2011b): Energiestatistik.

http://statistik.gv.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energieeinsatz_der_haushalte/index.html [Zugriff: 20.06.2013]

Statistik Austria (2012a): Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, 1971 bis 2010.

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/020912.html [Zugriff: 26.06.2013]

Statistik Austria (2012b): Versorgungsbilanz 2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/land_und_forstwirtschaft/preise_bilanzen/versorgungsbilanzen/index.html [Zugriff: 20.06.2013]

Statistik Austria (2012c): Versorgungsbilanz 2010/2011.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/land_und_forstwirtschaft/preise_bilanzen/versorgungsbilanzen/ (26.10.2015)

Statistik Austria (2013): Mikrozensus Umweltbedingungen - Umweltverhalten 3. Quartal 2011. Erstellt am 25.04.2013. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2014): Versorgungsbilanzen. Versorgungsbilanz für Fleisch nach Arten 2013. Erstellt am 29.08.2014.

Statistik Austria (2015a): Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (Jahresdurchschnitt über alle Wochen) und Lohnsteuer-/HV-Daten. Erstellt am 09.03.2015. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria (2015b): Arbeitsmarktstatistik: 1. Quartal 2015, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Schnellbericht 5.8. Wien: Statistik Austria.

Sundberg, Frederik (2014): Cohousing and resource use. A case study of the Färdknäppen cohousing. <http://www.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2:762639> (26.10.2015)

Sunikka-Blank, M; Galvin, R. (2012): Introducing the prebound effect: the gap between performance and actual energy consumption, Building Research & Information, 40:3, 260-273.

Terlinden, Ulla; von Oertzen, Susanna (2006): Die Wohnungsfrage ist Frauensache! Frauenbewegung und Wohnreform 1870 bis 1933. Berlin, Reimer.

Tilman, D.; Clark, M. (2014): Global diets link environmental sustainability and human health. Nature 515: 518–522 doi:10.1038/nature13959

Tinsley, S.; George, H. (2006): Ecological footprint of the Findhorn Foundation and Community. Sustainable Development Research Centre, Moray, UK.

Tordy, J. (2011): Der Entstehungsprozess von Baugemeinschaften - ein Blick hinter die Fassade. Masterarbeit. Wien: Technische Universität.

UBA (2013): Klimaschutzbericht 2013. Wien.

VCÖ (2014): Österreich hat im EU-Vergleich viele Autos, aber niedrige Fahrleistung. Presseaussendung vom 19. Mai 2014.
URL: <http://www.vcoe.at/news/details/vcoe-oesterreich-hat-im-eu-vergleich-viele-autos-aber-niedrige-fahrleistung> (letzter Zugriff: 29.10.2015)

VCÖ (2011): VCÖ – Mobilität mit Zukunft. <http://www.vcoe.at/de/presse/aussendungen-archiv/details/items/Ausgabe2012-33>

Wackernagel, M.; Beyers, B. (2010): Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Wallen, A.; Brandt, N.; Wennersten, R. (2004): Does the Swedish consumer's choice of food influence greenhouse gas emissions? Environmental Science & Policy 7: 525-535.

Warde, A. (2005): Consumption and theories of practice. Journal of consumer culture, 5(2), 131-153.

Wenger, Etienne (2006): Communities of practice. A brief introduction. <http://www.ewenger.com/theory/index.htm>. (letzter Zugriff: 15.05.2015)

Whitford, J. (2002): Pragmatism and the untenable dualism of means and ends: Why rational choice theory does not deserve pragmatic privilege, Theory and Society 31, 325-63.

Wohnprojekt Wien (2013): Infopaket zum Wohnprojekt Wien. Stand April 2013. Wien.

7. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Untersuchte Dimensionen am Beispiel der Praktik Kochen	6
Abbildung 2: WP Wien	11
Abbildung 3: Dachgarten des WP Wien	12
Abbildung 4: Kinderspielraum des WP Wien	13
Abbildung 5: Organisations-Blume des Wohnprojekts (eigene Darstellung, Stand zum Zeitpunkt der Zweiterhebung)	14
Abbildung 6: Anzahl der Teilnehmenden pro Erhebungsrunde	19
Abbildung 7: Anteile der vergleichbaren Haushalte an allen Haushalten und der Haushalte der Ersterhebung an denen der Zweiterhebung	20
Abbildung 8: Geschlecht der Befragten (n=45)	20
Abbildung 9: Alter der befragten Personen (n=45)	21
Abbildung 10: Bildungsgrad der befragten Personen (n=45)	21
Abbildung 11: Erlernter und ausgeübter Beruf (n=37)	22
Abbildung 12: Erwerbstätigkeit (n=34)	22
Abbildung 13: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Befragten (n=26 bzw. n=29)	23
Abbildung 14: Erwerbsarbeitszeit der erwerbstätigen Befragten (n=30)	23
Abbildung 15: Höhe des monatlichen Einkommens in Euro (n=24)	24
Abbildung 16: Altersstruktur in den befragten Haushalten (n=22)	24
Abbildung 17: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (alle Befragte)	27
Abbildung 18: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (Befragte mit Kind im Haushalt, n=14)	28
Abbildung 19: In einer Woche aufgewandte Zeit für untersuchte Praktiken (Befragte ohne Kind im Haushalt)	29
Abbildung 20: Summe der Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) der drei bilanzierten Bereiche Ernährung, Energiebedarf und Mobilität pro Haushalt und Jahr vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt	31
Abbildung 21: Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (in kg CO _{2eq}) pro Person und Woche, vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt, dargestellt als Summe sowie aufgeteilt in die drei Bereiche Ernährung, Energiebedarf für Wohnen und Mobilität	32
Abbildung 22: Blick in die Gemeinschaftsküche	32
Abbildung 23: Durchschnittlicher Konsum von Fisch (n=27)	34
Abbildung 24: Durchschnittlicher Konsum von Fleisch (n=33)	34
Abbildung 25: In einer Woche verbrachte Zeit mit privatem und gemeinschaftlichem Kochen und Koch-Nebentätigkeiten	36
Abbildung 26: Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme an und des Kochens für gemeinschaftliche Essen pro Monat (n=33)	37
Abbildung 27: Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Teilnahme an gemeinschaftlichen Essen	38
Abbildung 28: Anteile der Befragten nach der Häufigkeit der Zubereitung von gemeinschaftlichen Essen	38
Abbildung 29: Durchschnittliche Dauer der gemeinschaftlichen Essenszubereitung in Minuten (n=20)	38
Abbildung 30: Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches Ernährung pro Person und Woche der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt, differenziert nach verschiedenen Lebensmittelgruppen	43
Abbildung 31: Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches Ernährung pro Person und Jahr der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt	45
Abbildung 32: Innenansicht vom Salon am Park (Greißler in der Erdgeschoßzone)	45
Abbildung 33: Häufigkeit der Bio-Zertifizierung von gekauftem Gemüse/Obst (n=33)	46
Abbildung 34: Häufigkeit der Saisonalität von gekauftem Gemüse/Obst (n=31)	46
Abbildung 35: Häufigkeit der Regionalität von gekauftem Gemüse/Obst (n=30)	47
Abbildung 36: Häufigkeit der Biozertifizierung von gekauftem Fisch und Fleisch (n=25)	47
Abbildung 37: Bezug einer Biokiste (n=21)	49
Abbildung 38: Teilnahme an der Food-Coop bzw. Krakarotte-Sammelbestellung der UG-Lebensmittel (n=35)	50
Abbildung 39: Orte des nachbarschaftlichen Kontakts (n=26 bzw. n=27)	56
Abbildung 40: Intensität nachbarschaftlichen Kontakts (n=34)	58
Abbildung 41: In den letzten 7 Tagen mit nachbarschaftlichem Kontakt verbrachte Zeit (n=32)	58
Abbildung 42: Arten des nachbarschaftlichen Kontakts (n=26 bzw. n=27)	59
Abbildung 43: In der letzten Woche durchschnittlich geleistete Zeit für WP-Arbeit in Stunden (n= 33)	65
Abbildung 44: Vorhandene Datensätze	66
Abbildung 45: Summe der geleisteten Stunden/Gruppe (n=43)	67
Abbildung 46: Durchschnittlich pro Monat geleistete Stunden nach Gruppe (n=43)	67
Abbildung 47: Durchschnittlich pro Monat geleistete Arbeitsstunden (n=43)	68
Abbildung 48: Maximalwerte/Jahr nach Gruppen	68
Abbildung 49: Durchschnittliche Anzahl der Stunden pro Kind, die Kinder in den letzten 7 Tagen betreut wurden durch... (n=11 bzw. n=10)	77
Abbildung 50: Mit aktiver und passiver Kinderbetreuung in den letzten 7 Tagen durchschnittlich verbrachte Stunden (n=14)	78

Abbildung 51: Radraum des WP Wien	80
Abbildung 52: Autobesitz im Wohnprojekt vor und nach dem Einzug pro Haushalt (n=22)	81
Abbildung 53: Anzahl Fahrräder und Autos pro Haushalt bzw. pro Person (n=22)	82
Abbildung 54: Durchschnittliche Nutzung des Autos bzw. Fahrrads pro Monat (n=34 bzw. n=35)	82
Abbildung 55: Anzahl der km pro Person, die insgesamt und für Reisen mit privatem Auto und mit Car-Sharing-Auto im letzten Jahr zurückgelegt wurden (n=23)	83
Abbildung 56: Durchschnittliche Anzahl der Tage in der letzten Woche, an denen ein Auto insgesamt/für Nahrungsbesorgung/zum Transport von Kindern genutzt wurde	83
Abbildung 57: Anteil der Haushalte, die den Carpool des Wohnprojekt Wien nutzen (n=21)	84
Abbildung 58: Anteil der Haushalte, die neben dem Mobilitätsssharing andere geteilte Autos nutzen (n=25)	85
Abbildung 59: Anzahl der privaten Kurzstreckenflüge (n=33)	87
Abbildung 60: Wie leicht bzw. schwer ist es für Sie, ohne Auto von Ihrer Wohnung zu regelmäßig aufgesuchten Orten zu kommen? (n=30)	89
Abbildung 61: Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches „Mobilität“ pro Haushalt pro Woche der befragten Personen vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt	90
Abbildung 62: Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches „Mobilität“ pro Person und Jahr der befragten Personen vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt	91
Abbildung 63: Müllraum des Wohnprojekts	92
Abbildung 64: Müll pro Person in kg pro Jahr und Vergleich mit österreichischen Daten	93
Abbildung 65: Müll pro Person in kg pro Monat nach Müllarten	94
Abbildung 66: Trennraten vor und nach dem Einzug (n=20) und Vergleich mit Wiener Daten	96
Abbildung 67: Durchschnittliche Anzahl der Waschgänge pro Monat nach Temperatur (n=23)	98
Abbildung 68: Geteilte Nutzung der Waschmaschine (n=20)	100
Abbildung 69: Wie oft nutzt Ihr Haushalt derzeit durchschnittlich die Waschmaschinen in der Waschküche? (n=13)	100
Abbildung 70: Bezug von Öko-Strom (n=21)	104
Abbildung 71: Energieeffizienzklasse der Kühl- und Gefriergeräte (n=11)	104
Abbildung 72: Baujahr der vor dem Einzug bewohnten Wohngebäude (n=24)	105
Abbildung 73: Thermische Sanierung des Wohngebäudes in den letzten 10 Jahren (n=26)	106
Abbildung 74: Energieträger der Hauptheizung	107
Abbildung 75: Temperatur: Schlaf- und Wohnzimmer (n=22)	108
Abbildung 76: Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches „Energie für Wohnen“ pro Person pro Woche der befragten Haushalte vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt	110
Abbildung 77: Durchschnittliche Treibhausgasemissionen (kg CO _{2eq}) des Bereiches „Energie für Wohnen“ pro Person und Jahr vor und nach dem Einzug ins Wohnprojekt	111
Abbildung 78: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit (n=23 bzw. 21)	115
Abbildung 79: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Erwerbstätigkeit (nur Haushalte mit Kind/ern; n=13 bzw. 12)	115
Abbildung 80: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit (n=26 bzw. 21)	116
Abbildung 81: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit (nur Haushalte mit Kind/ern, n=18 bzw. 12)	116
Abbildung 82: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich: Wie viel Mal haben Sie in den letzten 7 Tagen	118
Abbildung 83: Durchschnittliche Häufigkeit der Teilnahme am Mittags- und Abendtisch (n=18)	118
Abbildung 84: Geschlechtsspezifischer Vorher-Nachher-Vergleich der Zeit (Stunden), die in den letzten 7 Tagen mit aktiver und passiver Kinderbetreuung verbracht wurde (n=13 bzw. 12)	119

8. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Definitionen der konstitutiven Elemente von Praktiken	4
Tabelle 2 Treibhausgasemissionen (in kg CO _{2eq} pro Person pro und Woche) im Bereich Ernährung der befragten Personen im Vergleich vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt	43
Tabelle 3 Treibhausgasemissionen im Bereich „Mobilität“ der befragten Personen (kg CO _{2eq} pro Person und Woche) im Vergleich vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt	90
Tabelle 4: Mobilität der befragten Personen im Vergleich zum Durchschnitt.....	91
Tabelle 5: Treibhausgasemissionen im Bereich „Energie für Wohnen“ (in kg CO _{2eq} pro Person und Woche) der befragten Personen im Vergleich vor und nach dem Einzug in das Wohnprojekt	109
Tabelle 6 Treibhausgasemissionen pro m ² NGF und Jahr in kg CO _{2eq}	112